C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 38/15. Jan. 1974
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

LIBYEN:

Faschismus und Provokationen

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF haben wir bereits am Beispiel Ägyptens die Politik der arabischen Staaten dargestellt. Der Nahe Osten gehört zu den angestrebten Einflußgebieten des aufsteigenden europäischen Imperialismus. Es ist unsere Aufgabe, die Solidarität mit den arabischen Völkern zu fördern, im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus. Wir kritisieren dabei Theorien, die arabischen Regimes wie etwa in Ägypten und Libyen eine fortschrittliche Rolle zusprechen und das Gerede des libyschen „Revolutionärs" Ghaddafi von einer „Kulturrevolution" in seinem Land für bare Münze nehmen.

„Die arabische nationale Bourgeoisie befindet sich, wie die Bourgeoisie in anderen Teilen der Welt, in einem antagonistischen Widerspruch zum Volk. Ihr Widerspruch zum Imperialismus dagegen ist nicht antagonistisch, ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus gegen das Volk und ihre eigenen kapitalistischen und imperialistischen Interessen sind die Grundlage ihrer Politik. In ihren Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus zur Durchsetzung dieser Interessen stützt sie sich auf das Volk, indem sie mit einer faschistischen Politik die Sehnsucht des Volkes nach dem Sozialismus und seinen Haß auf den Imperialismus ausnutzt." (AK 37)



Der faschistische Provokateur Ghaddafi

Wir wollen mit diesem Artikel versuchen, am Beispiel Libyens die Demagogie der kleinbürgerlichen arabischen Führungen zu entlarven.

Unter der Herrschaft des Imperialismus

Die Fläche Libyens ist sieben mal so groß wie die der BRD, das Land besteht aber zum größten Teil aus Wüste. Landwirtschaftlich nutzbar sind nur der Küstenstreifen und einige Oasen, wobei aus Wassermangel meist nur Nomadenwirtschaft möglich ist.

Das libysche Volk – heute 2,1 Millionen Menschen – hat wie die anderen Völker der Dritten Welt unauslöschliche Erfahrungen mit dem Imperialismus gemacht. 1911 begann Italien mit der militärischen Eroberung Libyens. Italien war wie Deutschland

Forts. Seite 18

Imperialismus gegen das Volk und ihre eigenen kapitalistischen und imperialistischen Interessen sind die Grundlage ihrer Politik. In ihren Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus zur Durchsetzung dieser Interessen



Der faschistische Provokateur Ghaddafi
löschliche Erfahrungen mit dem Imperialismus gemacht. 1911 begann Italien mit der militärischen Eroberung Libyens. Italien war wie Deutschland
Forts. Seite 18

Texaco-Hauptverwaltung und – Wilhelmsburg:

GEGEN DEN AUSSCHLUßTERROR DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER!

Solidarität mit den linken Gewerkschaftern bei Reichhold und Texaco-Grasbrook

Anfang Januar 74 kam es zu Sitzungen der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper aller drei Texaco-Werke in Hamburg (Grasbrook, Hauptverwaltung und Wilhelmsburg). Kommunistenjagd und Ausschlußterror der Gewerkschaftsführer, die im Bereich der Hamburger IG-Chemie immer stärkere Ausmaße annehmen, standen im Mittelpunkt der Diskussionen.

Im Grasbrooker Vertrauenskörper starteten die rechtssozialdemokratischen Betriebsräte und Vertrauensleute unter Regie des IG-Chemie-Sekretärs Philipp von Kodolitsch einen wohlvorbereiteten Generalangriff auf ihre linken Kollegen, der zum Ausschluß von drei linken, engagierten Vertrauensleuten führte. Die Texaco-Geschäftsleitung rundete den Angriff durch Kündigung eines dieser Linken ab (vgl. dazu Artikel in dieser Ausgabe: „Texaco Grasbrook: Drei linke Vertrauensleute fertig gemacht").

Vertrauensleute-Sitzung Texaco-Hauptverhandlung

Die Vertrauensleute-Sitzung der Texaco-Hauptverwaltung (HV) fand am 8.1. im Gewerkschaftshaus statt. Eingeladen waren Vertrauensleute aus Wilhelmsburg, ein Vertreter der ausgeschlossenen Grasbrooker Vertrauensleute, Vertreter der vom Ausschluß bedrohten Reichhold-Kollegen sowie – als ihr Kontrahent – Kommunisten-Jäger Philipp von Kodolitsch. Diskutiert werden sollte die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung.

Forts. Seite 2

HDW HAMBURG:
IG Metall Ortsverwaltung schlägt zu
Bereits im letzten ARBEITERKAMPF | Unmittelbar vor den Weihnachtsferien

HDW HAMBURG:

IG Metall Ortsverwaltung schlägt zu

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 37) haben wir uns mit den Versuchen der Hamburger IG Metall Ortsverwaltung beschäftigt, linke Vertrauensleute der Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) durch rechte SPD-Funktionäre bespitzeln und auf verschiedenerlei Art bedrängen zu lassen.
Die Angriffe auf die Linken im Betrieb, namentlich gegen die Kollegen der neugewählten Jugendvertretung, hatten sich erheblich verschärft, nachdem die Ortsverwaltung der Gewerkschaft auf ihrer Sitzung am 22. Nov. 73 die gesamte Jugendvertretung für „ausschlußreif" erklärt hatte.
Bereits auf der darauffolgenden Sitzung der Ortsverwaltung am 14. Dez. hatten sich die IGM-Führer über A r t und Z e i t p u n k t des Zuschlagens gegen die linken Gewerkschafter von HDW verständigt.
Unmittelbar vor den Weihnachtsferien erhielten vier der fünf Jugendvertreter von HDW die „Anklageschrift" per Einschreiben zugeschickt, mit der Aufforderung, sich einzeln bis zum 10. Januar dieses Jahres dazu zu äußern!
Die angegriffenen HDW-Kollegen haben dagegen die Dinge gemeinsam beraten und nur e i n e Erklärung der Jugendvertretung als „Offene Antwort an die Ortsverwaltung der IG Metall" verfaßt und vom 7. Januar an vor der Werft, in Berufsschulen etc. zur Verteilung gebracht.
Auf Seite 2 geben wir die „Offene Antwort" wieder (zum großen Teil im Wortlaut und die entscheidenden Dokumente im Faksimile).

Leitung der Werften-Zellen
KB-Gruppe Hamburg

15. JANUAR:

55. Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Vor 55 Jahren wurden die Führer der KPD und der revolutionären deutschen Arbeiterschaft, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, im Dienst der Bourgeoisie ermordet. Mit ihnen starben in jenen Tagen mehrere hundert Berliner Arbeiter, Frauen und Kinder im Feuer konterrevolutionärer Truppen.

Die revolutionäre Massenbewegung vom November 1918 hatte die SPD an die Regierung gebracht. Die Führer der SPD gingen sogleich daran, die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuwerfen.

Noch im Dezember 1918 wurden im Auftrag der SPD aus bürgerlichen Offizieren und reaktionären Truppenteilen die ersten konterrevolutionären Einheiten, die sogenannten „Freikorps" aufgestellt. Viele spätere führende Mitglieder der NSDAP absolvierten dort ihre „Schule".

Am 27. Dezember kam der berüchtigte Arbeiterschlächter und SPD-Führer Noske nach Berlin und erklärte: „Ich bringe die Ordnung nach Berlin zurück".

Am 4. Januar 1919 konnten Ebert und Noske die ersten „Freikorps" an sich vorbeimarschieren lassen .

Forts. Seite 27



Karl Liebknecht



Rosa Luxemburg

Zur Erdölpolitik der arabischen Länder

Im letzten ARBEITERKAMPF wurde gezeigt, welche konkreten Hintergründe – politisch und ökonomisch – die sogenannte Ölkrise hat. Es wurde gezeigt, daß die Politik der Ölkonzerne nach mehr ökonomischer und politischer Macht die Hauptursache der rapiden Verteuerung des Öls und ihrer Verarbeitungsprodukte ist und daß sie es auch sind, die der Gesamtheit der Werktätigen zur Zeit die Energie vorenthalten. Begründet wird es von ihnen mit der sogenannten arabischen Erpressung. Damit soll sowohl der Chauvinismus vorangetrieben werden als auch die Bereitschaft zum „Gürtel enger schnallen" geweckt werden. Es werden dabei die konkreten Verhältnisse in den arabischen und anderen Ölförderländern völlig auf den Kopf gestellt und unterstellt, daß die arabischen Länder Herr über das auf ihrem Territorium liegende Öl seien und es gar als „politische Waffe" gebrauchten. Allerdings gibt es auch viele Erklärungen führender arabischer Politiker, die es den westlichen Imperialisten leicht machen, einen solchen Eindruck zu erwecken. So wird konkret der arabischen Ölpolitik die Ursache der weltweiten Preiserhöhungen für das Öl in die Schuhe geschoben und der konkrete Einfluß der Ölkonzerne durch Hinweis auf die Verstaatlichungsmaßnahmen schlichtweg geleugnet. Im ARBEITERKAMPF 36 wurde in groben Zügen auf die Methoden und den Charakter des Ölimperialismus eingegangen. Die konkrete Ölpolitik der arabischen Regimes wurde zwar grundsätzlich charakterisiert, was aber im einzelnen nicht belegt wurde. Das soll nun in dieser Nummer geschehen. Es wird sich herausstellen, daß auch die Erdölpolitik selbst der fortschrittlichsten arabischen Regimes nie darauf hinauslief, den Imperialisten die Ausbeutung ihrer Länder zu hohen Profiten systematisch in Frage zu stellen.

Forts. Seite 16

Forts. HDW Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall hat zu Weihnachten 73 vier Jugendvertretern der HDW (die gleichzeitig Mitglieder des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers sind) mit folgendem Schreiben „beschert":

Dazu wurden als Anlagen mitgeschickt: 2 Zeitungen der „Roten Garde". eine Flugschrift des sogen. „KBW" und (damit die Mischung komplett wird) ein Aufruf der HDW-Jugendvertregung zu einer Lehrlingsversammlung am Stintfang (zum letzten s. Faksimile-Abdruck).

Die IGM-Ortsverwaltung findet, daß sich bestimmte Jugendvertreter von diesen „Informationen" und „Aufrufen" unbedingt distanzieren müßten.

Darüberhinaus haben die IG Metall-Führer auch nicht vergessen, ein „Muster eines Schreibens der Ortsverwaltung an den Angeschuldigten zur V o r b e r e i t u n g e i n e s A n t r a g e s a u f A u s s c h l u ß o h n e V e r f a h r e n ..." beizulegen (s. Anhang).

Die Jugendvertretung der HDW fühlt sich durch die vorgebrachten Verleumdungen und die „versteckten" Drohungen insgesamt betroffen, erklärt sich mit den vier angegriffenen Kollegen solidarisch und wird alle noch folgenden Auseinandersetzungen mit der örtlichen IG Metall-Führung einmütig durchfechten.

Wir werden alles, was in den folgenden Tagen und Wochen an mündlicher und schriftlicher Kontroverse auf uns zukommt, öffentlich machen, damit sich jeder Kollege selbst ein Bild von den gegensätzlichen Standpunkten machen – und nach freier Wahl Partei ergreifen kann.

Zunächst müssen wir zu zwei Punkten eine unmißverständliche Klarstellung bringen:

Verleumdung ...

Die Ortsverwaltung „begründet" ihren Vorstoß damit, daß ihr von der VK-Leitung der HDW mitgeteilt worden sei, daß vier Mitglieder der Jugendvertretung (und des IGM-Vertrauenskörpers) „einer gegnerischen, gewerkschaftsfeindlichen Organisation" angehören.

Das ist starker Tobak! Woher stammt diese „Information"? Offenbar aus dem hohlen Bauch! Oder aus den dunklen Quellen des Verfassungsschutzes?

Die IGM-Ortsverwaltung hat es nicht für nötig gehalten, auch nur den Schatten eines Beweises für den Vorwurf der „Gewerkschaftsfeindlichkeit" vorzulegen.

Uns wundert das nicht, denn für diese Behauptung gibt es k e i n e n Beleg.

Wir müssen bei dieser Sachlage davon ausgehen, daß es sowohl der VK-Leitung von HDW (die diese L ü g e in die Welt gesetzt hat) als auch der Ortsverwaltung (die diese L ü g e aufgenommen und weiterverbreitet hat) nur um eine inhaltsleere V e r l e u m d u n g zu tun ist.

Mit Hilfe dieser Methode soll nur das schlecht verhüllte Ziel erreicht werden, unliebsame Kollegen aus der Gewerkschaft zu drängen. Ferner wird zumindest in Kauf genommen, wenn nicht gar angestrebt, daß die linken Kritiker noch zusätzlich ihren Arbeitsplatz durch Kündigung verlieren.

Gegen diese Art der „Auseinandersetzung", die in der Arbeiterbewegung nicht üblich ist, verwahren wir uns mit aller Entschiedenheit.

Um deutlich zu machen, daß es uns mit unserer Absage an derartige Machenschaften bitterernst ist, werden wir beim Gericht eine einstweilige Verfügung gegen die Verleumder erwirken.

... und versuchte Nötigung

Die IGM-Ortsverwaltung war sicher nicht besonders gut beraten, an die bodenlose, verlogene Behauptung der HDW-VK-Leitung nun ihrerseits noch Schritte gegen bestimmte Jugendvertreter anzuschließen. Das konnte nur noch weiter in Ungereimtheiten und Verstrickungen mit den geltenden Gesetzen führen.

Wenn ...
die Ortsverwaltung von uns ohne jede Begründung verlangt, daß wir uns von bestimmten „Informationen" distanzieren sollen, die sie selbst für „linksextremistisch" hält – so erklären wir:

- *Wir sind durchaus bereit, über jede einzelne Publikation, die vor den Werkstoren oder anderswo verteilt wird, zu d i s k u t i e r e n und nach Prüfung des k o n k r e t e n Inhalts die A u s s a g e und den S t i l der verschiedenen Schriften zu bewerten. Dazu bedürfte es freilich nicht erst der „Anregung" seitens einer IGM-Ortsverwaltung, sondern das geschieht tagtäglich am Arbeitsplatz mit den Kollegen (wie jederzeit nachgeprüft werden kann).*
- *Wenn die Jugendvertretung es für richtig hält, wird sie auch zu bestimmten Publikationen (oder einzelnen darin enthaltenen Positionen) zustimmend oder distanzierend in schriftlicher Form Stellung nehmen.*
- *Wir sehen jedoch keinerlei Veranlassung, uns unter den gegebenen Umständen p a u s c h a l von Schriften zu distanzieren, für die keiner von uns verantwortlich gezeichnet hat. Sonst haben wir morgen Publikationen des KB, übermorgen Schriften der DKP und in einigen Wochen womöglich JUSO-Zeitungen auf dem Tisch liegen, die den Gewerkschaftsführern nicht so recht in den Kram passen .... usw. usf.*
- *Sollte die Hamburger IGM-Ortsverwaltung k o n k r e t e Fragen bezüglich unserer Auffassungen zur gewerkschaftlichen Arbeit haben, so soll sie die stellen. Wir werden antworten!*

Wenn ...
die Ortsverwaltung von uns eine Distanzierung von den Jugendversammlungen am Stintfang verlangt – so erklären wir:

- *Wir denken nicht daran, uns von einer Einrichtung abzugrenzen, die sich die Lehrlinge von HDW geschaffen haben, um wirkungsvoller ihre Interessen wahrnehmen zu können!*
- *Distanzieren? Im Gegenteil! Die „Gruppe Stintfang" wird weiter ausgebaut, mit dem Ziel, eine starke, gewerkschaftliche Jugendgruppe in unserem Betrieb in Gang zu bringen!*

Nun macht die Ortsverwaltung von der Erfüllung ihrer u n b e g r ü n d e t e n Forderung nach „Distanzierung" den weiteren Verbleib der vier Jugendvertreter in der IGM abhängig – d. h. es wird mit dem „Ausschluß ohne Verfahren" aus der IG Metall g e d r o h t !

Es liegt auf der Hand, daß das versuchte N ö t i g u n g und E r p r e s s u n g ist.

Auch in diesem Fall sehen wir uns (bedauerlicherweise!) gezwungen, das zuständige Gericht einzuschalten.

In der hier folgenden Passage der Erklärung wird die unmittelbare Vorgeschichte der jetzigen Maßregelungen aufgezeigt. Wir verzichten hier (aus Platz-(gründen) auf die Wiedergabe (siehe dazu AK 36 und 37!).

Es heißt dann weiter:

Augenfällig ist bei allen diesen „Kritiken", daß mit keinem Wort auf die w i r k l i c h e n Worte und Taten der angegriffenen Jugendvertreter (also auf die Arbeit dieser Kollegen in der Jugendvertretung und dem Vertrauenskörper!) Bezug genommen wird, sondern diesen Kollegen einfach irgendwelcher Unsinn untergejubelt wird – nach dem Motto: „Irgendwas wird schon hängen bleiben!"

Das ist nicht der Stil eines aufrichtigen und ehrlichen Gewerkschafters, dem die Belange seiner Kollegen oberste Richtschnur des Denkens und Handelns sind, sondern das ist die Verfahrensweise von Leuten, die einfach „Recht" haben, weil sie z. Zt. noch einflußreiche (und z. T. auch einträgliche!) Funktionen bekleiden – und zur Verteidigung ihrer „Macht"-Positionen auch zu den größten Dummheiten und Niederträchtigkeiten bereit sind.

- *Wir waren und sind auch heute jederzeit bereit, über jeden Punkt unserer Arbeit Rechenschaft abzulegen und uns kritisieren zu lassen, weil dadurch zum Wohle der Kollegen die Arbeit der Jugendvertretung und die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb verbessert werden kann.*
  Fehler wird man kaum vermeiden können, aber es sollten möglichst wenige und geringe sein – dazu ist die ständige Kontrolle der gewählten Vertreter durch eine bewußte Arbeiterschaft notwendig.

Bestimmte Leute in der IG Metall scheinen sich dagegen selbst für die „Größten" und für „unfehlbar" zu halten und meinen, andere Meinungen als ihre eigenen in unserer Organisation nicht dulden zu können. Da ihnen offenbar das Zeug zu einer sachlichen und fairen D i s k u s s i o n fehlt, fangen sie an zu „regieren" und unterdrücken ihre linken Kritiker.

Diese Feststellung gilt auch für den IG Metall-Beirat, der im April des vergangenen Jahres „mir nichts, Dir nichts" verschiedene Organisationen der Linken „zu gegnerischen und gewerkschaftsfeindlichen Organisationen" e r k l ä r t hat. Beirat und Vorstand der IG Metall sind bis h e u t e den B e w e i s für diese „Erklärung" schuldig geblieben. Ja, es wurde nicht einmal der Versuch dazu gemacht!

- *Derartige Methoden sind zwar in der katholischen Kirche bei großem Gottvertrauen zu ertragen – wo die Oberhirten ja mit päpstlicher Gewißheit irgendwelchen Kram „verfügen" (z. B. das „Pillenverbot") – in einer Organisation der Arbeiter, wie der IG Metall, aber ist ein solches Vorgehen einfach kriminell.*

Obwohl die Fragwürdigkeit dieses „Extremisten-Erlasses" auf der Hand liegt, wird dieses Instrument zunehmend eingesetzt. Dabei richten sich diese Maßnahmen nicht allein gegen kommunistische Arbeiter (und nicht einmal in erster Linie gegen wirkliche Phrasendrescher und Sektierer), sondern davon sind alle diejenigen Kollegen betroffen, die für eine konsequente Politik im Interesse ihrer Klasse eintreten – und d e s h a l b in Gegensatz zur offiziellen Politik geraten.

... und der größere Zusammenhang

Die Verleumdungen und Nötigungen von linken Gewerkschaftern in unserem Betrieb und der Hamburger Verwaltungsstelle der IG Metall stehen nicht allein da.

In allen bedeutenderen DGB-Gewerkschaften erleben wir gegenwärtig, wie fortschrittliche, linke Kräfte bedrängt werden, sich von ihren sozialistischen Ansichten loszusagen und sich bedingungslos der Politik der jeweiligen Gewerkschaftsspitze anzupassen.

In allen bedeutenderen DGB-Gewerkschaften wird darüber hinaus in zunehmendem Maße mit dem Ausschluß-Knüppel gegen solche Kollegen vorgegangen, die sich dem Formierungsbestreben der SPD-Politiker in den Gewerkschaftszentralen widersetzen.

Zur Begründung dieser Aussage werden „einige besonders markante Beispiele" aus den DGB-Gewerkschaften IG DRUPA, IG Chemie und der GEW angeführt.

Die Kollegen zeigen auf, daß der erst beginnende Ausschluß-Terror gegen oppositionelle Gewerkschafter in der Konsequenz auf die Spaltung der Verbände zielt.

Die Schläge gegen die Linken in den Gewerkschaften werden von den Jugendvertretern in direktem Zusammenhang zu den Angriffen der Bourgeoisie und ihres Staates auf die Lebensbedingungen und Rechte der Arbeiterklasse gesehen:

- *Wir erleben gegenwärtig die Anwendung von „Berufsverboten" in praktisch allen Sektoren des Öffentlichen Dienstes.*
- *Unverkennbar sind darüber hinaus die Bestrebungen, linke Organisationen (bis hin zur DKP) zu verbieten.*
- *Selbst die Jungsozialisten werden von der Rechts-Presse massiv angegriffen und nicht selten nach Faschisten-Art verteufelt.*
- *Mehrere hundert Jugendvertreter, die „ihrem" Kapitalisten nicht genehm waren, wurden im zurückliegenden Jahr aus den Betrieben geworfen und damit ernstlich in ihrer weiteren Existenz bedroht. Diese Kampagne, die noch weiter andauert, wurde direkt vom Arbeitgeber-Verband BDA eingefädelt und geleitet.*
- *Wir haben im zurückliegenden Jahr erstmals wieder Polizei-Einsätze größeren Stils gegen streikende Arbeiter erlebt (wobei sogar Frauen krankenhausreif geschlagen wurden!) – und wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß die Polizei der Länder und nicht zuletzt der Bundesgrenzschutz g e g e n u n s A r b e i t e r aufgerüstet werden.*
- *Zusätzlich zu den Notstandsgesetzen, die im „Bedarfsfalle" aus der Schublade gezogen werden und s ä m t l i c h e Grundrechte der arbeitenden Menschen außer Kraft setzen können, werden das S t r e i k r e c h t und das Recht auf Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften (das Koalitionsrecht) w e i t e r ausgehöhlt (diese bedrohliche Entwicklung wurde auch auf einem Kongress der IGM in München, im Sommer des letzten Jahres, festgestellt!).*
- *Die Bestrebungen der Gewerkschaftsführer, die Linken durch Ausschluß und Verleumdung aus den Organisationen zu drängen, passen haargenau in diese Entwicklung. Sie dienen den Zielen des herrschenden Großkapitals und seines Staates.*
- *Die Arbeiter werden sich dieser Sachlage stärker bewußt werden müssen und den Kampf gegen diese Entwicklung aufnehmen müssen, damit wir nicht wieder da landen, wo schon einmal das finsterste Kapitel deutscher Geschichte für die Arbeiterbewegung begonnen hat: i m F a s c h i s m u s .*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wir haben uns hier in der IG Metall organisiert, um wirkungsvoller für die Belange der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge eintreten zu können.
Wir müssen darum dem erst beginnenden Ausschlußterror gegen linke Gewerkschafter entgegentreten, denn der schwächt die gesamte Gewerkschaftsarbeit.

SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEGRIFFENEN HDW–VERTRAUENSLEUTEN !

VERTEIDIGT DIE GEWERKSCHAFT GEGEN IHRE W I R K L I C H E N SPALTER !

Dieser Beschluß muss abgelehnt werden, denn er dient der Spaltung !

Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Wir treffen uns am Dienstag den 20.11 wieder auf dem Stintfang.

Einzigster Tagesordnungspunkt sind die Aufgaben der neuen Jugendvertretung, wie die Prämienreglung und Ausbildungsfragen.

Wir hoffen, das ihr recht zahlreich erscheint.

Treffpunkt: Dienstag den 20.11 um 17 Uhr am Jugendheim Stintfang

Mit kolligialen Grüßen

Das soll 'gewerkschaftsfeindlich' sein ?

Hamburger Sparkasse
Konto Nr. 1226'405 645
Rüdiger Jörß
Kennwort: Solidarität

SPENDENKONTO

Muster eines Schreibens der Ortsverwaltung an den Angeschuldigten zur Vorbereitung eines Antrages auf Ausschluß ohne Verfahren wegen Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen nach § 30, Punkt 2, Abs. 2 der Satzung

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle
– Ortsverwaltung –

EINSCHREIBEN
Herrn
Emil Krause
3000 Hannover
Straße
, den

Betr.: Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen

Werter Kollege Krause!

Der Ortsverwaltung ist Deine Zugehörigkeit zur ... bekannt. Wir teilen Dir mit, daß der Beirat der IG Metall durch den Beschluß vom 16. April 1973 die unter den Bezeichnungen KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter-Basis-Gruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistische Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und die von ihnen getragene sogenannte „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO) oder „Gewerkschaftsopposition" (GO) zu gegnerischen Organisationen erklärt hat.

Der § 30, Ziffer 2., Abs. 2 der Satzung der IG Metall sieht für den Fall der Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen den Ausschluß ohne Verfahren vor. Wir bitten Dich deshalb, uns durch Unterzeichnung der anliegenden Erklärung verbindlich mitzuteilen, daß Du der ... nicht mehr angehörst und für sie nicht mehr tätig sein wirst.

Für den Fall, daß innerhalb von 14 Tagen, d. h. bis zum ... Deine Erklärung nicht vorliegt, mußt Du mit Ausschluß ohne Verfahren rechnen. Innerhalb dieser Frist sind wir gerne bereit, mit Dir ein Gespräch über diese Angelegenheit zu führen.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
Ortsverwaltung

Unterschrift

ERKLÄRUNG

Ich erkläre verbindlich, daß ich der ... nicht mehr angehöre und für sie nicht mehr tätig sein werde.

Datum ... gez. ...

Betr.: Beschluß des Beirates vom 16.4.1973

Lieber Kollege [redacted]!

Die Vertrauenskörperleitung der HDW hat der Ortsverwaltung mitgeteilt, daß Du einer gegnerischen gewerkschaftsfeindlichen Organisation angehörst. Als Material wurden uns die nachfolgenden Anlagen überreicht.

Wir bitten Dich, uns zu erklären, daß Du Dich von diesen linksextremistischen Informationen und Aufrufen zu Zusammenkünften distanzierst. Dieser Beschluß ist in der Ortsverwaltungssitzung am 14.12.1973 gefaßt worden.

Um Deine Stellungnahme bitten wir bis zum 10. Januar 1974.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d.Bundesrepubl.Deutschland
-Verwaltungsstelle Hamburg -
Hugo Schreiber

Forts. Reichhold-Texaco

Vorbereitet wurde diese Sitzung bereits am 13.12.73 auf einer Vertrauensleutesitzung der HV, die sich mit der Auseinandersetzung bei der Reichhold-Albert-Chemie befaßte (siehe dazu Reichhold-Albert-Artikel in dieser Ausgabe).

Die Gewerkschaftsführer versuchten diese ordentliche Sitzung des HV-VLK (am 8.1.) von vornherein zu verhindern. Kodolitsch schnappte sich schon vor Beginn der Sitzung den VLK-Leiter: *„Du hör mal, die Sitzung ist satzungswidrig. Hier sitzen Leute, die nicht mehr Mitglied unserer Gewerkschaft sind. Ich fordere dich auf, die Sitzung sofort aufzulösen."* Daß Kodolitsch die anwesenden Reichhold-Kollegen als „Leute, die nicht mehr Mitglied unserer Gewerkschaft sind", bezeichnete Bewußtsein und Einstellung dieses Mannes: Zwar ist gegen diese Kollegen ein Verfahren wegen „Gewerkschaftsfeindlichkeit" von Kodolitsch & Co. angestrengt worden, jedoch sind die Gewerkschaftsführer bisher sogar den Schatten eines Beweises für ihre kühnen Behauptungen („Gewerkschaftsfeindlichkeit") schuldig geblieben. Das Verfahren selbst hat noch keinerlei Ergebnisse im Sinne der Beschuldigung gebracht – aber dennoch behauptet Kodolitsch, daß die Kollegen Nicht-Mitglieder der Gewerkschaft sind. Man muß annehmen, daß der Ausschluß der Reichhold-Kollegen schon beschlossene Sache ist und die Herren Gewerkschaftsführer nur noch nach einer aalglatten juristischen Formulierung suchen. In diesem Sinne wurde auch von einigen Kollegen aus Wilhelmsburg argumentiert.

Die Versuche der Gewerkschaftsführer, die Sitzung noch vor Eröffnung zu schließen, haben anfänglich einige Verwirrung unter den Vertrauensleuten hervorgerufen, am Ende jedoch die Front der fortschrittlichen Gewerkschafter gegen die Disziplinierungs- und Spaltungsversuche der IG-Chemie-Führer gestärkt. Da diese Auseinandersetzung die undemokratischen Praktiken der Gewerkschaftsführer besonders gut entlarvt und ihre Mentalität von selbstherrlichen „kleinen Königen" zu Tage fördert, gehen wir hierauf etwas ausführlicher ein:

Als der VLK-Vorsitzende (HV) das Ansinnen des Herrn von Kodolitsch (Auflösung der Sitzung) laut verkündete, herrschte allensmann der HV fragte Kodolitsch: „Wer bist du überhaupt, ich hab dich hier noch nie gesehen!" (von Kodolitsch ist für den HV-Vertrauensleutekörper nicht zuständig. „Betreuer" der HV ist Hubertus Schmoldt, der es an diesem Tage vorgezogen hatte zu verreisen und von Kodolitsch die Dreckarbeit der Liquidierung einer in Wahrheit satzungsgemäßen, ihm aber sehr unbequemen Versammlung überlassen wollte).

P.H. von Kodolitsch lehnte sich betont lässig gegen den Rahmen der offenstehenden Tür, nahm seine aristokratische Pfeife aus dem Mund und meinte arrogant zum VLK-Vorsitzenden HV: *„Ich fordere dich hiermit öffentlich zum erstenmal auf, die Versammlung hier aufzulösen. Sie ist satzungswidrig. Wir sind nicht bereit, die Durchführung einer solchen Veranstaltung in unseren (!) Räumen zu dulden!"* Der VLK-Vorsitzende: *„Wo steht das in unserer Satzung? !"*

Kodolitsch: *„Keine Diskussion! Ich habe dich aufgefordert die Sitzung zu schließen. Die Verantwortung liegt bei dir!"*

Vertrauensmann der HV: **„Die Gewerkschaftssekretäre wollen uns also aus einem Raum rausschmeißen, den sie durch unsere Beiträge unterhalten!"**

Inzwischen hatte sich der IG-Chemie-Sekretär Harry Herrling, den man auf HV-Vertrauensleutesitzungen noch nie gesehen hatte, in den vollbesetzten Raum gedrängt. Er sagte: „Wir schmeißen hier keine HV-Vertrauensleute raus. Wer zum HV-Vertrauensleutekörper gehört, kann hier bleiben. Die anderen (also die offiziell geladenen Gäste) verlassen bitte den Raum!"

Dagegen protestierte ein Wilhelmsburger Kollege, der bisher eher auf Seiten von Kodolitsch gestanden hatte: *„Wenn das so ist"*, sagte er, *„dann können wir in Wilhelmsburg eine jahrelange Übung nicht mehr fortsetzen und unsere Kollegen aus Grasbrook und HV einladen. Danach wäre es also nicht mehr möglich, unsere Kollegen vom Mittelweg, Steindamm und vom Kreuzweg einzuladen mit denen wir im selben Betriebsrat sitzen."*

Einige Versammlungsteilnehmer waren noch unschlüssig, ob sie sich angesichts der massiven Obstruktionsversuche der Verwaltungsstelle setzen sollten. Ein Vertrauensmann der HV stand auf und zog sich an. Eine Vertrauensfrau aus Wilhelmsburg schickte sich ebenfalls an, der „freundlichen Aufforderung" der Herren von Kodolitsch und Herrling nachzukommen. Beide gelten als rechts stehende Vertrauensleute. In dem allgemeinen Gerede waren aber

Texaco-Grasbrook: Drei linke Vertrauensleute fertiggemacht

Am 2. Januar fand bei Texaco-Grasbrook die erste Vertrauenskörper-Sitzung im neuen Jahr statt. Diese Stizung war ein weiterer Höhepunkt der antikommunistischen Hetze der rechten Sozialdemokraten in der IG Chemie.

Der frühe Zeitpunkt – sofort nach Neujahr – und die Tagesordnung ließen schon erkennen, daß irgendetwas im Busche war. In der Tagesordnung hieß es im Punkt zwei; *„Die weitere Arbeit des Vertrauensleutekörpers a) Mitglieder im VLK b) Mitglieder der Tarifkommission."*

Vor allen Dingen zwei rechte Betriebsräte (Kuch und Kosiedowski) und der IG Chemie-Sekretär von Kodolitsch (bei Reichhold auch „Lügenbaron" genannt) erwiesen sich als üble antikommunistische Scharfmacher.

„Die Kommunisten wollen die Arbeiterschaft und die Gewerkschaft spalten." (Kosiedowski)

„Feige Heckenschützen, die sich hinter irgendwelchen Decknamen verstecken. In diesem VK sitzen auch welche. Man muß sie hier rausschmeißen." Kodolitsch rief dazwischen: *„Noch schlimmer Wilhelm, das hast du noch viel zu milde gesagt!"*

Kuch in seinem nächsten Beitrag: (er brüllte dabei, daß ihm die Adern raustraten): *„Das sind Kojoten, die solche Schmierblätter rausgeben. Man müßte sie stundenlang in den Arsch treten. Man muß sie nicht nur aus dem VK rausschmeißen, aus der Gewerkschaft und aus der Texaco müssen sie auch raus, die wollen doch nur Unruhe stiften. Sollen sie doch rüber in die DDR gehen."* Dann zeigte er auf drei Vertrauensleute.

Kodolitsch verlas einige Passagen aus dem „Programm" des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Er wollte damit „nachweisen", daß die Kommunisten angeblich die Arbeiter in gewaltsamen Auseinandersetzungen verheizen wollen.

Von Kodolitsch weiß, daß die drei angegriffenen Vertrauensleute nichts mit dem KBW zu tun haben und diese Gruppe darüberhinaus keinerlei Einfluß im Betrieb hat. Daß er dennoch gerade die Publikationen dieser Gruppe heranzieht, um die „eigentlichen Ziele" der angegriffenen Vertrauensleute zu „offenbaren" hat gewissermaßen System. Ähnlich wurden Jugendvertreter auf der Großwerft HDW (Hamburg) aufgefordert, sich von Schriften der „KPD/ML" und des KBW zu distanzieren. Zum einen versuchen sich die Gewerkschaftsführer die Zersplitterung der Linken zunutze zu machen und sie gegeneinander auszuspielen. (Im Sinne dieser Taktik fordern die rechten Gewerkschaftsführer häufig von Mitgliedern oder Sympathisanten einer bestimmten linken Organisation, sich von Publikationen anderer Gruppen öffentlich zu distanzieren.) Zum anderen versuchen sie, jede oppositionelle Strömung in der Gewerkschaft unter ihren Hut der „Extremisten-Erlasse" zu zwängen mit dem Ziel einer antikommunistisch-rechtssozialdemokratischen Ausrichtung des DGB.

Trotz der provokatorischen und schweinischen Angriffe der rechten Sozialdemokraten, versuchten die angegriffenen Kollegen sachlich darzulegen, welche Ziele sie in ihrer Gewerkschaftsarbeit und speziell im Vertrauenskörper verfolgten. Immer wieder wurde ihnen das Wort abgeschnitten, wurden sie unterbrochen durch erneute beleidigende Schimpfkanonaden der rechten Sozialdemokraten: sie demonstrierten, daß eine Auseinandersetzung um Ziele und Methoden der Gewerkschaftsarbeit bei Texaco für sie gar nicht zur Debatte standen. Sie wollten die linken Vertrauensleute nur abschießen und sie durch die persönlich beleidigenden Anwürfe zu bestimmten Aussagen provozieren. Insgesamt zeigte sich eine offen faschistische Mentalität bei diesen Herrschaften.

Kodolitsch vertrat auf der Sitzung zynisch die Meinung, daß er für seine unglaublich schweinischen Vorwürfe gegen die drei linken Vertrauensleute keine Beweise zu bringen brauchte. Daß auch bei diesem Punkt die rechte SPD-Clique um Kuch & Co. (Betriebsräte und Vertrauensleute) mitspielte, zeigt ihre ganze Charakterlosigkeit und die Tatsache, daß diesen Herrschaften im Kampf gegen Links wirklich jedes Mittel recht ist. Die Arbeiterlinke sollte das auf keinen Fall vergessen.

In Anspielung auf gerichtliche Schritte, die linke Vertrauensleute bei Reichhold gegen die IG Chemie-Führung mit vorläufigem Erfolg angestrengt hatten, pöbelte Kodolitsch: „Geht doch, wenn wir euch ausgeschlossen haben, dagegen vor – dann bekommt ihr eure Beweise!" Kosiedowski meinte, er hätte „von maßgeblichen Stellen erfahren", daß es sich bei den drei Vertrauensleuten um „Chaoten" handeln würde. Die sogenannten „maßgeblichen Stellen" mochte er zwar nicht ausdrücklich benennen, es ist aber dennoch zur Genüge bekannt, daß die Herren Gewerkschaftsführer bei ihrer Kommunistenjagd eng mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten.

Nach ca. 2 1/2 Stunden wüster Beschimpfung der rechten Sozialdemokraten kam es zur Abstimmung. Mit 12 : 5 wurden die drei Vertrauensleute aus dem VK ausgeschlossen. Im Fahrstuhl des Gewerkschaftshauses sagte Kuch dann (sich den Schweiß von der Stirn wischend): „Das hätten wir. Wir haben uns aber auch gut vorbereitet." – Das kann ohne weiteres bestätigt werden. Die Schmierenkomödie wurde ausgezeichnet und wie geplant durchgezogen. Der Regisseur Ph. von Kodolitsch hat wirklich Lob verdient. Vom Kapitalisten, versteht sich.

Die Ausschaltung von drei linken Vertrauensleuten bei Texaco-Grasbrook und besonders die äußeren Umstände dieses Coups reihen sich ein in die seit etwa einem Jahr heftig gesteigerte Kommunistenjagd in den Hamburger Betrieben, besonders der Chemie-Branche. Es steht zudem zu erwarten, daß die IG Chemie-Führer bei Texaco einen Plan haben, wie die Gewerkschaftslinke insgesamt auszuschalten ist: Der größte Hamburger Texaco-Betrieb, die Hauptverwaltung, ist im Bereich der aktiven Gewerkschafter eine Hochburg der Linken. Seit dem Streik 1971 ist der dominierende Einfluß der Sozialdemokraten zudem im Werk Wilhelmsburg zurückgegangen, eine durchaus nennenswerte linke Opposition konnte sich herausbilden. Im Grasbrooker Werk war die Linke – wie gesehen – bisher am schwächsten und der rechts-sozialdemokratischen Mehrheit hoffnungslos unterlegen. Entsprechend diesem Kräfteverhältnis schlug die Gewerkschaftsführung hier zuerst zu.

Die Gewerkschaftslinke aller Werke war in der Vergangenheit bemüht, die Zersplitterung des Betriebes in drei verschiedene Werke dadurch zu bekämpfen, daß sie für gemeinsame Vertrauensleute-Sitzungen eintrat. Hier wäre gemeinsamer Disput und Erfahrungsaustauch möglich gewesen. Die Gewerkschaftsführung stemmte sich von vorn herein dagegen, weil sie von einer offenen Diskussion zwischen allen drei Vertrauenskörpern einen weiteren Rückgang ihres kapitalhörigen Einflusses befürchtete. Sie konnte allerdings nichts gegen die sehr stichhaltigen Argumente für solche gemeinsamen Sitzungen einwenden. So kam es im Dezember letzten Jahres zu einer ersten gemeinsamen Tagung, auf der der anwesende Gewerkschaftssekretär von Kodolitsch kein Bein auf den Boden bekam.

Es ist also offenlichtlich: die Gewerkschaftsführer haben fürs neue Jahr ihre Taktik grundlegend geändert. Sie schreiten zur offenen und rücksichtslosen Liquidierung der Linken, bemühen sich dabei nicht einmal mehr um ihr „soziales" Image, daß dabei arg ramponiert werden kann. Es muß davon ausgegangen werden, daß der nächste Schlag dieser Art schon vorbereitet ist und im Wilhelmsburger Werk durchgeführt wird. Bei Gelingen wäre eine Situation entstanden, in der die Gewerkschaftsführer die linken Vertrauensleute in der Hauptverwaltung isoliert hätten, was eins ihrer Nahziele ist. Diese Politik ist die Vorbereitung der Gewerkschaftsführung auf die ins Haus stehende Krise: Entwaffnung der Arbeiterklasse!

Die Gewerkschaftslinke darf nicht resignieren, wenn die Gewerkschaftsführer mit offener bürokratischer Gewalt gegen sie vorgehen, alle „demokratischen Spielregeln" fallenlassen usw. Neue Wege und Formen fortschrittlicher Gewerkschaftsarbeit müssen (und können!) gefunden werden. Die Arbeit der Reichhold-Linken im letzten Jahr beweist dies! ■

4.1.74

Betriebszelle Texaco, KB/Gruppe Hamburg

Forts. Reichhold-Texaco
und einberufen worden ist."
die nicht mehr Mitglied unserer Ge-
Nachtrag:
nach kurzer Bedenkzeit ab.
Der rechte SPD-Betriebsrat – der

Nachtrag:

Wenige Tage nach Fertigstellung dieses Artikels wurde einem der „gemaßregelten" linken Vertrauensleute von der Texaco-Geschäftsleitung fristgemäß gekündigt. Dieser Akt zeigt noch einmal schlaglichtartig die intensive Zusammenarbeit zwischen Kapital und rechter Sozialdemokratie im Kampf gegen die Arbeiterlinke und zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Die Geschäftsleitung „begründete" die Kündigung mit „häufigen Fehlzeiten" des Kollegen. (Sie spielte damit auf einen Betriebsunfall und eine Krankheit des Kollegen im letzten Jahr an.)

Auf die politische Einstellung des linken Kollegen anspielend, bemerkte Personalchef Geistert süffisant: *„Auch in einem anderen Gesellschaftssystem müssen Sie arbeiten, auch wenn Sie offenbar wenig Lust dazu haben."* Dann folgte ein Erpressungsversuch: Um ein arbeitsrechtliches Nachspiel zu umgehen, forderte Geistert den Kollegen auf, „freiwillig" selbst zu kündigen. In diesem Fall brauche er das Weihnachtsgeld nicht zurückzuzahlen. – Der Kollege lehnte nach kurzer Bedenkzeit ab.

Der rechte SPD-Betriebsrat – der wenige Tage zuvor den Ausschluß des Kollegen aus dem Vertrauenskörper betrieb – beeilte sich, der Kündigung der Geschäftsleitung zuzustimmen und deren „Begründung" für *„ausreichend"* und *„einsichtig"* zu erklären.

Bei einem Gespräch zwischen dem angegriffenen linken Kollegen und einem rechten SPD-Betriebsrat (Kosidowski) lehnte letzterer im Namen des Betriebsrats eine Rechtsvertretung des gekündigten Kollegen ab (natürlich!). Stattdessen beschimpfte er ihn als „Chaoten", dem man möglichst schnell „das Handwerk legen" müsse.

Dies wird allerdings nicht an der Tatsache eines arbeitsrechtlichen Nachspiels ändern. Der fortschrittliche Betriebsratsvorsitzende der Texaco-Hauptverwaltung (Kollege Kynast) wird die Rechtsvertretung für den Kollegen übernehmen. Wir werden vom Ergebnis dieses Prozesses berichten. ■

9.1.74

Betriebszelle Texaco, KB/Gruppe Hamburg

Forts. Reichhold-Texaco

auch Rufe zu hören, der VLK-Vorsitzende solle endlich zur Tagesordnung übergehen. Andere wiederum verlangten nach einem anderen Raum, den man in den Restaurants des Gewerkschaftshauses oder sonst wo noch schnell mieten könne.

„Einen anderen Raum?", fragte eine Vertrauensfrau der HV, *„und womöglich noch außerhalb des Gewerkschaftshauses? Seid ihr verrückt geworden? Denkt doch mal nach! Würden wir uns irgendwo in einem anderen Raum wiedertreffen, so hätten die Gewerkschaftsführer uns dort, wo sie uns haben wollen, nämlich im Sack einer außergewerkschaftlichen Veranstaltung. Ihr kennt doch das von Reichhold!"*

„Richtig", sagte ein anderer Vertrauensmann, **„da gibts nur eins: hierzubleiben und die Versammlung so durchzuziehen, wie sie geplant und einberufen worden ist."**

„Ich meine das auch", sagte der VLK-Vorsitzende, „die Sitzung muß so durchgeführt werden, wie sie geplant worden ist."

„Das kannst du aber nicht allein entscheiden!" sagte der Vertrauensmann, der aufgestanden war und sich angezogen hatte.

Der VLK-Vorsitzende: „Dann laß ich eben abstimmen!"

„Es geht hier nicht um Abstimmung oder nicht Abstimmung", warf P.H. von Kodolitsch dazwischen. Dann versuchte er wieder, den VLK-Vorsitzenden unter Druck zu setzen: **„Ich wiederhole, die Verantwortung liegt bei dir** (beim VLK-Vorsitzenden), **du bist hier Vorsitzender und hast von uns das Hausrecht erhalten für eine gewerkschaftliche Veranstaltung, nicht für eine nicht-satzungsgemäße Versammlung wie diese hier. Ich wiederhole: die Sitzung ist satzungswidrig, weil Leute an ihr teilnehmen, die nicht mehr Mitglied unserer Gewerkschaft sind."**

„Wieso", erkundigte sich ein Vertrauensmann der HV, „sind die Kollegen denn schon ausgeschlossen?"

P.H. von Kodolitsch: „Nein, aber ihre Rechte ruhen, guckt mal in die Satzung."

Ein HV-Vertrauensmann: *„Was ist denn mit den einstweiligen Verfügungen? Danach dürft ihr ihnen die Rechte ja nicht beschneiden."*

P.H. von Kodolitsch: **„Keine Diskussion! Ich fordere euch noch einmal auf, den Raum zu verlassen!"**

Jetzt erhob sich massiver Protest: „Es war ein Antrag auf Abstimmung gestellt worden!" Wieder andere riefen: „Laßt uns endlich abstimmen!"

Fast alle Vertrauensleute sprachen sich für sofortige Durchführung der Sitzung aus, einer (derjenige der sich angezogen hatte) war dagegen, eine Vertrauensfrau enthielt sich der Stimme.

P.H. von Kodolitsch: **„Das hab ich auch nicht anders erwartet. Ihr scheint ja überhaupt nicht mehr zu merken, wohin ihr gesteuert werdet. Ich fordere euch zum letzten Mal auf, verlaßt den Raum!"**

Ein Vertrauensmann der HV: *„Hört nicht auf ihn, Jetzt lassen wir uns auf keine ‚Diskussion' mehr ein!"*

P.H. von Kodolitsch: **„Ich fordere jetzt zum letzten Mal auf: Wer keinen Hausfriedensbruch (!) begehen will, der verlasse den Raum!"**

Eine handvoll rechtsstehender Vertrauensleute der HV und aus Wilhelmsburg verließen eingeschüchtert nacheinander den Sitzungsraum.

Der Hinweis auf „Hausfriedensbruch" war von von Kodolitsch durchaus nicht als leere Drohung zu verstehen, was auch den versammelten Vertrauensleuten klar war. Wie sich später herausstellte, beabsichtigte von Kodolitsch eigentlich, die Sitzung durch Polizeieinsatz auflösen zu lassen. Dazu wollte er sich höhererseits (beim Bezirksvorstand) telefonisch absichern. Offenbar riet man ihm allerdings, die Finger davon zu lassen.

Nachdem die Störenfriede (die Gewerkschaftssekretäre von Kodolitsch und Herrling) den Raum verlassen hatten, entwickelte sich unter den Kollegen eine ausgezeichnete und demokratische Diskussion über die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung und wie ein Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie dagegen geführt werden kann und muß. Die versammelten Vertrauensleute bekundeten ihre Solidarität mit den angegriffenen linken Gewerkschaftern bei Reichhold und Texaco-Grasbrook. Für den gekündigten Kollegen im Mineralölwerk Grasbrook wurden 120,– DM gesammelt, als finanzielle Unterstützung für zu erwartende Prozeß-Ausgaben.

Resolution zu den Vorgängen im Vertrauensleutekörper im Texaco Mineralölwerk und im ehemaligen Vertrauensleutekörper der IG Chemie bei der Reichhold Albert Chemie AG

Nach der Auflösung des Vertrauensleutekörpers der IG Chemie bei der Reichhold Albert Chemie AG ist der Verwaltungsstellenvorstand dazu übergegangen, mit fadenscheinigen Begründungen einen Ausschlußantrag gegen 13 Kollegen des ehemaligen Vertrauensleutekörpers in der Reichhold Albert Chemie zu stellen. Dieser Vorgang muß im Zusammenhang gesehen werden mit den offenbar ebenfalls durch eine Initiative des Verwaltungsstellenvorstandes auf Antrag eines Betriebsratsmitgliedes erfolgten Ausschlüssen dreier Kollegen aus dem Vertrauensleutekörper der IG Chemie im Texaco Mineralölwerk Grasbrook und mit ähnlichen Vorgängen in anderen Betrieben.

Im Fall Grasbrook hat sich gezeigt, daß es den Initiatoren der Ausschlüsse nicht nur darum geht, kritische Kollegen aus den Vertrauensleutekörpern und den Gewerkschaften zu entfernen, sondern auch darum, sie um ihren Arbeitsplatz und damit um ihre Existenz zu bringen. Einem der drei betroffenen Kollegen ist bereits gekündigt worden.

Der Vertrauensleutekörper der IG Chemie in der Hauptverwaltung der Deutschen Texaco Aktiengesellschaft hat die Vorgänge bei Reichhold und in Grasbrook ausführlich diskutiert und stellt dazu folgendes fest:

Sowohl bei Reichhold, im Grasbrook als auch in anderen Betrieben wird den Ausgeschlossenen Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen und Mitarbeit an deren Zeitungen vorgeworfen. Der Verwaltungsstellenvorstand, einige mit ihm in der Ausschlußpolitik zusammenarbeitende Betriebsräte und Vertrauensleute halten diese Zeitungen für gewerkschaftsfeindliche Publikationen.

Wir erklären hier, daß diese Ansicht richtig ist, soweit es sich um Veröffentlichungen handelt, die sich gegen den Gewerkschaftsgedanken und gegen die freie Meinungsäußerung innerhalb der Gewerkschaften richten. Soweit es sich jedoch um Veröffentlichungen handelt, die permanent gewerkschaftsfeindliches Verhalten kritisieren und dabei prinzipielle gesellschaftspolitische Positionen zugunsten der Arbeiter

- 2 -

und Angestellten beziehen, ist die Ansicht des Verwaltungsstellenvorstandes offensichtlich falsch.
Wenn in Publikationen jeglicher Art etwas richtiges gesagt wird, so sollte jeder Gewerkschafter dieses in der Belegschaft diskutieren. Wird in den Veröffentlichungen etwas falsches gesagt, so ist dies selbstverständlich zu kritisieren. Wenn nötig durch öffentliche Stellungnahmen.

Eine solche breite Diskussion klärt die Fronten in der ständigen Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits und den Unternehmern andererseits. Eine solche Klärung ist für die Arbeiter und Angestellten lebenswichtig. Sie wird daher von uns unterstützt.

Wir unterstützen insbesondere Veröffentlichungen, die den Arbeitern und Angestellten ein realistisches Bild über die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Widersprüche und der Arbeiterbewegung vermitteln.

Die Verantwortlichen der Ausschlußpolitik jedoch scheuen eine solche öffentliche Auseinandersetzung, weil ihnen offenbar Argumente fehlen. Anders ist es nicht zu erklären, daß sie gegen alle Kollegen demagogisch und disziplinarisch vorgehen, von denen sie auch nur vermuten, daß sie hinter den von ihnen als gewerkschaftsfeindlich bezeichneten Publikationen stehen. Dabei erklären die Initiatoren der Ausschlußpolitik nicht den Begriff der Gewerkschaftsfeindlichkeit, auch unterlassen sie eine konkrete Beweisführung. Dadurch verletzen sie die einfachsten demokratischen Regeln, auf die sie sich ständig selbst berufen.

Wir meinen, daß diese Einstellung und diese Vorgehensweise den Interessen der Arbeiter und Angestellten schaden. Lachende Dritte sind die Unternehmer, die ein Interesse daran haben, daß die aktivsten Kollegen aus den Belegschaften der Betriebe entfernt werden - insbesondere in Zeiten heraufziehender Krisen.

Wir erklären uns mit den verfolgten Kollegen solidarisch.

Die Resolution wurde auf der Vertrauensleute-Sitzung der Texaco-Hauptverwaltung im Hamburger Gewerkschaftshaus am 8.1.74 einmütig angenommen.

Vertrauensleute-Sitzung Texaco-Wilhelmsburg

Auf der Vertrauenskörpersitzung im Texaco-Werk Wilhelmsburg am 10. Jan. standen die Vorgänge in Grasbrook im Mittelpunkt der Diskussion. Eingeleitet wurde diese durch einen sehr ausführlichen Bericht der Diskussion vom 8.1. (Vertrauensleutesitzung HV), der vom VLK-Leiter

Forts. Seite 19

Politische Entlassungen in der westdeutschen Metallindustrie

Die spontanen Streiks gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, gegen Lohnraub und gesteigerte Arbeitshetze, für mehr Lohn, Teuerungszulagen und bessere Arbeitsbedingungen, haben in diesem Jahr wieder zugenommen. Zentrum der Auseinandersetzungen war die Metallindustrie, in der sich weit über 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an spontanen Streiks beteiligten.

Der Aufschwung der spontanen Streiks verschärfte aber auch den Kurs der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse, wobei sie nahezu alle ihnen zur Verfügung stehenden Register zogen, um die Arbeitskämpfe zu unterdrücken. Wir sind im ARBEITERKAMPF wiederholt hierauf eingegangen und haben dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Enthüllung der militärischen Aufrüstung der Bourgeoisie zur Zerschlagung von Arbeitskämpfen gelegt: den Ausbau des Bundesgrenzschutz, die Umrüstung von Polizeieinheiten zu Bürgerkriegstruppen, die ersten Einsätze im größeren Maße in den Streiks des Spätsommers (Ford, Rheinstahl u.a.), wobei es vorerst noch nicht zum Einsatz von Schußwaffen kam.

Doch noch eine andere Waffe setzt die Bourgeoisie in diesem Jahr verstärkt ein: **Politische Entlassungen in den Betrieben.**

Das taktische Vorgehen der Kapitalisten ist dabei unterschiedlich. In vielen Fällen dienten fristlose Kündigungen – zumeist Massenentlassungen – zur Einschüchterung der Belegschaften und wurden nach einiger Zeit wieder rückgägnig gemacht.

Massenentlassungen aufgrund der Teilnahme an spontanen Streiks wurden besonders dort schleunigst durchgeführt, wo die Arbeiter in den vorangegangenen Kämpfen Niederlagen erlitten hatten: bei Ford, Rheinstahl, Pierburg z.B. Besonders betroffen

angegangenen Kämpfen Niederlagen erlitten hatten: bei Ford, Rheinstahl, Pierburg z.B. Besonders betroffen

sind vor allem ausländische Kolleginnen und Kollegen.

In einigen Fällen legten es die Kapitalisten auf direkte Machtproben mit der Belegschaft an. Beispielhaft hierfür ist das Vorgehen bei den Bremer Klöckner-Werken, in der Duisburger Mannesmann-AG und den Dortmunder Hoesch-Werken. Alles kampfstarke Stahlbetriebe, in denen die Auseinandersetzungen um eine konsequente Klassenpolitik in den Gewerkschaften und den Gremien im Betrieb schon seit Jahren ein relativ hohes Niveau haben und in denen Kommunisten einen verhältnismäßig großen Einfluß in der Belegschaft haben.

Hier geht es den Kapitalisten vor allem darum, den „harten Kern" zu zerschlagen und aus dem Betrieb zu entfernen. Die gewonnenen Erfahrungen und die in den Auseinandersetzungen gewonnenen politischen Erkenntnisse – beispielhaft erkennbar an der Auseinandersetzung bei Mannesmann mit den Sozialdemokraten – sollen langfristig zerschlagen werden, um die Ruhe im Betrieb für die Zukunft sicherzustellen.

Wir haben im folgenden der Entwicklung in den Duisburger Mannesmann-Werken, besonders der Entwicklung dieses Jahres, breiten Raum eingeräumt. Wir sind zwar nicht in der Lage, eine genaue Analyse des Bewußtseins der Mannesmann-Arbeiter zu geben, wir meinen aber, daß die hier geschilderten Fakten die Entwicklung der Auseinandersetzung in der Belegschaft widerspiegeln. **Sie geben aber vor allem auch die gesteigerte Härte im Vorgehen der Kapitalisten wieder, die zu kennen für jeden fortschrittlichen Arbeiter wichtig ist, damit in den Betrieben illusionslos Politik gemacht wird und man sich auf solche Zusammenstöße vorbereitet.**

Noch einiges zur kapitalistischen Klassenjustiz: die von den Kapitalisten durchgeführten Entlassungen werden von ihr allemal gestützt, darüber sollten auch durchaus noch mögliche „fortschrittliche Urteile" einzelner Arbeitsgerichte nicht hinwegtäuschen. Insgesamt rechtfertigt die Klassenjustiz so ein Vorgehen, da nach herrschender Rechtssprechung sogenannte „wilde" Streiks – Streiks, die außerhalb der „Friedenspflicht" und ohne Absegnung der Gewerkschaftsführer stattfinden – immer „illegal" sind! Trotzdem ist es wichtig festzuhalten, daß im Zusammenhang mit den spontanen Streiks in diesem Jahr wiederum verstärkt versucht wird, das Streikrecht der Arbeiterklasse noch weiter einzuschränken. Beleg hierfür sind die Urteile von Arbeitsgerichten gegen 59 Mannesmann-Arbeiter, denen unter Androhung von Haft das Betreten des Werksgeländes untersagt wurde (konkreter dazu im Teil über Mannesmann) und die Rechtfertigung der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden der Klöckner Werke – dazu später noch.

Klöckner Werke – Bremen

Seit Jahren versucht die Konzernleitung der Bremer Klöckner-Hütte,

Seit Jahren versucht die Konzernleitung der Bremer Klöckner-Hütte, fortschrittliche Arbeiter und Kommunisten aus dem Betrieb zu entfernen. 1968 feuerte sie den damaligen Betriebsratsvorsitzenden Schütter, Sympathisant der „Gruppe Arbeiterpolitik"; 1970 wurde diese Entlassung vom Bundesarbeitsgericht bestätigt. In der Zwischenzeit war Schütter nicht im Betrieb. 1969 unterstützte die Bremer Gewerkschaftsführung das Vorgehen der Konzernbosse, indem sie versuchte, Schütter und eine Reihe weiterer „unbequemer" Gewerkschafter durch das Aufstellen einer manipulierten IGM-Liste aus dem Betriebsrat zu drängen. Der Versuch scheiterte: Schütter und 41 weitere Kollegen – alle IGM-Mitglieder – gewannen die Betriebsratswahlen auf zwei eigenen Listen mit großer Mehrheit. Schütter blieb bis zum Urteil des Arbeitsgerichtes Vorsitzender des Betriebsrats.



Vor dem Werkstor von Klöckner im Juni 1973

Ein dreiviertel Jahr später wurde Schütter wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens (Aufstellung eigener Listen) aus der IGM ausgeschlossen, zwei Betriebsratsmitglieder wurden mit einem Funktionsentzug von drei Jahren abgeurteilt, vier weitere erhielten einen Funktionsentzug von ein bis zwei Jahren.

Damit gab es aber noch keine Ruhe auf der Hütte:

Den Streik von über 200 Kranfahrern beantwortete die Hüttenleitung im Sommer 1972 mit der Entlassung von 113 Kranfahrern. Erst nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat wurden die Kündigungen zurückgezogen.

Juni 1973: Während des nach drei Tagen zusammengebrochenen Streiks von 6.000 Klöckner-Arbeitern werzwei Vertrauensleute (angeblich Sympathisanten des KBW) als „Rädelsführer" entlassen. **Am 5.9. schlagen die Kapitalisten wieder zu – der Betriebsratsvorsitzende Heinz Röpke, Mitglied der DKP, wird entlassen.**



Nach der Verhaftung von 12 Arbeitern durch die Schlägerbullen entließen die Kapitalisten bei Rheinstahl in Bielefeld 18 Arbeiter

Nach der Verhaftung von 12 Arbeitern durch die Schlägerbullen entließen die Kapitalisten bei Rheinstahl in Bielefeld 18 Arbeiter

Unmittelbarer Anlaß hierfür ist die Denunziation durch ein Mitglied der sozialdemokratischen Betriebsgruppe, Kintrup, der auf einer Betriebsversammlung den Betriebsratsvorsitzenden Röpke „beschuldigt", den „wilden" Streik im Juni unterstützt zu haben. Kintrup zitiert dort vor den Kapitalisten eine angebliche Äußerung Röpkes, die dieser vor Vertrauensleuten gemacht haben soll: „Ich selbst (Röpke) habe während des Streiks im Juni 1973 18 Streikposten herangekarrt, als ich merkte, daß der Streik zusammenbrach."

Nachdem der Betriebsrat einstimmig die Entlassung ablehnte, bemühte die Werksleitung das Arbeitsgericht.

Das Arbeitsgericht sprach Anfang Dezember „Recht":

Die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden durch die Werksleitung ist zurecht erfolgt.

Als Grundlage wurde die Aussage Kintrups genommen!

Das Arbeitsgericht ging aber noch weiter: es tadelte die 29 Betriebsratsmitglieder, da sie der Entlassung nicht zugestimmt hatten!!

Ganz offensichtlich reiht sich auch folgendes Ereignis in die Zerschlagung der fortschrittlichen Politik bei Klöckner ein: die Tarifkommission bei Klöckner wird Ende November von der IG Metall-Führung aufgelöst und in die Tarifkommission Eisen und Stahl eingegliedert (genaueres ist uns noch nicht bekannt). Noch im letzten Jahr hatte die Klöckner-Tarifkommission gegen den 11 %-Willen der IGM-Führer eine 16 %-Forderung aufgestellt.



Rücksichtslos entließen die Ford-Kapitalisten mindestens 140 der am Streik beteiligten Arbeiter

8. Februar – 10. Februar:

20.000 Arbeiter der Dortmunder Hoesch-Werke treten für ihre Forderung nach 14 Pfennig mehr Lohn in den Streik.

10 Tage später entläßt die Konzern-Leitung acht Arbeiter, darunter zwei Betriebsräte und drei Vertrauensleute.

Erst nach dem spontanen Anwachsen der Solidaritätsbewegung und einer in Dortmund angekündigten Solidaritätsdemonstration werden die Entlassungen nach vier Tagen zurückgenommen.

24. Mai – 29. Mai:

Mehr als 2.000 Arbeiter bei John Deere in Mannheim streiken für 70 Pfennig mehr Lohn.

14 Arbeiter werden entlassen, darunter acht Vertrauensleute und zwei Jugendvertreter.

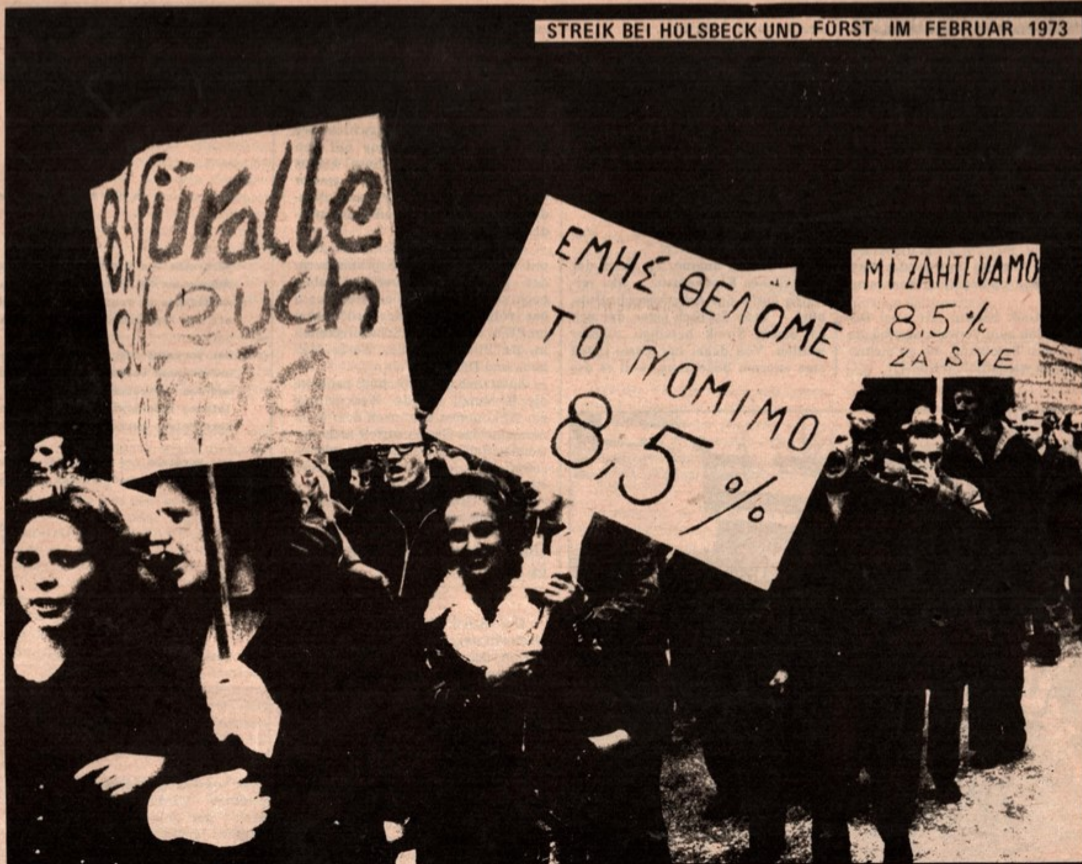
13. August – 17. August:

2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Pierburg AG in Neuß fordern eine Mark mehr für alle.

32 Arbeiterinnen erhalten Zutrittsverbot zum Werk und werden später wegen „Kontakt zu betriebsfremden Gruppen" entlassen.

➜

Forts. Politische Entlassungen



22. August – 27. August:

19.000 Opel-Arbeiter in Bochum fordern eine Teuerungszulage.

Ein Tag nach dem Streik werden zwei Arbeiter entlassen, eine Woche später folgen drei weitere. Insgesamt sind bisher sieben Arbeiter aufgrund des Streiks entlassen. Darunter zwei Vertrauensleute.

22. August – 3. September:

1.600 Arbeiter im Rheinstahl-Werk in Bielefeld/Brackwede streiken für eine Teuerungszulage, später 60 Pfennig mehr Lohn.

Nachdem zunächst zwölf Kollegen verhaftet wurden, sind jetzt 18 Rheinstahl-Arbeiter, vor allem ausländische Kollegen, entlassen.

24. August – 30. August:

Die Arbeiter von Klöckner-Draht in Düsseldorf fordern: eine Mark mehr für alle.

13 Arbeiter werden entlassen. Die Entlassungen werden nach dem Streik zurückgenommen.

24. August – 30. August:

30.000 Ford-Arbeiter in Köln stehen im Kampf für eine Teuerungszulage.

Am Streikende wurden etwa 30 Kollegen verhaftet.

Etwa 140 Arbeiter (die genaue Zahl ist nicht bekannt) wurden aufgrund des Streiks entlassen, darunter die gesamte Streikleitung. Die meisten der Entlassenen sind Türken, von denen vielen die Ausweisung droht – was oft gleichbedeutend ist
droht – was oft gleichbedeutend ist
mit Kerker und Folter, die sie in der Türkei erwarten.

300 - 500 türkische Arbeiter, die schon vor dem Streik entlassen wurden, sind nicht wieder eingestellt worden, wie es im Streik gefordert wurde.

24. August – 31. August:

1.600 Arbeiter bei Valvo in Aachen stellen ihre Forderung nach einer Teuerungszulage auf.

Mehrere Arbeiter erhalten Hausverbot; drei von ihnen werden entlassen, darunter ein VK-Leitungsmitglied und Streikführer.



Vor dem Eingang des Profilwalzwerkes im März: Hier kam keiner durch !

4. September:

Das Betriebsratsmitglied Günter G. von Hanomag Henschel in Bremen wird fristlos entlassen. G. ist ehemaliger Vertrauensmann und Betriebsrat von Rheinstahl in Brackwede. Als die Kollegen dort streikten, schickte er folgendes Solidaritätsschreiben:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Euch bei Eurem berechtigten Kampf um die Durchsetzung Eurer Forderung viel Erfolg. In Gedanken bin ich an Eurer Seite.

Mit solidarischen Grüßen
Günter G., Betriebsratsmitglied
Hanomag Henschel Bremen."

Dieses Telegramm nahm die Werksleitung zum Vorwand, G. zu feuern. Er habe sich angemaßt, im Namen des gesamten Betriebsrates zu unterschreiben (obwohl aus dem Telegramm eindeutig hervorgeht, daß er als Mitglied des Betriebsrats schreibt!) Außerdem habe er mit seinem Telegramm die Zahlung von Kurzarbeitergeld durch das Arbeitsamt an die Hanomag-Arbeiter gefährdet.

(In Bremen wurde als Folge des Streiks bei Rheinstahl ein Tag kurzgearbeitet. Als G. das Telegramm abschickte, war die Kurzarbeit überhaupt nicht absehbar!!)

Diese Liste ist sicher nicht vollständig, sie gibt aber in etwa das Ausmaß des Vorgehens der Kapitalisten wieder, mit politischen Entlassungen die spontane Arbeiterbewegung ihrer Führer zu berauben und sie zu lähmen.

Es zeigt sich, daß in den meisten Fällen die Arbeiter gegen dieses Vorgehen nicht gerüstet sind – d.h. es fehlt die Kraft, vielfach auch noch die Bereitschaft, diesen Maßnahmen entgegenzutreten. Zumal die Kapitalisten taktisch geschickt die Zeitpunkte für Entlassungen dann wählen, wenn in den Belegschaften „die Luft raus ist."

Es gilt, verstärkt dieses Vorgehen der Bourgeoisie klarzumachen und Solidarität mit allen entlassenen Kollegen zu üben!

Die Entlassung einzelner ist immer ein Schlag gegen die gesamte Belegschaft.

Mannesmann

Mannesmann Hüttenwerke in Duisburg. 10.000 Stahlarbeiter malochen hier Tag für Tag, selbst am Sonnabend und Sonntag ist im Werk Hochbetrieb.

Zweimal erregten die Arbeiter des Stahlwerkes in diesem Jahr die Aufmerksamkeit:

Zum erstenmal im Februar/März, als 450 Arbeiter im Profilwalzwerk nach einem neuntägigen, erbittert geführten Streik dem Werksvorstand weitreichende Zugeständnisse abringen konnten.

Zum zweitenmal im Oktober/November, als nach dem Streik von 3.000 Arbeitern der Werksvorstand mit massiven Mitteln auf lange Sicht versucht, die Kampfkraft der Stahlwerker zu brechen:

22 Kollegen werden entlassen.

Septemberstreiks 1969:

Am 5. September 1969 greifen die spontanen Streikaktionen auch auf das Mannesmann-Werk in Duisburg-Huckingen über. Ein Demonstrationszug der Arbeiter im Profilwalzwerk zum Verwaltungsgebäude macht den Anfang. Bis zum Mittag steht das ganze Werk im Vollstreik. Die Werkstore werden besetzt und hier werden auch die Streikversammlungen abgehalten.

Am nächsten Tag reagiert die Werksleitung mit einer Aussperrung aller Arbeiter. Die Werkstore bleiben aber weiterhin besetzt. Am selben Tag demonstrieren 3.000 Mannesmann-Arbeiter für ihre 50 Pfennig-Forderung durch die Duisburger Innenstadt.

Am dritten Tag wird der Streik abgebrochen, nachdem der Betriebsrat im Alleingang dem Angebot der Unternehmensleitung zugestimmt hat: 50 DM mehr als Vorschuß auf den anstehenden Tarifabschluß. Die Streikzeit wird bezahlt.

Erstmals tauchte in diesem Streik im Profilwalzwerk die Forderung nach einem einheitlichen Grundlohn auf der Basis von 100 % auf (Lohngruppe 10) – eine Forderung, die in den Auseinandersetzungen dieses Jahres immer wieder in den Mittelpunkt rückte. 1969 wurde in dieser Abteilung des Werks offiziell der Akkord abgeschafft; dafür wurde die analytische Arbeitsplatzbewertung eingeführt – ein Punktsystem, das – wie die Praxis zeigte – auf längere Sicht zu niedrigeren Löhnen im Profilwalzwerk führte und darüber hinaus eine enorme Lohnspaltung zur Folge hatte. Der Unterschied zwischen der untersten und der obersten Lohngruppe beträgt nahezu 3,50 DM (von 77,5% - 125%), dazwischen liegen verschiedene Lohnstufen mit einer Differenz von jeweils 18 Pfennig.

90% der Kollegen wurden in der Gruppe 77,5% - 100% bezahlt.

Mit Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung wurden Leistungsmessungen vorgenommen, gleichzeitig wurden Planungen zur Rationalisierung des Arbeitsablaufs getroffen. Mittlerweile sind 40 Arbeiter rausrationalisiert, die Arbeitsabläufe vereinfacht – der Produktionsausstoß an gewalztem Material aber ist seit 1969 um 90% gestiegen, von 57.000 Tonnen monatlich auf jetzt 108.000 Tonnen. Die Leistungsmessung aber ist die alte geblieben, so daß trotz dreimaliger Lohnerhöhung der größte Teil der Kollegen weniger Lohn hat als 1969.

Die Tarifrunde 72/73

Vertreter der Eisen- und Stahlbetriebe Duisburgs, unter ihnen Mannesmann-Arbeiter, stellen ihre Forderungen auf: 120 - 150 DM linear. Die später aufgestellte 11%-Forderung der IGM-Führung findet starke Ablehnung. In der Urabstimmung am 20.12.72 stimmen weit über 90% der Mannesmannarbeiter für einen Streik.

Der Protest gegen das 8,5%-Ergebnis dieser Tarifrunde äußert sich dann in der 2. Urabstimmung im Januar: Mehr als 80% der Duisburger Arbeiter stimmten gegen das Ergebnis.

Der Ausgang der Tarifrunde 72/73 hat großen Einfluß auf die weiteren in diesem Jahr folgenden Auseinandersetzungen, die in den meisten Fällen abteilungsmäßig geführt wurden. Auch das ist ein Ergebnis der Lohnpolitik der Kapitalisten, die es durch unterschiedliche Lohnsysteme in den einzelnen Abteilungen schaffen, eine Solidarisierung mit den in einer Abteilung aufgestellten Forderungen zu erschweren.

Noch im Januar, kurz nach dem Tarifabschluß, treten mehrere hundert Arbeiter der Verkehrsbetriebe gegen die unterschiedlichen Lohnzahlungen in den Streik, die z.B. in diesen Abteilungen Differenzen bis zu 1,18 DM ausmachen. Der Streik wurde nach zehn Stunden abgebrochen, nachdem eine Überprüfung zugesagt worden war.

Der 9-Tage-Streik der Profilwalzwerker

Am 28. Februar beginnt der neuntägige Streik der Arbeiter im Profilwalzwerk (PWW), an dem sich 450 der 690 Arbeiter dieser Abteilung beteiligen. Die Forderung lautete:

100% Mindestlohn – Mindesteinstufung auf Lohngruppe 10.

Nach neun Tagen waren die Forderungen zu einem großen Teil erfüllt:

- **es gab eine Reihe von Höhereinstufungen, so daß die meisten Walzwerker jetzt mindestens in Lohngruppe 9 eingestuft sind.**
- **diese Regelung tritt rückwirkend ab 1. Juni 1972 inkraft, was den Verdienstausfall während der Streikzeit wettmacht.**
- **Öffnung der Produktivitätsprä-**

»

Forts. Politische Entlassungen

mie, was 19 - 35 Pfennig ausmacht.

- **Verhandlung mit dem Betriebsrat um eine Prämienöffnung für das gesamte Hüttenwerk.**

Vorausgegangen waren diesem Abschluß harte Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Werksleitung, in deren Verlauf die Kapitalisten eine Reihe von Erpressungen, Drohungen und Schikanen gegen die Arbeiter losließen. In deren Verlauf aber vor allem die Arbeiter diese Angriffe mit großer Entschlossenheit und Militanz beantworteten.

Der Streik begann mit einer Demonstration zum Verwaltungsgebäude und dessen Besetzung, die an mehreren Tagen wiederholt wurde.

Mehrfach kam es zu Solidaritätsstreiks im Hüttenwerk, obwohl die Unternehmensleitung alles daran setzte, die Solidarisierung weiterer Abteilungen zu verhindern.

- **am 2. März streiken 400 Arbeiter in der Hauptwerkstatt,** am selben Tag streikt das für das ganze Werk äußerst wichtige Blasstahlwerk 1 für mehrere Stunden, dann bricht der Streik in dieser Abteilung zusammen.
- **am 4. März:** zweistündiger Solidaritätsstreik in den Verkehrsbetrieben.

Zu keiner Zeit allerdings bestand

Zu keiner Zeit allerdings bestand
die Aussicht, der Streik könnte auf das ganze Hüttenwerk übergreifen. Trotzdem kam es immer wieder zu Solidaritätserklärungen anderer Abteilungen. Mit Geldsammlungen wurden die Streikenden im PWW unterstützt.

Der Versuch der Werksleitung, gedungene Groschenjungs als Streikbrecher einzusetzen, mißlang ebenso wie der Einsatz von Spitzeln und Provokateuren, die gezielt Gerüchte ausstreuten.

Auch die schriftlichen Drohungen sowie das Entsenden von Werkschutz und Feuerwehr(!) in der Nacht (!!) zu den Familien der Streikenden führten nicht zum Abbruch des Streiks im PWW. Zwar wurden hierdurch den Streikenden immer wieder neue Belastungsproben gestellt, sie hielten, außer in wenigen Einzelfällen, jedoch solidarisch durch.

Auch die Aussperrung der Profilwalzwerker am 4. Tag reichte nicht zum Weichmachen. Ein neuer Höhepunkt war der Versuch der Unternehmensleitung am 6. Tag, die Produktion wieder anlaufen zu lassen: Meister, Assis und einige Streikbrecher hatten die Arbeitsplätze im PWW eingenommen. Da besetzten 60 Arbeiter die Rollgänge und verhinderten das Anlaufen der Produktion. Die Besetzung hielt bis zum Streikende an:

Fast alle Streikenden befinden sich im „Dienst", einige belagern das Verwaltungsgebäude, einige halten die Rollgänge besetzt, wieder andere stehen für ständige Diskussionen am Werkstor.

Das schwerste Geschütz fahren die Mannesmann-Bosse am 6. März auf. Zunächst 42 der Streikenden, später noch 17 weitere, erhalten eine „Einstweilige Verfügung" ins Haus geschickt, in der es heißt:

„Den Antragsgegnern (gemeint sind die Streikenden) wird bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe von mindestens jeweils DM 3.000,– einstweilen untersagt, das Werksgelände der Mannesmann Hüttenwerke AG zu betreten.

Die Geldstrafe kann in eine Haftstrafe umgewandelt werden.

Die Kosten des Verfahrens werden den Antragsgegnern auferlegt.

Der Streitwert wird auf DM 100.000,– festgelegt."

Mit diesem unerhörten Urteil der bürgerlichen Klassenjustiz – hier vertreten durch das Arbeitsgericht Duisburg – kann faktisch jeder, der sich an einem Streik beteiligt, ruiniert werden. Von daher hat dieses Urteil eine enorme Bedeutung, weil es das Streikrecht der Arbeiterklasse einschränkt, wie auch in der Urteilsbegründung deutlich ausgeführt wird:

„Die Antragstellerin hat durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft gemacht, daß die Antragsgegner den Betrieb wild bestreiken und dadurch die Produktion im Profilwalzwerk lahmgelegt haben. Das Verhalten der Antragsgegner stellt einen unrechtmäßigen Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb dar."

Mit dieser Begründung läßt sich jeder Streik als illegal verbieten, da seine Bedeutung ja gerade darin liegt, die Produktion einzuschränken oder zu verhindern, sonst wäre er wirkungslos.

Aber auch das Urteil bewirkte nicht das Zusammenbrechen des Streiks, wie es die Kapitalisten erhofft hatten. Im Gegenteil: die Streikenden wurden noch entschlossener, die Solidaritätsbewegung mit den Streikenden über Duisburg hinaus verbreiterte sich gewaltig, immer mehr Solidaritätsadressen und -spenden trafen ein. Die Streikenden standen nicht allein.

Am 9. März wurde der Streik dann mit oben genannten Ergebnis beendet. Die Mannesmann-Bosse gaben nach, denn mittlerweile traten durch das völlige Ruhen der Produktion im PWW auch schon Schwierigkeiten in der Produktion der Werke Mülheim und Düsseldorf ein.

Zusätzlich zum Abschluß handelte die IG-Metall mit der Werksleitung ein Abkommen aus, nach dem Mannesmann das Gerichtsurteil nicht anwendet und die Kosten trägt, gleichzeitig aber den Kollegen untersagt ist, das Urteil anzufechten.

Dieses Urteil der Klassenjustiz ist damit nach wie vor rechtsgültig!



Diskussion vor dem Eingangstor. Streikende Arbeiter im März

Arbeitsgericht Duisburg

Az: 3 Ga 3/73

Beschluß

In Sachen

der Firma Mannesmann AG, Hüttenwerk, vertreten durch den Vorstand, 41 Duisburg 25, Ehinger Str. 200,

Antragstellerin,

– Prozeßbevollmächtigter: Dr. Wulf Gravenhorst in Firma Mannesmann AG, Hüttenwerk, 41 Duisburg 25, Ehinger Straße 200 –

gegen

die Arbeiter ....
....
....

wird im Wege der einstweiligen Verfügung gem. § 940 ZPO angeordnet:

Den Antragsgegnern wird bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe von mindestens jeweils DM 3.000,-- (i. W. dreitausend Deutsche Mark) einstweilen untersagt, das Werksgelände der Mannesmann Hüttenwerke AG zu betreten.
Die Geldstrafe kann in eine Haftstrafe umgewandelt werden.
Die Kosten des Verfahrens werden den Antragsgegnern auferlegt.
Der Streitwert wird auf DM 100.000,-- festgesetzt.

Gründe:

Die Antragstellerin hat durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft gemacht, daß die Antragsgegner den Betrieb wild bestreiken und dadurch die Produktion im Profilwalzwerk lahmgelegt haben. Das Verhalten der Antragsgegner stellt einen unrechtmäßigen Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb dar. Der Antrag ist daher gem. § 940 ZPO in Verbindung mit §§ 823, 1004 BGB gerechtfertigt.
Durch den vorliegenden Beschluß war daher eine einstweilige Regelung zu treffen.
Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 91; 3 ZPO.

Duisburg, den 5. März 1973

Das Arbeitsgericht
Der Vorsitzende der 3. Kammer
i. V. gez.: Beeker
Richter am Arbeitsgericht

Ausgefertigt
Angestellte/r als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts

Industriegewerkschaft METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
Der Vorstand

An die Belegschaft der Mannesmann AG Hüttenwerke

Vertreter des Vorstandes der IG Metall und der Werksvorstand der Mannesmann AG Hüttenwerke haben zur Beilegung des bestehenden Konfliktes im Profilwalzwerk ihre Bereitschaft erklärt, Gespräche mit dem Ziel einer Lösung der anstehenden Probleme aufzunehmen.

Der Vorstand der IG Metall fordert, daß diese Gespräche sofort aufgenommen werden, um in Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und den Vertretern der IG Metall einerseits sowie der Unternehmensleitung andererseits die Ursachen des Konfliktes zu beseitigen und ihre Folgen beizulegen.

Der Vorstand der IG Metall erwartet, daß zu diesem Zweck unverzüglich die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Industriegewerkschaft METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
Der Vorstand

i.A.: R. Judith

Duisburg, den 7. März 1973

Die Vertrauensleutewahlen im März

Der Streik hat natürlich seine Nachwirkungen. Eine davon wollen wir in der Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb am Beispiel der kurze Zeit später folgenden Vertrauensleutewahlen schildern.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß eine Auseinandersetzung von solcher Härte wie der 9-Tage-Streik, auf den Widerstand der Sozialdemokratie stoßen muß, da sie die von ihr propagierte Klassenzusammenarbeit und Klassenharmonie gefährdet. Mehr noch: im Streik selber zeigte sich, daß es den Kommunisten und anderen kämpferischen Arbeitern bei Mannesmann gelungen ist, sich über alle Abwiegelungsversuche führender Sozialdemokraten hinwegzusetzen und diese zumindest für diese Zeit einfach beiseite zu schieben. Und daran waren eine ganze Reihe ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter beteiligt.

Zunächst aber einiges zu Namen und Taten solcher führenden Sozialdemokraten:

- **Da ist der Vorsitzende der IG-Metall Eugen Loderer. Er ist stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Mannesmann AG. Mit seinen Kumpanen im IGM-Vorstand verurteilte er den Streik der Mannesmann-Arbeiter.**
- **Da ist der IG-Metall-Arbeitsdirektor Wilhelm Henne, einer jener von den Sozialdemokraten hoch gelobten „Arbeitnehmervertreter" nach der Montan-Mitbestimmung, Mitglied im Dreierkopf des Werksvorstandes und Vorstandsmitglied der SPD-Betriebsgruppe bei Mannesmann. Alle Drohbriefe und Erpressungsschreiben an die Streikenden trugen seine Unterschrift.**
- **Da ist der Leiter der IGM-Verwaltungsstelle, Bulitz, der vergeblich zum Streikabbruch aufforderte und schließlich resigniert bekannte: „Meine Versuche zur Vermittlung (!) blieben erfolglos. Ich kann nur hoffen, daß die Leute (die streikenden Arbeiter!!) vernünftig werden."**
- **Da ist Rudolf Judith, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender bei Thyssen und verantwortlich beim IGM-Vorstand für die Eisen- und Stahlindustrie. Jener Judith, der erst drei Wochen vor dem Mannesmann-Streik Arm in Arm mit dem Werksvorstand der Hoesch AG den Streik der Hoesch-Arbeiter verurteilte und sich am 7. März an die Mannesmann-Belegschaft wandte: in einem Flug-**

sich am 7. März an die Mannesmann-Belegschaft wandte: in einem Flug-
blatt der IGM forderte er:

„Der Vorstand der IG-Metall erwartet, daß zu diesem Zweck (Verhandlungen mit dem Werksvorstand) unverzüglich die Arbeit wieder aufgenommen wird."

- **Schließlich ist da der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers, Bünk. Bünk ist bei Mannesmann als „Gewerkschaftssachbearbeiter" von der IG-Metall-Führung eingesetzt. Bezahlt wird er allerdings von Mannesmann mit DM 2.000,– monatlich!!**

Alle diese Leute mußten sich heftige Kritik besonders natürlich aus dem PWW gefallen lassen.

Schon gleich nach dem Streik wurde im PWW ein Vertrauensmann von den Kollegen abgesetzt, weil er sich vom 2. Tag ab als Streikbrecher einsetzen ließ.

Zu den Wahlen zum Vertrauensleutevorstand wurde vom PWW die Parole ausgegeben:

Weg mit Bünk!

Bünk hatte praktisch jegliche Solidarität mit den Streikenden verweigert. Er konnte zwar eine Solidaritätserklärung des VK nicht verhindern, es blieb allerdings im großen und ganzen bei dieser Erklärung, denn gleichzeitig versuchte Bünk den VK darauf einzuschwören, daß Vertrauensleute nicht zum Streik aufrufen dürfen und der Streik ja auch von der Gewerkschaft(sführung) nicht unterstützt werde. So war ein organisiertes Eingreifen des VK verhindert, alles andere blieb Einzelinitiativen von Vertrauensleuten überlassen.

Bei den Wahlen erhielt er die Quittung:

die gesamte elfköpfige alte VK-Leitung wurde nicht wiedergewählt. Bünk selber erhielt nur 78 von 3o2 Stimmen.

In die Leitung wurden nur solche Vertrauensleute gewählt, die den Streik im PWW unterstützten.

In der neuen Leitung sitzt kein einziger Bünk-Mann!

Weitere Abteilungsstreiks

Am 25.5. schlossen IGM-Führung und der Kapitalistenverband Eisen und Stahl ein Abkommen über die Zahlung von DM 280,–, zahlbar in 4 Raten zu DM 70,– als „stahltypischen Zuschlag" ab. Dieses Abkommen wurde als anrechenbarer Vorschuß auf den zum 1.6. gekündigten Manteltarifvertrag über die Regelung der Sonn-, Feiertags- und Schichtzulage geschlossen. Zu einer Zeit, als im Mai/Juni tausende von Metallarbeitern für Teuerungszulagen streikten!

Bei Bekanntgabe des Abschlusses beteiligten sich 1.500 Mannesmann-Arbeiter an einem dreistündigen Warnstreik und Demonstration gegen diesen faulen Kompromiß hinter dem Rücken der Arbeiter. Unter ihnen

diesen faulen Kompromiß hinter dem Rücken der Arbeiter. Unter ihnen
auch die Profilwalzwerker.

4. Juni: 1.500 Arbeiter der Verkehrsbetriebe erkämpfen eine Erhöhung der Leistungsprämie rückwirkend ab 1.4. und 15. Pfennig und ab 1.6. um 28 Pfennig pro Stunde.

Mitte Juni: die Arbeiter in der Schlackerei und die Rangierer treten in der Mittags- und in der Nachtschicht für jeweils 2 Stunden in den Streik und fordern:

2 Mann mehr pro Schicht
4o Pfennig mehr pro Stunde

Politische Entlassungen

Im September stellt der Mannesmann VK die Forderungen für die diesjährige Tarifrunde auf:

- **IGM raus aus der konzertierten Aktion!**
- **vorzeitige Entfristung der Tarifverträge**
- **230 Mark mehr Lohn und Gehalt linear**
- **Weiterzahlung der Teuerungszulage von 70 Mark**
- **Kündigungsklausel im Tarifvertrag**
- **Urlaubsverlängerung auf 36 Tage.**

Die Forderung nach Weiterzahlung der 70 Mark monatlich wird zum Gegenstand des Streiks Ende Oktober. Die Ende Mai vereinbarten 4 x 70 Mark „stahltypischer Zuschlag" sind mit dem September-Lohn ausgelaufen und die Kapitalisten weigern sich unter Hinweis auf die mittlerweile vereinbarten vorgezogenen Tarifverhandlungen am 31.10., den Betrag weiterzuzahlen. Die 70

»

HELL – KIEL:

Vertrauensfrau nicht bestätigt

Die IGM-Ortsverwaltung Kiel schickte vor einigen Wochen einer Kollegin der Firma Dr. Ing. Rudolf Hell, die vor kurzem zur Vertrauensfrau gewählt worden war, folgendes Schreiben:

„Auf der letzten Ortsverwaltungssitzung haben wir beschlossen, Dich nicht als Vertrauensfrau zu bestätigen, weil der begründete Verdacht besteht, daß Du Mitglied in einer gewerkschaftsfeindlichen Organisation bist."

Anliegend erhielt sie folgenden Revers:

„Hiermit erkläre ich als Mitglied der IG Metall, daß ich Zielsetzung und Aktivität der unter der Bezeichnung: KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiterbasisgruppen, Kommunistischer Bund Bremen, Kommunistische Arbeiterpresse und anderer linksextremistischer Gruppen ablehne und mich ausdrücklich davon distanziere. Ich halte diese Gruppen für arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlich. Gegebenenfalls bin ich damit einverstanden, daß die Erklärung veröffentlicht wird."

Die Kollegin war schon vor längerer Zeit Vertrauensfrau gewesen. Sie ist als aktive Gewerkschafterin bekannt und hatte sich nach Ansicht ihrer Kollegen bewährt. Bei den letzten VK-Wahlen was schon war deutlich geworden, daß die Gewerkschaftsführer sie und eine weitere fortschrittliche Vertrauensfrau kaltstellen wollten.

So wurde deren sichere Wiederwahl mit der fadenscheinigen Begründung verhindert, es seien zuwenig Organisierte in der Abteilung, um überhaupt eine Wahl durchführen zu können. Anschließend aber setzte die OV zwei andere Vertrauensleute ein, von denen sie annahm, daß sie der rechten Führungslinie treu seien. Damit machte die Ortsverwaltung den Kollegen nachhaltig klar, daß der geringe Organisierungs-grad nur vorgeschoben war, um die Wahl von klassenbewußten, der Linie der Gewerkschaftsführer gegenüber oppositionell eingestellten Kollegen zu verhindern.

Als nun einer der eingesetzten Vertrauensleute kündigte, nahmen die Kolleginnen und Kollegen die Neuwahl selbst in die Hand, um erneuten Schlägen der Gewerkschaftsführung gegen ihr Wahlrecht zuvorzukommen. Sie wählten sich wieder ihre beiden Vertrauensfrauen, denen sie damit noch einmal bestätigten, daß sie hinter ihnen und ihrer gewerkschaftlichen Arbeit stehen.

Einige Wochen später erhielt dann eine der neugewählten Vertrauensfrauen von der Ortsverwaltung die Mitteilung, daß sie nicht bestätigt worden sei, und den Revers.

Der einzige „Anklagepunkt" der Gewerkschaftsführer gegen die Kollegin besteht in ihrer angeblichen Mitgliedschaft in einer „gewerkschaftsfeindlichen Organisation". Konkret gewerkschafts- oder sogar arbeiterfeindliches Verhalten hat ihr die Gewerkschaftsführung nicht mit einem Wort nachweisen können – beweist doch zumindest die Beharrlichkeit ihrer Kollegen, und die Tatsache, daß bislang Unorganisierte in die IGM eintraten, um ihre Wahl abzusichern, gerade das Gegenteil.

Als Begründung für den Verdacht der Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation nannte OV-Mitglied und Hell-Betriebsratsvorsitzender Becker den Vertrauensleuten folgendes:

Die Kollegin sei auf dem Prozeß gegen die beiden Kollegen, die an der „Besetzung" des Gewerkschaftshauses „führend" teilgenommen hätten, gesehen worden (siehe dazu AK 37). Zusammen mit anderen Zuschauern hätte sie die Faust gehoben und die „Internationale" gesungen.

Diese „Beweisführung" zeigt einmal mehr, daß es der Gewerkschaftsführung eben nicht um die tatsächlich geleistete Gewerkschaftsarbeit geht, sondern darum, klassenbewußte Kollegen auszuschalten, die die Linie der Unterordnung unter die Kapitalsinteressen kritisieren und dafür kämpfen, daß die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse werden.

Der VK übt Solidarität

Die Kollegen der angeschossenen Vertrauensfrau waren über das Vorgehen der OV empört. Sie rieten ihrer Vertrauensfrau, den Revers nicht zu unterschreiben, denn die Gewerkschaften seien für alle Arbeiter da und nicht nur für eine bestimmte Partei (wie z.B. die SPD), und man könne dieses Verhalten der Ortsverwaltung nicht noch per Unterschrift billigen. Die Kollegin schickte daraufhin eine Antwort an die OV, in der sie erklärte, daß sie nicht Mitglied in einer der genannten Organisationen sei, daß sie sich aber weigere, den beigefügten Revers zu unterschreiben, da ihrer Meinung nach jedes Gewerkschaftsmitglied das Recht auf eine eigene politische Gesinnung habe, und daß sie das Vorgehen der OV als undemokratisch ablehne.

Gleichzeitig gab sie das Schreiben der OV und die eigene Antwort an die Vertrauensleute weiter.

Die Mehrheit des VK solidarisierte sich mit der Kollegin. Die Vertrauensleute forderten ihre Bestätigung als Vertrauensfrau und lehnten das Verhalten der OV als Gesinnungsschnüffelei ab. Sehr interessant ist das Abstimmungsergebnis: es gab zwei Gegenstimmen und eine Enthaltung. Enthaltsamkeit übte der BR-Vorsitzende Becker, der sich offensichtlich nicht gegen die Mehrheit des VK stellen wollte, um nicht gänzlich sein Gesicht zu verlieren. Die eine Gegenstimme stammt von einem reaktionären Vorarbeiter, der fanatischer SPD-Mann und TK-Mitglied ist und die zweite – vom DKP-Ortsvorsitzenden Heinz Tolkmit. **Hier ist deutlich zu erkennen, wie sich die DKP-Politik des Zurückweichens vor den Schlägen der Kapitalisten und der rechten Gewerkschaftsführer durchaus konsequent weiterentwickelt zu einer Politik der offenen Unterstützung der Bourgeoisie und ihrer Handlanger in der Arbeiterklasse, zu einer Politik der direkten Unterstützung des Anti-Kommunismus-Kurses der reaktionären Gewerkschaftsführung.**

Gewerkschaftsführung sabotiert VK-Arbeit

Die Ortsverwaltung lehnte den Antrag des VK auf Bestätigung der Vertrauensfrau ab und lud die Vertrauenskörperleitung zu einem „intimen" Gespräch ein, um die Angelegenheit zu „klären": Die VK-Leitung soll auf Linie gebracht und auch darin unterwiesen werden, wie der ganze VK wieder auf Linie zu bringen ist.

Daß der VK die Ablehnung seines Antrags nicht ohne weiteres hinnehmen würde, war der Ortsverwaltung wohl klar; sie scheute sich jedenfalls nicht, direkte Angriffe gegen den VK und seine Arbeit zu starten.

So verschob sie die für den 12. 12. geplante VK-Sitzung, auf der die angegriffene Kollegin selbst sich zu den Vorwürfen der OV äußern wollte, und auf der über den IGM-Beiratsbeschluß und weitere Solidaritätsmaßnahmen diskutiert werden sollte, kurzerhand um einen Monat und verbot weiterhin, daß VK-Sitzungen außerhalb der Arbeitszeit abgehalten werden.

Was sie damit beabsichtigt, liegt auf der Hand: Die betroffene Kollegin hat nicht mehr die Möglichkeit, ihre Position vor dem ganzen VK darzustellen, weil sie ja eben als Vertrauensfrau nicht bestätigt worden ist. Die Empörung der Vertrauensleute soll verpuffen, Informationen an den VK und über ihn an die Belegschaft sollen verhindert werden.

Der VK wird – mitten in der Metalltarifrunde – in seiner Arbeit sabotiert und, solange bis die Angelegenheit im Sinne der OV „geregelt" ist, kaltgestellt.

Bei diesem Angriff der Ortsverwaltung auf den VK zeigte sich deutlich dessen Schwäche: Die Vertrauensleute hatten sich mit der eigenen Solidaritätserklärung begnügt und nicht versucht, die Solidarität auf eine möglichst breite Basis zu stellen, also auch die Kollegen in ihren Abteilungen in diesen Kampf miteinzubeziehen und sich so gleichzeitig bei ihnen abzusichern. Gegenwärtig sieht es so aus, daß – außer in der Abteilung der betroffenen Kollegin selbst – kaum ein Kollege über die Nichtbestätigung der Vertrauensfrau, über die Solidarität des VK und über die Sabotage der VK-Arbeit durch die OV informiert ist – für die Ortsverwaltung äußerst günstige Bedingungen.

Die „KPD/ML" weicht zurück

Angesichts dieser Lage ist es die Aufgabe der Kommunisten, durch breite Veröffentlichungen bessere Voraussetzungen für den Kampf gegen IGM-Beiratsbeschluß und Reverspolitik zu schaffen.

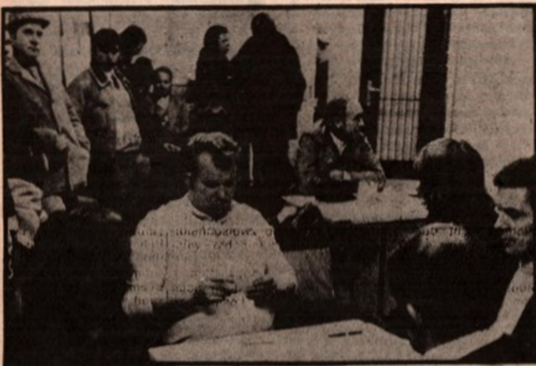
Die „KPD/ML" (die in Kiel relativ stark vertreten ist) vertritt da offensichtlich einen anderen Standpunkt: Sie meint, daß ein publizistisches Eingreifen der Kommunisten mehr schadet als nützt; denn dann könnten die Vertrauensleute und die anderen Kollegen eventuell glauben, daß die Kollegin vielleicht doch Kommunistin ist, und sie nicht mehr unterstützen, womit ihre Nichtbestätigung eine perfekte Sache wäre. Das Verhalten der „KPD/ML" ist kein Taktieren gegenüber der Gewerkschaftsführung – was durchaus richtig wäre, um weiterhin in der Gewerkschaft gegen die Gewerkschaftsführung kämpfen zu können, sondern ein Kapitulieren nicht nur vor den Schlägen der Gewerkschaftsführung, sondern auch vor dem sicher noch bei einem Großteil der Kollegen vorhandenen Antikommunismus. Dabei sollte doch klar sein, daß der IGM-Beiratsbeschluß nur konsequent bekämpft werden kann, wenn die politische Klarheit über seine Bedeutung geschaffen ist – die bisherige Entwicklung bei Hell bestätigt eben diese Einschätzung. ■

(Über die nächste Entwicklung werden wir weiterhin berichten.)

KB/Gruppe Kiel
Branchenzelle Elektro

Forts. Politische Entlassungen

Mark sind dabei aber nicht Verhandlungsgegenstand. Diese 70 Mark verlangen die Mannesmann-Arbeiter zusätzlich zu den Tariferhöhungen.



Streikende Mannesmann-Arbeiter warten Ende Oktober auf Nachrichten vom Betriebsrat

Am 29.10. beginnt der Streik in der Mittagsschicht der Verkehrsbetriebe und wird von der Nachtschicht weitergeführt. Am Morgen des 30.10. schließt sich das Profilwalzwerk an. Es folgen die Hauptwerkstatt, Teile des Blasstahlwerkes, die Gießerei und der Hochofenbetrieb. Am Morgen stehen 3.000 Arbeiter im Streik.

Die Kapitalisten reagieren schnell: Unter Hinweis auf die am nächsten Tag beginnenden Verhandlungen zwischen IG-Metall und ihrem Verband Eisen und Stahl drohen sie den Streikenden mit fristlosen Entlassungen. Die Arbeiter erhalten ein Flugblatt, in dem ihnen ein Ultimatum gestellt wird:

Wiederaufnahme der Arbeit bis 11 Uhr am selben Vormittag oder Entlassung.

Der Streik bröckelt ab, noch am selben Tag werden 121 Arbeiter entlassen. Am Abend streiken zwar noch einige hundert Arbeiter, der Streik aber ist zerschlagen.

121 entlassene Arbeiter, sie kommen vor allem aus den kampfstarken Abteilungen der Verkehrsbetriebe und des Profilwalzwerkes! So ganz nebenbei kündigten die Mannesmann-Bosse übrigens auch gleich 7 Arbeitern, die sich zur Zeit des Streiks überhaupt nicht im Werk befanden!!

Den ersten größeren Versuch dieses Jahres, einen Streik über die Grenzen der Abteilungen hinweg durchzuführen, zerschlugen die Kapitalisten brutal.

Nicht unwesentlich trug wiederum die Gewerkschaftsführung zum Abbröckeln des Streiks bei: sie distanzierte sich scharf von dem Streik, da er „wegen der beginnenden Tarifverhandlungen überflüssig" gewesen sei.

In einer nach dem Streik herausgegebenen offiziellen Erklärung wird dies noch einmal ausdrücklich betont:

„Angesichts der eingeleiteten Tarifverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie bestand – wie der IGM-Vorstand erklärt – kein Anlaß für die Arbeitsniederlegung." („Metall" 23/73)



7000 Menschen beteiligten sich in Duisburg an der Solidaritätsdemonstration für die entlassenen Mannesmann-Arbeiter

Die Massenentlassungen konnten allerdings selbst die Gewerkschaftsführer vor den Arbeitern nicht rechtfertigen:

„Die undifferenzierte (!) fristlose Kündigung so vieler Beschäftigter ist jedoch in keinem Fall geeignet, einen betrieblichen Konflikt zu lösen. Darum wird die IG Metall allen Betroffenen Rechtsschutz erteilen. Sie hofft jedoch, daß die Werksleitung einlenkt." („Metall" 23/73)

Am 2. November protestierten 60 Arbeiter der Verkehrsbetriebe in einer selbst organisierten Kundgebung während der Arbeitszeit gegen die Entlassungen. Sie legen dafür 15 der 21 Loks still.

Mittlerweile rollt eine Welle der Solidarität mit den entlassenen Kollegen über die Grenzen NRW's hinaus an.

Am 5.11. fordern 400 Vertrauensleute von Mannesmann einmütig:
Zurücknahme der Kündigungen
Entlassung von Arbeitsdirektor Henne

Die letzte Forderung wird in einem Brief an den IGM-Hauptvorstand in Frankfurt erhoben. Sie fußt auf vielerlei Erfahrungen, die die Mannesmann-Arbeiter mit diesem Arbeiterverräter gemacht haben.

Am 10. November folgt als vorläufiger Höhepunkt die Demonstration von 7.000 Menschen in Duisburg, die ihre Solidarität mit den entlassenen Arbeitern bekunden. (zu dem Streik und zur Demonstration vgl. ARBEITERKAMPF 35 und 36)

Die Mannesmann-Bosse haben die Kündigungen auf mittlerweile 22 reduziert, den „harten Kern", wie sie sagen.

Die Solidaritätsbewegung hat bisher diese Entlassungen nicht verhindern können. Die Bosse sind entschlossen, „ein Exempel zu statuieren" und die 22 auf jeden Fall zu entlassen. Sie wollen den Mannesmann-Arbeitern einen empfindlichen Schlag zufügen. ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Lehrlingsversammlung bei HDW-Kiel

trotz Störmanövern von Kapitalisten und SPD-Betriebsräten

Am 19.12.73 morgens versuchten Kapitalisten-Vertreter und Betriebsrats-Führer eine als Abteilungsversammlung durchgeführte Lehrlingsversammlung auf der Werft HDW Kiel aufzulösen.

Ausbildungsleiter „Qualle" Meyer drohte mit „Verweisen" und „Konsequenzen", falls die Versammlung nicht sofort beendet würde, denn deren Fortsetzung bedeute Arbeitsverweigerung, also „illegaler Streik".

Die Lehrlinge ließen sich jedoch nicht einschüchtern, sondern setzten ihre insgesamt fast zwei Stunden dauernde „illegale" Versammlung fort.

Wie kam es zu dieser Lehrlingsversammlung?

Die den Betriebsrat beherrschende spezialdemokratische Clique hatte sich ursprünglich etwas Besonderes ausgedacht, um einheitliche Lehrlingsversammlungen zu verhindern:

Unter Ausschaltung der Jugendvertretung, d.h. unter Mißachtung selbst der wenigen Rechte, die das arbeiterfeindliche BVG den Kollegen einräumt, wurde eine Abteilungsversammlung angesetzt, an der im Wesentlichen nur die Auszubildenden des ersten Lehrjahres teilnehmen sollten; die Kollegen des zweiten, dritten und vierten Lehrjahres dagegen sollten an den Abteilungsversammlungen in den Betrieben teilnehmen.

Dieser Plan reiht sich ein in die ständigen Versuche der HDW-Kapitalisten, ihrer Ausbilder sowie der BR- und Gewerkschaftsführer, in der einheitlichen Kampffront der HDW-Lehrlinge schwache Stellen zu schaffen, um die Solidarität und Einheit der Lehrlinge zu untergraben.

Schon bei der Einstellung der Lehrlinge für 1973 waren diese einer „Spezialbehandlung" durch das Mitglied der Geschäftsleitung Heinz Scholz (vorher Bezirks-Vositzender der IG Metall!!) und andere Kapitalisten-Knechte unterzogen worden, in denen ihnen der Duft der „Sozialpartnerschaft" und der „Aufstiegsmöglichkeiten" vorgeblasen worden war.

Die Kieler Ortsverwaltung (OV) der IGM tat das Ihre, um die Einheit der Lehrlinge, besonders auch mit den älteren Kollegen, zu hintertreiben. Die Wahl von Lehrlings-Vertrauensleuten wird schon seit über einem Jahr von den HDW-Lehrlingen immer wieder in Abstimmungen, Resolutionen u.a.m. gefordert.

Trotz Zusagen verhindert die OV

Trotz Zusagen verhindert die OV der IGM immer noch die Durchführung dieser Forderung der HDW-Lehrlinge.

Der Versuch jedoch, die Lehrlinge des ersten Lehrjahres durch eine besondere Versammlung von den übrigen Lehrlingen abzuspalten, ist am 19. Dezember gescheitert. Etwa 30 Auszubildende des zweiten, dritten und vierten Lehrjahres nahmen an der Versammlung teil, die von der IGM-OV ausschließlich als Versammlung des ersten Lehrjahres geplant war. Auch der Betriebsrat Longscharski, der deshalb die Versammlung für „illegal" und „aufgelöst" erklärte und sogar handgreiflich werden wollte, konnte die Auszubildenden ebenso wenig einschüchtern wie Ausbilder „Qualle" Meyer mit seinen wilden Drohungen von „Konsequenzen" gegen die Teilnehmer der Lehrlingsversammlung.

Zum Verlauf der Versammlung

Nachdem die Störenfriede des Kapitals abgewimmelt worden waren, wurde eine Versammlungsleitung gewählt und zur Tagesordnung übergegangen.

Im Mittelpunkt der Versammlung stand die Diskussion über die Metall-Tarifrunde 73/74.

Es wurde eingeschätzt, daß die „Forderung" der IGM-Führung nach 100 Mark mehr für die Lehrlinge erfahrungsgemäß eine Erhöhung von 50 bis 60 Mark als „Kompromiß-Ergebnis" bringen wird. Die Lehrlinge selbst hatten 600 Mark als Existenz-Lohn für alle gefordert.

In diesem Zusammenhang wurde von den Lehrlingen auch die Politik der Jugendvertretung kritisiert:

Sie hatte die Lehrlinge erst mit einigen Wochen Verspätung über die Vertrauensleute-Vollversammlung informiert, auf der die Forderung nach 600 Mark für alle unter den Tisch gewischt worden war.

Weiter wurde kritisiert, daß die Jugendvertretung in der Frage der Kampfbedingungen, der Durchsetzbarkeit der 600-Mark-Forderung, in der Frage des Kräfteverhältnisses allgemein keine Klarheit hatte und diese Fragen auch nicht zur Sprache gebracht hatte.

In der Diskussion auf der Lehrlingsversammlung wurde deutlich, daß wir davon ausgehen müssen, daß die westdeutsche Arbeiterklasse derzeit einen Abwehrkampf führt, d.h. sich u.a. gegen einen Abbau ihres Reallohns wehren muß.

Im Gegensatz zu den Arbeitern jedoch, die ihre Kämpfe noch spontan und zersplittert und vorwiegend auf wirtschaftlichem Feld führen, geht die Kapitalistenklasse politisch vorbereitet und organisiert in die Auseinandersetzung. Erwähnt wurden die Polizei-Einsätze zur Zerschlagung von Streiks im letzten Sommer, die Vorbereitung der Polizei und Bundeswehr auf den Bürgerkrieg, die Hetze der bürgerlichen Parteien und Presse gegen die „wilden Streiks" sowie die Haltung der Gewerkschaftsführer, den Streikenden in den Rücken zu fallen.

Weiter wurde dargelegt, daß zur Überwindung dieser Schwächeposition der Arbeiterklasse es vor allem notwendig ist, eine Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, sowie die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen.

Schaffung besserer Bedingungen für weitere Kämpfe heißt für die HDW-Lehrlinge vor allem auch Schaffung eines Jugend-Vertrauensleutekörpers, um so die Spaltung von Lehrlingen und älteren Kollegen zu überwinden und die Lehrlinge in den kommenden Kämpfen besser organisieren zu können.

Um der von der IGM-Führung bisher immer wieder ignorierten Forderung nach Wahl von Jugend-Vertrauensleuten Nachdruck zu verleihen, verabschiedeten die Lehrlinge eine entsprechende Resolution (siehe Kasten) bei nur fünf Gegenstimmen (SDAJ!!) und fünf Enthaltungen. Die Resolution soll von der Jugendvertretung an die VLK-Leitung bei HDW, an die Kieler IGM-Ortsverwaltung und an den IGM-Hauptvorstand in Frankfurt geschickt werden.

Bevor die Versammlung beendet wurde, verabschiedeten die Lehrlinge einstimmig eine Resolution, in der die Provokationen des SPD-Betriebsrats gegen die Lehrlings-Versammlung verurteilt wurden und die Ausbildungsleitung nachdrücklich aufgefordert wurde, keine Schikanen gegen die an der Versammlung beteiligten Kollegen zu unternehmen.

Reinfall für SDAJ

Den Kopf von den Lehrlingen gewaschen bekam während der Versammlung die SDAJ, speziell Jan Roschmann, Mitglied im Landesvorstand Schleswig-Holstein der SDAJ und „Jugendvertreter" bei HDW.

Seine Art von Politik besteht darin, den Sitzungen der Jugendvertretung fernzubleiben und statt der von den Lehrlingen beschlossenen Forderung von 600 Mark für alle hinter dem Rücken der Lehrlinge eine eigene Forrung von 200 Mark mehr auf der Vertrauensleute-Vollversammlung vorzutragen.

In der SDAJ-Zeitung „Rotstift" hieß es dazu, die 600-Mark-Forderung der Lehrlinge sei eine „Spalterforderung" von „gewerkschaftsfeindlichen Chaoten", die „in der Universität von einigen Professorensöhnchen aufgestellt wurde". Im Sudelstil der bürgerlichen Presse wurden mehrere Mitglieder der Jugendvertretung angepinkelt. Von einem hieß es z.B. im „Rotstift" der SDAJ, er würde seine „Denkanstöße" im „schön gemachten Bett einer Studentin" erhalten, die ihrerseits eine „Anhängerin der gelbsüchtigen Mao-Jünger" sei.

Klar, daß die meisten HDW-Lehrlinge über dieses widerliche Geschreibsel – anstelle einer offenen und sachlichen politischen Auseinandersetzung sehr empört waren. So nahm die Lehrlingsversammlung auch eine entsprechende Resolution an, die schon vorher von rund 100 Lehrlingen unterschrieben worden war. Darin wurde Roschmann aufgefordert, „umgehend seinen Rücktritt aus Jugendvertretung und Vertrauensleute-Körper zu erklären" und den ungekürzten Text der Resolution im „Rotstift" zu veröffentlichen (vgl. Text der Resolution in AK 37, S. 6).

Roschmann ist ein weiteres Beispiel eines revisionistischen „Jugendvertreters", der – mit einer Parteikarriere als Ziel vor Augen – politischen Amok gegen die Masse der Lehrlinge läuft. Sein großes Vorbild dürfte Müller-Goldenstedt aus Hamburg sein, inzwischen in den Parteivorstand der DKP aufgestiegen, ehemals „Jugendvertreter" bei HDW in Hamburg, bevor er bei den JV-Wahlen im Oktober '73 wegen seiner Schweinereien hochkant aus der Jugendvertretung flog. Allerdings wird die DKP auf längere Sicht kaum in der Lage sein, allen ihren Leuten eine Partei-Karriere zu sichern, die sich durch antikommunistische Sauereien bei den Kollegen unmöglich gemacht haben.

Eine besondere Unverschämtheit ist es, daß sich Roschmann auf der Lehrlingsversammlung noch in der Pose der beleidigten Unschuld hinstellte und die gerechtfertigten Angriffe der Lehrlinge gegen ihn verglich mit den antikommunistischen Schlägen rechter Gewerkschaftsführer gegen einen kämpferischen Kollegen bei Hell, der aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll.

Roschmann „vergaß" dabei zu erwähnen, daß sein Parteifreund Tolkmit, DKP-Ortsvorsitzender und Vertrauensmann bei Hell, in trauter Eintracht mit den rechten Gewerkschaftsführern für den Ausschluß des Kollegen gestimmt hat!

Bevor die Versammlung beendet | Resolution im „Rotstift" zu veröf- | tracht mit den rechten Gewerk-

Die Einheit mit den älteren Kollegen erkämpfen

Es ist voraussehbar, daß die Kapitalisten, unterstützt von den rechten Betriebsräten, versuchen werden, aufgrund der „illegalen" Auszubildenden-Versammlung vom 19. Dezember einzelne Lehrlinge zu schikanieren und nach Möglichkeit aus dem Betrieb zu drängen, um die Mehrheit der Lehrlinge einzuschüchtern.

Für die älteren Kollegen sind politische Entlassungen nichts Neues. So wurde bei dem letzten größeren Streik auf HDW vor etwa einem Jahr Betriebsrat Helmut Schlüter (DKP) entlassen, Sprecher der streikenden Kieler HDW-Kollegen bereits bei den Septemberstreiks 1969.

Wenngleich es in der Zwischenzeit mehrere politischen Entlassungen von kommunistischen und anderen kämpferischen Kollegen bei HDW gegeben hat, so hat doch wohl die Entlassung von Helmut Schlüter den nachhaltigsten Eindruck bei den Kollegen hinterlassen, denn sie war der Gipfelpunkt der Niederlage der Werftarbeiter im Streikkampf gegen die HDW-Kapitalisten, und sie traf einen allgemein bekannten Kollegen (vgl. zum damaligen Streik den Artikel in AK 25, S. 17 ff.).



Die Niederlage dieses Streiks war zudem ein gewisser Wendepunkt für eine weitere Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter bei HDW, die die jetzt verschärft einsetzenden Angriffe der Kapitalisten ohne grösseren Widerstand hinnehmen mußten:

■ Durchsetzung des 8,5-%-Lohnraub-Abschlusses in der letzten Tarif-

- ■ Durchsetzung des 8,5-%-Lohnraub-Abschlusses in der letzten Tarifrunde
- ■ beschleunigte Einführung des mörderischen Programm- und Prämienlohnsystems
- ■ Akkord-Kürzungen in verschiedenen Abteilungen
- ■ steigende Unfallzahlen
- ■ wahnsinnige Preistreiberei, gegen die bei Howaldt trotz der Streikwelle im gesamten Bundesgebiet 1973 kein Streik zustande kam, obwohl die HDW-Arbeiter 1969 noch einen der härtesten und längsten Streiks der damaligen Streikbewegung organisiert hatten
- ■ allgemeine Verschärfung der Akkord-Hetze
- ■ vor kurzem durchgeführte Streichung von Überstunden, d. h. Lohneinbußen
- ■ im Zug der angeblichen „Ölkrise" und der abflauenden Konjunktur geschürte Angst um den Arbeitsplatz
- ■ ein sich abzeichnender „Maßhalte"-Tarifabschluß in der laufenden Tarifrunde bei noch stärkerem Steigen der Preise als 1973.

Politische Entlassungen haben für die Kapitalisten die Funktion, die politischen und organisatorischen Motoren des Widerstands aus dem Betrieb zu entfernen und die Masse der Arbeiter einzuschüchtern und unter Druck zu setzen.

Aus diesem Grund muß auch die Solidarität der Arbeiter bei politischen Entlassungen, ob sie nun junge oder ältere Kollegen treffen, einheitlich sein.

Solidarität und Einheit entwickeln sich allerdings nicht automatisch und im Selbstlauf, sondern nur im einheitlichen Kampf um gemeinsame Ziele und Forderungen. Für die Kämpfe der Lehrlinge muß das heißen, sich stärker als bisher an Forderungen und Aktionen zu beteiligen, die die Interessen aller Arbeiter betreffen – ihren Teil zu tun für die Errichtung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse. ■

Eine Betriebszelle des KB/Gruppe Kiel auf der HDW

RESOLUTION DER HDW-LEHRLINGE angenommen auf der Lehrlingsversammlung am 19.12.73

Daß von uns HDW-Lehrlingen zur diesjährigen Metalltarifrunde die Forderung nach DM 600,– Existenzlohn aufgestellt worden ist, scherte die Gewerkschaftsführung herzlich wenig. Stattdessen beschloß am 10.12. die Große Tarifkommission der IG Metall für Schleswig-Holstein die „Forderung" von DM 100,–.

Eine Forderung von DM 100,–, d.h., die Gewerkschaftsführung richtet sich nicht danach, was wir brauchen, sondern nach den Interessen der Kapitalisten. Dieses ist kein „Ausrutscher", sondern konsequenter Ausdruck der „sozialpartnerschaftlichen" Politik der Gewerkschaftsführer gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staat, was sich besonders deutlich an der Mitarbeit in der „Konzertierten Aktion" zeigt.

Diese Politik läuft darauf hinaus, die gewerkschaftliche Organisation vollständig als „Ordnungsfaktor" an die herrschende Klasse auszuliefern. Stationen auf diesem Weg sind u.a. die Auflösung ganzer gewerkschaftlicher Gremien (OJA's, VK's) sowie der IGM-Beiratsbeschluß (der auf unserer letzten Auszubildendenversammlung von uns verurteilt worden ist).

Wieweit die Gewerkschaftsführung bei der „Auslieferung" unserer Organisation schon geht, zeigen folgende Beispiele:

– Eine MAK-Vertrauensfrau wurde diesen Monat für ein Jahr von sämtlichen gewerkschaftlichen Funktionen beurlaubt, und zwar, weil man sie verdächtigte, mit einer kommunistischen Organisation zusammengearbeitet zu haben, und sie sich auch nach Feierabend mit Kollegen getroffen hat, um über betriebliche und gewerkschaftliche Probleme zu sprechen.

– Bei 'Reichhold' (Hamburger Chemiebetrieb) wurde im März 1973 der gesamte Vertrauensleutekörper aufgelöst, weil er der Gewerkschaftsführung zu fortschrittlich war. Im November hat man dann gegen 13 (!) Reichhold - Kollegen gewerkschaftliche Ausschlußverfahren eröffnet, mit der 'Begründung', diese Kollegen hätten an einer „außergewerkschaftlichen Versammlung" teilgenommen.

– Anfang November veranstaltete die rechte Kieler Gewerkschaftsführung ein Wochenendseminar, wo man sich gemeinsam daran aufgeilte, zu überlegen, was mit Kommunisten und klassenbewußten Kollegen zu machen ist, wenn diese „aufmucken". Die vielen „Lösungsmöglichkeiten" reichten vom Erstechen, Verbrennen, Ertränken bis zum Erschlagen. Das sind keine Sachen, die man nur mal so in Biertischlaune erzählt, sondern hier wird ausgeplaudert, wieweit solche Typen gehen werden, wenn die Arbeiterklasse an den Festen der kapitalistischen Ordnung rüttelt.

Diese Sprüche finsterster faschistischer Machart und das konkrete Vorgehen gegen einzelne konsequente Gewerkschafter sowie ganze Gewerkschaftsgremien sind vorbeugende Maßnahmen von Seiten der Gewerkschaftsführer, mit denen man jetzt schon verhindern will, daß Kommunisten und klassenbewußte Arbeiter Einfluß in Betrieb und Gewerkschaft gewinnen. Dort, wo die Führung kaum direkten Einfluß hat, geht sie sogar soweit, Teile der Gewerkschaft zu liquidieren (wie bei Reichhold). Genau das gleiche macht man auch auf 'Howaldt', indem man uns Lehrlingen keine Jugendvertrauensleute zugesteht.

Für uns Kieler HDW-Lehrlinge gilt es jetzt, die schon im letzten Jahr aufgestellte Forderung nach Jugendvertrauensleuten wieder aufzunehmen. Auch auf unserer letzten Auszubildendenversammlung wurde dieser Forderung nochmals Nachdruck verliehen. Bislang sind uns die Vertrauensleute jedoch von der Ortsverwaltung verwehrt worden.

Jugendvertrauensleute sind für uns notwendig zur besseren Organisierung unseres Kampfes, was eben auch heißt, daß wir über sie die notwendigen Kontakte zu den älteren Kollegen herstellen können. Weiter hätten wir bessere Möglichkeiten, z.B. im Vertrauensleutekörper unsere Forderungen vorzubringen und zu vertreten.

Diese Möglichkeit haben wir momentan nicht. Teilweiser Ausdruck dieser Tatsache ist auch die klare Ablehnung unserer DM 600,– Forderung durch den Vertrauensleutekörper.

Für uns muß es jetzt darum gehen, konsequent unsere Anstrengungen auf die Erkämpfung unserer Vertrauensleute zu konzentrieren.

Gegen Ausschlußpolitik und Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie!

Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Deshalb:

Für die Erkämpfung von Jugendvertrauensleuten!

MASCHINENFABRIK HERZOG, OLDENBURG:

VORSICHT FALLE!

Kapitalisten-Offensive mit „analytischem Bewertungssystem" und Propaganda-Aktion

Mit erpresserischen Drohungen gegen Kollegen, „die bereit sind, den Arbeitsfrieden zu brechen" bzw. gegen Kollegen, die sich von jenen „verleiten" lassen, antwortete die Geschäftsleitung der Oldenburger Maschinenfabrik Herzog auf die Verweigerung der Überstundenarbeit durch die Belegschaft am Sonnabend, dem 22.9.73. Die Kollegen wollten damit ihre Forderung nach einer Teuerungszulage von 300 Mark unterstreichen. Um nicht nur den einzelnen Kollegen, sondern auch seine Familie einzuschüchtern und in ihr Zwiespalt zu säen, flatterten diese Drohungen noch an jenem Sonnabend den Kollegen per Brief ins Haus. Derartige „Informations- und Öffentlichkeitsarbeit" haben die Kapitalisten inzwischen vielfach erprobt und für gut befunden: Auch gegen den Streik der Oldenburger AEG-Belegschaft im Sommer gingen sie mit Handzetteln und Zeitungsanzeigen vor. War gegenüber dem mehrtägigen Streik bei der AEG die Überstundenverweigerung bei Herzog ein vergleichsweise geringfügiger Anlaß, so reagierten die Herzog-Bosse doch noch schärfer als damals die AEG-Chefs – getreu ihrer bisherigen Linie, auch die kleinste kritische Regung „ihrer" Arbeiter sofort und möglichst nachhaltig zu ersticken. An jenem Sonnabend bot sich ihnen dazu eine besondere Gelegenheit, die sie – offenbar seit längerem vorbereitet – gründlich ausnutzten. Nicht aber, daß sie sich nur von ihrer brutalen Seite zeigten: Auf drei Seiten profilierten sie sich auch als „soziale Unternehmer". Besonders hervorgekehrt wurde das neue „analytische Bewertungssystem" PROD, das in mehr oder weniger ähnlichen Formen in der letzten Zeit – auf Betreiben der Kapitalisten und ihrer zentralen Verbände – zunehmend Verbreitung in westdeutschen Betrieben findet. Nicht ohne Grund, wir wir feststellten. Denn solche Bewertungssysteme, die angeblich – wie es auch von Gewerkschaftsführern und vielen Betriebsräten behauptet wird – der „wissenschaftlichen Lohnfindung" dienen sollen und mit Attributen wie z.B. „Lohngerechtigkeit" belegt werden, richten sich gegen die Solidarität und Einheit in der Belegschaft und dienen der Disziplinierung der Arbeiter. So wollen wir in diesem Artikel auch zeigen, wie das PROD-System bei Herzog neben ökonomischen Zielen vor allem darauf abzielt, Anpassung und Unterwürfigkeit der Arbeiter gegenüber der Willkür von Kapitalisten und Vorgesetzten zu erzeugen und gewerkschaftliche und politische Aktivität zu verhindern. Und die angebliche Lohnverbesserung durch PROD existiert auch mehr in der Propaganda der Herzog-Bosse als in der Realität.

Wir wollen auch auf mögliche Zusammenhänge der Propaganda-Aktion der Herzog-Kapitalisten und den bevorstehenden gleichzeitigen Verhandlungen über Tarife und PROD-Betriebsvereinbarung hinweisen. Herzog hat Haustarif; und wenn in den letzten Jahren im Wesentlichen die Ergebnisse der allgemeinen Tarifverhandlungen übernommen wurden, so vor allem deshalb, weil es sich um „stabilitätsgerechte", an den Lohnleitlinien und dem „gesamtwirtschaftlichen Interesse" der Kapitalisten orientierte Abschlüsse handelte. Das muß aber nicht immer so sein: die Herzog-Kapitalisten können auf einen schlechteren Haustarif drängen, wenn ihnen das paßt. Die Arbeiter sind dabei sehr im Nachteil, weil sie vom Kampf und von den Verhandlungen im Tarifbezirk abgeschnitten sind. Außerdem können die Herzog-Kapitalisten mit Sondervereinbarungen im Tarifvertrag und zusätzlichen Betriebsvereinbarungen sich ein Lohnsystem ganz nach ihrem Geschmack schaffen. Dazu gehört auch gerade das PROD.

Schließlich lassen sich auch an diesen Fragen wieder die Fronten klären: bei der Einführung des PROD-Systems stand auch Heinz Kaiser als erster Bevollmächtigter der IGM Pate; Betriebsratsvorsitzender Fritz Brocke und seine Hausmacht haben fortlaufend ihre Qualitäten als Stoßtrupp der Herzog-Bosse gegen Kritik und selbständiges Handeln der Belegschaft bewiesen. So unterstützte der „Arbeitervertreter" Brocke (als treuer, grobklotziger Gefolgsmann von Heinz Kaiser auch im Ortsverwaltungsvorstand der IGM) daś Vorgehen der Betriebsleitung gegen Kollegen, die im Betrieb Solidaritätsunterschriften für die streikende AEG-Belegschaft sowie für demokratische Vertrauensleutewahlen sammelten; eine Liste wurde einkassiert, die Fortsetzung der Unterschriftensammlung verhindert.

Solidarischer Schritt der Kollegen . . .

Nachdem der Betriebsrat Mitte September die Forderung nach einer Teuerungszulage von DM 300,– aufgestellt und der Geschäftsleitung unterbreitet hatte, sickerten die Informationen darüber nur langsam in die Belegschaft. Daß die Forderung überhaupt aufgestellt worden war, wurde durch die Anwesenheit etlicher BR-Ersatzmitglieder sicherlich begünstigt (einige ständige Mitglieder fehlten); es hat sich seit langem gezeigt, daß der amtierende (Stamm-)BR in seiner Mehrheit bestrebt ist und es auch durchsetzen kann, jeglichen „Konflikt" mit der Geschäfts- und Betriebsleitung zu vermeiden (also auch jede Forderung von Kollegen abzuwiegeln). Wichtiger ist jedoch, daß die Belegschaft weder vom amtierenden BR noch von seinen Ersatzmitgliedern auf Auseinandersetzungen mit den Herzog-Kapitalisten und ihren Statthaltern wirklich vorbereitet wurde: die Forderungsaufstellung und die ersten Gespräche mit der Geschäftsleitung wurden ohne Information der Kollegen angegangen, und auch später wurden die Kollegen nicht in die Auseinandersetzungen mit einbezogen.

Allerdings versuchten einzelne Kollegen, andere von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Forderung mit Druck – also durch Kampfmaßnahmen – durchzusetzen, wenn in den Verhandlungen allein die Kapitalisten nicht zum Nachgeben zu bewegen wären. Vor allem auf die Aktivität dieser Kollegen ist es zurückzuführen, daß die Belegschaft am Sonnabend, dem 22.9.73, die Überstundenarbeit verweigerte, um der Forderung Nachdruck zu verleihen (die Kapitalisten wollten nur 90 Mark zahlen). Die Aktion klappte, es wurde nicht gearbeitet, obwohl einige Kollegen vorher daran zweifelten, ob es gelingen würde, „alle unter einen Hut" zu bekommen. Der Überstundenstreik hat der Herzog-Belegschaft gezeigt, daß ein solidarisches Handeln aller Kollegen möglich ist. Die Geschäftsleitung machte sich aber sofort daran, diese positive Erfahrung nachhaltig zu zerstören.

. . . und die Antwort der Herzog-Bosse

Noch am Sonnabend erreichte alle Kollegen zuhause ein Brief der Geschäftsleitung, „damit sie Zeit und Muße haben, sich mit unseren Ausführungen zu befassen" (Brief, S. 1). Darin wird behauptet, die Unternehmer seien „n u r i n A u s n a h m e f ä l l e n für diese Teuerung verantwortlich" und würden s e l b s t unter den Preissteigerungen „leiden"! (Brief, S. 1) Deshalb hätten auch nur „einige . . . Unternehmen . . . außertarifliche Zulagen gewährt" aufgrund der „sehr guten eigenen Gewinne" (Brief, S. 1). So soll über die bewußte Preis- und Profittreiberei der Kapitalisten und darüberhinweggetäuscht werden, daß die Kapitalisten nicht einfach aus „Neigung zu sozialer Gerechtigkeit" o.ä. zahlen, sondern daß die Kollegen um Teuerungszulagen hart gekämpft haben. Sicher hat es in den letzten Monaten auch „freiwillige" Zahlungen der Kapitalisten gegeben – um die Aufstellung eigener Forderungen und die „Unruhe" unter den Arbeitern mit einem „Trostpflaster" abzufangen.

Weiter heißt es: „Wir haben in diesem Jahr sicher nicht mit Gewinn zu rechnen" – a b e r : natürlich reißt man sich auch in schlechten Zeiten Arm und Bein aus für die lieben „Mitarbeiter"; man tut „mehr, als von uns im derzeitigen Stadium erwartet werden kann" und hat deshalb ein „gutes Gewissen" (Brief, S. 2). Einerseits putzen sich die Herzog-Bosse hier als „soziale Unternehmer" heraus, und auf der anderen Seite soll den Arbeitern eingeimpft werden, ihre eigene Lage sei unmittelbar an das sogenannte „Betriebswohl" gekettet; man würde ja gerne . . ., aber die Lage „des Betriebs" (sprich: der Unternehmerprofite) lasse das nicht zu.

Unternehmenspolitische Entscheidungen werden als grundsätzlich auch im Interesse der Arbeiter dargestellt. So wird auf Fehlkonstruktion und Garantieleistungen der neuen Maschine „HP 71" sowie Entwicklungskosten (für den Netzflechter „NF 90") hingewiesen, um den Kollegen nahezulegen: „na, da müsse w i r erstmal wieder raus, dann wird man mit den Löhnen weitersehen". Mit anderen Worten: man ist eine Betriebsgemeinschaft und aufeinander angewiesen und muß die schwierigen Situationen gemeinsam meistern, also im Interesse „des Betriebes" auch mal verzichten können.

Sich der Lage des Betriebes zu unterwerfen, hat den Arbeitern aber noch nie etwas eingebracht. Wenn es um Forderungen der Arbeiter ging, stimmten die Kapitalisten schon immer ein Gejammer über die „schlechte Lage" an und behaupteten, man hätte mit Verlust gearbeitet, stecke in den roten Zahlen usw. Und wenn sie tatsächlich mal von „guter Geschäftslage" reden, heißt es prompt, man dürfe diese Aufwärtsentwicklung jetzt nicht „durch überhöhte Forderungen gefährden". Unternehmenspolitik ist eben Politik für die Unternehmer – gegen die Arbeiter!

Unternehmenspolitik – gegen die Arbeiter!

Zwar versuchen die Herzog-Kapitalisten, den Kollegen das derzeitige Lohnsystem und dessen angebliche Verbesserung durch die Einführung der PROD-Zulage als ganz dolles Ding zu verkaufen; in Wirklichkeit orientieren sie solche „Verbesserungen" wie alle unternehmenspolitischen Entscheidungen an i h r e n e i g e n e n l ä n g e r f r i s t i g e n I n t e r e s s e n . F ü r d i e B e l e g s c h a f t bedeuten solche Maßnahmen nur V e r s c h l e c h t e r u n g e n . Schon lange planen die Herzog-Kapitalisten, mit der „HP 71" (im Betrieb einmal als „kleine technische Revolution" bezeichnet) und mit Großmachinen („NF 90") groß rauszukommen und weitere „erhebliche Marktanteile zu erobern. Der Bau der neuen großen Produktionshalle ist ein wesentlicher Schritt zur Realisierung dieser Pläne gewesen. Wenn dies Geschäft einmal angelaufen ist, sehen die Herzog-Bosse „goldenen Zeiten" entgegen.

W a s b r i n g t d a s a b e r d e n A r b e i t e r n e i n ?

Die derzeitigen Entwicklungskosten usw., die kurzfristig nicht wieder reingeholt werden können und zu sinkenden Gewinnen geführt haben, sollen schrittweise auf die Kollegen abgewälzt werden und dienen als „Argument", Forderungen der Kollegen abzuweisen. Die ab 1974 zu erwartende, notwendige Erweiterung der Produktionskapazitäten wollen die Herzog-Kapitalisten durch Leistungsintensivierung des einzelnen Arbeiters erreichen. Das bedeutet die schrittweise Umstellung von Zeit- auf Leistungslohn. Der erste Schritt dazu ist die Einführung einer „leistungsgebundenen Produktionsprämie" (PROD): monatlich wird – angeblich orientiert am Produktionsausstoß – eine Summe festgelegt (von der Geschäftsleitung, versteht sich!) und anteilsmäßig an die Kollegen „ausgeschüttet". Der Anteil eines Kollegen richtet sich danach, wieviele Punkte ihm von seinen Vorgesetzten gemäß den „Beurteilungsmerkmalen und -hinweisen" des PROD-Systems zugebilligt worden sind. Wir werden sehen, daß sich die Geschäftsleitung hiermit ein Mittel schafft, um indirekt die Löhne zu senken und die Kollegen zu disziplinieren.

Vorsicht Falle: PROD-System!

Bei der Durchsetzung dieser ersten Stufe zum Leistungslohn geht die Geschäftsleitung recht klug und für viele Kollegen noch undurchschaubar vor:

1. Die bislang ausgezahlten PROD-Beträge liegen so niedrig, daß sie keinen wesentlichen Bestandteil des Lohns ausmachen. (Nach Angaben der Geschäftsleitung wurden in den Monaten April bis Juli 73 durchschnittlich 26,18 DM monatlich pro Arbeiter gezahlt.) Das ruft bei vielen wenn nicht den meisten Kollegen die Einstellung hervor, es handele sich hier um eine „Nebensache", der man weiter keine Beachtung schenken brauche. Auf diese Weise hat die Geschäftsleitung das PROD-System erstmal aus der Schußlinie der Kollegen-Kritik weitgehend herausgehalten; das System wird hingenommen, wenngleich die Kollegen sagen, es bringt nichts ein.
2. Das Ziel, erhöhte Leistungen zu erwirken, wurde auch noch dadurch vertuscht, daß die Beurteilung (Bepunktung) n o c h nicht sehr „streng" durchgeführt wurde. Daran anknüpfend lügt die Geschäftsleitung den Kollegen kräftig in die Tasche: das PROD-System prämiere *„effektiv nur das zusätzlich ..., was wir nach dem Arbeits- und Tarifvertrag o h n e h i n von unseren Mitarbeitern als selbstverständlich erwarten können. Keiner von Ihnen mußte einen Handschlag mehr tun als früher, um in den Genuß der Prämie zu kommen. Wer allerdings weniger seinen Pflichten nachkam, hat nur eine geringere Prämie bekommen".*

Gleichzeitig wird dieses Prämien-System als gleichwertiger Ersatz für eine Teuerungszulage ausgegeben, was von den Kollegen gefälligst „materiell anerkannt" werden sollte. Worauf das PROD-System aber w i r k l i c h hinausläuft, wird eindeutig im G e s a m t t e x t der PROD-Bestimmungen gesagt (dieser Text ist den meisten Kollegen nicht bekannt und wird von uns vollständig veröffentlicht):

PROD soll „einen echten Anreiz bieten und d i e L e i s t u n g h e b e n"; unter Punkt A.a)3. wird „ein vom normalen sich deutlich abhebendes Arbeitsergebnis" mit 16 Punkten (der höchsten Einzelpunktzahl) prämiert.

D a s ist der Wortlaut der rechtlich verbindlichen Betriebsvereinbarung, den die Geschäftsleitung auch praktisch zum taktisch klügsten Zeitpunkt Zug um Zug durchsetzen wird!

3. Nachdem PROD erst einmal relativ widerstandslos eingeführt worden ist (seit April 73), geht die Geschäftsleitung nun dazu über, die Belegschaft von einer weitgehend gleichgültigen Haltung zu einer Bejahung und aktiven Unterstützung des Systems zu bewegen. Welche Bedeutung sie PROD zumißt und wie wichtig ihr die Durchsetzung und die Unterwerfung der Kollegen unter dieses System ist, geht schon daraus hervor, daß sie allein die Hälfte ihres Briefes für die Anpreisung von PROD verwendet. Sie versucht jetzt, die Kollegen damit zu locken, daß sie für die „kommenden vier Monate" die PROD-Summe auf ca. das Doppelte erhöhen will, so daß bei den Kollegen der Eindruck entstehen soll: „da kann schließlich doch noch was für uns rausspringen (– und zudem noch, ohne einen Handschlag mehr zu tun)". (Für November ist der Betrag zwar auf 27 Pf. pro Stunde bei 100 Punkten erhöht worden, was aber keineswegs das Doppelte gegenüber dem bisherigen Durchschnitt ist.)
4. Die Erhöhung der PROD-Summe erfolgt nicht von ungefähr zu diesem Zeitpunkt: Gleichzeitig mit Auslaufen des Tarifvertrages Ende des Jahres läuft auch die PROD-Betriebsvereinbarung ab und müßte erneuert werden. Der Geschäftsleitung wäre es

➜

Bei der zum amerikanischen Superkonzern ITT gehörenden Gesellschaft ATE, Frankfurt (größter Bremsenhersteller Europas), wurde im Januar 73 ein Punktesystem eingeführt, das dem PROD-System bei Herzog verblüffend ähnlich ist. Reduziert man beide Systeme auf ein Schema (vgl. ATE-Artikel in AK 33), so besteht der Unterschied praktisch nur darin, daß das ATE-System über zwei Bewertungsstufen mehr verfügt als das bei Herzog. Festzustellen ist, daß solche Systeme den jeweiligen speziellen Erfordernissen der verschiedenen Betriebe angepaßt werden können: während bei ATE die höchsten Punktezahlen für gute Qualität der Arbeitsausführung vergeben werden, liegt bei Herzog der Schwerpunkt bei der Quantität (Arbeitsergebnis). Das ist leicht zu erklären. Für ATE kommt es darauf an, die sinkende Qualität infolge gestiegener Arbeitshetze wettzumachen, um keine Marktpositionen zu verlieren; für Herzog kommt es darauf an, in nächster Zeit die Produktionskapazitäten auszudehnen.

Abgesehen von der willkürlichen Handhabungsmöglichkeit des PROD-Systems laufen auch die ausführlichen PROD-Bestimmungen auf eine gezielte Begünstigung von Facharbeitern und qualifizierten Anlernkräften hinaus – womit bezweckt wird, diese für die Kapitalisten wichtigen Arbeiter an den Betrieb zu binden, sie für das PROD-System einzunehmen und noch mehr gegenüber den anderen Arbeitern herauszuheben. Das trifft insbesondere dann zu, wenn z.B. „Selbständigkeit, Zuverlässigkeit, erforderliche Anleitung, Aufsicht, Übertragungen verschiedener Arbeitsaufgaben" (Punkt D.) bewertet werden. Da heißt es u.a. „Es wird der Umfang und die Häufigkeit eines vielseitigen Einsatzes sowie die Bereitwilligkeit sowohl im Rahmen der arbeitsvertraglichen Verpflichtung als auch darüber hinaus beurteilt.

Maßgebend ist die Möglichkeit schlechthin, nicht die Inanspruchnahme..."

Bei ATE schufteten besonders die ausländischen Kollegen wie die Pferde, erhielten aber die wenigsten Punkte!

Kapitalisten, IGM-Führung und BR-Vorsitzender: So hätten sie's gern!

Forts. Herzog Oldenburg

dabei am liebsten, wenn die Kollegen dem PROD nicht nur gleichgültig gegenüberstehen, sondern die Verlängerung der PROD-Vereinbarung sogar noch ausdrücklich befürworten oder fordern. S p ä t e r kann sie dann zur immer schärferen Anwendung des Punktsystems übergehen.

Daß das PROD jetzt so in den Vordergrund gespielt wird, hat auch folgenden Grund: in den parallelen Verhandlungen über Tarif und PROD, was praktisch auf e i n e Verhandlung hinausläuft, kann PROD als eine Art „Nebenforderung" in den Tarifverhandlungen gegen eine der Teuerung angemessene Tariflohnerhöhung und gegen die l e i s t u n g s u n a b h ä n g i g e „Mitarbeits-Prämie" (MAP) – die ja im Tarif mit drin ist – a u s g e s p i e l t werden.

„Gerechter Lohn"?

Viele Kollegen werden fragen, was denn gegen eine Leistungserhöhung einzuwenden sei, wenn dafür auch entsprechend mehr Geld reinkommt (was viele ja dringend brauchen).

Zwar ist die 40-Stunden-Woche „gesetzlich festgelegt", aber mit dem Geld allein kommen viele von uns überhaupt nicht mehr aus. Das macht sich auch die Herzog-Geschäftsleitung zunutze, wenn sie „naturgemäß (!) mit einer gleichbleibenden, wenn nicht steigenden (!) Arbeitsleistung und mit Überstunden in dem gewohnten Umfang" rechnet. (Brief, S.2) Und da die PROD-Summe sich am Produktionsausstoß orientiert, empfiehlt die Geschäftsleitung aufs Wärmste: Leistungssteigerung! bzw. schimpft über eine angebliche „zurückhaltende Arbeitsweise";denn: höhere Leistung = höherer Ausstoß = Erhöhung der PROD-Summe. Hat sich die Belegschaft aber einmal diesem Punktesystem unterworfen, kann die Geschäftsleitung die Bepunktung (durch Vorgesetzte, ohne Kontrolle der Kollegen) immer schärfer durchführen; d.h. die Kollegen müssen immer mehr ranklotzen, um auf die gleiche Punktezahl zu kommen. So setzen z.B. die Kapitalisten der Betriebe mit Akkord-Arbeit Lohnsenkungen auf dem Wege durch, daß sie kurzerhand die Vorgabezeiten neu aufnehmen lassen und kürzen. (Das geschah z.B. bei der Alfred Teves GmbH in Frankfurt, wo es inzwischen übrigens auch ein dem PROD vergleichbares System gibt. – So wurde dort z.B. im Juli 72 ein neues Bewertungssystem eingeführt, das den Kollegen Lohneinbußen von bis zu 30% (!) brachte.) Auf irgendwelche Rechte können sich die Kollegen bei solchen Maßnahmen meistens nicht berufen, und die Kampfkraft der Belegschaften – das lehren auch wieder die Erfahrungen der letzten Zeit – reicht meistens noch nicht aus, um solche Angriffe zurückzuschlagen.

Die Kapitalisten versuchen, solche immer schärfere Ausbeutung natürlich zu vertuschen und zu bemänteln, indem sie den Arbeitern einreden wollen, beim Leistungslohn könne der einzelne Arbeiter seinen Lohn durch seine eigene Leistung selbst bestimmen – und das sei eben der „gerechte Lohn" im Unterschied zum Zeitlohn, wo „die Faulen" genauso viel kriegen wie die „Fleißigen". Eben diese Spaltung in „Faule" und „Fleißige" wollen die Kapitalisten durch Leistungslöhne fördern. Die Konkurrenz unter den Arbeitern soll durch möglichst differenzierte Löhne geschürt und eine Einheit der Belegschaft verhindert werden. (Z.B. wurden im März 73 die Löhne in lediglich d r e i Tarifgruppen u n t e r s c h i e d l i c h etwas angehoben. Überhaupt dient die Aufspaltung des Lohns in mehrere, für jeden Kollegen verschiedene Lohnanteile (Prämien, Zulagen, usw.) der Aufspaltung der Belegschaft. Die Geschäftsleitung preist dies in ihrem Brief natürlich als zusätzliche Leistung für die Arbeiter an!)

Hinsichtlich solcher Spaltung der Belegschaft sind Systeme wie das PROD auch noch viel ausgekochter als der „normale" Akkord: während die Arbeiter auf den Akkord noch einen gewissen Einfluß haben (z.B. untereinander absprechen können, wieviel Prozent sie rausholen wollen), entzieht das PROD-System den Kollegen jede Kontrollmöglichkeit; die Punktzahl kann praktisch kaum berechnet werden, sondern ist der Willkür der beurteilenden Vorgesetzten überlassen. Prinzipien wie kollektiver Tarifvertrag und ‚gesicherter' gleicher Lohn werden hier besonders stark untergraben.

Kampfansage an die bewußten Kollegen – PROD als politisches Druckmittel

Kampfansage an die bewußten Kollegen – PROD als politisches Druckmittel

Allerdings ist dieser schließliche ökonomische (auf den Lohn sich beziehende) Betrug an den Arbeitern nur e i n Aspekt des PROD-Systems; von äußerst großer Bedeutung ist die Möglichkeit für die Kapitalisten, die Unberechenbarkeit des PROD direkt in Disziplinierung und politischen Druck auf die Arbeiter umzumünzen. Während die Leistungsschinderei mittels z.B. Kürzung der Akkord-Vorgabezeiten kollektive Proteste der betroffenen Arbeiter und „unnötige Unruhe" in der „Betriebsgemeinschaft" hervorruft, läßt das PROD eine noch wesentlich willkürlichere Handhabung durch die Kapitalisten zu – eine Willkür, die sich gegen den e i n z e l n e n Arbeiter richtet (denn jeder Kollege wird e i n z e l n bewertet).

„Innere Einstellung" zur Ordnung und Sauberkeit, zur Arbeit überhaupt; **„positive Arbeitseinstellung"**; die Bereitschaft, **„auch schwierige Aufgaben unter starker Belastung gern zu übernehmen"**: derlei Bewertungs„kriterien" durchziehen das PROD-System. Diese Erziehung des Arbeiters zur positiven „inneren Einstellung" zur Arbeit wird – auch ohne im PROD-Text ausdrücklich genannt zu werden – ergänzt durch die Erziehung zu Wohlverhalten und Unterwürfigkeit gegenüber den Kapitalisten und Vorgesetzten. Die Unberechenbarkeit und Unkontrollierbarkeit des PROD bieten den Vorgesetzten, den Kapitalisten alle Möglichkeiten,

Wohlverhalten und Unterwürfigkeit, kritiklose Anpassung und Akzeptierung der Maßnahmen der Kapitalisten usw., mit Punkten (und d.h. mit etwas mehr Geld) zu „belohnen",

hingegen die Kritik an Maßnahmen des Kapitalisten, den Widerstand, das Aufbegehren gegen Verschlechterungen, sowie gewerkschaftliche Aktivität und unerwünschte politische Einstellungen zu „bestrafen".

Konkret wirkt sich das z.B. so aus: Gewerkschaftliche und politische Arbeit braucht Zeit. Um mit seinen Kollegen diskutieren zu können, sich zu beraten, Informationen weiterzugeben usw., sind Arbeitsunterbrechungen und Verlassen des Arbeitsplatzes teilweise notwendig. Für den Kollegen bedeutet das nach A.b)1. des PROD aber:0 (null) Punkte. Es heißt dort:

„Bei Arbeitsbeginn (auch nach Pausen) nicht pünktlich am Arbeitsplatz, häufig eigenwillige Unterbrechungen, eigenmächtige Verlängerungen der zwangsläufigen Unterbrechungen, Verlangsamung des normalen Arbeitstempos".

Motto: nicht rumlaufen, nicht denken, Schnauze halten und malochen!

Die Herzog-Kapitalisten wollen also auch mit Hilfe des PROD die Belegschaft p o l i t i s c h stärker i n d e n G r i f f bekommen, um ihre Pläne relativ widerstandslos gegen eine k a m p f s c h w a c h e Belegschaft durchsetzen und absichern zu können. Dafür ist es vor allem wichtig, die b e w u ß t e s t e n und a k t i v s t e n Kollegen verstärktem Druck auszusetzen und durch demagogische Manöver von den anderen Kollegen zu isolieren. Gerade jene Kollegen sollen getroffen werden, die mehr oder weniger die politischen Verhältnisse im Betrieb, die Manöver der Kapitalisten usw. durchschauen und vor der Kollegenschaft enthüllen, die Kritik äußern und in kleinen Schritten den Kampf der Belegschaft für ihre Interessen gegen die Kapitalisten zu organisieren versuchen.

Gerade auch der Brief der Geschäftsleitung vom 21.9.73 dient dieser Spaltung, Einschüchterung und Demoralisierung der Belegschaft.

Schnauze halten und malochen!

Die Geschäftsleitung betreibt in ihrem Brief an die Kollegen nach

Schnauze halten und malochen!

Die Geschäftsleitung betreibt in ihrem Brief an die Kollegen nach Kräften die Spaltung der Belegschaft in die besonnenen „Mitarbeiter", die sich in die „Betriebsgemeinschaft" einfügen und sich dem „Betriebswohl", den Maßnahmen und Plänen der Kapitalisten unterordnen, und auf der anderen Seite jenen Kollegen, die die ganze Sache stören und sabotieren wollen. Den Kollegen werden allerlei Brücken gebaut, sich von jenem „Teil der Belegschaft" zu distanzieren, der „sich auf eine zurückhaltende Arbeitsweise einzurichten scheint, ganz abgesehen von den wenigen, die bereit sind, den Arbeitsfrieden zu brechen". (Brief, S.2) Schon der erste Satz lautet: „Aus dem Verhalten e i n i g e r (!) Mitarbeiter müssen wir leider den Schluß ziehen, daß sie uns nicht verstehen". Mit diesem „Verhalten" ist die Verweigerung der Überstunden am Sonnabend von a l l e n Kollegen gemeint. Die Geschäftsleitung ist darauf aus, die Aktion als Werk einiger „Rädelsführer" darzustellen, die die Belegschaft „verleitet" haben. Und sie beackert die Kollegen auch damit, daß es nichts einbringe, „diesen wenigen" zu folgen:

„Diesen wenigen sei an dieser Stelle gesagt: Jeder (ohne Ansehen der Person und der S t e l l u n g i m B e t r i e b), der den Arbeitsfrieden bricht, wird fristlos entlassen. In dieser Frage gibt es bei uns keinen Kompromiß. Wer sich von diesen wenigen verleiten (!) läßt, s p i e l t m i t s e i n e m A r b e i t s p l a t z und verliert o h n e R ü c k s i c h t a u f s e i n e P e r s o n u n d F a m i l i e seinen Verdienst für etwa ausfallende Arbeitszeit". (Brief, S.3)

„ ... ohne Ansehen der Stellung im Betrieb ...": das ist eine Drohung vor allem gegen Betriebsräte und Jugendvertreter, die – allerdings unter Verpflichtung auf den „Betriebsfrieden" – einen gewissen Kündigungsschutz nach dem Betriebsverfassungsgesetz haben.

„ ... ohne Rücksicht auf seine Person und Familie ...": damit soll vor allem auch Zwiespalt in den Arbeiterfamilien gesät werden. Gerade auch deshalb wurde der Brief den Kollegen ins Haus geschickt und nicht im Betrieb verteilt. Unsere Frauen sollen uns mal ‚den Kopf zurechtrücken': was wir denn da für einen Mist verzapfen würden; ob wir denn den Arbeitsplatz riskieren und die Familie gefährden wollten, usw.

Solches Vorgehen gehört inzwischen zum Stamm-Repertoire kapitalistischer Hetz- und Einschüchtetungspropaganda. So wurde u.a. auch der Streik bei der AEG im Sommer mit Hilfe solcher Briefe und Anzeigen in der Tagespresse abgewürgt.

Einen Erfolg der Kollegen sehen die Herzog-Kapitalisten im Brief natürlich nicht vor: solche Sachen führen nur zu finanziellen Nachteilen oder sogar zum Verlust des Arbeitsplatzes. Basta! Dabei nutzen diese Erpresser von der Geschäftsleitung die Resignation und das mangelnde Vertrauen der Kollegen in ihre eigene Kraft aus und stärken die verbreitete Haltung, man selbst könne nichts erreichen – und überläßt das lieber den „zuständigen" Leuten von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat. Die aber sind teilweise überhaupt nicht bereit, für die Kollegen was rauszuholen und haben dabei sogar noch die Möglichkeit, sich mit einem „mangelnden gewerkschaftlichen Interesse" und „nicht vorhandener Einsatzbereitschaft" der Belegschaft rauszureden – obwohl sie selbst es doch waren, die das Niveau der Bewußtheit und des Kampfwillens der Kollegen zusammen mit dem Kapitalisten herabzudrücken sich bemühten und weiter bemühen.

- So wurde dies ausgekochte, in jeder, aber auch jeder Beziehung gegen die Kollegen gerichtete PROD-System von Heinz Kaiser (IGM) und BR-Vorsitzendem Fritz Brocke mit der Geschäftsleitung beraten und unterzeichnet.
- Sie zeichnen auch dafür verantwortlich, daß es bis heute keinen funktionierenden gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper im Betrieb gibt, der den Kampf für betriebliche Verbesserungen mit den Kollegen organisiert. Das haben sie bisher zu verhindern gewußt.
- Zu den anstehenden Verhandlungen über Tarif und PROD ist ihnen auch noch kein Wort über die Lippen gekommen. Die Verhandlungen sollen wieder mal in der bewährten Methode der Geheimdiplomatie mit der Geschäftsleitung geführt werden.

➜

Das PROD-System im Schema

Beurteilungsmerkmal	Beurteilungshinweis		Beurteilungshinweis		Beurteilungshinweis	
A. Arbeitsergebnis						
a) Arbeitsergebnis	nicht befriedigend	0	zeitweise befriedigend	10	gut	16
b) Arbeitszeitnutzung	häufig nachlässig	0	gelegentlich nachlässig	7	normal	13
B. Arbeitsausführung	viele Beanstandungen	0	öftere Beanstandungen	8	wenig Beanstandungen	14
C. Arbeitssorgfalt						
a) Betriebsmittel, Werkzeuge	häufig nachlässig	0	gelegentlich nachlässig	4	normal	7
b) Energieverbrauch, Hilfsstoffe	kein Interesse am sparsamen Verbrauch	0	wenig Interesse an Einsparung	4	normaler, der Sache entsprechender Verbrauch	7
c) Beachtung der Sicherheitsvorschriften	gleichgültig	0	wenig Beachtung	6	ordnungsgemäße Beachtung	10
D. Arbeitseinsatz						
a) Selbständigk., Zuverlässigk., erforderl. Anleitg., Aufsicht	unselbständig, Anleitung erforderlich	0	ziemlich selbständig, Anleitung erforderlich	7	selbständig - geringfügige Anweisung	11
b) Übertragen verschiedener Arbeitsaufgaben	eng begrenzt einsetzbar	0	wenig vielseitig, beschränkt einsatzfähig	7	für verschiedene Arbeiten einsatzfähig	11
E. Ordnung	keine Ordnung	0	begrenzte Sauberhaltg.	7	Sauberhaltung ohne besonderen Hinweis	11

Am Montag, den 19.12.1973, fand [redacted]versammlung statt, deren Verlauf noch einmal die im Artikel dargestellte Lage im Betrieb und unsere Einschätzungen bestätigt hat.

Nachdem am Montag zuvor der METALLARBEITER (Branchenzeitung der Oldenburger KB-Gruppe) mit einem ausführlichen, größtenteils mit diesem AK-Artikel identischen Beitrag zu den Problemen bei Herzog verteilt worden war, gab es zwar verschiedene Diskussionen darüber im Betrieb. Es zeigte sich aber sowohl in den Diskussionen der Kollegen als auch gerade auf der Betriebsversammlung und danach, daß vor allem unsere Beurteilung der politischen und ideologischen Aspekte des PROD-Systems weitgehend noch nicht verstanden wurde. Der ökonomische Aspekt (wie steht es dabei mit dem Lohn?) steht für die Kollegen nach wie vor im Vordergrund bzw. die politische Seite wird kaum oder gar nicht gesehen. Das kann die GL natürlich für sich ausnutzen; sie ließ sich schon für die Betriebsversammlung (BV) einen neuen Trick einfallen: Geschäftsführer Müller-Meerkatz (von den Kollegen auch „Der Dicke" oder „Schweinchen Dick" genannt) kündigte an:

1. Das Prod-System wird es im neuen Jahr nicht mehr geben.
2. Im Falle eines Tarifabschlusses von 16% (von der IGM gefordert) müsse die „Mitarbeits-Prämie" (MAP) angegriffen werden.

Einen Tarifabschluß von 16% zu erwarten, ist nach aller Erfahrung natürlich Quatsch und vorgetäuscht. Man muß das so verstehen: die GL behält sich vor, die MAP teilweise oder ganz zu streichen (in dieser Bestimmtheit wurde das auch gesagt, was zeigt, daß die GL IGM-Führung und BR-Führung als K o n t r a h e n t in den Verhandlungen schon gar nicht mehr in Rechnung stellt.) Für die Kollegen kann sich das dann so auswirken: bei einer angenommenen Tariflohnerhöhung von 11% (wie in der Stahlindustrie) könnte für viele diese Erhöhung, die ja kaum die Preissteigerungen wettmachen würde, durch Streichung der MAP zunichte gemacht werden: ein Kollege, der 6 Mark verdient, würde 66 Pfennig mehr bekommen, nach Abzug von 61 Pfennig MAP schließlich aber nur noch 5 Pfennig mehr in der Tasche haben als früher!

Was das PROD anbelangt, so werden die Kollegen durch die Ankündigung der GL wieder einmal getäuscht: es soll der Eindruck entstehen, die Herzog-Kapitalisten hätten nun doch überhaupt kein besonderes Interesse an PROD, und das System wäre praktisch ein für alle mal weg. Später – nach einer miesen Tariflohnerhöhung und Kürzung der MAP – können die Herzog-Bosse und ihre Hiwis in der IGM-Führung und im BR dann das PROD umso besser verankern:...wenn schon eine schlechte Lohnerhöhung, dann wenigstens ein paar Pfennige aus dem PROD...

BR-Chef Brocke hatte zu diesen Angriffen der GL natürlich kein Wort der Kritik über! Im Gegenteil: die Versuche, darüber zu diskutieren, und ein Entschließungsantrag (gegen PROD) wurden von ihm mit den üblichen selbstherrlichen Methoden abgewürgt. Außerdem verwies er auf die bevorstehenden Verhandlungen – v o r h e r könne man dazu noch nichts sagen!! N a c h h e r soll auch jeder über die Verhandlungsergebnisse informiert werden! Welch eine Verarschung der Belegschaft!

Mit u.a. genau der gleichen „Begründung" hatte er diesen rechtzeitig eingereichten Antrag bereits im BR ablehnen lassen. Es ist nämlich bei Herzog „üblich", daß der BR auf einer Sitzung vor der BV entscheidet, welcher der gestellten Anträge von vornherein abgelehnt und welcher in der BV behandelt wird – und das nicht etwa wegen zu großer Anzahl der Anträge! Der BR als Zensur-Behörde der Kapitalisten!

Ein junger Kollege kritisierte den Drohbrief der GL vom September und charakterisierte ihn als Versuch der Einschüchterung und Spaltung der Belegschaft, worin er von vielen Kollegen mit Beifall unterstützt wurde. Er fragte den BR-Vorsitzenden Brocke, warum er nicht dagegen Stellung genommen habe. Die Antwort: er (Brocke) habe den Brief g a r n i c h t s o a u f g e f a ß t , er würde das anders sehen und hätte deshalb auch nichts getan, usw.!

Von wenigen anderen Kollegen wurden noch Fragen den Arbeitsplatz betreffend angesprochen. Insgesamt ist nach wie vor eine starke Zurückhaltung der Belegschaft in der Auseinandersetzung festzustellen, obwohl sich die Probleme ja eher vermehrt und verschärft haben – sowohl was die politischen und ideologischen Angriffe und die Angriffe der Herzog-Kapitalisten auf den Lohn betrifft, als auch bei den Arbeitsbedingungen usw. (Zum letzteren z.B., daß etliche Verschlechterungen im Zuge des Hallenneubaues hingenommen werden mußten: Lärm, Zugluft, schärfere Überwachungsmöglichkeiten u.a.).

27.12.73

und ideologischen Angriffe und die Angriffe der Herzog-Kapitalisten auf den Lohn betrifft, als auch bei den Arbeitsbedingungen usw. (Zum letzteren z.B., daß etliche Verschlechterungen im Zuge des Hallenneubaues hingenommen werden mußten: Lärm, Zugluft, schärfere Überwachungsmöglichkeiten u.a.).

27.12.73

Forts. Herzog Oldenburg

Daß das nichts Neues ist und diese Leute sich nicht ändern werden, wird an der Gegenüberstellung von Worten und Taten Heinz Kaisers deutlich: Im Oktober 72 versprach er den Kollegen auf einer Betriebsversammlung unter dem Druck heftiger Kritik, er wolle in Zukunft über Verhandlungen mit der Geschäftsleitung usw. informieren. Stattdessen aber bekamen die Kollegen z.B. im März/April 73 prompt das fertige PROD-System vorgesetzt. Hier wird sehr klar, daß von solchen Lügenbolden Versprechungen, radikale Töne usw. in erster Linie der Beschwichtigung der Arbeiter dienen.

● Vor allem aber befinden sich diese Betrüger in v ö l l i g e r Ü b e r e i n s t i m m u n g mit der Geschäftsleitung, wenn es darum geht, kritisches Bewußtsein und Aktivitäten in der Belegschaft zu unterdrükken. So unterstützte Fritz Brocke im Juli 73 das Vorgehen der Betriebsleitung gegen Kollegen, die Solidaritätsunterschriften für die streikenden AEG-Kollegen sammelten! Er förderte sogar den Betriebsleiter auf, die Unterschriftenlisten zur Durchführung demokratischer Vertrauensleutewahlen zu beschlagnahmen und ihm auszuhändigen!

Ebenfalls im Juli 73 (wie auch schon früher) kanzelte er insbesondere den Jugendvertreter auf einer Betriebsversammlung ab, als dieser Informationen und Diskussion über die Vertrauensleute-Frage verlangte. Das ging über Bruch der Geschäftsordnung bishin zu Redeverbot und Androhung des Rausschmisses. Viele Kollegen wissen auch aus eigener Erfahrung, wie Fritz Brocke sich „einsetzt", wenn sie mit Problemen und Forderungen zu ihm kommen: da sabbelt er schon mal 'ne viertel oder halbe Stunde, um den Kollegen davon abzubringen und ihm die Hucke vollzulügen.

Lernen und zupacken, Genossen!

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie Betriebsrat, IGM-Führung und Geschäftsleitung Hand in Hand arbeiten, um jeden A n s a t z von Kritik und selbständigem Handeln in der Belegschaft bereits i m K e i m zu zerstören. Und diese Politik wird nun schon seit Jahren – ohne nennenswertes Gegengewicht – betrieben. Auch den Genossen der Oldenburger KB-Gruppe im Betrieb ist es noch nicht gelungen, eine Politik zu entwickeln, die langfristig das Kräfteverhältnis im Betrieb zugunsten der Belegschaft verändern hilft und dazu alle schon jetzt bestehenden Möglichkeiten zur Entwicklung politischer Klarheit und zur Organisierung kleiner, konkreter Erfolge für die Belegschaft ausnutzt. Diese kommunistische Betriebsarbeit erfordert erhöhte Anstrengungen von den Genossen. Eine Politik von Fall zu Fall und ganz nebenbei wird die Sache nicht vom Fleck bringen und von den Kollegen auch nicht durch wachsendes Vertrauen in die Vorschläge, in die Politik der Kommunisten honoriert werden. Ausdruck des noch niedrigen Niveaus unserer bisherigen Arbeit ist u.a.

a) daß dieser Artikel nicht von der Betriebszelle, sondern von der örtlichen Leitung geschrieben wurde;

b) daß weder Betriebszelle noch Leitung der KB-Gruppe fähig waren, zu diesen wichtigen Fragen in der Branchenpresse zum ‚aktuellen' Zeitpunkt Stellung zu nehmen. Erst im Dezember 73 erscheint dazu eine Ausgabe des METALLARBEITER.

Die gemeinsamen Bemühungen von Leitung und Betriebszelle werden vor allem auf die Erhöhung des politisch-ideologischen Niveaus, auf die Beseitigung der politischen Unklarheit bei den Genossen s e l b s t zu richten sein sowie darauf, unsere Politik an den wirklichen Widersprüchen im Betrieb zu entwickeln. Dabei kann aus alten Fehlern gelernt werden.

Lange Zeit ließ unsere Politik im Betrieb die wirklichen und konkreten Widersprüche zwischen Arbeitern und Kapitalisten ziemlich außer Acht. Die Widersprüche wurden nicht untersucht, die konkreten Probleme der Kollegen nicht mit ihnen diskutiert. Die Schweinereien des BR-Vorsitzenden und seiner Kumpanei waren am offensichtlichsten, und unsere Branchenpresse spiegelt sehr deutlich wider, wie wir diese Fragen in den Mittelpunkt stellten und den Kapitalisten darüber fast „vergaßen". Und auch dabei wurde der Fehler gemacht, nicht das W e s e n der Politik der IGM-Führung und des Betriebsratsfürsten Brocke a l l s e i t i g und umfassend zu enthüllen, sondern sich mehr an undemokratischen Verfahrensweisen und anderen Sauereien dieser Herren „Arbeitervertreter" festzubeißen. Der Zweck, der p o l i t i s c h e I n h a l t dieses Vorgehens wurde – vor allem hinsichtlich der konkreten Verhältnisse im Betrieb – unzureichend erklärt. Z.B. wurden die Aufgaben der gewerkschaftlichen Vertrauensleute nur allgemein benannt; was sie aber konkret bei Herzog zu tun haben, wurde nicht angegeben. Letztlich hilft solche „Politik" den Kollegen nicht wirklich, sondern führt dazu, sich fortgesetzt über irgendwelche Sauereien aufzuregen und sich über das ungünstige Kräfteverhältnis, über die eigene Ohnmacht zu beklagen.

Die hier diskutierten Probleme des Betriebes (Unternehmerbrief, PROD) sind von größter Wichtigkeit. Es wäre aber falsch anzunehmen, wir könnten k u r z f r i s t i g das Steuer herumreißen und z.B. ein einheitliches, aktives Vorgehen der Belegschaft gegen PROD erreichen. Vor allem müssen wir uns politisch-ideologisch rüsten, um bei Zuspitzung der Widersprüche auch in diesen Fragen eine hilfreiche Politik zu betreiben. Schon jetzt müssen wir mit der Aufklärung über diese Fragen beginnen und den Kollegen helfen, die Fronten zwischen Arbeitern und Kapitalisten zu klären.

Die Fronten klären!

Es liegt unbedingt im Interesse der Herzog-Belegschaft, daß das PROD-Bewertungssystem abgeschafft wird. Denn um den Preis verstärkten Leistungsdrucks, den die Herzog-Kapitalisten nach Belieben ausüben können (da die Bewertung völlig in ihrer Hand liegt und die Kollegen praktisch keine Abwehrmöglichkeiten haben), erreichen die Kollegen eine begrenzte und recht fragwürdige Erhöhung ihres Lohns. Vor allem aber wird das Interesse der Kollegen an mehr Lohn ausgenutzt, um ihnen ein Lohnsystem unterzumogeln, durch das sie gegeneinander ausgespielt und politisch diszipliniert werden können.

Aber damit ist das ganze Ausmaß der Wirkungen des PROD-Systems noch nicht gekennzeichnet: der völlig willkürliche Charakter des Systems führt in der Konsequenz zur völligen Abhängigkeit des Arbeiters von Kapitalisten und Vorgesetzten bis in die persönlichsten Dinge hinein. Es geht nicht nur um Leistungs- und politischen Druck, es geht um die Heranzüchtung dienstbarer Kreaturen, die in das Überwachungs-, Bespitzelungs- und Antreiber-System der Kapitalisten eingegliedert werden können; und es geht schließlich um die Herausbildung einer totalen, jede Regung und jeden Gedanken des Arbeiters bestimmende Verhaltensstruktur der totalen Unterwürfigkeit, kritiklosen Dienstbarkeit und persönlichen Anbiederung an Vorgesetzte usw. Eine in diesem Sinne formierte Arbeiterschaft ließe sich nicht nur relativ widerstandslos bis auf Mark ausbeuten, sondern ließe sich auch zu großen Teilen vor den Karren der volksfeindlichen p o l i t i s c h e n Ziele der Kapitalistenklasse spannen.

Hinsichtlich einer solchen Formierung der Arbeiterschaft haben es die Hitler-Faschisten bekanntlich am weitesten gebracht:

So wurde schon Anfang April 1933 ein Gesetz verkündet, nach dem Betriebsräte, die *„in staats- und wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt sind"* (also dem „Betriebsführer" nicht bedingungslos folgten), abgesetzt und durch Mitglieder der NSDAP ersetzt wurden. Mit dem Gesetz über die „Treuhänder der Arbeit" vom 19. Mai 1933 wurden diesen diktatorische Vollmachten zur Regelung der Lohn- und Arbeitsfragen übertragen und das alte, ohnehin schon reaktionäre Schlichtungswesen aufgehoben. Vollends den Idealvorstellungen der Kapitalisten entsprach dann das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934, mit dem die Betriebsräte endgültig abgeschafft wurden und nach dem *„der Führer des Betriebes der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten (entscheidet), soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten"*.

Als die westdeutschen Arbeiter 1952 massenhaft gegen die Einführung des „Betriebsverfassungsgesetzes" durch die Adenauer-Regierung kämpften, erklärte Otto Brenner als IGM-Chef, daß dieses Gesetz teilweise dem faschistischen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" entstamme! Nichtsdestotrotz verlegten sich die Gewerkschaftsführer damals darauf, den Kampf abzuwiegeln und die Entscheidung den „Volksvertretern" im Parlament zu überlassen. Nichtsdestotrotz dulden oder unterstützen sie nicht nur solche ausgeklügelten Kapitalisten-Erfindungen wie PROD u.a., sondern arbeiten sogar a k t i v daran mit – offensichtlich doch ganz b e w u ß t, wie die damalige richtige Aussage von Brenner nahelegt und wie die parallel zur Kommunistenhatz der Kapitalisten und des Staates ergriffenen Maßnahmen der Gewerkschaftsführer belegen: z.B. die in etlichen Gewerkschaften inzwischen erlassenen Beiratsbeschlüsse gegen kommunistische Gewerkschaftsmitglieder; z.B. die in letzter Zeit verstärkt betriebene Revers- und Ausschlußpolitik gegen fortschrittliche Kollegen; z.B. die Zerschlagung ganzer gewerkschaftlicher Körperschaften wie z.B. Vertrauenskörper und Mitgliederversammlung...

Von daher ist es völlig klar, daß die Herzog-Kollegen bei einer Forderung nach Abschaffung des PROD (und nicht nur dabei!) die IGM-Führung und teilweise den Betriebsrat grundsätzlich gegen sich haben werden. Bei einer weiteren Verschärfung des arbeiterfeindlichen Kurses dieser Leute können allenfalls gewisse taktische Manöver in demokratischem Gewande erwartet werden, etwa die Ingangsetzung der Vertrauensleutearbeit unter ihrer Oberbefehlshaberschaft. Auch ein stärkerer antikommunistischer Kurs (von „normaler" Hetze bishin zu Gewerkschaftsausschlüssen) liegt in der Logik dieser Parteigänger des Kapitals, die in „ihrem" „Betrieb", in ihrem Machtbereich (den gewerkschaftlichen Organisationen) schließlich genau das gleiche betreiben, was die Herzog-Kapitalisten in ihrem Brief dargelegt haben: die fortschrittlichen Kollegen isolieren und unter Druck setzen, sie rausschmeißen (insbesondere den Kommunisten) und die Belegschaft insgesamt einschüchtern...

Um dies für die Arbeiter derzeit recht ungünstige Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern, sind verstärkte Diskussion und größere politische Klarheit über alle diese Fragen notwendig. Das ist auch die Voraussetzung, um auf politisch-organisatorischem Gebiet Erfolge zu erzielen. So wird beispielsweise eine Vertrauensleutearbeit im Betrieb nur entwickelt werden und sich an den Interessen der Kollegen orientieren können, wenn die Belegschaft selbst darauf Einfluß nimmt. ■

Leitung des KB/Gruppe Oldenburg

SPD: Waffen für die griechischen Faschisten

Im Zusammenhang mit den antifaschistischen Demonstrationen in Griechenland im November wurde ein Skandal offenbar, der ein weiteres Schlaglicht auf die „Friedenspolitik" der SPD-Regierung wirft:

Im September hatte der Bundessicherheitsrat unter Vorsitz Brandt's die Genehmigung erteilt, 100 000 Handfeuerwaffen und 3000 Maschinenpistolen an die griechischen Faschisten zu liefern. Über die mögliche Verwendung dieser Waffen konnte unter den gegebenen Verhältnissen kein Zweifel bestehen.

Während der „Stern" 49/73 behauptete, die genehmigten Waffen seien bereits geliefert worden, „verteidigte" sich die SPD damit, die Waffen seien noch gar nicht geliefert worden. In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, daß 1973 ebenfalls die Lieferung von 100 000 Handgranaten an die griechische Militär-Diktatur vom Bundessicherheitsrat genehmigt worden war, diese Lieferung aber angeblich auch noch nicht ausgeführt wurde.

Um soweit noch möglich das Gesicht zu wahren, faßte die SPD-Bundestagsfraktion Anfang Dezember einen Beschluß, der die Bundesregierung auffordert, die Genehmigung für den Export der Waffen rückgängig zu machen.

Zu diesem Manöver ist anzumerken, daß Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion die SPD-Regierung bezeichnenderweise zu nichts verpflichten. „Die Öffentlichkeit" hat ein pseudo-demokratisches Schauspiel gehabt, und bei gegebener Gelegenheit werden die Waffen wohl doch geliefert werden. Bezeichnend ist auch, daß „Friedenskanzler" Brandt und der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner beide „verhindert" waren, an dieser Abstimmung der SPD-Bundestagsfraktion teilzunehmen, so daß sie sich die Hände frei gehalten haben, ohne in offener Abstimmung Farbe bekennen zu müssen. Das ist Spezialdemokratie ganz nach Art der SPD!



DER "FRIEDENSKANZLER"

Die „Frankfurter Rundschau" vom 6. Dezember erwähnt in diesem Zusammenhang, daß seit 1969 folgende Waffen mit Billigung der SPD-Regierung an die Athener faschistische Junta geliefert wurden: vier U-Boote (1969), Torpedos für U-Boote und Schnellboote (1971), 660 Panzerabwehrraketen und 1100 Cobra-Lenkwaffen (1972).

Während die Lieferung von Marine-Ausrüstung eher eine m o r a l i s c h e Unterstützung für die faschistische Junta ist, zielt die genehmigte Lieferung von Handfeuerwaffen und Handgranaten direkt auf eine m i l i t ä r i s c h e Unterstützung der Junta gegen den antifaschistischen Widerstand.

In der Logik der SPD läge es, wenn sie jetzt zynischerweise den Opfern des griechischen Faschismus „humanitäre Hilfe" anbieten würde, ebenso wie sie es gegenüber den Opfern des von ihr unterstützten portugiesischen Kolonialismus tut (vgl. die Stellungnahme der FRELIMO zur SPD in AK 37, S. 9). ■

Wohin steuert die IG-Metall ?

Am 25. und 26. Oktober '73 fand im Ostseebad Travemünde die achte IG Metall-Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder statt.

Eintausend Teilnehmer waren zu dieser Veranstaltung geladen oder delegiert worden. Nur 468 (!) von ihnen kamen aus den Betrieben (darunter auch noch vorwiegend Betriebsrats- und VK-Vorsitzende). Die Mehrheit der Teilnehmer waren Funktionäre des Apparats (also vom Vorstand bis zu Verwaltungsstellenmitgliedern). (Angaben nach „Metall" 22/73)

Daß bei einer derartigen Zusammenstellung der Konferenzteilnehmer der IGM-Hauptvorstand nur geringe Mühe haben würde, seine Auffassungen darzulegen und kontroverse Meinungen abzublocken, war von vornherein klar. In der Tat ging es den IGM-Führern auch gar nicht darum, von den Vertrauensleuten *„Orientierungs- und Entscheidungshilfen für die Politik der IG Metall in den nächsten Jahren"* als verbindlichen Auftrag entgegenzunehmen (wie dies Vorstandsmitglied Georg Benz in „Der Gewerkschafter" 10/73 gerne glauben machen will), sondern im Gegenteil um die F o r m i e r u n g der IG Metall auf den Kurs der Führung.

So war es auch nur konsequent, daß Vorstandsmitglieder selbst mehr als die Hälfte der Konferenz-Zeit mit Referaten zu ‚Grundsatzfragen' bestritten, während die D i s k u s s i o n bürokratisch abgewürgt wurde (*„rund 25 weitere Wortmeldungen wurden per Abstimmung zurückgestellt (!)"*, kommentiert die „Metall" diesen ungeheuerlichen Vorgang).

Mal abgesehen davon, daß eine derartige Konferenz keine für die Organisation bindenden Beschlüsse fassen kann (allein das ist schon seltsam genug!), wurde von den Regisseuren des Vorstands mit den vorliegenden Entschließungen und Resolutionen auf eine Art und Weise verfahren, die nur als Verhöhnung der Antragsteller aus den Reihen der Vertrauensleute bezeichnet werden kann: Innerhalb von zwei Stunden wurden 49 Anträge ‚behandelt' – Hand heben, abgelehnt oder angenommen usw. usf.

Alles in Ordnung ?

Daß nach den sehr negativen Erfahrungen der Arbeiter mit der Tarifpolitik der IG Metall (speziell und zuletzt in der zurückliegenden Lohnrunde 72/73) und den nicht minder schlechten Erfahrungen aus den spontanen Streiks in den zurückliegenden Monaten, auch auf dieser Konferenz Kritik am Vorstandskurs laut werden würde, lag auf der Hand.

Um den Kritikern von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen und die g r u n d s ä t z l i c h e Übereinstimmung von Vorstandspolitik und Interessen der Metallarbeiter vorzuspiegeln, wurde mit überlautem Theaterdonner der Erfolg (‚von historischer Bedeutung') in den Lohnrahmen/Manteltarif-Auseinandersetzungen Nordbaden/Nordwürttembergs gefeiert.

Lutz Dieckerhoff, geschäftsführendes Vorstandsmitglied (zuständig für Vertrauensleute und Schwerpunktsekretäre) begrüßte in diesem Sinne zur Eröffnung der Konferenz die Delegierten aus dem Streikgebiet, „die nach Streik und Urabstimmung die ganze Nacht durchgefahren waren, um noch rechtzeitig zu Konferenzbeginn in Travemünde sein zu können." („Der Gewerkschafter", XI/73)

„Die Vertrauensleute hätten sich wieder einmal Auseinandersetzungen stellen müssen, die sich aus der Fehlentwicklung (!) unseres Wirtschaftssystems ergeben. Dabei hätten sie augenfällig demonstriert, daß es keinen Bruch zwischen Mitgliedern und Gewerkschaftsspitze gebe (!)", erklärte Dieckerhoff (laut „Der Gewerkschafter").

Das gleiche in grün, nur noch etwas stärker aufgetragen, von Eugen Loderer in dessen Grundsatzreferat: der erstreikte Lohnrahmen/Manteltarif hätte gezeigt, daß *„die Grundlagen (!) unserer Organisations- und Betriebspolitik ... in Ordnung (sind). Sie bilden ein tragfähiges Gerüst für gewerkschaftspolitische Erfolge auch in der Zukunft. Das gilt auch und gerade für die Bereiche der Betriebsrats- und Vertrauensleutearbeit ..."* (nach: „Express", Nr. 11/73)

Du lieber Himmel! Was soll mit diesem Mini-Streik und den insgesamt äußerst dürftigen Ergebnissen eigentlich noch alles bewiesen werden? Das sieht ja gerade so aus, als hätten die Gewerkschaftsführer den ‚Schwerpunktstreik' nur zugelassen, um ihr angeditschtes Image wieder aufzupolieren!? !

Nachdem der IGM-Vorstand seine rundherum richtige Politik und sich selbst hat hochleben lassen, konnte er in Travemünde ‚ungezwungener' auch über andere Fragen sprechen:

● Spontane Streiks: Die Streiks in der westdeutschen Metallindustrie, die unmittelbar nach dem miesen Tarifabschluß der letzten Lohnrunde bei Hoesch und Mannesmann einsetzten und sich im August zu einer Massenbewegung entwickelten, haben sich nach Loderers Worten nicht „gegen die Organisation gerichtet. Sie haben sich gegen die Arbeitgeber gerichtet."

Andererseits wurde diese „Lohnpolitik an den Gewerkschaften vorbei" (Dieckerhoff) als „gefährlich" bezeichnet, weil sie ‚linksradikalen' Kräften „Argumente zur Spaltung der Gewerkschaft liefert" (Loderer).

Das ist natürlich die blanke Heuchelei! Und der Hinweis auf die ‚Linksradikalen' noch demagogisch dazu! Als nämlich im April dieses Jahres die ‚Unruhe' in den Betrieben spürbar wurde, ja sich bereits in mehreren spontanen Kämpfen geäußert hatte, erklärte derselbe E. Loderer in „Der Gewerkschafter": *„Wir könnten es nicht akzeptieren, wenn Mitglieder und Funktionäre der IG Metall an demokratischen Mehrheitsentscheidungen und damit an der Organisation vorbei ein Eigenleben entwickelten; wenn spontane Aktionen die Organisation ... in die Klemme brächten ..."* Kritik wurde unverfroren im gleichen Artikel als *„Opposition um ihrer selbst willen"* diffamiert. Es hieß damals, daß *„Alleingänge von Funktionären oder Organisationsgremien ... sich... (nachteilig auf) unsere Schlagkraft und unser Durchsetzungsvermögen ... auswirken (müßten)."*

Es ist doch wohl 'unstrittig' (um einen Lieblingsausdruck Loderers zu gebrauchen), daß hier die Vertrauensleute und die Masse der Gewerkschaftsmitglieder, die sich auf eigene Faust und ohne den Segen ihrer Führer mehr erkämpfen wollten, als Spalter angegriffen werden? Mit derartigen Vorwürfen ('extreme Eiferer', 'Basisaktivisten' etc.) sind ja auch die Herren Loderer & Co. den streikenden Metallern zusammen mit den Kapitalisten bei Hoesch, Mannesmann, Klöckner usw. entgegengetreten (oder besser: in den Rücken gefallen)!!!



E. Loderer, Demagoge vom Dienst



Über diese Fakten kann auch die heutige 'differenzierte Sicht der Dinge', auf die sich die IGM-Führer so viel zugute halten, nicht hinwegtäuschen.

● Gewerkschaftliche Tarifpolitik:

Ebensowenig, wie der Hauptvorstand zugeben mochte, daß sich in den spontanen Streiks des letzten Jahres auch Kritik an der vorherrschenden Tarifpolitik geäußert hat und häufig sogar ausdrücklich von den Streikenden vorgetragen wurde, konnte er sich zu einer Selbstkritik bezüglich seiner Rolle in der letzten Lohnrunde bequemen. Loderer gab zwar zu, daß die „Stabilitätsbeiträge" der IG Metall-Führung (aus den Taschen der Arbeiter!) „mit den höchsten Preissteigerungen in der Geschichte der Bundesrepublik beantwortet worden (sind)."

Aber sein Versprechen, daß „Vorleistungen in der Gegenwart für stabilitätspolitische Erfolge in der Zukunft ... ein zweites Mal nicht in Frage (kommen)", konnte selbst in Travemünde nicht so recht überzeugen. Derartige Sprüche hat man in der Vergangenheit schon zu oft aus dem Munde der Gewerkschaftsführer gehört.

Daß der Vorstand in Wahrheit an den Grundsätzen seiner kapitalistischen Tarifpolitik festhalten wird, ist mittlerweile nicht nur durch den Verlauf der 'Stahl-Runde' in Nordrhein-Westfalen belegt, sondern deutete sich auch bereits auf der Travemünder Konferenz an. Zu Forderungen aus den Metallbetrieben für die kommende Lohnrunde (um die 20 % plus Nebenforderungen) Stellung nehmend, erklärte der IGM-Chef: „Der Vorstand wäre schlecht beraten (!), wenn er eine Forderung stellte, die schon im voraus eine Niederlage beinhaltet (!!!)."

Demagogisch, wie das nun mal so Loderers Art ist, wies er einige Konferenzteilnehmer im Vorwege darauf hin, daß hier „nicht eine verbindliche und verpflichtende Willensbildung" möglich sei, weil das angeblich „satzungsgemäßen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten vorgreift!". Daß damit nur gegen e i n e Sorte (nämlich h o h e !) Forderungen gesprochen wurde, zeigt der Beitrag Loderers ja selbst (s. o.!).

Außerdem hatte man in Vorstandskreisen nichts dagegen, daß ein Funktionär (offenbar ein 'Spezialist' aus ihren eigenen Reihen!) eine Rechnung darüber aufmachte, was diesmal mindestens rauskommen muß. *„Einer rechnete vor, daß mindestens (!) 10 bis 11 Prozent ... notwendig seien, um den sozialen Besitzstand (!?) zu wahren"*, schreibt „Der Gewerkschafter" vom November 73 in seinem Konferenzbericht.

Warum hält man es beim IGM-Hauptvorstand eigentlich für so wichtig, nur diesen schnellen Rechner vorzustellen, 'der seinen 10/11 % Abschluß ja wohl vom 'Sachverständigen-Gutachten' der Bundesregierung (und damit den Lohnleitlinien) abgeschrieben hat?

Sollte man damit nicht vielleicht doch irgend jemandem 'vorgreifen' wollen oder schon 'vorgegriffen' haben? !?

Diskussion und Anträge

Die von den Gewerkschaftsführern geschaffenen widrigen Bedingungen auf dieser Konferenz haben wir eingangs bereits kurz beleuchtet.

Von denjenigen Kollegen aus den Betrieben, die dennoch das Wort erteilt bekamen, wurde hauptsächlich zu Fragen der Tarifpolitik und auch zu Erfahrungen der spontanen Streiks argumentiert.

Da wurde aueh, aber sehr verhalten, am Kurs des Vorstands Kritik geübt.

Etwa derart: „Die Streiks waren notwendig, weil der Tarifabschluß zum Jahresanfang so schlecht war." (Ein Kollege von Küppersbusch)

Schädlicher für die Gewerkschaft als ein spontaner Streik sei es, so erklärten Kollegen aus dem Stahlbereich, wenn die Gewerkschaftsführung ohne die Arbeiter und „an den Kollegen vorbei" Tarifpolitik betriebe.

„Werner Beck aus Solingen beschäftigte sich mit dem Problem der Friedenspflicht. Er meinte, die im Frühjahr und Sommer eingetretene Situation habe zu spontanen Arbeitsniederlegungen berechtigt." („Gewerkschafter", XI/73)

Ein Delegierter aus Köln plädierte dafür, die Tarifkommissionsmitglieder stärker an Aufträge der Vertrauenskörper zu binden, und kritisierte gleichzeitig die gängige Praxis, daß nicht selten von den Führern die Forderungen zurückgeschraubt würden.

In dieser Richtung und Art noch weiteres.

Ohne etwa die gute Absicht der Kritik an einzelnen Erscheinungsformen der kapitalistischen Tarifpolitik oder anderen arbeiterfeindlichen Handlungen der IGM-Führung abstreiten zu wollen, muß doch realistisch eingeschätzt werden, daß dem Hauptvorstand und seinen getreuen Gesellen auf dieser Konferenz kaum 'ein Haar gekrümmt' wurde.

Weder wurde von den Opponenten die grundsätzliche klassenversöhnlerische, prokapitalistische Ideologie und Politik der Gewerkschaftsführer entlarvt und attackiert – noch wurden die Vertreter dieser Linie als Verantwortliche gesehen und behandelt (sondern leider immer noch als Leute, die eben auch mal 'irren' können.)

Es fördert nur Verwirrung und Illusionen, wenn von bestimmten Gruppen einfach die kritischen Stimmen gegen die reaktionären Beiträge aufgerechnet werden und dann freudestrahlend festgestellt wird: *„In der Diskussion* (überwogen) *die Stimmen, die sich gegen die Vorstandspolitik aussprachen."* (So das Sozialistische Büro in seiner Monatsschrift „Express" vom November 73).

Die inhaltliche Schwäche und Widersprüchlichkeit der (im Verhältnis zur Vorstandspolitik) fraglos fortschrittlichen Funktionäre kommt auch sehr deutlich in den Entschliessungen zum Ausdruck, die der Versammlung zur Abstimmung vorlagen. Dafür ein Beispiel:

● Zur „Konzertierten Aktion"

Der von den Delegierten der Verwaltungsstelle Oberhausen eingebrachte Initiativantrag (Antrag 42), fordert den Vorstand der IGM auf, aus der „Konzertierten Aktion" auszutreten.

In der Begründung dazu heißt es, daß die „Konzertierte Aktion" *„ein Instrument zur Verschleierung der Klassengegensätze* (ist)" und daß ihre Notwendigkeit von den Arbeiterfeinden betont werde, *„damit die Gewerkschaften nicht zu hohe Lohnforderungen stellen."*
Das ist hunderprozentig richtig!

Dann aber heißt es weiter, daß *„die Gewerkschaften die von der Regierung festgelegten Orientierungsdaten als Maßstab für die Höhe ihrer Lohnforderungen ablehnen"*, was ja nachweislich für die F ü h r e r der Gewerkschaften n i c h t zutrifft. Im Gegenteil!

Daß die Oberhausener Kollegen selbst noch falsche Vorstellungen über diese Klassengesellschaft und der ihrer Aufrechterhaltung dienenden Politik der Gewerkschaftsführer haben (bzw. solchen falschen Vorstellungen in opportunistischer Weise entgegenkommen), wird deutlich, wenn sie schreiben: *„Die Gewerkschaften haben in einem hohen Maße Verständnis gezeigt für die gesamtwirtschaftliche Lage. Sie haben sich nicht gegen die Notwendigkeit von Stabilität gewandt."*

Die gleiche Inkonsequenz und Widersprüchlichkeit zeigt sich bei allen Anträgen der „in Opposition" zum Hauptvorstand stehenden Delegierten.

Dieser Antrag wurde wie alle anderen, in denen irgendwie eine konsequentere Interessenvertretung gefordert und Kritik an der vorherrschenden Linie angedeutet wurde, abge-

Forts. IG Metall

lehnt (darunter z. B. eine sehr laue Adresse an die streikenden Saarkumpel, in der „Verständnis" für deren Kampf ausgedrückt wurde, Antrag Nr. 48).

Daß hier „linke" Sozialdemokraten vom Hauptvorstand der IGM ausgetrickst und zusammengeschissen wurden, sagt noch wenig über den Standpunkt dieser „Oppositionellen", sondern verdeutlicht vielmehr, wie weit r e c h t s die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer selbst stehen.

Wes Geistes Kind die IG Metall-Führer tatsächlich sind und was sie sich für die Zukunft vorgenommen haben, davon sprachen vor allem E. Loderer und G. Benz in ihren Grundsatzreferaten (woraus vor allem die Zeitschrift für IGM-Funktionäre (!) „Der Gewerkschafter", XI/73 ausführlich zitierte).

Loderer – Volles Rohr gegen alles, was in Widerspruch zur Vorstandspolitik steht

Obwohl es nach Meinung des 1. Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, „*keine prinzipiellen Interessengegensätze zwischen Spitze und Basis, Mitgliedern und Funktionären* (gibt)" und auch **„in Wirklichkeit eine ernstzunehmende innergewerkschaftliche Opposition nicht existiert"**, hat er es für richtig gehalten, sein einleitendes Referat (aus dem die obigen Zitate selbst entnommen sind!) voll und ganz darauf zu verwenden

- den Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen der Gewerkschaftsführer zu verschleiern, abzumildern, zu leugnen
- und die „Opposition" wortgewaltig zu erschlagen.

Nach Loderers Meinung muß zwischen drei Arten der Kritik an der offiziellen Politik der IG Metall unterschieden werden und den Opponenten sollte jeweils unterschiedlich begegnet werden:

schen drei Arten der Kritik an der offiziellen Politik der IG Metall unterschieden werden und den Opponenten sollte jeweils unterschiedlich begegnet werden:

1. **Die Gutwilligen** – sind jene „*kritischen Stimmen, die sich auf bestimmte Entscheidungen beziehen* (?). *Hinter ihnen steckt der gutgemeinte Wille, alles besser zu machen als in der Vergangenheit. Hier zeigt sich jenes neu gewonnene und verbreitete politische Bewußtsein* (!), *jene Bereitschaft zum politischen und gewerkschaftlichen Engagement, die unsere Stärke* (!) *ausmacht.*"
2. **Die Böswilligen** – die man nur administrativ (d. h. per Ausschluß) zu bekämpfen hat. Gemeint sind „*die versprengten Truppen, die sich revolutionäre Gewerkschaftsopposition nennen. An ihrer Arbeiter- und Gewerkschaftsfeindlichkeit gibt es* (für Loderer, Anm. d. Red.) *keinen Zweifel. Gegenüber diesen Extremisten haben wir mit dem Abgrenzungsbeschluß des Beirats einen klaren Trennungsstrich gezogen.*"
3. **Die gefährlichen Böswilligen** – das sind nach Vorstandsmeinung jene Leute, die „*Kritik von außen* (!)" vorbringen. „*Ich meine ... die selbsternannten Vertreter einer sogenannten 'innergewerkschaftlichen Opposition'. Sie agitieren für ein angebliches Konzept sozialistischer Gewerkschaftsarbeit.*"

Loderer unterstellt, daß sich auch die Strategie dieser Opponenten darin „erschöpft", die Mitglieder gegen „die Funktionäre" aufzuwiegeln. Jedoch: „*Mit solchen Tendenzen müssen wir uns inhaltlich* (!) *auseinandersetzen.*" (Alle vorherigen Zitate sind entnommen dem auszugsweisen Abdruck der Loderer-Rede in „Der Gewerkschafter" Nr. 11/73).

Wie sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese „inhaltliche Auseinandersetzung" vorstellen, was da an Demagogie, Verleumdung und i n h a l t s l e e r e n Anpöbeleien auf die klassenbewußten Arbeiter zukommt, davon legt Loderers Rede selbst Zeugnis ab.

Die IG Metall-Führung hält es für „selbstverständlich", „*daß ... kein verantwortlicher Funktionär der IG Metall*" auf „*die Legende* (!) *von der Befriedung der Gewerkschaften durch die Regierung ... oder die Parole* (!) *von der sozialpartnerschaftlichen Politik zwischen Gewerkschaftsführungen und Arbeitgebern* (hereinfällt)".

Wenn diejenigen, die diese „Legende" und diese „Parole" verbreiten (um „*einen Keil in unsere Organisation zu treiben*", Loderer), dennoch „*eine gewisse Resonnanz*" bei den Arbeitern haben, so nur deshalb, weil sie „*mit gezinkten Karten ...* (spielen). *Sie spekulieren auf eine Gefolgschaft* (!), *die Einzelforderungen für richtig hält* (!!) *und den Gesamtzusammenhang nicht durchschaut* (!!!)"

Der schlaue Herr Loderer! Angeblich sind die Arbeiter zu dumm, um zu wissen, was für sie und ihre Klasse richtig und notwendig ist. Der „dumme Prolet" kann nur von zwölf bis mittags denken und läßt sich vor den Karren der „Basis-Aktivisten" spannen!? !

Man könnte ja auch auf den Gedanken kommen, daß die Arbeiter erfahren und gelernt haben, daß ihre Interessen durch die offizielle Politik ihrer Gewerkschaft nur unzureichend oder gar nicht vertreten werden – daß das keine „Legende", sondern Realität ist. Aber in der IG Metall sollen selbst bloße Erwägungen dieser Art tabu sein!




Sie wurden immer wieder von den Gewerkschaftsführern verschaukelt

Loderer hält dagegen für „u n s t r i t t i g" (was ohne Frage die „inhaltliche Auseinandersetzung" beflügeln wird!), daß „*Konzepte sozialistischer Gewerkschaftsarbeit von einer einseitigen* (!) *und darum letztlich unkritischen* (!) *Gesellschaftsanalyse* (ausgehen)." Es gelte von einer „doppelten Illusion" Abschied zu nehmen,

stischer Gewerkschaftsarbeit von einer einseitigen (!) und darum letztlich unkritischen (!) Gesellschaftsanalyse (ausgehen)." Es gelte von einer „doppelten Illusion" Abschied zu nehmen,

nämlich von den „*Schablonen einer überholten Gesellschaftspolitik* (!) (Loderer meint den Klassenkampf, Anm. d. Red.) *die mangels Phantasie noch heute auf die Denkfiguren von gestern zurückgreift* (!) *und erst recht* (!) *von einer Ideologie der Marktwirtschaft, die die bestehenden Zustände erklären will, statt sie zu begreifen* (? !)

Ferner wird von Loderer als „unstrittig" angesehen (und in diesem Punkt hat er sogar recht!), daß „*solche Konzepte sozialistischer Gewerkschaftsarbeit nicht nur auf eine andere Gewerkschaftsstrategie, sondern auch auf andere Organisationsformen* (zielen)".

Natürlich ist auch das verwerflich, weil dabei nach Meinung des IGM-Chefs „*die Gefährdung des Erreichten zugunsten vager Zukunftshoffnungen zumindest in Kauf genommen* (wird)."

Und am Schluß dieser Tirade steht Loderers finstere Drohung:

„Ich meine es bitterernst mit meiner Absage an gewerkschaftspolitisches Abenteurertum, das den Weg wechselt, ohne das Ziel zu kennen."

Das kann beim besten Willen nicht mehr als Beitrag zur „inhaltlichen Auseinandersetzung" mit den Linken in der IG Metall gewertet werden. Wenn zur offiziellen Doktrin in unserer Gewerkschaft die These erhoben wird, daß sozialistische Politik „unstrittig" die Gefährdung des Erreichten' (Lebensstandard und politische Rechte der Arbeiterklasse!) bedeutet, worüber kann dann eigentlich noch d i s k u t i e r t werden? Wenn die Kritik am Anpassungskurs des Vorstands „per se" als Ausdruck von Gewerkschaftsfeindlichkeit gilt, worin unterscheidet sich denn dann noch die Lodersche „Lehrmeinung" von den „unfehlbaren", reaktionären Verordnungen des Papstes?

Loderer hat es offenbar ganz bewußt vermieden, sich in seiner Verurteilung des Sozialismus k o n k r e t mit bestimmten Positionen der ja durchaus nicht einheitlichen Linken auseinanderzusetzen. Vielmehr verfuhr er nach dem bekannten Prinzip aller Anti-Kommunisten, die Auffassungen und die politische Arbeit der Sozialisten zu e n t s t e l l e n, um sie anschließend als falsch, gewerkschaftsfeindlich etc. in „Acht und Bann" tun zu können.

Auf diese Weise soll in der IG Metall eine Stimmung geschaffen werden, wo Vertreter einer konsequenten Klassenpolitik nicht mehr für ihre Überzeugung auftreten und andere Kollegen dafür gewinnen können. Mit der angestrebten ideologischen Formierung wären zugleich die Bedingungen für Maßregelungen an den „Uneinsichtigen" (den „Extremisten") geschaffen.

„Die IG-Metall ist für die Aufgaben der Zukunft gerüstet" (Loderer)

„Die IG-Metall ist für die Aufgaben der Zukunft gerüstet" (Loderer)

Ebenso wie die gesamte bürgerliche Presse in ihren Berichten von der Travemünder Konferenz die demagogischen Ausfälle Loderers gegen die oppositionellen Kräfte in der IGM als d e n entscheidenden Punkt (ausführlich) zustimmend zitierte und lobend kommentierte, wurde auch vermerkt, daß die IGM-Führung „*nun wieder verstärkt dem Betriebsverfassungsgesetz ihr besonderes Interesse (schenkt)...Hier leuchtet das d e u t l i c h s t e programmatische Signal, das der Vorstand auf der Tagung in Travemünde gegeben hat.*" (FAZ, Hervorhebungen von uns).

Kurz gesagt geht es darum, daß die Vorstandsstrategen auf dem Kongress empfahlen, in den nächsten Jahren das 'neue' Betr VG als das entscheidende Kampfinstrument der Gewerkschaften überhaupt zu begreifen und zur Interessenvertretung der Lohnabhängigen einzusetzen.

Georg Benz, beim IGM-Hauptvorstand Spezialist für Betriebsräte- und Jugendarbeit, führte zur 'Erläuterung' dieser Strategie aus:

„*In vielen Punkten* (in welchen hat er nicht gesagt, Anm. d. Red) *ist das Betriebsverfassungsgesetz 1972 durchaus ein modernes (? !) und wirksames Werkzeug zur Durchsetzung (!) und zum Schutz der Interessen der Lohnabhängigen. Zugleich ist es auch eine bessere Ausgangsposition im Kampf um weiteren Rechtsfortschritt (!?).*
(„Der Gewerkschafter", XI/73,S.414)

Als Begründung für diese beachtliche These wurden die zunehmenden Arbeitsgerichtsprozesse angeführt, wo es von Fall zu Fall gelungen sei, Urteile gegen die Unternehmer zu erwirken. Zwar mußte auch Benz einräumen, daß die richterlichen Verfügungen „von einer unglaublichen Widersprüchlichkeit von Gericht zu Gericht, von Kammer zu Kammer...(sind)" – aber er stellte die prinzipiell arbeiterfeindliche Rechtsprechung als eine vorübergehende, überwundene Erscheinung der 50 er und 60 er Jahre dar.

Nach der Novellierung des Betr VGs im Januar 1972 (und mit der SPD in der Regierung?) könne man jedoch „mit einiger Zuversicht" dem „langen Marsch durch die Gerichte" (Benz) entgegensehen.

Man denke nicht etwa, die IGM-Führer hätten aus einer Untersuchung des Betr VGs (seiner Grundsätze und seiner konkreten Bestimmungen) heraus, diese 'neue' Orientierung für die Betriebsfunktionäre begründet.

Nein! Das Betr VG ist 'an sich' ein 'wirksames Werkzeug' in den Händen der Gewerkschafter, weil es „nach harten Auseinandersetzungen" gegen „eine großangelegte Diffamierungskampagne der Arbeitgeber" (Benz) von den Gewerkschaften ertrotzt worden sei – 1972 !

Man glaubt seinen Augen und seinem Gedächtnis nicht mehr zu trauen, wenn Benz erklärt:

„*Erst nach rund zwei Jahrzehnten gewerkschaftlichen Kampfes... kam es zu einer neuen, besseren gesetzlichen Regelung der Betriebsverfassung.*"

Daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften weder mit dem alten, arbeiterfeindlichen Adenauer-Gesetz noch mit dessen Novellierung durch die SPD-Regierung etwas gemein haben – daß beide Gesetze vielmehr von den klassenbewußten Arbeitern und Gewerkschaftern abgelehnt und bekämpft wurden, darf deshalb heute nicht mehr wahr sein, weil die Gewerkschaftsführer bei der Neuformulierung des Betr VGs ihre Hand mit im Spiel hatten:

„*Es ist ... gelungen, durch unermüdliche Überzeugungsarbeit (!!!) sehr viel mehr (!?) in dieses Gesetz hineinzupacken, als man es noch vor wenigen Jahren glauben konnte.*" (Benz)

„Es ist ... gelungen, durch unermüdliche Überzeugungsarbeit (!!!) sehr viel mehr (!?) in dieses Gesetz hineinzupacken, als man es noch vor wenigen Jahren glauben konnte." (Benz).

H e u t e soll die gewerkschaftliche Losung nicht mehr lauten:
'Kampf dem arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz!'
sondern:
'Kampf mit dem arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz!'

Dazu noch einmal G. Benz:
„*In den vor uns liegenden Jahren geht es um die politische Inbesitznahme (!? !) des Betr VG, um die Beherrschung des Instruments (!) zur Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer, um gewerkschaftliche Betriebsrätearbeit, die den Rechtsfortschritt garantiert (!).*"

Wohlgemerkt, hier geht es den Vorstandsstrategen nicht etwa 'nur' um die Aufforderung an die Betriebsfunktionäre, auf die Einhaltung der minimalen Rechte und Schutzbestimmungen des Betr VG zu achten und Verstöße des Kapitalisten dagegen (gegebenenfalls auch über Arbeitsgerichtsprozesse) zurückzuweisen – wogegen überhaupt nichts einzuwenden wäre – sondern die Orientierung 'Kampf m i t dem Betr VG' wird als Generallinie der IG-Metall-Betriebsarbeit 'in den vor uns liegenden Jahren' propagiert!

Alles soll diesem 'Kampf' untergeordnet werden. Z.B. führte Benz zur Bildungsarbeit der IGM explizit aus:

„*Wenn zur Zeit die Betriebsräteschulung der Schulung der Vertrauensleute vorgezogen (!) wird, so liegt das daran, daß die Ausschöpfung des Betr. VG vordringlich (!!!) . . . ist.*"

Ihren bisher deutlichsten Ausdruck fand diese 'neue Linie' im 1. Entwurf zu den 'Leitsätzen zur Gewerkschaftsarbeit der Vertrauensleute' den der Vorstand im Februar dieses Jahres veröffentlicht hatte und der die 'Leitsätze' von 1966 ablösen sollte.

Während es in den 'Leitsätzen' von 1966 (verabschiedet auf der Betriebsräte und Vertrauensleute Konferenz in Karlsruhe) noch geheißen hat:

„**Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB** *zeigen Wege, wie die Arbeiter und Angestellten einen maßgebenden Einfluß auf Organisation und Ablauf der Arbeit im Betrieb gewinnen können*,"
heißt es in der Neufassung vom Februar 1973:

„**Das Betriebsverfassungsgesetz(!)** *zeigt Wege, wie die Arbeiter und Angestellten einen maßgebenden Einfluß ... gewinnen können.*" (Punkt 25)

Während also in den 66er 'Leitsätzen' ein Programm zur verbindlichen Richtschnur des Handelns erklärt wird, das Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und ihrem Staat beansprucht und die 'Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft' als Aufgabe formuliert, 'regen' die IGM-Führer heute die Bindung a l l e r gewerkschaftlichen Funktionäre an das Recht des kapitalistischen Staates an (jenes Betr VG also, über das selbst der Ex-Vorsitzende der IGM, Otto Brenner, einmal treffend äußerte, daß es aus dem 'Ungeist des faschistischen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit komme!).

Georg Benz konnte den Delegier-

Otto Brenner, einmal treffend äußerte, daß es aus dem 'Ungeist des faschistischen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit komme!).

Georg Benz konnte den Delegier-

ten von Travemünde auch schon sagen, wo der von ihm und seinesgleichen vorgeschlagene Weg einmal enden wird:

In einer „*bessere (n), von geistiger und materieller Ausbeutung befreiten Gesellschaft, in der der arbeitende Mensch gleichberechtigt* (mit dem Kapitalisten, Anm. d.Red.) *im Mittelpunkt (!) steht.*"
So, wie heute!?

Anmerkung: Im zweiten Teil dieses Artikels werden wir die Konzeption des IG-Metall-Vorstandes zur Vertrauensleutearbeit näher untersuchen: und zwar ausgehend von der 'Aktion Vertrauensleute' im Jahre 1956 bis hin zu den neuen 'Leitsätzen' und 'Richtlinien', die im zurückliegendem Jahr von den Gewerkschaftsführern 'verfügt' wurden. ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 003160

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt 80
Postfach 800747
Tel.: 0611/306171
Mo.18.00–21.00Uhr
Do. 18.00–21.00Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J.Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17.00 – 19.00 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Reynolds und Shell (Hamburg)

Treue Diener ihrer Herren

Anfang Dezember trat der Betriebsrat der Reynolds-Aluminium-Hütte in Hamburg-Finkenwerder mit einem „dramatischen Appell" an die Öffentlichkeit (s. nebenstehenden Zeitungsartikel und Betriebsratserklärung): Rettet die Arbeitsplätze von mehr als 760 Mitarbeitern!

Mit diesem Appell wollte der Betriebsrat im Auftrag der Kapitalisten die Erteilung der Betriebserlaubnis für die Aluminiumhütte durch den Hamburger SPD-Senat beschleunigen.

Vor fünf Jahren hatte die Hamburger Bürgerschaft dem Bau des Reynolds-Werkes an der Elbe zugestimmt. Die SPD-Senatsherren ließen „sich" das einiges kosten:

- **Mit einer Kapitalbeteiligung von 10 % – 16 Millionen Mark – beteiligten sich die SPD-Herren an der Hütte.**
- **Sie erteilten dem Konzern eine Bürgschaft für einen Kredit von 450 Millionen Mark.**
- **Aus Senatsgeldern zahlten sie etwa 200 Millionen Mark für die Aufschüttung des Werksgeländes und den Bau eines Hafenbeckens.**

Wann raucht der Schornstein?

Reynolds-Betriebsrat: Die Mitarbeiter warten auf das Startzeichen

Sorge um ihre Arbeitsplätze haben die 760 Mitarbeiter von Reynolds Aluminiumhütte im Hafen-Erweiterungsgebiet. In einem Schreiben, das der Betriebsrat an Hamburger Politiker und Parteien verschickte, heißt es: „Obwohl seit Juli dieses Jahres die technischen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme der Hütte gegeben sind, wird von den Behörden die Erteilung der Betriebserlaubnis hinausgezögert. Wir befürchten, daß die Firma Reynolds diesen Zustand, der erhebliche Kosten verursacht, nicht mehr lange hinnehmen wird. Die logische Folge wäre die Schließung der Werke."

Tatsache ist, daß die Bürgerschaft dem Werk eine Reihe von umweltschützenden Auflagen gemacht hat.

Staatsrat Dr. Diether Haas von der Baubehörde zu der Betriebsratsklage: „Unsere Auflagen entsprechen den Bürgerschaftsbeschlüssen. Die Genehmigung mit Wirkung zum 1. Januar wird in Kürze erteilt."

Betriebsratsvorsitzender Harry Fleischhauer sorgt sich um die strengen Bestimmungen über die Fluor-Abgase: „Das wird technisch kaum zu lösen sein."

Wirtschaftssenator Helmuth Kern, der den Wirtschaftsriesen Reynold für Hamburg anwarb, ist da optimistischer: „Niemand will dem Werk den Hahn abdrehen, aber die Umweltverschmutzung muß auf das verantwortbare Maß beschränkt werden. Ich bin fest überzeugt, daß das möglich ist."

Mittwoch, 5. Dezember 1973 HAMBURGER MORGENPOST Nr. 284



Hamburg, den 28. 11. 1973

Betriebsrat

Der Betriebsrat der REYNOLDS ALUMINIUM HAMBURG GMBH. wendet sich an Sie, weil die berechtigte Befürchtung besteht, daß die neugeschaffenen Arbeitsplätze in unserem Werk in Gefahr sind.

Obwohl seit Juli dieses Jahres die technischen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme der Hütte gegeben sind, wird von den zuständigen Behörden die Erteilung der Betriebserlaubnis hinausgezögert.

Mehr als 760 Mitarbeiter des Werkes befürchten, daß die Firma REYNOLDS diesen Zustand, der erhebliche Unkosten verursacht, nicht
NOLDS diesen Zustand, der erhebliche Unkosten verursacht, nicht
mehr lange hinnehmen wird. Die logische Folge wäre die Schließung des Werkes. Insbesondere für die Kollegen, die aus Süd- und Westdeutschland hierher gekommen sind und unter erheblichen finanziellen Opfern Wohnraum für ihre Familien beschaffen mußten. Sie taten das unter der zugesagten Voraussetzung eines hoheren Verdienstes im Schichtbetrieb. Die Nichtinbetriebnahme der Hutte bedeutet fur jeden dieser Kollegen.einen Minderverdienst bis zu DM 450.-- im Monat. Auch die Kollegen , die aus dem Hamburger Raum kommen, befurchten eine erhebliche Einkommenminderung, wenn sie zwangsweise den Arbeitsplatz wechseln müssten.

Um Ihnen die Widersinnigkeit dieser Situation vor Augen zu führen, geben wir Ihnen nachstehend einige Fakten.

Im September 1970 erfolgte der erste Rammschlag in Gegenwart des Hamburger Senats. Spätestens seit diesem Tage wußten auch die zustandigen Behorden, daß hier eine Aluminiumhutte gebaut wird. Außerdem hat der Hamburger Senat aus Steuergeldern erhebliche Betrage fur Infrastrukturmaßnahmen und Beteiligung an dem Bauvorhaben zur Verfugung gestellt.

In der Folgezeit wurden die Bauantrage und die Antrage für die Genehmigung nach § 16 der Gewerbeordnung eingereicht, doch erst im Januar dieses Jahres wurden die Planungsunterlagen ausgelegt.

Nach Eingang der Einwendungen der Bürger fand am 4. Mai der erste Anhörtermin statt. Diesem folgten am 2. Juni und 23. Juni weitere Termine. Bis heute ist keine Betriebserlaubnis erteilt worden, und es ist auch nicht abzusehen, wann diese erteilt werden wird. Der Betriebsrat – und mit ihm die Belegschaft dieses Werkes – haben Kein Verständnis dafür, daß eine Behörde mehr als 3 Jahre dazu gebraucht hat eine Betriebserlaubnis auszuarbeiten.

Wir protestieren gegen die leichtfertige Gefährdung unserer Arbeitsplätze, und wir protestieren gegen die sinnlose Vergeudung von Steuergeldern.

Wir fordern hiermit alle verantwortungsbewußten Politiker der Stadt Hamburg auf, diesem verantwortungslosen Handeln der zuständigen Behorden ein Ende zu setzen.

Der Betriebsrat

Brief des Reynolds BR-Vorsitzenden Fleischhauer an Behörden und Presse

---

Bezahlt wurde diese „Wirtschaftshilfe" für den großen Konzern und die Eigenbeteiligung der SPD-Staats(ver)diener aus den Steuergeldern der Werktätigen. Gerechtfertigt wird das Ganze mit dem Argument, „sichere Arbeitsplätze" zu schaffen.

Nach dem Motto: „Erst mal rüber mit dem dicken Fisch, alles andere wird später schon geregelt werden" verfuhren die SPD-Senatoren bei Ansiedelung der Aluminiumhütte: Der Ärger begann später tatsächlich. Eine Bürgerinitiative wurde auf Finkenwerder gebildet, als bekannt wurde, welche Auswirkungen der Betrieb der Hütte hat:

- **Täglich werden ca. 400 Kilogramm Fluor ausgestoßen (Fluorgas ist für Menschen, Tiere und Pflanzen schädlich – der Konzern beruft sich dabei auf die geringe Ausstoßmenge, ohne allerdings deren Unschädlichkeit garantieren zu wollen).**
- **Täglich werden 2,5 Tonnen Staub in die Luft gewirbelt.**

Fast 500 Einsprüche gegen den Betrieb der Hütte zwangen die SPD-Herren im Hamburger Senat zur Vorsicht. Vor allem die Bewohner Finkenwerders fürchten um ihre eigene Sicherheit – aber auch die Bauern im nahegelegenen größten Obstbaugebiet Europas fürchten um ihre Existenz.

Konzernleitung und SPD-Senat begannen nun gemeinsam, die aufgebrachten Bewohner zu beruhigen: Die Hamburger Bürgerschaft machte dem Konzern einige Umwelt-Auflagen. In drei Anhörverfahren durften sich Bürger zu Wort melden. Die SPD-Herren hatten ihre Pflicht getan und der Konzern drängte auf Beginn der Produktion – die Bewohner Finkenwerders aber sind nach wie vor beunruhigt.

Nun begann ein neues Manöver, um die Produktionserlaubnis durchzuboxen: In konzertierter Aktion gingen Konzernleitung, SPD-Senat und diesmal auch der Reynolds-Betriebsrat vor.

Mit dem oben erwähnten Appell drängelte sich der Betreibsratsvorsitzende Fleischhauer in die Spalten der Lokalpresse. Dabei knüpfte er demagogisch an den möglichen Auswirkungen eines Produktionsverbots an: die Arbeitsplätze wären gefährdet. Mit dieser Angstmache sollen die Proteste abgewürgt werden, und gleichzeitig sollen die Reynolds-Arbeiter gegen die Bewohner Finkenwerders und die Obstbauern aufgehetzt werden.

Kennt man aber die Umstände des Aufbaus des Reynolds-Werkes in Hamburg, so wird daran deutlich, daß auch hier wieder rücksichtslos für den Profit der Kapitalisten gearbeitet wird. Die Arbeiter und die Bewohner werden vor vollendete Tatsachen gestellt: Erst werden ihnen sichere Arbeitsplätze versprochen, und viele legen ihre Hoffnung auf Arbeit in der neuen Hütte, dann werden sie mit der Drohung, diese Arbeitsplätze zu verlieren, erpreßt, Bedingungen zu akzeptieren, die eine Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit und Gesundheit bedeuten.

Die Sozialdemokraten, hier vertreten durch den Hamburger Senat, sind Wegbereiter der Ziele der Kapitalisten.

Nur drei Tage nach dem Appell des Betriebsratsvorsitzenden Fleischhauer meldet die SPD-Zeitung „Morgenpost" am 6.12. ganz „überraschend": Die Betriebserlaubnis für die Aluminium-Hütte wird zum Jahresanfang 1974 erteilt.

Das Ziel der Kampagne war erreicht. Für Fleischhauer aber hatte es Folgen, daß er den Betriebsrat der Hütte für die Ziele der Kapitalisten einsetzte. Er trat unter dem Druck der Kollegen vom Betriebsratsvorsitz zurück.

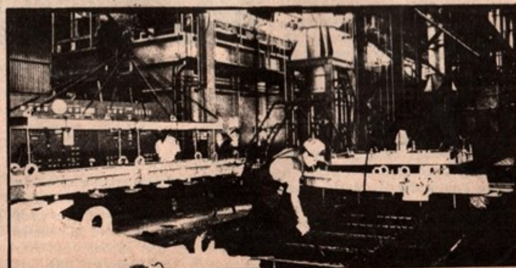
Sein Verhalten war in der Hütte auf heftige Kritik gestoßen, die auf der Betriebsversammlung am 18. Dezember massiv geäußert wurde.

Ein treuer Diener seiner Herren, der Kapitalisten, mußte zunächst gehen – ein Erfolg der Reynolds-Arbeiter. Vielleicht ein Anfang, eine stär-
ter. Vielleicht ein Anfang, eine stär-
kere Interessenvertretung der Arbeiter im Betreibsrat zu erreichen.

Andere Diener aber, die Sozialdemokraten, ziehen jetzt kurz vor den Bürgerschaftswahlen in Hamburg wieder laut trommelnd durch die Lande:

„Für Hamburgs Sozialdemokraten hat Sicherheit der Arbeitsplätze nach wie vor absoluten Vorrang ... Im Vordergrund unserer Politik standen und stehen bis heute die Schwerpunktbereiche Bildung, Gesundheit und Stadtentwicklung. Größere Chancengleichheit, mehr soziale Sicherheit und bessere Lebensqualität für die Menschen in dieser Stadt ..." (SPD-Bürgermeister Schulz in einem Flugblatt der SPD, „Hamburg aktuell", vom 12.12.73.)

Die Praxis? Siehe Reynolds!



In der Gießerei der Reynolds Aluminium-Hütte

In der Gießerei der Reynolds Aluminium-Hütte

... und noch ein Diener! Shell-Betriebsrat

„Macht Schluß mit der Diffamierungskampagne gegen die Mineralölindustrie. Es kann nicht angehen, daß wir weiter so wie bisher verunglimpft werden! Es kommt noch so weit, daß wir nicht mehr sagen mögen, wo wir arbeiten, weil uns dann alle Leute schief ansehen." („Morgenpost" vom 13.12.73)

Das ist nicht die Klage eines Konzernherren, sondern das widerliche Gejammer eines Betriebsratsvertreters der Deutschen Shell AG.

Die zunehmende Kritik in der Bevölkerung an der Politik der Ölkonzerne, das nahezu unverhüllte rücksichtslose Profitstreben der Kapitalisten, macht es den Kapitalisten und ihrem Staat schwer, die Demagogie der Gemeinsamkeit, des „alle in einem Boot sitzens" glaubhaft zu verbreiten.

Die künstlich herbeigeführte „Ölkrise" mit Sonntagsfahrverbot usw. und die „Schuldigen" – Araber und Ölscheichs – sollen von den wahren Feinden der Arbeiterklasse ablenken. Der Shell-Konzern hat sich nun einer weiteren Methode bedient, von seinen Machenschaften gegen die Bevölkerung abzulenken. Er schaltet den Betriebsrat für seine Zwecke ein. Und dieser unterstützt bereitwillig die Kampagne der Kapitalisten. „Wir werden verunglimpft", „wir werden in den Dreck gezogen" („Morgenpost" vom 13.12.73) heißt es in den Äußerungen des Betriebsrats – als wenn sich die Kritik gegen die Arbeiter und Angestellten des Konzerns wendet und nicht vielmehr gegen die schrankenlose Willkür der Konzernherren.

Nur wenige Tage nach der Offensive des Betriebsrats veröffentlichte der Konzern ganzseitige Anzeigen in den Tageszeitungen (u.a. „Morgenpost" vom 18.12.73) unter der Überschrift:

„Unsachliche Angriffe gegen die Ölindustrie! Shell antwortet mit Tatsachen und Zahlen."

Da heißt es an einer Stelle:

„Die Angriffe gegen die Ölindustrie haben keine sachliche Grundlage. Sie beruhen entweder auf schlechten Informationen oder haben eine bestimmte Zielsetzung. Von den Beleidigungen und Entstellungen fühlen sich auch unsere Mitarbeiter getroffen."(!!!)

Mit unterschrieben ist die Anzeige vom Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats, Monigatti!!

In geradezu unverschämter Weise wird hier schwarz auf weiß von einem „Arbeitnehmervertreter" Kritik an der Konzern-Politik mit Beleidigung der Mitarbeiter demagogisch „verwechselt".

Dies Vorgehen des Shell-Betriebsrats, die Unterstützung der schmutzigen Geschäfte der Kapitalisten, ist auf Kritik gestoßen – selbst in den Reihen seiner eigenen Gewerkschaft, der reaktionären „Deutschen Angestellten-Gewerkschaft" DAG.

Wie zu erfahren war, haben die DAG-Betriebsräte der Texaco-Hauptverwaltung den Ausschluß ihrer Shell-„Kollegen" aus der DAG gefordert. ■

Betriebszelle Reynolds
KB-Gruppe Hamburg

Kiel, 14. November

Die Grundsätze und Ziele des Umweltschutzes dürften nicht so beherrschend werden, daß auf natürliche Vorzüge eines Standortes für die Industrieansiedlung an Unterelbe und Ostsee nur deshalb verzichtet werde. Das stellt der Arbeitskreis Unterelbe/Ostsee der Industrie- und Handelskammern Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Lüneburg und Stade fest.

Die Handelskammern sind der Ansicht, daß die Gebiete an der Unterelbe und an der Ostseeküste unterdurchschnittlich industriell entwickelt sind. In den letzten 10 Jahren habe die Zahl der in der Industrie Beschäftigten nicht zugenommen. Nur im Einzelfall sollte zugunsten des Umweltschutzes auf Industrie-Ansiedlung verzichtet werden.

Der Profit geht vor („Bild" vom 14.11.73)

Unser Preisverhalten und unsere Versorgungspolitik in der Krise sind genauso verantwortungsbewußt wie in der Vergangenheit.

Der Vorsitzer des Vorstandes der Deutschen Shell AG	Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Deutschen Shell AG
Johannes C. Welbergen	Hans Monigatti

Unterstützt die Ölkonzerne: Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Shell: Monigatti (Auszug aus einer ganzseitigen Anzeige in der Hamburger „Morgenpost" vom 18.1273)

Blohm & Voss

Betriebsrat schlägt gegen links

Wie im AK Nr. 36 schon erwähnt, wurden zwei gerade gewählte Jugendvertreter nach Beendigung ihrer Lehre nicht ins Arbeitsverhältnis übernommen. Diese Maßnahme der Kapitalisten wurde von den Lehrlingen mit großer Empörung aufgenommen. Sie ist jedoch kein Einzelfall. Entlassungen von fortschrittlichen Jugendvertretern sind in der BRD an der Tagesordnung.

In den letzten zwei Jahren (seit der Verabschiedung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes (BVG 1972) wurden über 600 Jugendvertreter nicht ins Arbeitsverhältnis übernommen.

Auch bei der Hamburger Werft Blohm + Voss ist dies seit längerer Zeit Tradition.

Zu einer breiten Solidarität kam es jedoch nicht, da der Betriebsrat alles unternahm, dies zu verhindern. Die erste Stellungnahme, die er abgab, war: Man könne rechtlich nichts tun, aber im Bundestag sei ein Gesetz in Arbeit, das die Jugendvertreter vor solchen Kündigungen schützen solle; sobald das Gesetz verabschiedet sei, werde sich der Betriebsrat einsetzen.

Die Taktik des Betriebsrats war, die Jugendvertreter zu beruhigen und zu vertrösten, um so Aktivitäten der Jugendvertreter abzublocken, die zu einer breiten Solidarisierung führen könnten.

Auf der nächsten Vertrauenskörper-Sitzung sahen sie jedoch, daß die ‚freundliche' Tour nicht gewirkt hatte, und so kam nach dem ‚Zuckerbrot' die ‚Peitsche'.

Die Jugendvertreter legten eine Resolution vor, in der sie zu den Kündigungs-„Begründungen" der Geschäftsleitung (‚Charakterschwäche', ‚Leistungsschwäche') Stellung nahmen. Außerdem wiesen sie darauf hin, daß ihr Rausschmiß kein Einzelfall ist, sondern im Zusammenhang mit der bundesweiten Kampagne des Kapitals, die Betriebe von Linken und fortschrittlichen Menschen zu säubern, gesehen werden muß (Massenentlassungen bei Opel und Ford nach dem Streik, Polizeiterror usw.).

Betriebsrat Knödler ergriff daraufhin das Wort und zog, nachdem er heuchlerisch seine „Empörung" über diesen Akt der Geschäftsleitung kundgetan hatte, voll gegen die gemaßregelten Jugendvertreter vom Leder. Er behauptete, daß die Argumente der Geschäftsleitung ‚teilweise gerechtfertigt' wären. Gleichzeitig versuchte er die beiden Kollegen gegeneinander auszuspielen, indem er gegen einen massiv vorging und bei dem anderen einräumte, daß die Begründung hier ‚wohl etwas weit hergeholt' sei. Er bestritt, daß politische Motive bei der Entlassung eine Rolle spielten. Dem einen Kollegen warf er dann ‚Faulheit' (!) und ‚mangelnde Qualifikation' vor. Er müsse außerdem mit einem Gewerkschaftsausschlußverfahren rechnen, da er sich auf der letzten Jugendversammlung (siehe AK Nr. 36) gegenüber der Ausbildungsleitung ‚unmöglich' verhalten und ‚gewerkschaftsschädigende Äußerungen' gemacht habe.

Durch die Massivität dieser Lügen und Verdrehungen, die nur noch als Hetze bezeichnet werden können, erreichten die Betriebsräte, daß bei vielen Vertrauensleuten Zweifel an der Glaubwürdigkeit der beiden Jugendvertreter aufkamen.

In dieser Atmosphäre gelang es dem Betriebsrat, die Resolution der Jugendvertreter endgültig zu Fall zu bringen! Sie legten eine eigene, eilends verfaßte „Solidaritätsresolution" vor, aus der sämtliche politischen Inhalte gestrichen waren. Sie bestand lediglich aus der ‚Bitte an die Geschäftsleitung', die Entscheidung noch einmal zu ‚überdenken'. So blieb der Schein von Solidarität gewahrt. Diese Resolution wurde von der Mehrheit der Vertrauensleute auch angenommen.

Der nächste Schlag gegen die Linken erfolgte auf der nächsten Vertrauensleute-Sitzung.

Als konkreten Anlaß diente Knödler diesmal eine Ausgabe der „Kommunistischen Arbeiterpresse" (Betriebszeitung der „KPD" für die Werften). Er berief sich auf ‚viele Kollegen', die ihn angesprochen und ‚Gegenmaßnahmen' gefordert hätten. Leider gebe es keine rechtliche Handhabe gegen solche Leute, man würde nur ‚einen vorgeschobenen Redakteur' schnappen, die Verantwortlichen blieben ‚im Dunkel', wie es ‚bei Gesindel' (!) ja so üblich sei. Er forderte dann ‚die Verantwortlichen' (unter den Vertrauensleuten!) auf, sich zu den Aussagen der Flugblätter zu bekennen. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall von den Vertrauensleuten unterstützt.

Dazu ist allerdings zu sagen, daß die „KPD" den Reaktionären mehr als genug Munition für ihre Hetze liefert. Durch ihre wirklichkeitsfremde Phrasendrescherei und Kraftmeierei wirkt sie lächerlich, abstoßend und provokatorisch auf die Kollegen. Zur Verdeutlichung folgendes ‚Gedicht':

„Die Knödler-, Höppner-Schreyer-Bande, wer kennt sie nicht, diese Drei? Die steh'n nicht nur am Rande bei jeder Schweinerei. Man glaubt, man hört Budezies und Strasser, wenn sie den Mund auftun.
Als ausgekochte Kommunistenhasser da tun sie niemals ruhn.
Die Geschäftsordnung für Vertrauensleute,
die hat nur einen Zweck:
Damit nimmt uns diese Meute
sogar das Rederecht weg!
Jetzt soll wohl jeder Kollege
–auf schriftlichem Wege–
die Bonzen auch noch fragen:
‚wann darf ich etwas sagen?'"
Unsere Antwort:
Wir werden die Knödler-Bande nicht fragen–
wir werden diese Bande verjagen!"
(„KAP" vom 11.12.73)

Eine Kollegin sagte lediglich, daß es doch sehr merkwürdig wäre, daß von Seiten des Betriebsrats laufend gegen links geschossen würde. Darauf entgegnete Knödler, daß die „KPD" und ähnliche Gruppen nicht als ‚links' bezeichnet werden könnten, da sie ‚Handlanger der Rechtsextremisten' sind und den ‚Arbeitgebern in die Hände' arbeiteten.

Die fortschrittlichen Vertrauensleute und auch die Genossen unserer Betriebszellen hatten in der sich anschließenden Debatte einen sehr schweren und schlechten Stand. Die „KPD"-Vertreter mochten sich zu dem Scheiß ihrer ‚Betriebszeitung' selbst natürlich nicht äußern und dasselbe hier vertreten. Wie auch!? !

Hiernach ging man zu den nächsten Tagesordnungspunkten über. Kurz vor Schluß ver Versammlung trat dann ein Betriebsrat ans Mikrophon und verlas eine Resolution mit etwa folgendem Inhalt: *Die Vertrauensleute und der Betriebsrat von Blohm + Voss distanzieren sich ‚mit Abscheu' von den ‚Schmierereien' in der „KAP".*

Beide von der Belegschaft gewählten Gremien verwahren sich dagegen, daß sich die ‚Zelle Blohm + Voss der „KPD"' als die wahren und einzigen Vertreter der Belegschaft bezeichnen.

Danach sollte abgestimmt werden. Eine Kollegin, die sich gegen das Verfahren und die Resolution aussprechen wollte (die Resolution wurde von vielen Vertrauensleuten kaum verstanden, da schon einige Kollegen aufbrachen, um ihren Bus zu erreichen) wurde durch Zwischenrufe massiv gestört und schließlich vom Mikrophon gedrängt. Die Resolution sollte so schnell wie möglich durchgezogen werden, ohne Gegenrede!

Bei der Abstimmung war ein großer Teil für die Resolution. Eine Gegenprobe wurde nicht gemacht und das Ergebnis wurde als ‚einstimmig' verkündet, obwohl einige Kollegen nicht dafür gestimmt hatten. Man muß sich doch fragen, warum der Betriebsrat erst jetzt Attacken gegen die „KPD" reitet und den Vertrauensleuten eine Distanzierung abverlangt. Die „KPD" verteilt schon über ein Jahr lang bei Blohm + Voss und die Inhalte unterscheiden sich kaum von den letzten Publikationen. Außerdem hat die „KPD"-Zelle keinen spürbaren Einfluß auf die Kollegen und den Vertrauenskörper. Auch der Einfluß der anderen Kommunistischen Organisationen ist sehr gering.

Dieser Angriff und die Resolution ist gegen alle Linken und fortschrittlichen Kräfte gerichtet. Es soll eine Stimmung erzeugt werden, in der jegliche Kritik am Betriebsrat und der Politik der Gewerkschaftsführung als Ketzerei gilt und damit als ‚gewerkschaftsfeindlich' bezeichnet werden kann. Die Linken sollen eingeschüchtert, die fortschrittlichen Ansätze im Keim erstickt werden.

DKP – nach rechts ducken, nach links treten!

Den Vogel schoß jedoch wieder einmal die DKP ab. Ihre Mitglieder spendeten begeisterten Beifall, als Knödler seine antikommunistischen Hetztiraden losließ.

Nachdem die Resolution auf der Vertrauensleute - Sitzung angenommen war, meldete sich ein Vertreter der DKP zu Wort. Er sagte, er wolle klarstellen, daß sich die DKP ‚von solchen Schmierereien ganz klar distanziert' und er bitte ‚ausdrücklich darum, daß dies in die Resolution mit aufgenommen' werde. Weiter sagte er: „Wir müssen uns fragen, von wem das kommt. Man muß diese Leute ausfindig (!) machen; was ist das für eine Clique, die wollen nur die Zersplitterung unserer Gewerkschaft erreichen."

Wo sind da die Unterschiede zwischen den rechten Betriebsräten und den ach so ‚konsequenten Vertretern' der DKP. Die DKP ruft zur Kommunistenjagd: Halali! Denunziert Kollegen! Das ist jedoch nicht neu. Vor drei Jahren wurden schon einmal zwei Linke bei Blohm + Voss entlassen, nachdem sie von einem DKP'ler verpfiffen wurden. Die Politik der DKP richtet sich danach aus, wie die Bourgeoisie sich verhält. Wenn die Reaktionäre sich nach rechts begeben, folgt die DKP ihnen auf dem Fuße, immer von dem Gedanken beseelt, auf dem Boden der ‚Verfassung' zu bleiben. ■

Eine Werften-Lehrlingszelle, KB-Gruppe Hamburg

Solidarität mit den Reichhold–Linken

Nach Auflösung des linken Reichhold-Vertrauenskörpers im März 73 durch die Hamburger IG-Chemie-Führer, nach Antrag auf Gewerkschafts-Ausschluß gegen dreizehn engagierte Funktionäre im Betrieb im November 73, hat die antikommunistische Hetzkampagne der SPD-Betriebsgruppe (Volkmann & Co.), der Hamburger IG-Chemie-Führung (Kodolitsch & Co.), mit Unterstützung einer rechten antigewerkschaftlichen Gruppe im Betrieb (Teschner & Co.) sowie der Geschäftsleitung noch erheblich zugenommen. Im Dezember 73 trat der Betriebsrat zurück, mit der Begründung einer angeblich „starken extremistischen Beeinflussung". Neuwahlen wurden angesetzt mit dem Ziel – auf der Basis der antikommunistischen Hetze im Betrieb – die linke Minderheit aus dem Betriebsrat zu werfen, um danach umso ungestörter die Ziele der Hoechster Konzernpolitik in der Belegschaft durchzusetzen.

Der Wahlkampf für einen neuen Betriebsrat hat bereits im Januar begonnen. Die Linken werden offenbar mit einer eigenen Liste kandidieren, nachdem die IG-Chemie auf eine Gewerkschaftsliste verzichtete und die SPD-Gruppe zusammen mit den Teschner-Rechten kandidieren will. Die Geschäftsleitung unterstützt diese Politik, einerseits mit unbegründeten „Verweisen" gegen Linke und andererseits, indem sie der Volkmann-Teschner-Gruppe bezahlte Fraktionsversammlungen (sog. „Arbeitnehmerversammlungen") während der Arbeitszeit ermöglicht.

Die Reichhold-Linken haben inzwischen begonnen, eine breitere Solidarität mit ihnen sowohl im Betrieb als auch außerhalb zu organisieren. Erste Solidaritäts-Erklärungen und Spenden sind bei ihnen eingetroffen.

Nachstehend drucken wir eine Solidaritätsadresse an die Reichhold-Linken ab, die sich durch besondere politische Klarheit auszeichnet. Ähnliche Resolutionen wurden auch an der Gewerbeschule für Chemiefacharbeiter (G-13) verabschiedet:

Hamburg, d.20.12.73

Schülerrat der
Staatlichen Gewerbeschule
Maschinenbau
2000 Hamburg 76
Angerstr. 7

Solidaritätsschreiben für die 13 Reichhold-Kollegen, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen

An den Vorstand der
Verwaltungsstelle Hamburg der
IG Chemie, Papier, Keramik

Hiermit protestieren wir entschieden gegen den geplanten Ausschluß von 13 Kollegen der Reichhold-Albert-Chemie AG aus der IG Chemie. Mit diesen Ausschlüssen wird jede oppositionelle Meinung in den Gewerkschaften erstickt. Die Ausschlüsse bilden einen Angriff auf die Rechte der Meinungsfreiheit.

Den Kollegen wird vorgeworfen, sich außerhalb der Gewerkschaften versammelt zu haben. Das war erstens notwendig, da die Gewerkschaft selber nicht Anfang September (gemäß Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. Juli) zu einer regulären Versammlung einlud. Zweitens ist das jedenfalls ein selbstverständliches Recht. Aktuell waren die Ausschlußanträge der Versuch, die Kollegen von einer Kandidatur zu Vertrauensleuten abzuhalten.

In Sinne der innergewerkschaftlichen Demokratie protestieren wir gegen die Ausschlußanträge und fordern den Verwaltungsstellenvorstand auf, diese Anträge umgehend zurückzunehmen. Wir lehnen es weiterhin ab, daß unter dem Vorwand der Beteiligung der Kommunisten jede Gewerkschaftsarbeit verhindert wird und mit Kripo-Methoden gegen „Linke" vorgegangen wird. Wir fordern daher:

- *Sofortige Zurücknahme der Ausschlußanträge!*
- *Schluß mit den Ausschlüssen von kommunistischen und anderen fortschrittlichen Kollegen aus den Gewerkschaften!*
- *Weg mit den „Extremistenerlassen" in unseren Gewerkschaften!*

Dieses Schreiben geht außer an den Verwaltungsstellenvorstand auch an den Hauptvorstand, den Jugendausschuß der Verwaltungsstelle, die Jugendvertretung der Chemiebetriebe: Reichhold, Norddeutsche Affinerie, Beiersdorf, Texaco, Shell, Haltermann, Esso, die Jugendvertretungen der wichtigsten Metall- und Druckbetriebe, alle Hamburger Berufsschulen und an die betroffenen Kollegen selber.

- *Die Vollversammlung der Berufsschule, 3. Block (etwa 100 Ja-Stimmen, etwa 15 Enthaltungen, keine Gegenstimme)*
- *Die Vollversammlung der Berufsaufbau- und Fachoberschule (etwa 50 Ja-Stimmen, etwa 12 Enthaltungen, 1 Gegenstimme)*
- *Der Schülerrat (einstimmig, 30 Mitglieder)*

Wir werden – wahrscheinlich in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF – ausführlich zur innerbetrieblichen Auseinandersetzung, zur betrieblichen Programmatik der Reichhold-Linken und zur angelaufenen Solidaritätskampagne Stellung nehmen.

Betriebszelle Reichhold
KB-Gruppe Hamburg ■

Forts. Erdölpolitik

Früher, vor allem in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, war die Form der Ausbeutung noch weitgehend durch die offen kolonialistischen Methoden gekennzeichnet. Einzelne Vertreter der imperialistischen Länder oder der Ölkonzerne erhielten zu Spottpreisen sogenannte Konzessionsrechte, die über einen großen Zeitraum liefen (bis zu 90 Jahren) die ihnen das uneingeschränkte Ausbeutungsrecht über das Konzessionsgebiet einräumten. Die Konzessionsgebiete waren nicht etwa nur einige Quadratkilometer groß, sondern konnten einen Vergleich mit der Größe der BRD sehr wohl aushalten. Sie waren zum Teil so groß, daß selbst die größten Ölkonzerne nicht in der Lage waren, sie vollständig auszubeuten. Auf Grund der Tatsache, daß der Welterdölmarkt von sieben oder acht Konzernen vollständig beherrscht wurde, hatte die Konzessionspraxis aber auch zur Folge, daß die großen Konzessionsgebiete es verhinderten, daß sich nun andere Konzerne in diesen Gebieten zusätzlich an der Erdölausbeutung beteiligten, und die arabischen Regierungen es ihnen auch nicht ermöglichen konnten. Das volle Verständnis für die damalige Situation bekommt man erst, wenn man die Gewährung von Konzessionsrechten vergleicht mit einer faktischen Abtretung des gesamten Gebiets an die entsprechenden Konzerne.

Es ist ganz natürlich, daß sich diese kolonialistischen Formen der Ausbeutung nach dem Zweiten Weltkrieg wandelten und daß diese Methoden der Ausbeutung nicht die einzigen sind, unter denen die Imperialisten ihr Geschäft mit den Menschen und den Rohstoffen der Dritten Welt betreiben können. Insgesamt war nach dem Zweiten Weltkrieg ein Übergang von kolonialistischen zu neokolonialistischen Formen der Herrschaft und Ausplünderung zu beobachten. Das zeigte sich darin, daß fast alle Kolonien in „unabhängige" Staaten umgewandelt wurden. In vielen Ländern wurde trotzdem die imperialistische Ausbeutung sogar noch intensiviert. Häufig änderte sich an den realen Machtstrukturen nur wenig oder überhaupt nichts. Nur in ganz wenigen Ländern (Nordkorea, Vietnam, China und Kuba) wurde ein völlig neuer Weg eingeschlagen.

Für die Imperialisten war es in vielen Fällen eine rein taktische Frage, ob sie einer Kolonie die Unabhängigkeit gewähren oder nicht. Am deutlichsten wurde das ganze bei den französischen Kolonien sichtbar. Je länger sich der Befreiungskampf des algerischen Volkes hinzog und je mehr sich die Niederlage der französischen Imperialisten abzeichnete, um so schneller war Frankreich bereit, den übrigen Kolonien von sich aus die Unabhängigkeit zu gewähren. Ohne den erfolgreichen Kampf einiger Länder um ihre Unabhängigkeit hätte es aber den weltweiten Prozeß der „Entkolonialisierung" nicht gegeben.

Ganz analog ist es auch beim Ölimperialismus. Ohne den weltweiten (von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen) Übergang zu neokolonialistischen Ausbeutungsmethoden und dem je nach Zeit in den verschiedenen Ölförderländern unterschiedlich starken Kampf gegen die koloniale Ölausbeutung durch die westlichen Imperialisten wäre der zunehmende Abbau dieser offen kolonialen Ausbeutung in Form von Konzessionsrechten nicht vollzogen worden.

Welche Form die Ausbeutung in den arabischen Ländern konkret hat, hängt von der Geschichte des Klassenkampfes zwischen den Imperialisten auf der einen Seite und den Kräften der nationalen Bourgeoisie und den noch weiter vorantreibenden Kräften im Volke ab. Über das Ausmaß und die Intensität der Ausbeutung gibt die äußere Form (z.B. „verstaatlichte" Ölindustrie) noch gar keine Auskunft. Dazu muß man sich schon die Politik der jeweiligen Regierung genauer ansehen und mit den übrigen Ländern vergleichen.

Bevor auf einzelne Beispiele hierzu eingegangen wird, soll noch etwas grundsätzlicher auf das sich selbst gesteckte Ziel der nationalistischen arabischen Regimes eingegangen werden.

Wie wir gesehen haben, ist auf Grund der Kontrolle des Welterdölmarktes durch die sieben größten Ölkonzerne das Öl schon zu einem Zeitpunkt aufgeteilt, wo es noch gar nicht gefördert ist. Da die nationalistischen Führer in Arabien ja den Kapitalismus nicht grundsätzlich kritisieren – ihr programmatisches Ziel ist ja die eigenständige kapitalistische Entwicklung ihrer Länder – laufen ihre Bestrebungen darauf hinaus, als erstes einmal ihre Stellung auf dem kapitalistischen Ölmarkt zu verbessern. Ihr Hauptangriffspunkt gegen die Ölkonzerne ist, daß diese sie um den freien Ölmarkt betrügen, daß die Politik der Konzerne es ihnen unmöglich macht, auf einem freien kapitalistischen Ölmarkt den Ölpreis je nach Marktlage selbst zu bestimmen. Gegenwärtig sei aber die Sache so – und in der Hinsicht haben sie völlig recht – daß die Konzerne ihnen einen weit niedrigeren Preis für das Öl bezahlen, als den Preis, den sie bei Bestehen eines freien Ölmarktes realisieren könnten, und genau das mache die Ausbeutung aus. Als weiteren Beleg für ihre Argumentation führen sie an, daß der freie Rohölpreis ohnehin höher sei, als die Abgaben, die ihnen von den Konzernen zugestanden werden. (Dieser freie Ölpreis existiert tatsächlich. Es gibt nämlich neben den Ölriesen noch eine Unzahl kleinerer – bei weitem aber nicht kleine Ölkonzerne, sogenannte Newcomers, die auch Konzessionen in den arabischen Ländern haben, und Ölfirmen der arabischen und anderen Förderländer selbst, die auf diesem „freien", d.h. neben dem Verteilersystem der großen Monopole existierenden Markt, das Öl handeln. In Zeiten besonders großer Ölnachfrage wird auch von den Konzernen ein allerdings geringer Teil des von ihnen direkt geförderten Öls auf diesen Markt geworfen, weil sie es im Rahmen ihres Raffinerie- und Verteilernetzes nicht mehr unterbringen können. Dieser freie Energiepreis ist ungleich höher als die von den Konzernen an die arabischen Länder gezahlten Abgaben. So waren die letzten Preiserhöhungen der arabischen Länder auch darauf zurückzuführen, daß diese Differenz ihnen zu groß wurde und sie nach Angleichung ihrer Preise verlangten.

Dies zeigt wiederum, wo die eigentliche Ursache der arabischen Preiserhöhung lag, nämlich bei der enorm gestiegenen Nachfrage nach dem Öl einerseits und der systematischen Preispolitik der Konzerne.) Dies ist ungefähr die Argumentationsweise der OPEC-Staaten. So argumentieren sie auch in ihren Verhandlungen mit den Ölkonzernen und daraus leiten sie auch ihre Forderungen ab: kürzere Verträge, Verstaatlichung zur Stärkung ihrer Marktposition und nicht – wie in sozialistischen Ländern – zur Einführung einer geplanten Wirtschaft. Ihre verstaatlichten Firmen würden sich voll dem kapitalistischen Marktmechanismus unterordnen (wie das ja auch weitgehend die staatlichen Firmen in den imperialistischen Ländern tun.) Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß sie gegenüber den Massen natürlich anders, viel demagogischer, argumentieren.

Die ganze Argumentation, die hier aufgezeigt wurde, ist also immanent bürgerlich. Sie verläßt an keiner Stelle den kapitalistischen Boden. Sie ist auf keinen Fall konsequent antiimperialistisch. Denn selbst bei Verwirklichung dieser ihrer Vorstellungen würde die Ausbeutung der Völker dieser Länder nicht aufgehoben. Sie hätten weiter keinen Einfluß auf die Ölpolitik in den imperialistischen Ländern selbst und blieben solange auf die industriellen Erzeugnisse der imperialistischen Länder angewiesen, solange sie nicht unter Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenz eine eigene allseitige Industrie aufbauen und dies auch geplant durchführen. Das aber würde auf eine sozialistische Wirtschaftspolitik hinauslaufen, die nur von einem Staat, in dem das Proletariat die führende Rolle hat, durchgeführt werden kann.

Nehmen wir z.B. den Irak. Dort hatte die 1958 an die Macht gekommene nationalistische Regierung der IPC einen Teil ihrer Konzessionen genommen. Die IPC war ein Konsortium, in dem fast alle großen Ölriesen vertreten waren, und das gemeinsam die irakischen Ölvorkommen ausbeutete. Ihre aus dem Jahre 1932 stammenden Konzessionsrechte bezogen sich auf eine Fläche, die praktisch alle Erdölvorkommen im Irak einschloß. Es lag aber nicht im Interesse des Konsortiums, nun auch recht schnell alle Ölvorkommen auszubeuten. Das hätte nur den allgemeinen Ölpreis gedrückt. Ihr Ziel war die Kontrolle der riesigen Ölmengen und ein relativ hoher Preis. Die neue irakische Regierung warf der IPC nun dieses Verhalten vor und beanspruchte zunächst nur die Rückgabe der Konzessionsrechte über die Gebiete, die von der IPC auf Eis gelegt wurden. Von den 90 000 qkm waren das etwas mehr als 88 000 (!). Diese gab sie nun an andere Firmen mit der Verpflichtung, sie auch tatsächlich auszubeuten, so z.B. auch der Tochter der in dem Konsortium selbst vertretenen CFP, nämlich der ERAP (Frankreich). Dadurch erhöhte der Irak seine Öleinnahmen nicht nur durch die neuen Verträge, die der IPC einige Konzessionsgebiete abnahm. Die neuen Verträge waren auch finanziell etwas günstiger als die alten. So erhält der Irak in einigen Verträgen nicht die üblichen 55% des Listenpreises, sondern 75%. Hier zeigt sich sehr deutlich der ganze Inhalt der Ölpolitik der nationalistischen arabischen Länder. Sie nutzen die verschärfte Konkurrenz der imperialistischen Länder und Konzerne aus, um sich und ihr Öl besser zu verkaufen. Sie suchen sich neue Vertragspartner oder bleiben auch bei den alten, nur mit besseren Bedingungen. Die kolonialen Konzessionsrechte werden zugunsten neuer Verträge mit den neokolonialen Ausbeutungsmethoden ersetzt .Bei der Wahl der neuen Vertragspartner ist es auch nicht unbedingt so, daß sie etwa die alten Ölausbeuter (in der Regel die „großen Sieben") meiden würden oder gar auf ein neues imperialistisches Land umsteigen.

Lediglich die Tatsache, daß zur Zeit die westeuropäischen und japanischen Imperialisten stärker ins Ölgeschäft vorstoßen, ist der Grund dafür, daß häufiger auch ein tatsächlicher Wechsel des Partners stattfindet. Andererseits sind auch die westeuropäischen und japanischen Imperialisten in dieser Hinsicht sehr flexibel. Ihre neuen Verträge schließen sie sowohl mit dem Iran und Saudi-Arabien als auch mit dem Irak. Ein tiefgreifender Unterschied zwischen den Verträgen ist nicht festzustellen.



In der nächsten Nummer sollen die Preisentwicklung des Rohöls und der Verarbeitungsprodukte dargestellt werden. Dabei werden die hier noch fehlenden Punkte der konkreten Preispolitik der arabischen Länder und der Ölkonzerne zusammen abgehandelt. Auf Grund der recht komplizierten und systematisch undurchsichtig gehaltenen Preisregelung ist es besser, diese Punkte hier konkret herauszulassen, obwohl dadurch ein entscheidender Punkt der arabischen Ölpolitik zunächst noch fehlt. Es ist aber schon ausgeführt worden, daß in dieser Hinsicht die arabischen Länder im wesentlichen nichts anderes gemacht haben, als der Entwicklung der freien Rohölpreise und der Preise der Erdölverarbeitungsprodukte nachzuziehen. ■

Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

US-Kriegsminister Schlesinger hat | des deutschen Imperialismus – wieder | nach einem „Vereinigten Europa"

Für die Imperialisten war es in vielen Fällen eine rein taktische Frage, ob sie einer Kolonie die Unabhängigkeit gewähren oder nicht. Am deutlichsten wurde das ganze bei den französischen Kolonien sichtbar. Je

den freien Ölmarkt betrügen, daß die Politik der Konzerne es ihnen unmöglich macht, auf einem freien kapitalistischen Ölmarkt den Ölpreis je nach Marktlage selbst zu bestimmen. Gegenwärtig sei aber die Sache so –

Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

US-Kriegsminister Schlesinger hat Anfang Januar den arabischen Staaten mit „gefährlichen Konsequenzen" gedroht: „Falls ihre Politik des Öl-Embargos zur Lähmung des wirtschaftlichen Lebens in der Mehrheit der Industrieländer führen sollte, müßten die arabischen Nationen mit Gewaltanwendung gegen sich rechnen, sagte Schlesinger in einer Rundfungsendung." („Frankfurter Rundschau", 7.1.74)

Schon im Mai 73 hatte US-Senator Fulbright angedroht, „daß eine amerikanische Intervention im Nahen Osten nicht undenkbar sei. Die Energiekrise und die zunehmende Abhängigkeit des Westens vom Nahosterdöl könnte zu einem militärischen Einschreiten der USA oder seiner ‚Helfer', Iran oder Israel, führen, um die Ölgebiete zu besetzen." („Frankfurter Rundschau, 30.5.73)

Diese Kriegsdrohungen drücken den unverschämten Anspruch des Imperialismus aus, die Rohstoffe der Dritten Welt zu kontrollieren und beliebig über sie zu verfügen. Die aktuelle „Ölkrise" ist dabei ein vergleichsweise bescheidener Anlaß, da auf die herrschenden Kräfte der wichtigsten Erdöl-Länder des Nahen Ostens – Saudiarabien, Kuwait, Iran, Länder des Arabischen Golfes – im Sinne der Imperialisten Verlaß ist.

Nicht die „Ölscheichs" gefährden natürlich die Herrschaft des Imperialismus, sondern die revolutionären Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker, die zum Herrn ihrer eigenen Länder, und damit auch ihrer Rohstoffe, werden wollen.

Gegen diese Entwicklung macht der Imperialismus Front und bemüht sich zugleich, die werktätigen Massen der imperialistischen Länder in diesem Sinn zu mobilisieren.

Die Bourgeoisie der BRD ist – nach zwei militärischen Niederlagen des deutschen Imperialismus – wieder dabei, sich mit großmachtspolitischen Ansprüchen in den imperialistischen Verteilungskampf einzuschalten. Entsprechend der Einschätzung, daß die BRD allein keine ausreichende Basis ist, um mit den Großmächten ernsthaft in Konkurrenz zu treten, strebt der deutsche Imperialismus nach einem „Vereinigten Europa" unter deutscher Vorherrschaft.

In einem Artikel soll unter diesen Gesichtspunkten die „Ölkrisen"-Kampagne der westdeutschen Bourgeoisie beleuchtet werden. Aus Platzgründen kann dieser Artikel erst im nächsten AK erscheinen.

Psychologischer Effekt

Hamburgs Bürgermeister Schulz wandte sich Mitte November mit einem Brief an seine „Kollegen" Senatoren. Schulz ordnet in diesem Schreiben an, die Temperaturen in den Behörden-Gebäuden um 1°C zu senken, also die Heizungen entsprechend zu drosseln; ebenso soll die Wassertemperatur in den öffentlichen Bädern um 1° gesenkt werden. Die Benutzung von Dienstfahrzeugen soll „auf das notwendige Maß beschränkt werden".

Schulz traf diese Anordnung eigenmächtig, was ein bezeichnendes kleines Schlaglicht auf die gesamte „Straffung" des bürgerlichen Herrschaftsapparats wirft: einen Tag vor Schulz' Brief hatte der Senat einen Beschluß gefaßt, vor der einige Tage später stattfindenden Sitzung der Senatskommission für Energiewirtschaft k e i n e „Maßnahmen zur Energieeinsparung" zu treffen. Schulz stößt also diesen Senatsbeschluß aus eigener Machtvollkommenheit um, und zwar – wie er schreibt – „im Hinblick auf die Bitten des Bundeskanzlers".

Die Erläuterung für diesen Schritt findet sich am Schluß des Schreibens: **„Wenn ich auch nicht glaube, daß bei vernünftigem Verhalten jedes Einzelnen eine Verschärfung der Lage droht, meine ich dennoch, daß gezielte Sparmaßnahmen des Staates ganz abgesehen von ihrem unmittelbaren Effekt ihre mittelbare psychologische Wirkung nicht verfehlen."**

In der Tat. Die „Sparmaßnahmen" zielen weniger auf den ökonomischen Effekt (der vergleichsweise gering ist), sondern darauf, die Arbeiter und Angestellten in die richtige Stimmung für eine „Notgemeinschaft" mit der Bourgeoisie zu bringen, ihnen die „gemeinsame Notlage" glaubwürdig und die „gemeinsamen Opfer und Anstrengungen" schmackhaft zu machen. Ein Grad weniger im Zimmer, das ist kaum zu spüren. Aber es ist ein sichtbares „Opfer", dem jeder unterworfen wird – und es macht aus vielen Arbeitern und Angestellten in ihrem Bewußtsein „Krisensoldaten", wie Peter Boenisch am 2. Dezember in der „Bild" feixte. ■

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

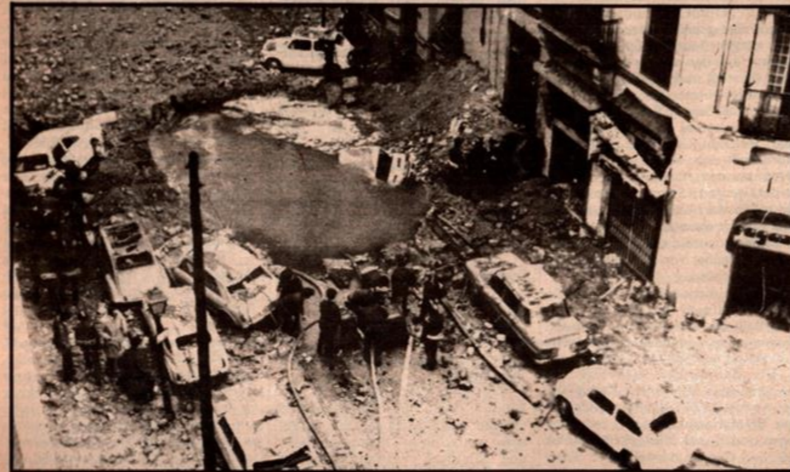
SPANIEN:

Terrorurteile gegen zehn Gewerkschafter

Führender Faschist hingerichtet

Ende Dezember '73 wurde vor dem „Sondergericht für öffentliche Ordnung" in Madrid ein politischer Prozeß gegen zehn Mitglieder der spanischen Arbeiterkommissionen durchgeführt. Die „Angeklagten" wurden wegen ihres Kampfes für freie Gewerkschaften in diesem Pseudo-Prozeß zu bis zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Prozesses war es in der spanischen Arbeiterklasse zu vielen Protestaktionen gekommen. Während die Franco-Faschisten den Prozeß bewußt in die „ruhigen Weihnachtstage" legten, um Solidaritätsaktionen zu erschweren, hatte die Hinrichtung des spanischen Regierungschefs C. Blanco durch die ETA – einen Tag vor Beginn des Prozesses – einen „politischen Skandal" ohnegleichen geschaffen.

C. Blanco war einer der schärfsten Hunde in der Verfolgung der innenpolitischen Opposition. Er kam ums Leben, als unter seinem Wagen eine ferngezündete Mine explodierte. Der Admiral Blanco befand sich gerade auf dem Weg vom allmorgendlichen Gottesdienst zu seinen Amtsgeschäften. Außer ihm starben sein Chauffeur und sein Leibwächter. Sonst kam niemand zu Schaden.



Das war die Stelle, wo sich unter dem Wagen des faschistischen Regierungschefs „plötzlich die Erde auftat".

Das war die Stelle, wo sich unter dem Wagen des faschistischen Regierungschefs „plötzlich die Erde auftat".

Admiral Blanco war einer der treuesten und langjährigsten Gefolgsleute des Faschistenführers Franco. Bereits im Spanischen Bürgerkrieg (1936-39) stand er als U-Boot-Kommandant und Kapitän eines Zerstörers im Sold der Faschisten. Dann ging seine Karriere steil nach oben. Bereits 1943 war er zweiter Vizepräsident des spanischen Ständeparlaments (Cortes). 1969 hatte er dann bereits so viele „Verdienste", daß er zum stellvertretenden Staatschef ernannt wurde, und seit Juni '73 war er der erste Mann im Staat. C. Blanco genoß besonderes Vertrauen beim „Caudillo", das er sich z.B. auch durch viele Dekrete und Gesetzesvorlagen, die er zum besseren Funktionieren der faschistischen Staatsmaschine ausarbeitete, verdiente.

A.C. Springers Zeitung „Die Welt" bemüht sich nicht, ihre Sympathie für diesen Oberscharfmacher zu verbergen. Blancos politisches Glaubensbekenntnis laut „Welt": „Ich bin ein Mann, der sich mit dem politischen Werk Francos (dem Faschismus also – die Red.) total identifiziert; meine Treue zu seiner Person und zu seinem Tun ist absolut, klar und rein." Blanco zu seiner „ruhmreichen" Vergangenheit: „Wir bilden fünf Generationen von Militärs. Wenn die militärische Erziehung den Charakter prägt, herrscht bei mir zweifelsohne der militärische Geist vor." („Die Welt", 21.12.73).

C. Blanco war kraft seiner Ämter und seines Einflusses einer der entscheidenden Männer der spanischen Terrorherrschaft gegen Arbeiter, Bauern, Studenten und alle fortschrittlichen Menschen in Spanien.

Willy Brandt: „Herzliches Beileid!"

SPD-Bundeskanzler Willy Brandt schickte der „trauernden Witwe" des Faschistenführers und dem Vizepräsidenten des spanischen Ministerrats schon einen Tag nach dem Tod C. Blancos ein Beileidstelegramm, in dem er seine „Anteilnahme" und „Erschütterung" zum Ausdruck brachte. („Die Welt", 21.12.73).

Das ist mit „diplomatischer Artigkeit" allein sicher nicht zu erklären. Die Solidarität des Sozialdemokraten W. Brandt mit solch führenden Faschistenschweinen ist ganz offensichtlich größer als seine Solidarität mit den Anhängern seines Parteigenossen Salvador Allende. Die von Folter und Tod durch die chilenischen Faschisten bedrohten Sozialisten läßt die Bundesregierung, bevor sie sie in die BRD einreisen läßt, erst vom Verfassungsschutz auf ihre Gesinnung prüfen.

Für alle wirklich fortschrittlichen Menschen, die dem Volk in seinem Kampf um demokratische Rechte an der Seite stehen, ist der Tod eines Faschisten kein Grund zum Klagen und Beileidwünschen. Mao-tse-Tung schreibt in seiner Schrift „Dem Volke dienen!", warum Tod und Tod nicht dasselbe sind:

„Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum."

„Kontinuität" blieb erhalten

C. Blanco war eigentlich ausersehen, die Weiterführung der Politik der „harten Hand" nach Francos Tod (dieser ist über 80 Jahre) unter allen Umständen zu gewährleisten. Er sollte verhindern, daß unter dem zukünftigen König Juan Carlos auch nur die geringsten Liberalisierungsexperimente stattfinden. „Niemand braucht sich die geringste Hoffnung zu machen, daß er (Juan Carlos) unser System in irgendeiner Beziehung ändern kann", hatte er noch vor kurzem verkündet („Spiegel", 53/73).

Als er umgelegt war, reagierte die Madrider Regierung mit einem Notstandsplan, der zunächst einmal eine Beschwichtigungsstrategie gegenüber der Bevölkerung vorsah. (Dieser Plan soll auch beim Tod Francos in Kraft treten.) Gemäß einem Bericht in dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hatten der „gemäßigte" Generalstabschef Diez Alegria und der Geheimdienstchef Oberstleutnant San Martin den Staatsapparat 15 Minuten nach dem Attentat unter Kontrolle. Sie pfiffen den als Ultrarechten bekannten Oberbefehlshaber der „guardia civil", Generalleutnant Iniesta Cano zurück, der seinen Gendarmen bereits befohlen hatte, jedem linken Demonstranten „eine Kugel in den Bauch zu jagen". Dem Chef der faschistischen Schlägertruppen, Blas Pinar, gaben sie zu verstehen, daß er seine Horden nicht einsetzen sollte. Durch zu hartes „Durchgreifen" befürchteten die Faschisten offenbar eine scharfe Konfrontation, die für sie nicht mehr kontrollierbar wäre.

Offenbar hat es dann in der Frage der Neubesetzung des Regierungschef-Postens zunächst Auseinandersetzungen zwischen Alt-Falangisten und Opus-Dei-Anhängern („gemäßigte" Faschisten), zwischen Militärs der harten und der „gemäßigten" Linie gegeben.

Vorübergehend war der Vizepräsident Torcuato Fernandez Miranda, Generalsekretär der faschistischen Massenbewegung (movimiento nacional) eingesetzt worden. Inzwischen hat Franco den 65-jährigen bisherigen Innenminister Arias Navarro zum Regierungschef ernannt. Die Ernennung von Arias Navarro bedeutet einen weiteren Rechtsruck innerhalb der spanischen Regierung. Navarro war von 1957–1965 Spaniens Polizeichef! Er war damals einer der engsten Komplizen des für seine perfekten Verfolgungsmethoden bekannten Innenministers General Alonso Vegas. In dieser Zeit wurde z.B. der Kommunistenführer Julian Grimau nach dem Urteil eines Kriegsgerichts ermordet. Danach war Navarro acht Jahre Bürgermeister von Madrid, seit 1973 war er Innenminister. Unter Navarros Regierung ist eine Verstärkung der polizeilichen Verfolgung oppositioneller Gruppen insbesondere innerhalb der Arbeiterklasse zu erwarten.

Verfolgung oppositioneller Gruppen insbesondere innerhalb der Arbeiterklasse zu erwarten.

Navarro wechselte insgesamt zwölf von 19 Ministern aus und warf die letzten „Gemäßigten" raus. Es gibt jetzt nur noch Minister, die treue Mitglieder der „Bewegung" sind.

Der Prozeß gegen Camacho und andere Genossen

Am 21. Dez. begann vor dem „Sondergericht für öffentliche Ordnung", das unumschränkte Vollmachten ähnlich einem Militärgericht besitzt, der Prozeß gegen neun Arbeiter und einen Arbeiterpriester. Die neun Arbeiter werden für führende Mitglieder der comisiones obreras gehalten, die in Spanien verboten sind. Die Comisiones obereras sind eine Gegenorganisation der spanischen Arbeiterklasse gegen die faschistischen nationalen Syndikate, in denen Kapitalisten und Arbeiter gemeinsam organisiert sind und die von einem Minister geleitet werden (ähnlich der faschistischen „Deutschen Arbeitsfront").

Die zehn Gewerkschafter sind des „illegalen Zusammenschlusses" und der „Organisierung wilder Streiks" angeklagt. Da es in Spanien keine Versammlungs- und Vereinsfreiheit gibt, kann bereits jede Ansammlung mehrerer Personen von der Polizei aufgelöst werden, jede selbsttätige Regung der Arbeiterklasse wird mit Polizeigewalt zerschlagen, Streiken ist generell verboten. Der Kampf dieser zehn für die elementarsten demokratischen Rechte der Arbeiterklasse sollte von der spanischen Terrorjustiz in diesem Schauprozeß bestraft werden und zur Abschreckung anderer dienen. Die Staatsanwaltschaft hatte Gefängnisstrafen zwischen zwölf und 20 Jahren beantragt!

Doch dieser Prozeß hatte von Anfang an Protestaktionen in der spanischen Arbeiterklasse hervorgerufen, weil klar war, daß in dieser Sache alle betroffen waren.

Besonders auch die Tatsache, daß Marcelino Camacho, einer der beliebtesten spanischen Arbeiterführer, zu den Angeklagten gehörte, löste Empörung aus. Camacho mußte nach dem Sieg von Francos Schlächtern im Bürgerkrieg mehrere Jahre in Gefängnissen und Arbeitslagern verbringen. Als er in den fünfziger Jahren nach Spanien zurückkehrte, wurde er schnell durch seinen Kampf für freie Gewerkschaften bekannt. Er wurde schon einmal wegen Teilnahme an „unerlaubten Versammlungen" und „illegalem Zusammenschluß" zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Und da die spanische Polizei solche Kämpfer nicht frei rumlaufen lassen will, wurde er, kaum drei Monate in Freiheit, bei einem Treffen in einem Kloster zusammen mit den neun anderen schon wieder verhaftet.



C. Blanco schwört gerade bei Gott auf den Staat der Faschisten.

Zu einem der Zynismen in diesem Prozeß gehört auch die „Verteidiger"-Prominenz: So wird Camacho von Ruiz Gimenez, dem ehemaligen Erzie-

Prozeß gehört auch die „Verteidiger"-Prominenz: So wird Camacho von Ruiz Gimenez, dem ehemaligen Erzie-hungsminister Francos (!), gleichzeitig Präsident der internationalen Organisation Pax Romana und Führer der spanischen Christdemokraten „verteidigt". Gimenez war lange Zeit Aufsichtsratsvorsitzender der gleichen Firma, in der Camacho als Werkmeister arbeitete! („FAZ", 20.12.73). Er wird sich also aus der Kapitalistenperspektive bestens in Camachos Vergangenheit auskennen.

Auch die anderen Anwälte sind „bekannte Persönlichkeiten", die auf politische Prozesse spezialisiert sind. Von ihnen haben die zehn „Angeklagten" keine Hilfe zu erwarten. Durch diese Clique der „Verteidiger" wird nur noch einmal der ganze Zynismus in diesem „Gerechtigkeits"-Verfahren deutlich, in dem es dem spanischen Staat nur darum geht, ein Exempel zu statuieren.

Der Prozeß wurde dementsprechend ohne große „Beweisaufnahmen" in wenigen Tagen über die Bühne gezogen. Die Strafen standen von vornherein fest. Es wurden keinerlei Abstriche gemacht. Camacho und ein weiterer Arbeiter wurden zu zwanzig Jahren Gefängnis, ein Arbeiter und der Priester zu 19 Jahren verurteilt. Einer bekam 18, einer 17 Jahre und vier Arbeiter müssen zwölf Jahre ins Gefängnis.

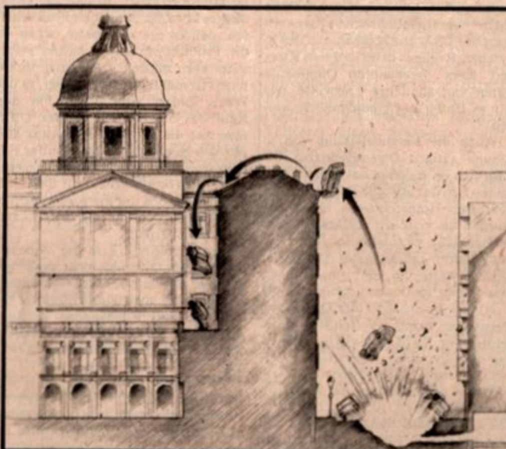
Aufruf zum Boykott spanischer Schiffe

Rom (AP)

Die drei führenden italienischen Gewerkschaften haben die Hafenarbeiter von Genua zu einem 24stündigen Boykott spanischer Schiffe aufgerufen. Mit der Maßnahme soll gegen den Beginn des politischen Prozesses in Madrid protestiert werden. Die italienischen Gewerkschaften haben bereits in Telegrammen an das spanische Gericht und die spanische Regierung gegen den Prozeß protestiert und Außenminister Aldo Moro ersucht, sich für die Angeklagten einzusetzen.

„SZ" 22./23. 12. 1973

Wenn man der bürgerlichen Presse glaubt, dann ist es während des Prozesses nicht zu größeren Solidaritätsaktionen gekommen. Es gab allerdings einen Streik von 10.000 asturischen Bergarbeitern während der Zeit. Wieweit in diesem Streik der bevorstehende Prozeß eine Rolle gespielt hat, können wir nicht beurteilen.



Schematische Darstellung der Präzisionsarbeit: Rechts das Wohnhaus der Straße Claudio Cuello, von dem aus die ETA-Genossen bis zur Straßenmitte einen unterirdischen Stollen vorgetrieben hatten. Am Stollenende deponierten sie drei Panzerminen. Auf der linken Seite das Klostergebäude, über das der Straßenkreuzer durch die Wucht der Explosion geschleudert wurde. Im Hintergrund die Jesuitenkirche, in der C. Blanco jeden Morgen die „Heilige Messe" hörte. (Zeichnung aus „stern" Nr. 2, 1974)

Forts. Spanien

Erinnerung an den Burgos-Prozeß

Es besteht offensichtlich ein Zusammenhang zwischen dem Attentat auf Carrero Blanco und dem Camacho-Prozeß. Die demonstrative Hinrichtung von C. Blanco, der einer der größten Scharfmacher gegen die Arbeiterklasse und innere Opposition war, sollte wahrscheinlich ein Fanal sein, durch das die baskische Widerstandsorganisation ETA eine Ausbreitung und Verstärkung von Solidaritätsaktionen erwartete.

Genau vor drei Jahren fand in Burgos ein ähnlicher Schauprozeß gegen 16 baskische Revolutionäre vor einem Militärgericht statt. Sie hatten wegen verschiedener „staatsfeindlicher Vergehen“ Höchststrafen zu erwarten, sechs von ihnen sollten zum Tode verurteilt werden. Damals organisierte die ETA eine umfangreiche politische Kampagne gegen diese drohenden Terrorurteile. Im Baskenland streikten damals allein 80.000 Arbeiter gegen die Aburteilung der Genossen. Ein Höhepunkt dieser Kampagne war die Entführung des westdeutschen Wahlkonsuls Beihl in San Sebastian durch die ETA.

Mit der Entführung gerade des westdeutschen Konsuls wollte die ETA auf die Mitverantwortung der westdeutschen Imperialisten für die Zustände in Spanien aufmerksam machen (Beihl war Vertreter des Bayer-Konzerns in Spanien). Um ihren Konsul wieder freizubekommen, mußten damals westdeutsche Regierungsvertreter bei der spanischen Regierung in Sachen Burgos-Prozeß intervenieren.



Marchelino Camacho: 20 Jahre Gefängnis für seinen Kampf um freie Gewerkschaften.

Durch die spektakuläre Konsulentführung war außerdem auch die internationale Öffentlichkeit auf den Prozeß aufmerksam geworden. Der Prozeß mußte wegen des zunehmenden Protestes weitester Kreise in Spanien und auch außerhalb öffentlich und im Beisein der internationalen Presse geführt werden.

Die Aktionen der ETA und die starke Solidarität innerhalb des spanischen Volkes (es kam zu Streiks und Protestdemonstrationen in ganz Spanien) erreichten damals zumindest die Zurücknahme der Todesurteile. Der Prozeß selber wurde zu einer Anklage gegen das faschistische Regime in Spanien umfunktioniert, indem die Angeklagten unerschrocken von den Foltern in den Gefängnissen berichteten und über die Kämpfe und die Zukunft der spanischen Arbeiterklasse sprachen.

Das Franco-Regime wurde damals durch den Burgos-Prozeß in eine seiner schwersten innenpolitischen Krisen gestürzt. (Der KB – früher SALZ – veröffentlichte damals bereits ein Großflugblatt zu dem Burgos-Prozeß: „Der Kampf der spanischen Arbeiter: Ein Erfolg gegen das Franco-Regime“)

„Das Baskenland und seine Freiheit“

Die spanische und französische Polizei suchen auf Hochtouren nach den Sprengmeistern der ETA. Obwohl politisch Verfolgte Spanier in Frankreich Asylrecht haben, ist die Zusammenarbeit der Polizeistellen beider Länder sehr „hilfreich“ für die spanischen Faschisten. Häufig werden in Spanien Gesuchte stillschweigend abgeschoben.

Völlig aus dem Häuschen gerieten die Behörden, als sie erfuhren, daß die ETA-Genossen, die Blanco ins Jenseits beförderten, mitten in Bordeaux eine geheime Pressekonferenz mit einigen Journalisten abgehalten hatten, auf der sie bis ins einzelne über Planung und Durchführung der Aktion berichteten.

Die französische Polizei verhaftete aufs Geratewohl sechs Exilbasken und verbannte sie aufs erste nach Nordfrankreich, wo sie von den mehreren tausend französischen Basken an der Grenze zu Spanien isoliert sind. Sie sollen dort über die Pressekonferenz verhört werden.

Bisher konnte die ETA ihre Leute jedoch offenbar vor dem Zugriff der Schergen schützen.

Die Liquidierung C. Blancos ist die erste bewaffnete Aktion der ETA außerhalb der vier Baskenprovinzen. (ETA ist die Abkürzung für Euzkadi ta Askatasuna = Das Baskenland und seine Freiheit).

Die erste Aktion der ETA, die großes Aufsehen erregte, war die von ihr organisierte Entgleisung eines Zuges mit Veteranen der Franco-Armee.

Wie auch die IRA (Irisch-Republikanische Armee) ist die ETA als nationale Separatistenbewegung entstanden. Im Prozeß ihres Kampfes haben sich jedoch zunehmend Elemente des revolutionären Marxismus durchgesetzt, die heute offenbar innerhalb der ETA eine vorherrschende Rolle spielen.

> ## Warum gleich ein Minister?
>
> **„Hierzulande werden die Männer des 20. Juli durch Gedenkreden geehrt, die mit einem (zwar mißglückten) Attentat gegen das faschistische Regime Adolf Hitlers Widerstand leisteten.**
>
> **Das Bombenattentat gegen den spanischen Regierungschef Blanco richtete sich auch gegen ein faschistisches Regime (Generalissimus Franco).**
>
> **Immerhin ist doch Franco durch die Hilfe von Görings ‚Legion Condor' an die Macht gekommen. Wie verträgt es sich da, daß unsere Regierung zum Begräbnis Blancos gleich den Minister Maihofer nach Spanien schickte?“**
>
> **Jan Thieme, HH 53**
>
> **Leserbrief aus „Morgenpost“ 28.12.73**

Die ETA verfolgt heute drei Ziele:
1. den Sturz der Franco-Diktatur
2. ein sozialistisches Spanien und
3. die Wiederbelebung der alten baskischen Sprache und Kultur.

Dabei steht für die ETA fest, daß es „gegen die faschistische Franco-Diktatur nur ein Mittel gibt: den bewaffneten Kampf“.

Die ETA versteht es offenbar in zunehmendem Maße, den Kampf des baskischen Volkes um die Respektierung seiner nationalen Besonderheiten mit dem Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus zu verbinden. Die baskische Bevölkerung (2,1 Mill.), vor allem die Industriearbeiterschaft, setzt offenbar großes Vertrauen in diese Organisation, wovon z.B. der fast totale Ausstand in den Baskenprovinzen während des Burgos-Prozesses zeigt, sowie auch, daß verhaftete ETA-Mitglieder hauptsächlich Arbeiter sind.

Im Baskenland gibt es sogar innerhalb der katholischen Kirche, die sonst traditionell dem faschistischen Staat verschworen ist, eine starke sozialkritische Bewegung, die in ihren Spitzen bis in den bewaffneten Widerstand hineinreicht (ähnlich wie in Südamerika). Das Baskenland ist heute die stärkste Bastion des antifaschistischen Widerstandes in Spanien, und je grösser die Unterdrückung durch Polizei und Militär werden, desto enger schließt sich dieses Volk zusammen.

(Wir werden in einer der nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF genauer auf die historische Entwicklung des Widerstandes im Baskenland eingehen.) ■

Forts. Libyen

bei der Aufteilung der Welt unter die Imperialisten zu spät gekommen und versuchte nun, im Mittelmeerraum ein Kolonialreich zu schaffen. Dabei gingen die italienischen Imperialisten mit menschenverachtender Grausamkeit gegen den Widerstand des libyschen Volkes vor. Mit Maschinengewehren wurden unbewaffnete Menschen niedergemäht, Männer wurden massenhaft erhängt, Frauen ohne Umstände erschossen, bis zu 11.000 Morde in jedem Jahr. Nach dem Herrschaftsantritt der Faschisten in Italien wurde diese Politik des „mare nostro“ (unser Meer: Der Mittelmeerraum sollte zum italienischen Einflußgebiet werden) noch verschärft. Die Kämpfe dauerten bis 1931, als der letzte Widerstand mit schwerer Artillerie zusammengeschossen wurde. Anschließend wurden 32.000 italienische Siedler auf dem geraubten Land angesiedelt.



Nach der Niederlage der italienischen Imperialisten im Zweiten Weltkrieg kam Libyen zunächst unter „Treuhandschaft“ der UNO. 1951 wurde es dann unter dem korrupten und vom US-Imperialismus völlig abhängigen Regime des Königs Idris und seiner Familie in die „Unabhängigkeit“ entlassen. Mit den USA und mit Großbritannien bestanden Stützpunktabkommen und neben den Mittelmeerhäfen benutzten die USA den Luftstützpunkt Wheelus mit einer Besatzung von 10.000 Mann zur Bedrohung Nordafrikas und des Nahen Ostens.

Dann gingen die Imperialisten daran, nach Bodenschätzen zu suchen und 1959 wurde Erdöl entdeckt. Der zu erwartende Geldstrom brachte die Imperialisten und die einheimische Gesellschaft in Bewegung. Die Mittelschicht in Armee und Verwaltung meldete ihre Ansprüche an und übernahm die Vertretung der Interessen der sich entwickelnden arabischen Bourgeoisie. Wie 1952 in Ägypten (vergl. AK 37) wurde in Libyen 1969 der König durch eine Gruppe von „Freien Offizieren“ gestürzt. Zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung gehörte die Schließung der Luftwaffenbasis Wheelus, die Ausweisung von 25.000 italienischen Kolonisten und Lohnerhöhungen für alle Libyer.

Antiimperialistischer Kampf

Doch die Unabhängigkeit vom Imperialismus geht nur so weit, wie es dem Kräfteverhältnis zwischen Libyen und den imperialistischen Ländern entspricht. Die libysche Bourgeoisie erhält für das Erdöl jährlich ca. zehn Milliarden DM. Hierfür muß sie Gegenleistungen erbringen.

Auch in Libyen steht die Bourgeoisie in dem Widerspruch, daß sie das Volk nicht konsequent gegen den Imperialismus mobilisieren kann, ohne die eigene Herrschaft zu gefährden. Sie stützt sich deshalb nach innen auf eine islamisch verbrämte faschistische Herrschaft.

Nach außen versucht die libysche Bourgeoisie, die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen, z.B. zwischen USA und EG sowie zwischen den einzelnen Ländern der EG. Wegen der Lage Libyens im direkten Einflußgebiet der EG haben die europäischen Imperialisten großes Interesse daran, die US-Ölmonopole zu verdrängen, die mit dem Verkauf des libyschen Öls an die EG-Länder riesige Geschäfte machen, und sich die Herrschaft über die vier Milliarden t Erdöl zu sichern, die noch im libyschen Boden lagern, um die Profite selbst zu kassieren. Libysches Öl ist besonders beliebt, weil es für die Raffinierung weniger schädliche Rückstände enthält und eine höhere Ausbeute an Benzin bei weniger Schweröl ergibt. Der Handel Libyens mit der EG hatte 1972 einen Umfang von 1,5 Milliarden DM und nimmt ständig zu. Frankreich liefert außerdem Waffen, wie z.B. 120 Mirage-Düsenbomber, die z.T. weiter nach Ägypten gehen.

Von Zeit zu Zeit winken die US-Imperialisten mit einem Zaunpfahl. Im August 1973 z.B. übten Einheiten der US-Marineinfanterie Landungsoperationen und Wüstenkrieg, wobei die den Gegner darstellenden Truppen libysche Uniformen trugen. Ein Teil dieser Einheiten wurde dann zur sechsten US-Flotte verlegt, die den Mittelmeerraum bewachen soll. Vor wenigen Tagen drohte US-Verteidigungsminister Schlesinger mit der Anwendung von Gewalt, wenn ernsthaft ein Ölembargo durchgeführt werden sollte.

Wenn aber im April 1973 ausgerechnet der US-Geheimdienst CIA bekanntgab, Israel habe einen Angriff auf die libysche Luftwaffe geplant, der durch einen taktischen Schachzug der libyschen Armee vereitelt worden sei, so gehört das wohl eher in den Bereich der Propagandaaktionen, die den arabischen Völkern den fortschrittlichen Charakter des libyschen Regimes beweisen sollen.

Für diese Art des „antiimperialistischen Kampfes“ lieferte die libysche „Revolutions“regierung viele Beispiele. Im März 1973 z.B. verlangte Libyen arabische Paßeintragungen für die Einreise von BRD-Bürgern. Zur gleichen Zeit versuchten angeblich libysche Mirage-Jäger, ein US-Spionageflugzeug über dem Mittelmeer abzuschießen. Im Juni protestierte Libyen gegen mehrere militärische Provokationen der USA. Die Maßnahmen des libyschen Regimes beim jüngsten Krieg und beim sogenannten Ölembargo waren von ähnlicher Tragweite, wie wir es unten noch beschreiben werden.

Auch die Verstaatlichung von in Libyen tätigen Ölgesellschaften bewegt sich im Rahmen des engen Spielraums, den das libysche Regime gegenüber dem Imperialismus hat. 1971 wurden als erste die Anlagen der BP verstaatlicht, es folgten im Juni 1973 zum dritten Jahrestag des Abzugs der US-Luftwaffe die US-Firma Bunker-Hunt (acht Millionen t Jahresproduktion), im August 51% der Occidental Petroleum Company, schließlich im September 1973, am vierten Jahrestag der libyschen „Revolution“, 51% aller übrigen ausländischen Gesellschaften, darunter auch der westdeutschen Gelsenberg AG und der Shell. Diese Verstaatlichungen wurden von den beteiligten Firmen relativ gleichmütig akzeptiert, denn sie erhielten im gegenseitigen Einvernehmen Entschädigungen, die dem Abschreibungswert der Anlagen entsprachen, so z.B. BP 200 Millionen DM und Occidental Petroleum 135 Millionen Dollar. Die Firmenleitung bezeichnete dies als „annehmbar“ und billigte die Verstaatlichung. Die Gelsenberg AG ließ verlauten, daß die Verstaatlichung nicht die Rohölversorgung beeinträchtigen werde.

Dies gute Einvernehmen ist kein Wunder, denn die Ölgesellschaften wurden ausdrücklich gebeten, ihr Personal weiterhin in Libyen zu belassen und sämtliche Verwaltungsfunktionen weiter auszuüben, bis einheimische Fachleute herangebildet seien.

Das auf den staatlichen Anteil entfallende Öl wurde zu 4,9 Dollar pro barral zurückverkauft, so daß die Ölfirmen es etwa für denselben Preis erhalten, den es gekostet hätte, wenn sie die Produktionskosten hätten selbst aufbringen müssen. Das Ganze ist ein reines Geschäft auf dem Papier, in der Praxis ändert sich nichts. Für den Kauf des 51%-Anteils an den Ölfirmen hat die libysche Regierung also nur das Recht zur Kontrolle der Firmen erworben. Wie es bei den gegebenen Machtverhältnissen auf dem Erdölmarkt jedoch um die Ausübung dieses Rechts bestellt sein wird, kann man sich denken.

Auch politisch kam die Verstaatlichung den Ölfirmen nicht gar so ungelegen. Sie hatten schon seit einiger Zeit über die auffallende Häufung von Bränden und Explosionen in ihren Anlagen in den arabischen Ländern geklagt. Ein bürgerlicher Kommentator schrieb dann auch:

„Verstaatlichung, das ist in der westlichen Welt ein Schreckwort geworden, grundsätzlich gleichgestellt mit ‚Enteignung'. Wie falsch dies ist, hat sich bereits in mehreren Fällen gezeigt, etwa beim Kupfer in der afrikanischen Republik Sambia, wo die Mehrheit der Anteile heute im Besitz der Regierung ist, die privaten Gesellschaften aber keineswegs unglücklich darüber sind, weil sie durch ihren offiziellen Teilhaber manche sehr beträchtlichen Monopol-Vorteile dazugewonnen haben. Im Prinzip gilt dies auch für Libyen. Grundsätzlich sollte man vielleicht in westlichen Industriekreisen einaml darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, die jungen Staaten frühzeitig und freiwillig an den Früchten ihrer Bodenschätze zu beteiligen.“ („Frankfurter Rundschau“, 4.9.73)

Diese Haltung liegt ganz auf der



Imperialisten in Lybien, 1911 bis 1931 jedes Jahr 11.000 Morde

Linie der heutigen BRD-Wirtschaftspolitik in der Dritten Welt. Im Gegensatz zu den USA, die sich natürlich mit allen Mitteln gegen den Verlust ihrer Anteile am Geschäft mit den Reichtümern der unterdrückten Völker wehren, sichert sich der BRD-Imperialismus zunächst die Unterstützung der einheimischen Bourgeoisie, indem er auf ihre Interessen eingeht, und dehnt so sein Einflußgebiet aus. Hierbei hat sich zwischen BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien im Nahen Osten schon ein wahres Wettrennen entwickelt. So brach z.B. das französische Ölmonopol die Blockade der verstaatlichten irakischen Ölgesellschaft durch den US-Imperialismus. Die BRD-Imperialisten haben bereits Iran und Saudi-Arabien den Bau von Raffinerien im betreffenden Land versprochen.

Dies sind die Widersprüche, die die arabische Bourgeoisie ausnutzt, um selbst eine größere Beteiligung an der Ausbeutung ihres Landes und ihres Volkes und eine Industrialisierung im eigenen Land zu erhalten. Auf die Ausnutzung solcher Widersprüche ist aber der antiimperialistische Spielraum dieser Regimes auch begrenzt. Einen konsequenten antiimperialistischen Kampf werden sie nicht betreiben.

Die libysche „Kulturrevolution“

Die auf der islamischen Religion

➔

Forts. Libyen

aufgebaute Ideologie, die der Herrschaft der Bourgeoisie in Libyen zugrundegelegt wurde, ist von den bürgerlichen Zeitungen in der BRD genüßlich ausgeschlachtet worden, während in Libyen Todesurteile gegen Gegner des Regimes vollstreckt wurden. So wurde etwa berichtet, daß Diebe durch Amputation der Hände bestraft werden sollen und daß Damenfriseure ihre Arbeit nicht mehr ausüben dürfen. Es handelt sich aber in Wirklichkeit um eine Faschisierung Libyens.

Im April 1973, am Geburtstag des Propheten Mohammed, kündigte der libysche Staatschef Ghaddafi ein innenpolitisches 5-Punkte-Programm an:

1. **Aufhebung aller Gesetze (diese folgten europäischen Vorbildern)**
2. **Säuberung des Landes von denen, die „politisch krank" sind**
3. **Verteilung von Waffen an die „revolutionären Volksmassen. Wer gegen die Revolution ist, wird keine Waffen erhalten, sondern die Waffen werden auf seine Brust gerichtet werden."**
4. **Einleitung einer Verwaltungsrevolution.**
5. **Einleitung einer „Kulturrevolution" im Geiste des Propheten gegen Bibliotheken, Universitäten und Lehrpläne.**

„Volkskomitees" in Schulen, Buchhandlungen und Universitäten verbrannten Bücher, u.a. die Werke von Karl Marx, unter der Parole: „Verbrennt alles, außer den Büchern Allahs!" Die Schüler wurden aus den Ferien gerufen, um die Gedanken der ‚Kulturrevolution' zu studieren. Dies alles war jedoch nur der Vordergrund. Im August 1973 bezeichnete die Zeitung „Al Hadaf" der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) Ghaddafi als „faschistischen Tyrannen", dessen Sturz unvermeidlich sei. In den vorausgehenden Wochen seien 1 000 linke Gegner der faschistischen Politik verhaftet und in Konzentrationslager gebracht worden. Hunderte würden gefoltert. „Seine sogenannte Kulturrevolution startete Ghaddafi nur als Täuschung, um seiner Geheimpolizei freie Hand zu geben, die linke Opposition zu ersticken und ihre Führer physisch zu liquidieren."

Zitat aus dem „Grünen Buch" mit den Worten Ghaddafis: **„Die größte Gefahr für die Menschheit heute ist der Kommunismus. Schlimmer noch als westlicher Imperialismus ist es, sich des Kommunismus zur Bekämpfung des Imperialismus zu bedienen..."**

der Kommunismus. Schlimmer noch als westlicher Imperialismus ist es, sich des Kommunismus zur Bekämpfung des Imperialismus zu bedienen..."

Hüter des arabischen Nationalismus

Ghaddafi gelobte, die „Kulturrevolution" in alle arabischen Länder zu exportieren. Indem er sich als wahrer Hüter des arabischen Nationalismus aufspielt, knüpft er an alle reaktionären arabischen Tendenzen an und betätigt sich als Provokateur, um den wirklichen Fortschritt der arabischen Völker und die Entwicklung ihres politischen Bewußtseins aufzuhalten. Er stellt sich noch radikaler, d.h. noch faschistischer, dar, als die in anderen arabischen Ländern herrschenden Regimes.

Das libysche Regime unterstützt die faschistische Moslembruderschaft in Sudan, Ägypten und Syrien und hatte wesentlichen Anteil an der Zerschlagung der Kommunistischen Partei in Sudan. Es unterstützt in Tschad das Regime Tombalbaye gegen die Befreiungsfront FROLINAT und das Regime Amin in Uganda. Mit der Propagierung der islamischen Religion beruft sich das libysche Regime auf die Wiedererweckung arabischer Traditionen und das arabische nationale Bewußtsein. Darin steckende fortschrittliche antiimperialistische Momente werden reaktionär gewendet. Das Ziel ist, fortschrittliche, sozialistische und kommunistische Bewegungen zu vernichten.

Ghaddafi bezeichnet sowohl den kapitalistischen wie den „kommunistischen Block" als „kolonialistisch", richtet seine Angriffe jedoch vor allem gegen jene Länder, die den Widerspruch zwischen der Sowjetunion und dem US-Imperialismus für ihre Entwicklung nutzen. So griff er auf der Konferenz der blockfreien Staaten in Algier im Herbst 1973 Fidel Castro an, weil dieser die antiimperialistische Haltung der Sowjetunion lobte. Damit heimste er den Beifall sämtlicher vom Imperialismus abhängigen Länder ein.

Nationale und fortschrittliche Bewegungen versucht das libysche Regime in seinem Sinne zu beeinflussen und zu unterwandern. So unterstützte es propagandistisch die Opposition gegen den König in Marokko und versprach die Entsendung von Freiwilligen nach Guinea-Bissao. Ebenso verhält es sich gegenüber dem palästinensischen Widerstand. So spricht manches für die Vermutung, daß das libysche Regime auch solche Unternehmungen wie den Angriff auf den Flughafen von Rom unterstützt hat. Der nationalistische Flügel der IRA (IRA-provisionals) erhält über Libyen Waffen.

Auch in der Frage des Kampfes gegen Israel gab Ghaddafi wortradikale Erklärungen ab. Im Juni 1972, am Jahrestag der israelischen Aggres-

gegen Israel gab Ghaddafi wortradikale Erklärungen ab. Im Juni 1972, am Jahrestag der israelischen Aggres-

sion von 1967, griff die VR China die Politik der „beiden Supermächte" im Nahen Osten an. Daraufhin äußerte Ghaddafi ähnliche Kritik, begrenzte sie aber auf die Sowjetunion und machte diese verantwortlich für die „Versandung des arabisch-israelischen Konflikts". Er forderte ein Ende des Waffenstillstandes. „Wir müssen bereit sein, im Austausch gegen eine Million Israelis eine Million Märtyrer zu opfern." Schon wegen der Wiederbelebung der reaktionären Formel von der Vernichtung der Juden, mehr noch aber wegen des völligen Ausbleibens praktischer Schritte des libyschen Regimes zur Unterstützung des Kampfes gegen Israel, war dies eine Provokation.

Als im Januar 1973 ägyptische Studenten Demokratie und Kampf gegen Israel forderten, kritisierte Ghaddafi sie und forderte sie auf, die Dinge vernünftig zu diskutieren. Eine begrenzte Schlacht gegen Israel müsse fehlschlagen.
Libyen fordere seit Jahren, daß sich alle arabischen Staaten am Krieg gegen Israel beteiligen sollten. Deshalb sei Sadat zu loben, der unter diesen Bedingungen den angekündigten Kampf verschoben habe. (vergl. auch AK 37)

Als dann ein libysches Verkehrsflugzeug von israelischen Jägern über Sinai abgeschossen wurde, kritisierte Ghaddafi die ägyptische Führung, weil sie dem Flugzeug keine Abfangjäger zu Hilfe geschickt habe. Bei der Beisetzung der Opfer gab es antiägyptische Demonstrationen. Libyen habe Vergeltungsschläge gegen Israel geplant, sei aber von Ägypten und Syrien an der Ausführung gehindert worden, da ihm diese Länder keine militärischen Stellungen dafür zur Verfügung gestellt hätten, behauptete Ghaddafi.

Ähnlich verhielt sich das libysche Regime dann, als es tatsächlich zum Krieg gegen Israel kam. Länder wie Marokko, Tunesien, Algerien, Saudi-Arabien, Kuweit, Sudan und Irak schickten Freiwillige an die Front, um sich den Anschein der Unterstützung der gesamtarabischen Sache zu geben. Ghaddafi erklärte jedoch, er halte Strategie und Taktik des Krieges für falsch und werde deshalb keine Truppen schicken. Dann kam wieder die spektakuläre Geste: Er ließ bekanntmachen, daß jeder israelische Pilot, der einen Phantom-Bomber mitbringe, dafür von Libyen 10 Millionen DM erhalten solle. Den Waffenstillstand bezeichnete er schließlich als Täuschung der arabsichen Massen, die bis zum Endsieg kämpfen wollten. Das sei eine Falle und von der Sowjetunion und den USA aufgezwungen worden.

Arabische Einheit

Arabische Einheit

Schon die zwischen Libyen, Ägypten und Syrien bestehende „Konföderation arabischer Republiken" war auf Drängen Libyens zustandegekommen. Sie sieht eine automatische Beistandspflicht bei Putschversuchen vor. 1972 schlug Libyen die Bildung einer neuen „Vereinigten arabischen Republik" vor, mindestens zwischen Libyen und Ägypten. Das Interesse der libyschen Bourgeoisie an einer solchen Vereinigung ist klar: Stärkung ihrer Macht und mehr Unabhängigkeit vom Imperialismus, Anlagemöglichkeiten für die aus dem Ölgeschäft erworbenen Gelder und Erschließung eines großen Absatzmarktes. In Ägypten leben 20 mal mehr Menschen als in Libyen und die Armee ist 10 mal so groß. Andererseits ist das libysche Nationaleinkommen fast so groß wie das ägyptische. Die ägyptische Bourgeoisie wünschte zwar einen Anteil an den Öleinnahmen – sie erhielt bis dahin 400 Millionen DM jährlich von Libyen – aber möglichst ohne die Herrschaft der libyschen Finanziers über die ägyptische Wirtschaft und der libyschen Demagogen über das Volk. Außerdem stieß die Idee einer Vereinigung von Libyen und Ägypten auf Widerstand bei den anderen arabischen Regimes und den Imperialisten, denn der Zusammenschluß hätte mit der größten arabischen Bevölkerung und den zweitgrößten Deviseneinnahmen eine relativ gewaltige Macht erzeugt. Gegen den Widerstand der Völker, die eine echte arabische Vereinigung wünschen, wurden deshalb praktische Einigungsmaßnahmen auf die lange Bank geschoben. Ägypten erhielt dafür weitere finanzielle Unterstützung von Saudi-Arabien.

Gegenüber Syrien hatte Ghaddafi betont, es solle sich der Vereinigung anschließen, müsse aber als Vorbedingung ebenso wie Ägypten seine Bindungen an die Sowjetunion lösen und die sowjetischen Berater ausweisen. Es werde auch erst dann finanzielle Unterstützung erhalten, wenn es sich den libyschen Vorstellungen über den Kampf gegen Israel anschließe. Eine von Ghaddafi unterstützte reaktionär-islamische Bewegung in Syrien wurde von der Regierung niedergeschlagen. Eine Abfuhr erhielt Ghaddafi auch in Tunesien und Libanon. Dort hatte er getönt: „Wir sind der Ansicht, daß Libanon eine starke arabische Macht an seiner Seite haben sollte."

Auch zum Vorkämpfer des palästinensischen Widerstands spielte Ghaddafi sich auf. Libyen unterstützt finanziell Al Fatah als einzige Widerstandsorganisation und hält damit seinen Einfluß auf die Widerstandsbewegung aufrecht. Ghaddafi sagte aus Anlaß der Aktion in Chartum, die

seinen Einfluß auf die Widerstandsbewegung aufrecht. Ghaddafi sagte aus Anlaß der Aktion in Chartum, die

palästinensische Widerstandsbewegung sei von den arabischen Staaten zerstört worden, die mit Israel zusammenarbeiteten. Ägypten und Syrien seien nur daran interessiert, besetzte Gebiete zurückzuerobern und kümmerten sich nicht um die gesamtarabische und palästinensische Sache. Sie betrachteten die Palästinenser nur noch als Flüchtlinge, die man irgendwo ansiedeln könne. Er forderte die Guerilleros auf, den Krieg in das Herz Israels zu tragen. Gleichzeitig zog er libysche Freiwillige aus Libanon und Syrien ab, die sich dort dem Widerstand angeschlossen hatten.

Öl als Waffe

Im April 1973 forderte Ghaddafi, die arabischen Staaten sollten die Waffe des Erdöls benutzen und sich dabei auf eine gemeinsame Politik einigen. Er kritisierte, daß sich die arabischen Staaten gegeneinander ausspielten: „Wenn ein Land die Bohrungen drosselt, kurbelt sein Nachbar sie an." Dann gab er bekannt, als Protest gegen die Unterstützung Israels durch die westlichen Länder habe Libyen die Öllieferungen einen Tag lang eingestellt.

Während des Oktoberkriegs nahm dann auch Libyen an einer Konferenz in Kuwait über die Verwendung des Erdöls als Waffe teil. Ghaddafi bezeichnete die Einberufung von Kriegsfreiwilligen für Israel in Holland als Aggression, lobte in persönlichen Schreiben an die Staatschefs die Haltung der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens und zwang einen westdeutschen Tanker (34 000 t) zur Änderung der Ladepapiere von Rotterdam auf einen westdeutschen Zielhafen. Er drohte Europa mit einem vollen Ölboykott: Dann gehe zwar auch die libysche Industrie zugrunde, vor allem aber die der Imperialisten. In Libyen lebten sowieso 3/4 der Bevölkerung in Zelten und hätten sehr geringe Bedürfnisse.

Die BRD-Regierung ließ verlauten, sie fühle sich von Libyen nicht erpreßt. In der Tat stellte sich inzwischen heraus, daß Libyen von Anfang an sich nicht an einem Embargo beteiligt hatte. Vor wenigen Tagen warnte die Organisation erdölexportierender arabischer Staaten OAPEC Libyen vor weiteren Lieferungen in die USA und stellte fest, daß die USA trotz des Embargos rund 700 000 barrels arabisches Öl täglich erhalten (entsprechend 36 Millionen t i. Jahr) davon 60-90% aus Libyen. Das US-Handelsministerium verfügte daraufhin eine strikte Geheimhaltung der Herkunft von Öllieferungen. Es ist allerdings fraglich, ob überhaupt irgendein arabisches Land die USA boykottiert hat.

allerdings fraglich, ob überhaupt irgendein arabisches Land die USA boykottiert hat.

Sich innerhalb der arabischen Staaten als faschistischer Einpeitscher und als Provokateur zu betätigen, das ist also die besondere Gegenleistung für die Imperialisten, die die libysche Bourgeoisie erbringt. ■

Forts. Reichhold–Texaco

gegeben wurde und durch einige Einzelbeiträge von verschiedener Seite ergänzt wurde. Die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung wurde scharf kritisiert. Der anwesende Sekretär Philipp von Kodolitsch wurde zur Stellungnahme aufgefordert. Wie üblich versuchte er vom Thema abzuschweifen; dennoch war seine Antwort höchst bemerkenswert. Wir wollen sie ausführlich wiedergeben.

P.H. von Kodolitsch: *„Im letzten „Chemie-Arbeiter"* (Branchen-Zeitung des KB – Anm. d. Red.) *hat gestanden, mein Einfluß in Wilhelmsburg sei im Schwinden. Kollegen, ich habe bisher in eurem Vertrauensleutekörper weder Einfluß gehabt, noch einen solchen erstrebt! Ich habe mich lediglich bemüht, euch bei der Lösung eurer Probleme im Betrieb beizustehen (!). Diese Arbeit habe ich zu leisten versucht so gut ich konnte. Und ich meine, daß wir in der Vergangenheit sehr gut zusammengearbeitet haben. Seit ein paar Monaten jedoch scheint mir das anders zu sein. Ich habe das Gefühl, daß ich hier nicht mehr gern gesehen bin. Ich bekomme keine Einladungen zu Vertrauensleutesitzungen mehr.*

Auch Protokolle werden mir nicht mehr zugeschickt, so daß ich gar nicht wissen kann, was bei euch gelaufen ist und wo wir von der Verwaltungsstelle bei euch helfend eingreifen können. Ich weiß nicht, woran das liegt. Wie dem auch immer sei, Kollegen, eines ist doch wohl sicher, wenn die Verbindung zwischen euch und uns nicht klappt, kann doch wohl kaum etwas Gutes dabei herauskommen."

(Diese Unterstellungen, der VLK-Vorsitzende habe seine Pflichten verletzt (keine Protokolle verschickt etc.) wurde von ihm energisch zurückgewiesen.)

Vergleicht man die weinerlich-biedermännische Ansprache des Freiherrn von Kodolitsch mit seiner Haltung auf den Vertrauensleutesitzungen der Hauptverwaltung (am 8.1.) und in Grasbrook (am 2.1.), so ergibt sich das Bild eines geschickten Taktierers, der mit allen Wassern gewaschen ist:

In Grasbrook zog er mit wilden antikommunistischen Hetztiraden und typisch faschistischen Argumentationsmuster gegen eine linke VLK-Minderheit zu Felde und besorgte ihren Ausschluß aus dem VLK. Grundlage für dieses Vorgehen war eine massive rechte VLK-Mehrheit, auf die sich Kodolitsch ohne weiteres stützen konnte.

Im VLK der HV besteht eine starke linke Mehrheit, die nach fast einjähriger Auseinandersetzung mit Kodolitsch für dessen Demagogien nicht mehr empfänglich ist. In dieser Situation läßt Kodolitsch sich von vornherein auf „keine Diskussion" ein und droht offen, mit seinen bürokratisch-administrativen Vollmachten. (Hausrecht, Satzung etc.) Hier geht es ihm nicht mehr darum, zu überzeugen oder auch nur einigermaßen sein Gesicht zu wahren. Seine Devise ist: „Wer die Macht hat, hat das Recht!"

Im Wilhelmsburger VLK ist das Kräfteverhältnis noch indifferent. Die Ziele der Vorstandspolitik unklar und die Fronten schwimmend. Für Kodolitsch ist hier noch Land zu gewinnen, aber auch zu verlieren. Hier hängt er nun den treuherzigen, naivehrlichen Kumpel heraus.

Insgesamt handelt es sich hierbei um drei wichtige Seiten der Behandlung der Arbeiterklasse durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, die alle demselben Ziel dienen, nämlich der Unterordnung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unter die kapitalistische Ausbeuterordnung. Kodolitsch ist zweifellos ein besonders gerissener Vertreter dieser allgemein geübten Taktik.

Kodolitsch kam mit seinen Schnacks in Wilhelmsburg nicht durch. Immer wieder wurde er aufgefordert, zu seinem Verhalten in Grasbrook und auf der VK-Sitzung am 8.1. (HV) Stellung zu beziehen.

P.H. von Kodolitsch: „Was die Sache vorgestern im VLK-HV betrifft, so habe ich dem, was ich dort gesagt habe (nämlich gar nichts - Anm. d. Red.) nichts hinzuzufügen. Was die Sache in Grasbrook betrifft, so ist zu sagen, daß sich die Kollegen dort über das ganze Problem detaillierte Gedanken gemacht haben (vgl. dazu Artikel in dieser Ausgabe - Anm. d. Red.). Ich finde es überhaupt merkwürdig, daß sich hier ein Vertrauensleutekörper trifft, um über einen anderen im gleichen Unternehmen zu Gericht zu sitzen."

Als die Kollegen nicht locker ließen, schaltete Kodolitsch um und pöbelte plötzlich den VK-Vorsitzenden an. Sein Bericht von der VK-Sitzung der HV sei „tendenziös". Es wimmele darin von „Verdrehungen und offensichtlichen Unrichtigkeiten". Er sei völlig sprachlos und könne „auf dies alles gar nicht eingehen".

Wenig später widerlegte sich Kodolitsch selbst. Den anwesenden Grasbrooker Kollegen pöbelte er an, daß sein Bericht (über die Grasbrooker VK-Sitzung) „wortwörtlich" die Diskussionsbeiträge zitiere. „Das beweise, daß ein Tonband mitgelaufen sein muß." Dies zeige, daß seine „Gegner mit allen Mitteln arbeiten". Kodolitsch: „Da seht ihr es, Kollegen, wie es gemacht wird. Es wird wörtlich zitiert. Damit ist klar, daß man im Vertrauensleutekörper schon nichts mehr äußern kann, ohne befürchten zu müssen, daß das morgen im „Chemiearbeiter" oder im „Arbeiterkampf" steht. Die Wahrheit kann man nur noch seinen Freunden im vertraulichen Kreise sagen. Die in dem Protokoll der drei Grasbrooker wiedergegebenen Passagen lassen nur den Schluß zu, daß während der VK-Sitzung Grasbrook ein Tonband mitgelaufen sein muß!" – Einmal „tendenziös", einmal „wörtlich" – Kodolitsch findet immer einen Vorwand zur Hetze gegen links.

Als Kodolitsch merkte, daß er auch so nicht durchkam, schaltete er abermals auf weinerlich um. Den Zwischenruf eines Vertrauensmanns zum Anlaß nehmend, meinte er sogar: *„Kollegen, es ist doch ein alarmierendes Zeichen, wenn man nicht einmal mehr ausreden kann. Ich habe das Gefühl, daß ich hier nur noch als Sparringspartner eingeladen werde."* (Vorher behauptete er noch, überhaupt nicht eingeladen worden zu sein).

Insgesamt brachte die Diskussion eine recht ausführliche Klarheit über Ziel und Methoden der Ausschlußpolitik und machte die Notwendigkeit eines solidarischen Zusammenstehens aller fortschrittlichen Gewerkschafter deutlich.

Argumentation und Beweisführung der Linken waren derart massiv, daß die Gefolgschaft der rechten Gewerkschaftsführung im Wilhelmsburger Vertrauenskörper weitgehend zum Schweigen verurteilt und im hohen Maße verunsichert war. Dies zeigte sich auch bei der Abstimmung einer Solidaritätserklärung mit den gemaßregelten linken Vertrauensleuten aus Grasbrook: Nur zwei Stimmen sprachen sich gegen die Solidaritätserklärung aus, die Hälfte dafür, der Rest enthielt sich der Stimme. Kodolitsch's Gefolgschaft war auseinandergebrochen und es wird ihm einige Mühe kosten, diese wieder zusammenzuschweißen. Einige bisher indifferente Kollegen haben sich eindeutig auf die Seite der Linken gestellt.

Zukünftig wird es für die Texaco-Linken entscheidend darauf ankommen, den erreichten Diskussions- und Erkenntnisstand breit unter den Kollegen zu verankern. Erste kleine Erfolge in dieser Hinsicht konnten bereits erreicht werden, indem einige gewerkschaftlich organisierte Kollegen für die Teilnahme an Vertrauensleutesitzungen gewonnen werden konnten. ■

11.1.74

Betriebszelle Texaco, KB/Gruppe Hamburg

Zur Außenpolitik der VR China

Schluß

Die Haltung der Kommunisten zu zwischenimperialistischen Widersprüchen

Die chinesische Außenpolitik geht davon aus, daß es in der gegenwärtigen Welt zwei „Hauptfeinde" gibt, nämlich den „Sozialimperialismus" der Sowjetunion und den US-Imperialismus. Von diesen beiden wird der „Sozialimperialismus" in gewissem Sinn als der gefährlichere Feind angesehen.

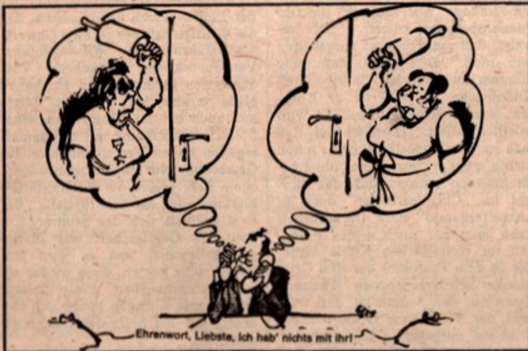
Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung sieht die VR China speziell in den imperialistischen Staaten Westeuropas objektive Verbündete im „Kampf gegen die zwei Supermächte". Die chinesische Außenpolitik gegenüber diesen Staaten erschöpft sich nicht in den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, d.h. in wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Beziehungen. Vielmehr ist das Verhältnis dadurch gekennzeichnet, daß die VR China die westeuropäischen Staaten ausdrücklich ermuntert, sich wirtschaftlich und politisch enger zusammenzuschließen und „ihre Verteidigungsanstrengungen zu verstärken".

Das beinhaltet u.a. auch, daß die VR China in den letzten Jahren ihre Kritik am aggressiven Imperialismus und Militarismus der BRD und Japans weitgehend eingestellt hat zugunsten einer Unterstützung von deren „Kampf gegen die Supermächte".

Es ist ohne weiteres klar, daß zwischen dem US-Imperialismus, dem Sowjetrevisionismus und den westeuropäischen Imperialisten Widersprüche bestehen. Das kann vom Standpunkt des internationalen Proletariats und des Sozialismus aus nützlich sein.

Die Stellungnahme des internationalen Proletariats und der kommunistischen Bewegung darf jedoch niemals die Form einer Parteinahme für diese oder jene imperialistische Macht annehmen. Gerade darum aber handelt es sich bei der Außenpolitik der VR China gegenüber den westeuropäischen Imperialisten, wenn deren expansive und aggressive Anstrengungen als Unabhängigkeitspolitik „gegen die Supermächte", als Ausdruck von „Wachsamkeit" (speziell gegenüber der Sowjetunion), als gerechtfertigte „Verteidigungsanstrengungen" fehlinterpretiert werden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Haltung der Kommunistischen Internationale zum Zweiten imperialistischen Weltkrieg. Die Kommunisten lehnten diesen Krieg als von a l l e n Seiten ungerechten imperialistischen Krieg ab; die Kommunisten Frankreichs z.B. lehnten es ab, einen Standpunkt der „Vaterlandsverteidigung" gegen den deutschen Faschismus zu beziehen (was ihnen bisweilen heute noch von Trotzkisten und anderen Antikommunisten vorgeworfen wird). Dies änderte sich erst, als der deutsche Imperialismus selbst durch den Überfall auf die Sowjetunion den Charakter des Krieges änderte – d.h. wo dieser nicht mehr nur als imperialistischer Raubkrieg geführt wurde,



Die deutschen Imperialisten träumen davon, China gegen die Sowjetunion ausspielen zu können („Morgenpost", 29.5.73)

sondern auf der anderen Seite als auch gerechter Krieg für die Verteidigung der Sowjetmacht, des ersten sozialistischen Staates. Erst d a n n kam es zu einem Bündnis des Sowjetstaates mit einer der imperialistischen Kriegsparteien.

Mao schrieb nach dem faschistischen Überfall auf Polen 1939:

„Der jetzt ausgebrochene Krieg ist sowohl von seiten Englands und Frankreichs als auch von seiten Deutschlands ein ungerechter, ein räuberischer, ein imperialistischer Krieg. Die kommunistischen Parteien und die Völker aller Länder müssen sich dagegen erheben, müssen den imperialistischen Charakter der beiden kriegführenden Seiten entlarven, müssen zeigen, daß dieser Krieg den Völkern der Welt lediglich Schaden zufügt und ihnen nicht im geringsten nützt, sie müssen die verbrecherischen Taten der sozialdemokratischen Parteien entlarven, die den imperialistischen Krieg unterstützen und die Interessen des Proletariats verraten." (129)



„Da draußen steht einer!"

Der alte unheilvolle Größenwahnsinn des deutschen Imperialismus in der Maske der „europäischen Unabhängigkeit" („Bild", 22.1.72)

Dieser Standpunkt muß besonders betont werden, weil bereits der Versuch unternommen wird, die chinesische Politik der „Einheitsfront gegen die Supermächte" mit der antifaschistischen Allianz im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen: damals habe sich die Sowjetunion ja auch mit imperialistischen Mächten gegen den deutschen Faschismus verbündet. **Dieses Bündnis wurde aber, durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion e r z w u n g e n ; es kam nicht etwa zustande, weil die Kommunisten die Sache des US-Imperialismus und seiner imperialistischen Verbündeten für „besser", „gerechter" etc. gehalten hätten als den deutschen Faschismus.**

Die antifaschistische Allianz wirkte sich in dem Moment auch negativ aus, wo „vergessen" wurde, was den US-Imperialismus, den britischen und französischen Imperialismus in den Krieg geführt hatte, wo ihr Krieg als gerechter Krieg hingestellt wurde, wo die imperialistischen Verbündeten der Sowjetunion als Kräfte des Friedens und der Demokratie hingestellt wurden. (130)

Was bedeutet es also, wenn die VR China erklärt, die imperialistischen Staaten Westeuropas müßten sich „zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit" zusammenschließen und „ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken"? Die notorischen Verteidiger der Außenpolitik der VR China sollten klipp und klar sagen, ob sie diese E i n s c h ä t z u n g der imperialistischen Staaten Westeuropas durch die chinesischen Außenpolitiker für richtig halten oder nicht.

Wir halten diese Einschätzung für krass falsch. Wenn imperialistische Staaten sich zusammenschließen, so geschieht das nie zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, sondern zur Verstärkung ihres Gewichts im imperialistischen Konkurrenzkampf. Wenn imperialistische Staaten rüsten, so geschieht das nicht zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, sondern zur Vorbereitung neuer Raubzüge.

Das ganze Geschrei der imperialistischen Politiker Westeuropas über die „russische Drohung" etc., das die chinesische Presse so wohlwollend aufnimmt, ist doch nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, um die e i g e n e n gesteigerten Kriegsrüstungen zu rechtfertigen. Die ersten, die diese gesteigerten expansiven und aggressiven Bestrebungen der westeuropäischen Imperialisten zu spüren bekommen, sind übrigens nicht einmal die „zwei Supermächte", sondern die Völker der „Dritten Welt" (z.Zt. vor allem der arabischen Länder) und die werktätigen Massen Westeuropas selbst.

Die „KVZ" des KBW schreibt mit größter Selbstverständlichkeit:

„In ihrer Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten gehen die chinesischen Kommunisten von der Einschätzung aus, daß Europa gegenwärtig den strategischen Schwerpunkt im Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft darstellt. Dabei halten sie es für richtig, alle Strömungen in der westeuropäischen Politik zu ermutigen, die sich diesem Hegemoniebestreben entgegenstellen." (131) Dies sei **„nichts anderes als eine korrekte Anwendung der Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die besondere Situation in Westeuropa."**

Eine erstaunliche These! Man braucht nur die „Peking Rundschau" z.B. aufzuschlagen, um zu sehen, wer da „ermutigt" wird: Schröder, Strauß, Pompidou, Heath – reaktionäre imperialistische Politiker. Und die Politik, zu der sie „ermutigt" werden, ist selbstverständlich imperialistische, aggressive und expansive Politik – maskiert mit verlogenen Phrasen über nationale Unabhängigkeit, Kampf gegen Hegemoniebestrebungen, „Gefahr aus dem Osten", „europäische Solidarität" etc. blah blah ... Imperialisten zu „ermutigen", das heißt eben stets, imperialistische Politik zu ermutigen.

Die „KVZ" übertreibt das Toleranzmaß an zuzubilligender Naivität, wenn sie fortfährt, daß *„die chinesischen Genossen keinen imperialistischen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder* (unterstützen), *sondern sie unterstützen einen Zusammenschluß nur, insofern er gegen das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte gerichtet ist ..."* (131)

Diese haarsträubende „Logik" eines Berufsopportunisten ist sehr ausbaufähig. Etwa so: wir unterstützen die NPD nicht als faschistische Partei, sondern nur, insofern sie gegen die bürgerlichen Parteien SPD und CDU gerichtet ist. (Wir fassen dies als Übertreibung, und nicht etwa als Anregung an die Adresse des KBW auf!!)

Die EG i s t eben ein imperialistischer Zusammenschluß zu imperialistischen Zwecken, und es ist unsinnig, davon zu abstrahieren – d.h. die EG „als solche" von ihrem imperialistischen Klassencharakter zu lösen. Im übrigen waren die Imperialisten noch nie darum verlegen, ihre e i g e n e n imperialistischen Ziele als Kampf gegen die Vorherrschaft a n d e r e r imperialistischer Mächte propagandistisch vor den Massen zu vertreten – Beispiele: das deutsche Kaiserreich und der deutsche Faschismus.

Aufgabe der westdeutschen Kommunisten muß es sein, dem ganzen Lügengeflecht von „nationaler Unabhängigkeit und Würde", von „nationaler Verteidigung gegen die Drohung aus dem Osten", von „europäischer Solidarität" etc. entgegenzutreten und den aggressiven, expansionistischen Hintergrund aufzuzeigen. In diesem Sinn müssen wir uns auch von der Beschönigung und Verharmlosung des westeuropäischen Imperialismus durch chinesische Politiker abgrenzen.

Steine aus dem Glashaus – revisionistische Hetze gegen die VR China

Die revisionistischen Parteien, „mit der KPdSU an der Spitze", ergießen eine Flut von Beschimpfungen über die VR China, die weitgehend so blöd und inhaltsleer sind, daß es sich nicht lohnt, sie in Einzelheiten wiederzugeben. Freilich wäre es seltsam, wenn die Revisionisten sich nicht auch t a t s ä c h l i c h e Unklarheiten und Fehler der chinesischen Außenpolitik zu demagogischen Zwecken zunutze machen würden.

Nicht zuletzt haben die revisionistischen Angriffe gegen das sozialistische China den Charakter von Kriegshetze. Dies ergibt sich klar aus dem politischen Verständnis des Revisionismus. Ebenso wie der Überfall auf die CSSR 1968 als „brüderliche Hilfe" und „Rettung des Sozialismus" deklariert wurden, würden die Revisionisten im Prinzip auch einen Überfall auf die VR China „rechtfertigen" können – zumal die jetzt schon gegen China erhobenen revisionistischen Vorwürfe weit schwerer sind als 1968 gegen Dubcek & Co. in der CSSR.

(Vgl. dazu den 1. Teil dieses Artikels in AK 34)

Unmittelbar zielen die revisionistischen Angriffe darauf, die KPCh zu diskreditieren (und damit auch z.B. deren Revisionismus-Kritik und die marxistisch-leninistischen Organisationen), und darauf, von der Außenpolitik der revisionistischen Staaten selbst abzulenken.

Mao warnt: Die Russen schlucken euch zuerst

Sein Rat an die Europäer: Grabt euch ein!

Peking – China befürchtet, daß sich die Bundesrepublik eines Tages auf eine Wiedervereinigung Deutschlands unter neutralistischen Vorzeichen einlassen könnte. Nach chinesischer Auffassung würde dies das Ende eines europäischen Verteidigungssystems bedeuten. Dann hätte die Sowjetunion – so heißt es in Peking – ihre europäische Flanke gesichert und könnte China ihre militärische Macht spüren lassen. Und nichts beunruhigt Peking im Augenblick mehr als die Möglichkeit eines sowjetischen Überraschungsangriffes.

Im gestern veröffentlichten Abschlußkommuniqué zum zehnten Parteikongreß der KPCh wurde die Öffentlichkeit aufgerufen, „vor einem Überraschungsangriff der (sowjetischen) Sozialimperialisten auf der Hut zu sein." Aber auch die Westeuropäer sollten sich nach Ansicht des Parteichefs Mao Tsetung hüten. Gegenüber westlichen Besuchern sagte er unlängst: „Die Russen machen Lärm im Osten. Aber ihr im Westen könntet als erste geschluckt werden."

„Auch ihr tätet gut daran, euch einzugraben", warnte Mao seine europäischen Gäste. Er spielte damit auf das Netz unterirdischer Bunker an, das als Schutz gegen eventuelle sowjetische Bombenangriffe in den chinesischen Großstädten angelegt wird.

Ähnlich hat sich Ministerpräsident Tschou En-Lai vor einigen Tagen gegenüber niederländischen Parlamentariern geäußert. Zu einem anderen europäischen Besucher sagte er: „Die Entspannung (zwischen Moskau und dem Westen) ist verheerend. Sie führt zu einer moralischen Abrüstung, von der die Russen sich aber ausnehmen." Und dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Jacques Chaban-Delmas erklärte ein chinesisches Regierungsmitglied: „Im Westen macht man keine militärischen Anstrengungen mehr, während die Sowjetunion die ihren verdoppelt."

Nach Mao Tsetungs Ansicht strebt die Sowjetunion eine gemeinsame „Bewirtschaftung der Welt" mit den USA an. Deshalb wolle Moskau das Zusammenwachsen Westeuropas bremsen. Peking ist hingegen an der Einheit Europas als Gegengewicht zu den Großmächten USA und UdSSR interessiert und wird deshalb seine Beziehungen zur europäischen Gemeinschaft intensivieren.

Wie in Brüssel verlautet, wird die Volksrepublik in absehbarer Zeit einen diplomatischen Vertreter bei der EG-Kommission akkreditieren lassen. Und Pekings Botschaft in Belgien ist bereits so stark mit Wirtschaftsfachleuten besetzt, daß sie gleichzeitig als Mission bei der Gemeinschaft fungieren kann.

Die Imperialisten mobilisieren den „Russenschreck", um die eigene Aufrüstung und Kriegsvorbereitung voranzutreiben („Morgenpost", 31.8.73)

An einem noch aktuellen Beispiel wird das besonders deutlich, nämlich an der revisionistischen Polemik gegen das diplomatische Verhalten der VR China gegenüber der faschistischen Junta Chiles. Die Revisionisten verspritzen kübelweise Gift und Galle, weil China die diplomatischen Beziehungen zur Junta aufrechterhält, während die Revisionisten sich damit rühmen, daß die Sowjetunion und andere revisionistische Staaten die Beziehungen zur Junta „unterbrochen" haben.

Kein Revisionist aber regte sich auf, keine kritische Anmerkung erschien in „UZ" und ähnlichen Zeitungen, daß die sowjetische Regierung seit Jahren ihre Beziehungen zur faschistischen Junta in Kambodscha aufrechterhalten hat. Sind etwa die kambodschanischen Faschisten „besser" als die chilenischen Faschisten? Und dabei gab und gibt es in Kambodscha – anders als in Chile – immer ausgedehntere befreite Gebiete und eine Regierung dieser Gebiete!

Ein anderes Beispiel: Pakistan. Hier malten die Revisionisten die Haltung Chinas in den schwärzesten Farben, während die sowjetische Regierung als Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Himmel gehoben wurde und sogar die indische Bourgeoisie einen Heiligenschein übergestülpt bekam.

Verschwiegen wird, wie die indische Bourgeoisie (mit Unterstützung der Sowjetunion) seit vielen Jahren das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Kaschmir mißachtet (132) und viele andere nationale Minderheiten unterdrückt.

Die Sowjetrevisionisten unterstützten den Völkermord der nigerianischen Zentralregierung in Biafra, sie rüsteten und rüsten die irakische Bourgeoisie zur Unterdrückung des kurdischen Volkes aus. Als Vertreter des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Ankläger der chinesischen Politik sind die Revisionisten wirklich nicht sehr glaubwürdig!

Und wenn die Unterstützung der „Europäischen Gemeinschaft" durch die chinesische Außenpolitik von den Revisionisten demagogisch angegriffen wird – wer waren denn die ersten, die imperialistische Politiker als „vernünftig" und „maßvoll" anpriesen, die die „realistische Fraktion" des Imperialismus erfanden, die mit dem französischen Imperialismus flirteten? Die Führer der KPdSU!

Wenn die Sowjetregierung so etwas macht, ist es angeblich „sozialistische Außenpolitik entsprechend den leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz", im Falle Chinas aber „Verrat" und „Schützenhilfe für den Imperialismus".

Die pharisäerhafte, verlogene Polemik der Revisionisten gegen die VR China soll davon ablenken, daß der Sowjetrevisionismus nicht nur dem Imperialismus zahlreiche Zugeständnisse gemacht hat, sondern selbst in seiner Außenpolitik imperialistische Züge hat. Dieses Manöver gelingt natürlich d a n n verhältnismäßig gut, wenn die revisionistische Polemik sich in einzelnen Fragen auf Unklarheiten und Schwächen der chinesischen Außenpolitik stützen kann.

Trotzkistische Schützenhilfe für den Revisionismus

Die Trotzkisten haben seit eh und je geleugnet, daß die Volksrepublik China ein sozialistisches Land ist, wie sie überhaupt stets die Existenz sozialistischer Länder abgestritten haben.

So wie Trotzki in den 20er und 30er Jahren den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion für unmöglich erklärte, so leugnen die Trotzkisten diese Möglichkeit auch für China: da das Proletariat in China zahlenmäßig sehr schwach und „politisch nicht vorhanden" war, war der Sieg der KP Chinas, die sich vor allem auf die Massen der Kleinbauern und Landproletarier stützte, vom Standpunkt des Trotzkismus aus sowieso ein schwerer Fehler, der natürlich „nicht ohne Verzerrungen und schwere Deformationen für die Politik der KP blieb" (133).

Forts. VR China

Unklarheiten und Fehler der chinesischen Außenpolitik in einzelnen Fragen bieten den Trotzkisten natürliche Angriffsflächen. Der Zweck aber ist stets, den sozialistischen Charakter der VR China zu leugnen.

Die demagogischen Angriffe der Trotzkisten gegen die chinesische Außenpolitik sollen bestreiten, daß zwischen der Außenpolitik Chinas und der Sowjetunion wesentliche U n t e r s c h i e d e bestehen. Die Trotzkisten behaupten, daß sich die chinesische Außenpolitik **„in keinem wesentlichen Punkt von der vielgeschmähten ‚friedlichen Koexistenspolitik' der UdSSR unterscheidet."** (134)

Die Konsequenz aus dieser These ist objektiv eine A u f w e r t u n g des Sowjetrevisionismus. Diese Konsequenz wird gelegentlich auch ausdrücklich vollzogen. So etwa in der Pakistan-Frage wo die Trotzkisten nicht nur darauf verzichteten, die imperialistische Politik Indiens und der Sowjetunion in diesem Zusammenhang zu entlarven, sondern im Gegenteil die Rolle des Sowjetrevisionismus und der indischen Bourgeoisie noch verherrlichten. (135)

Wenn die Trotzkisten behaupten, die sowjetische Außenpolitik unterscheide sich nicht wesentlich von der Chinas, so ist zu fragen: hat China die CSSR überfallen? Bedroht China militärisch die Sowjetunion? Es muß ja wohl so sein, da die Trotzkisten zwischen der Politik des Sowjetrevisionismus und der Politik der VR China keinen wesentlichen Unterschied entdekken können? !

Weiter ist es wohl doch ein Unterschied, daß China für die Rechte der Länder auf ihre Territorial-Gewässer eintritt, während die Sowjetunion an der A u s p l ü n d e r u n g dieser Gewässer teilnimmt. Und dies gilt für eine Reihe weiterer Fragen, wo es vor allem darum geht, die Länder der Dritten Welt vor imperialistischer Ausplünderung zu schützen.

Die Trotzkisten leugnen praktisch, daß der Sowjetrevisionismus eine nach Hegemonie strebende Außenpolitik betreibt, China jedoch nicht. Mit der Leugnung dieses wesentlichen Unterschieds leisten die Trotzkisten wieder einmal Schützenhilfe für den Revisionismus.

Zu einigen Irrtümern des KBW

Zu einigen Irrtümern des KBW

Im ersten Abschnitt dieses Teils sind wir schon auf einen Aspekt der Haltung des KBW zur chinesischen Außenpolitik, speziell gegenüber Westeuropa, eingegangen.

Am klarsten zusammengefaßt sind die entsprechenden Fehlpositionen des KBW in dem Artikel von J.S., „Der Aufruhr in der Welt verstärkt sich", in der „KVZ" vom 24.10.73. Hier zunächst ein längeres Zitat daraus:

„Es ist so: Je mehr die beiden Supermächte in ihren Hegemoniebestrebungen miteinander zusammenarbeiten und rivalisieren, wobei die Rivalität absolut und die Zusammenarbeit relativ ist, desto mehr zwingen sie die anderen Staaten, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten herzustellen bzw. zu verteidigen. Das gilt selbst für die imperialistischen Staaten Europas, die sich aus der Abhängigkeit des US-Imperialismus lösen und eine selbständige imperialistische Politik betreiben wollen. Auch diese Entwicklung schwächt den Imperialismus insgesamt und widerspricht den Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte. Insofern ist diese Entwicklung nicht schlecht, sondern gut. Auch sie kann von den Völkern der Welt und von der Arbeiterklasse des jeweiligen imperialistischen Landes ausgenutzt werden, weil sie den Feind differenziert und nicht das Proletariat jedes einzelnen Landes sofort in die Konfrontation mit dem ganzen imperialistischen System treibt. Vielmehr können die Völker der Welt und das internationale Proletariat ihre Feinde zunächst getrennt angreifen und schlagen.

Für das westdeutsche Proletariat bedeutet dies keineswegs, daß es sich mit der westdeutschen Bourgeoisie gegen die USA oder den Sozialimperialismus verbünden und die Herstellung der EG unterstützen könnte. Es bedeutet einfach, daß der Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie in dem Maße erleichtert wird, wie sich die Feinde auf der Seite des Imperialismus und der internationalen Konterrevolution differenzieren und das westdeutsche Proletariat sich im wesentlichen zunächst seiner eigenen Bourgeoisie entgegenstellen kann, um diese zu schlagen, bevor es sofort die ganze internationale Konterrevolution auf dem Hals hat." (136)

J.S. behauptet also zunächst, die westeuropäischen Imperialisten seien durch die „Supermächte" gezwungen, sich zusammenzuschließen, um ihre staatliche Unabhängigkeit zu verteidigen. Noch deutlicher wird dies in einem anderen Artikel der „KVZ": **„Das Komplott der Supermächte zwingt die europäischen Staaten, sich zusammenzuschließen."** (137)

Dies heißt, die imperialistische Propaganda gläubig nachzuplappern. Es ist leicht zu sehen, daß es sich bei der „Einigung Europas" um einen historischen Prozeß handelt, der sich nach dem 2. imperialistischen Krieg praktisch entwickelte, und dessen Stoßrichtung nicht „gegen die Supermächte" ging (die Sowjetunion war damals noch ein sozialistisches Land!!), sondern gegen die Sowjetuni-

mächte" ging (die Sowjetunion war damals noch ein sozialistisches Land!!), sondern gegen die Sowjetuni-

on und die neuentstandenen sozialistischen Staaten, gegen die Völker der „Dritten Welt" und gegen die werktätigen Massen Westeuropas selbst. Dies war der Grund für die imperialistischen Zusammenschlüsse wie EWG und NATO.

Die Imperialisten Westeuropas rüsten zu einem neuen Umverteilungskampf, zu einem neuen Eindringen in die Länder der „Dritten Welt" – und dies ist grundsätzlich verschieden, von dem gerechten Unabhängigkeitskampf unterdrückter Völker.

Die Kommunisten müssen deshalb das ganze imperialistische Gerede von einem „unabhängigen Europa", von den „Habenichtsen, die sich zusammenschließen müssen" etc. entlarven, statt aus eigenem Unverstand oder aus falsch verstandener Loyalität gegenüber der VR China die imperialistischen Schnacks nachzubeten.

Weiter: J.S. behauptet, daß diese Entwicklung, d.h. hier speziell die „Unabhängigkeitsbestrebungen" der westeuropäischen Imperialisten, den Imperialismus insgesamt schwächt. Auch dies ist so nicht richtig.

Wenn die westeuropäischen Imperialisten eine mehr „selbständige" Politik treiben wollen, so erfordert dies verstärkte Anstrengungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft und Politik, die aus den werktätigen Massen herausgepreßt werden. Soweit dies gelingt, s t ä r k t es objektiv den Imperialismus i n s g e s a m t. Dies wird besonders deutlich in der Frage der militärischen Rüstung, die unter Vorwänden wie „Gefahr aus dem Osten", „mehr Unabhängigkeit von unserem amerikanischen Verbündeten" u.ä. vorangetrieben wird, und wodurch das militärische Potential der NATO insgesamt natürlich nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Dies ist dem US-Imperialismus nicht einmal besonders unangenehm.

Verstärkt werden unter dem Vorwand der „Unabhängigkeit Europas" etc. auch der Kapitalexport, der kapitalistische Konzentrationsprozeß, Bemühungen um neue, „unabhängige" Energie-Quellen u.a.

Schließlich erlaubt eine stärkere „Selbständigkeit" der westeuropäischen Imperialisten dem Imperialismus i n s g e s a m t eine gesteigerte und verfeinerte Arbeitsteilung beim Eindringen in die Länder der „Dritten Welt" – d.h. die westeuropäischen Imperialisten könnten Aufgaben wahrnehmen, die den US-Imperialisten versperrt sind, z.B. die Politik des französischen Imperialismus gegenüber Libyen und anderen arabischen Staaten.

Die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche und das Auftreten bzw. die Entwicklung einer neuen imperialistischen „Supermacht" – die EG – „zwingt" zunächst einmal a l l e Imperialisten dazu, ihre Anstrengungen zu verstärken, und in diesem Maß wird auch der Imperialismus insgesamt gestärkt. G e s c h w ä c h t jedoch wird der Imperialismus in dem Maß, wie die verschärfte Auspressung der werktätigen Massen nicht mehr durch ökonomische Vorteile und ideologische Bemühungen („europäische Solidarität" ge-

Massen nicht mehr durch ökonomische Vorteile und ideologische Bemühungen („europäische Solidarität" ge-

gen die „Erpressung" der Rohstoffgebiete der „Dritten Welt" und gegen die „Supermächte") den Massen schmackhaft gemacht werden kann, sondern Widerstand hervorruft.

Diese Entwicklung ist also nur in d e m Sinne „gut", wie der Imperialismus überhaupt „gut" ist, weil er die unmittelbare Vorstufe des Sozialismus ist.

J.S. behauptet, diese Entwicklung erleichtere den werktätigen Massen der imperialistischen Staaten und den unterdrückten Völkern ihren Kampf, „weil sie den Feind differenziert und nicht das Proletariat jedes einzelnen Landes sofort in die Konfrontation mit dem ganzen imperialistischen System treibt."

An anderer Stelle desselben Artikels behauptet J.S., daß „das westdeutsche Proletariat sich im wesentlichen zunächst seiner eigenen Bourgeoisie entgegenstellen kann, um diese zu schlagen, bevor es sofort die ganze internationale Konterrevolution auf Hals hat."

Ein naiver Traum. Die Widersprüche unter den Imperialisten haben diese kaum je gehindert, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zusammenzustehen. So war es 1871 bei der Niederschlagung der Pariser Comune, so war es beim Versuch der Imperialisten, die junge Sowjetmacht zu zerschlagen.

Was speziell die BRD angeht, so sind hier vor allem starke militärische Verbände des US-Imperialismus stationiert. Bei allem „Selbständigkeits"-Streben des westdeutschen Imperialismus gibt es doch keinen imperialistischen Politiker in der BRD, der für den A b z u g dieser Truppen eintreten würde. Die militärische „Präsenz" des US-Imperialismus in der BRD dürfte von den westdeutschen Imperialisten wohl erst d a n n in Frage gestellt werden, wenn sie selbst (und die anderen westeuropäischen Imperialisten) den eigenen militärischen Apparat entsprechend aufgebaut haben. Selbst w e n n es einmal zum Abzug der US-Truppen aus der BRD kommen sollte (was momentan noch gar nicht zur Diskussion steht), könnten diese Truppen im „Ernstfall" gegen eine revolutionäre Bewegung sehr rasch wieder zur Verfügung gestellt werden („Luftbrücke").

Im Übrigen, was J. S. offenbar auch übersehen hat, macht der Prozeß der „europäischen Einigung" (der von dem „Selbständigkeits"-Streben der westeuropäischen Imperialisten nicht zu trennen ist) es völlig unwahrscheinlich, daß in einem Krieg zwischen Revolution und Konterrevolution das Proletariat eines westeuropäischen Landes nur seiner eigenen Bourgeoisie gegenüberstehen würde – die Konterrevolution nimmt „gesamteuropäischen" Charakter an.

Die Haltung des KBW gegenüber dem Streben der westeuropäischen Imperialisten nach mehr „Selbständigkeit" und „Unabhängigkeit" ist durchaus zwiespältig. Zwar ruft der KBW auf zum Kampf gegen die Konkreten A u s w i r k u n g e n dieser Politik („Gegen die Notstandsmaßnahmen" etc.), aber immer wieder tut

kreten A u s w i r k u n g e n dieser Politik („Gegen die Notstandsmaßnahmen" etc.), aber immer wieder tut

der KBW trotzdem so, als ob die Politik der westeuropäischen Imperialisten irgendetwas mit einem angeblichen Unabhängigkeitskampf „gegen die Supermächte" zu tun hätte. J. S. z.B. spricht von der „Unterstützung dieser Länder (durch China – Anm. AK-Red.) bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte". (138) Dies ist im Grunde eine Verschleierung der Interessen der westeuropäischen Imperialisten.

Es wäre nur konsequent, wenn der KBW, gemäß den aktuellen Parolen der chinesischen Außenpolitik schließlich gleichfalls zur Schlußfolgerung käme, daß die „Verteidigungsanstrengungen" der NATO gesteigert werden müssen, daß der EG-Zusammenschluß eine „positive Tendenz" ist und daß die imperialistische Bourgeoisie Westeuropas eine Rolle im „Kampf gegen die Supermächte" spielen kann.

Vorerst begnügt man sich mit der Halbherzigkeit, zwar die chinesischen Einschätzungen der Weltlage in Bausch und Bogen für korrekt zu erklären (139), aber in vielen konkreten Fällen das Gegenteil zu t u n . ■

Anmerkungen:

129.) Mao Tse-tung, Die Interessen der Sowjetunion fallen mit den Interessen der gesamten Menschheit zusammen, 28. September 1939; in: Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 322 – vgl. zu diesem Thema auch Mao Tse-tung, Gespräch mit einem Korrespondenten der Zeitung Hsinhua Jibao über die neue internationale Lage, in: Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 303 ff.

130.) es heißt z.B. im programmatischen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945: „...auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts."

131.) Die Politik der VR China gegenüber den Supermächten und den imperialistischen Ländern Europas, „KVZ" vom 10.10.73, S. 14

132.) Indien und Pakistan waren bis 1947 britische Kolonie. Als der britische Imperialismus sich 1947 zurückziehen mußte, wurde das Gebiet geteilt in die selbständigen Staaten Indien und Pakistan, und zwar nach dem Prinzip, mohamedanische Bevölkerung zu Pakistan zu geben, und die Hindu-Bevölkerung zu Indien. Die Bevölkerung Kaschmirs, nördlich von Indien, bestand zu 80% aus Mohamedanern und wünschte den Anschluß an Pakistan. Der Landesfürst war jedoch ein Hindu, der Kaschmir an Indien anschließen wollte. Indische Truppen überfielen Kaschmir und unterdrückten den Widerstand der Bevölkerung. Es kam zum ersten indisch-pakistanischen Krieg.

Auf Vorschlag der UNO wurde Kaschmir daraufhin p r o v i s o r i s c h geteilt, bis zum Stattfinden einer V o l k s a b s t i m m u n g über die Zukunft Kaschmirs. Dies war 1949.

Indien begann jedoch zügig, sich „seinen" Teil Kaschmirs endgültig einzuverleiben. 1957 wurde der von indischen Truppen besetzte Teil Kaschmirs zu einem Bestandteil Indiens erklärt, gegen den Protest der UNO.

Aufstände in Kaschmir wurden von der indischen Bourgeoisie 1953 und 1965 blutig unterdrückt.

133.) VR China: ‚Stalinismus in einem Land'; „Spartacus", Nr. 40/Juli 73 (Zeitschrift der gleichnamigen trotzkistischen

133.) VR China: ‚Stalinismus in einem Land'; „Spartacus", Nr. 40/Juli 73 (Zeitschrift der gleichnamigen trotzkistischen

Gruppe)

134.) wie 133

135.) „Was tun? ", Zeitung der trotzkistischen GIM, lobte in Nr. 1/70, S. 23 die „unnachgiebige Haltung" der Sowjetunion in der UNO, die „entschiedene materielle und moralische Unterstützung" Indiens durch die Sowjetunion und die „objektiv fortschrittliche Rolle" der Sowjetunion in dieser Sache (laut NRF 1/72, S. 17, Anmerkung unten).

136.) Der Aufruhr in der Welt verstärkt sich, Politischer Bericht des Sekretärs an das Zentrale Komitee vom 13. Oktober, in „KVZ" vom 24.10.73. S. 12

137.) Gegensätze in EWG und NATO, in „KVZ" vom 19.12.73, S. 3

138.) wie 131

Friedliche Koexistenz und proletarischer Internationalismus

Einige Genossen haben die Erklärung im ersten Teil dieses Artikels (AK 34) nicht akzeptiert oder nicht verstanden, daß zwischen den Prinzipien der Friedlichen Koexistenz und dem proletarischen Internationalismus ein W i d e r s p r u c h besteht. Der proletarische Internationalismus ist immer das Grundprinzip sozialistischer Außenpolitik, die Friedliche Koexistenz ist ein Teil der sozialistischen Außenpolitik – dazwischen kann kein Widerspruch sein, sagen die Genossen.

Der proletarische Internationalismus und die Friedliche Koexistenz – soweit sie auf imperialistische und kapitalistische (bzw. halbkapitalistische) Staaten angewandt wird – haben es mit unterschiedlichen Klassen zu tun. Der proletarische Internationalismus richtet sich an die werktätigen Massen, die Friedliche Koexistenz dagegen an die Bourgeoisie.

Dies heißt natürlich nicht, daß es nicht auch für das Proletariat eines imperialistischen Landes vorteilhafter ist, wenn Beziehungen der Friedlichen Koexistenz zu den sozialistischen Ländern bestehen, als wenn Krieg geführt wird. So steht die Frage aber gar nicht. Die Beziehungen der Friedlichen Koexistenz eines sozialistischen Staates auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller u.a. Ebene mit einem imperialistischen Staat sind Beziehungen zur Bourgeoisie, und nicht Beziehungen zum V o l k des betreffenden imperialistischen Landes. Wer dies abstreitet, sollte am besten auch gleich leugnen, daß die Regierungen der imperialistischen Staaten die Interessen der Bourgeoisie vertreten.

Kompromiß mit der Bourgeoisie eines imperialistischen Landes, gastliche Bewirtung imperialistischer Politiker und Austausch diplomatischer Höflichkeiten, Handelsbeziehungen zum „gegenseitigen Vorteil" mit imperialistischen Konzernen u.ä. stehen zum proletarischen Internationalismus im Widerspruch. Dies darf man allerdings nicht mechanistisch so verstehen, als wären diese beiden Dinge absolut alternativ, d.h. daß sie einander ausschlössen. Vielmehr ergänzen sie einander tatsächlich im Sinn der Dialektik. (140)

In AK 34 war schon darauf hingewiesen worden, daß sich der Widerspruch am deutlichsten in der Frage der „Nichteinmischung", d.h. einem der fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, zeigt.

Wenn ein sozialistisches Land dem Proletariat eines kapitalistischen Landes durch eine militärische Intervention zu Hilfe kommt, um dessen Bourgeoisie zu schlagen, so ist die Friedliche Koexistenz absolut aufgehoben. Gewissermaßen eine Stufe darunter steht es, wenn ein sozialistisches Land revolutionäre Bewegungen in einem kapitalistischen Land durch militärische und andere Zuwendungen unterstützt. In diesem Fall besteht zwar noch ein Teil „Friedliche Koexistenz" in den zwischenstaatlichen Beziehungen (es herrscht kein Krieg zwischen ihnen), aber der proletarische Internationalismus (die Unterstützung der revolutionären Bewegung) überwiegt gegenüber den Prinzipien der Friedlichen Koexistenz. Von Nichteinmischung wird man in einem solchen Fall nicht mehr reden können. (China hat in dieser Weise längere Zeit u.a. revolutionäre Bewegungen in Burma und Indien unterstützt, sowie natürlich in Indochina)

Außerdem gibt es abgestufte mindere Formen der Unterstützung für revolutionäre Bewegungen. Der Extremfall wäre auf der anderen Seite der fast völlige Verzicht auf eine parteiliche Stellungnahme zu den „inneren Angelegenheiten" der imperialistischen Länder, was heißen würde, daß in diesem konkreten Fall die Friedliche Koexistenz die Hauptseite des Widerspruchs gegenüber dem proletarischen Internationalismus bildet.

Der proletarische Internationalismus ist seinem Wesen nach „Einmischung" in die „inneren Angelegenheiten" eines imperialistischen Landes. Konkret ist immer die Frage, wie weit diese „Einmischung" getrieben wird und welche Zugeständnisse zugunsten der Friedlichen Koexistenz gemacht werden. Es wird wahrscheinlich die außenpolitischen Beziehungen „belasten", wenn ein sozialistisches Land allzu deutlich zu den Klassenkämpfen in einem imperialistischen Land Stellung bezieht und einen erklärt parteilichen Standpunkt einnimmt. Als Beispiel mag die außenpolitische „Isolierung" der VR China während der großen proletarischen Kulturrevolution 1966/67 dienen. Man braucht nur die Hefte der „Peking Rundschau" aus jener Zeit zu vergleichen mit aktuellen Ausgaben, um zu sehen, daß die damals sehr intensive und klar parteiliche Stellungnahme der KPCh zu den Klassenkämpfen in Westeuropa weitgehend v e r s c h w u n d e n ist zugunsten möglichst harmonischer außenpolitischer Beziehungen zu den Bourgeoisien dieser Länder. Dies geht soweit, daß in der chinesischen Presse Artikel in der Art romantischer Reisebeschreibungen erscheinen, in denen zwar die Sorgen westeuropäischer Kapitalisten und imperialistischer Politiker erwähnt werden, aber das Proletariat kaum erscheint. (141)

Es ist also sehr wohl so, daß die sozialistische Außenpolitik jeweils konkret bestimmt, worauf das Schwergewicht im Einzelfall gelegt wird – proletarischer Internationalismus und parteiliche Stellungnahme zu den Klassenkämpfen oder Friedliche Koexistenz und möglichst harmonische außenpolitische Beziehungen, wobei dies natürlich keine absoluten, einander ausschließenden Alternativen sind, sondern sie sozusagen in einem jeweils bestimmten Mischungsverhältnis nebeneinander existieren, dies Verhältnis aber von Fall zu Fall unterschiedlich sein kann entsprechend den konkreten Bedingungen und Einschätzungen. ■

SSG – klein, aber trotzdem nicht rein

Eine „praktische Wendung" der neuen „Linie" des KBW zeigte die Hamburger SSG/KBW in der Frage der Verbotsdrohungen gegen den KSV.

Nach dem Bekanntwerden des Verbotsantrages der Westberliner CDU, SPD und FDP fand in Hamburg auf Initiative des KSV und der „KPD" ein Gespräch über eine eventuelle Demonstration statt.

Die Vertreter der SSG/KBW traten bei diesem Gespräch außerordentlich demagogisch auf: Sie erklärten eine Demonstration im Zusammenhang mit den Verbots-Drohungen gegen den KSV für „sektiererisch" und forderten die anwesenden Organisationen auf, stattdessen an einer bereits von der SSG geplanten Demonstration „gegen die Notstandsmaßnahmen" teilzunehmen (der zweite Anlauf nach der abgesagten Demonstration am 8. Dezember).

Die Vertreter der SSG beteuerten, wie unendlich wichtig es doch sei, den Kampf gegen die „Notstandsmaßnahmen" i n s g e s a m t zu führen, dies sei aber nicht der Fall, wenn das drohende KSV-Verbot zum Anlaß genommen würde. Den KSV würden „die Massen" sowieso gar nicht kennen, die „Notstandsmaßnahmen" aber spürt doch jeder.

Nun hatte die „KPD" tatsächlich eine zentrale „Plattform" vorgelegt, die völlig studentisch-borniert war, d.h. sich auf die Situation an den Universitäten beschränkte, ohne den Gesamtzusammenhang mit der Klassenkampfsituation herzustellen. Die Vertreter der „KPD" erklärten jedoch von vornherein diese „Plattform" für nicht verbindlich und erklärten sich bereit, eine Demonstration mit der Stoßrichtung zu unterstützen, daß der Kampf gegen das drohende KSV-Verbot verbunden würde mit dem Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie allgemein.

Es wurde von Sprechern der „KPD" und des KB aufgezeigt, wie sich die SSG noch stets mit wechselnden Ausreden aus der konkreten Solidarität herausgewunden hat, während sie auf der anderen Seite bei jedem Schlag gegen sie selbst ein organisationsborniertes, wehleidiges Gezeter anstimmt.

Der KB erinnerte u.a. an die Kampagne um die beiden von der Schulbehörde entlassenen Referendare Hindemith und Altenburg (Mitglieder der SSG) vor einigen Wochen. Damals hatte die SSG die Kampagne in total bornierter Weise auf Schulprobleme, und speziell auf die Wiedereinstellung der beiden Referendare eingeengt, ohne diesen Kampf mit den Entlassungen in den B e t r i e b e n oder auch nur dem a l l g e m e i n e n Berufsverbot im öffentlichen Dienst zu verbinden.

Es ist bezeichnend, daß die SSG uns damals in einem Flugblatt folgende Auffassung zum V o r w u r f machte: *„Man müsse die Sache in 'größeren Zusammenhängen' sehen und dürfe nicht alles so konkret auf die Schule und die Sache, um die es geht, beziehen."* (Flugblatt vom 26. 9.73)

Mit dieser etwas demagogischen Umschreibung ist gemeint, daß wir tatsächlich im Gespräch mit der SSG die Notwendigkeit betonten, die Dinge um Hindemith/Altenburg nicht mit der Nase am Bauchnabel, sondern in „größerem Zusammenhang" zu behandeln, nämlich im Zusammenhang mit den umfassenden Angriffen der Bourgeoisie.

Die SSG-Vertreter beim Bündnisgespräch (in der Frage des drohenden KSV-Verbots) ernteten deshalb auch nur Gelächter, als ausgerechnet s i e sich jetzt in die Pose derjenigen werfen wollten, die „den größeren Zusammenhang im Auge haben", „die Interessen der Massen berücksichtigen" usw. Nachdem die SSG-Vertreter hinreichend klargemacht hatten, daß sie an der geplanten Demonstration der Aktionseinheit nicht teilnehmen würden, wurden sie auf allgemeinen Beschluß an die frische Luft gesetzt. Dies passierte ihnen schon einmal, nämlich bei den Bündnisgesprächen anläßlich der Polizei-Repressalien im Mai gegen die „KPD". Während damals jedoch die SSG-Vertreter nach Rücksprache mit ihren Vorgesetzten reumütig wieder aufkreuzten (und die SSG dann auch an der Demonstration teilnahm), blieb die SSG diesmal „hart".

In ihren folgenden Flugblättern steigerte die aus der Aktionseinheit katapultierte SSG ihre Demagogie noch. Sie sprach vom KSV, „den die meisten Menschen nicht einmal kennen" – als ob das die Frage war. Sie behauptete, die Stoßrichtung der von der Aktionseinheit vorbereiteten Demonstration sei: **„Unterstützt die kommunistischen Studenten!"** (beide Zitate aus einem Flugblatt vom 18. 12.73). Sie behauptete, die geplante Demonstration würde den Zusammenhang mit den allgemeinen Angriffen der Bourgeoisie nicht herstellen, was 1. konkret nicht stimmte, und 2. v o r dem Stattfinden der Demonstration eine besondere Unverschämtheit war. Im weiteren steigerte sich die SSG zu der für das eigene politische Denken bezeichnenden Behauptung, daß die Stoßrichtung der Demonstration der Aktionseinheit **„nichts mit den Interessen der Massen und ihrem Kampf gemein hat"** (aus einem Flugblatt vom 17.12.73).

Der Kampf gegen das Verbot kommunistischer Organisationen hat mit den „Interessen der Massen" nichts gemein – diese These der SSG sollte man sich merken!

Das ist eine Steigerung gegenüber der früheren These des KBW, es sei „sektiererisch", gegen die Verfolgung von Kommunisten zu kämpfen – (sofern es sich nicht um Mitglieder des KBW handelt!!).

Interessant ist auch eine weitere Behauptung: Die SSG werde an der Demonstration nicht teilnehmen, **„weil auch unsere Beteiligung den sektiererischen Charakter der KSV-Demonstration nicht ändern könnte"** (Flugblatt vom 17.12.73). Interessant ist dies besonders deshalb, weil die SSG sich wenige Tage zuvor einer Demonstration des reformistisch-revisionistischen AStA zum BAFöG (es geht dabei um Stipendien für Studenten) angeschlossen hatte, mit dem Anspruch, den Kampf „gegen die Notstandsmaßnahmen" in die Demonstration hineinzutragen (Flugblatt vom 12.12.73).

Beim AStA also ging es, bei den kommunistischen und demokratischen Organisationen der Aktionseinheit zum KSV-Verbot dagegen nicht. Eine aufschlußreiche Logik! Entweder läßt sich das BAFöG besser mit dem Kampf „gegen die Notstandsmaßnahmen" verbinden als das drohende KSV-Verbot, oder die SSG/KBW sieht bei einer von den Reformisten organisierten Demonstration bessere „Chancen" als bei den Organisationen der Aktionseinheit. Eine dieser beiden Überlegungen – oder beide – muß ja wohl dem Verhalten der SSG/KBW zugrunde liegen?

Die SSG/KBW hatte schon anläßlich der Hindemith/Altenburg-Kampagne die notwendige „breiteste Aktionseinheit der Massen" demagogisch gegen die Aktionseinheit der Linken ausgespielt (Flugblatt vom 26.9.73, „Warum ist die breiteste Aktionseinheit der Massen nötig?", vgl. dazu AK 34, S. 23 und AK 36, S. 27).

Dieses auch bei den Bündnisgesprächen zum KSV-Verbot wieder vorgetragene wichtigtuerische Gezeter ist nichts weiter als ein Vorwand für die Eigenbrötelei der SSG/KBW, für das Fernbleiben von einheitlichen Aktionen. Denn die Alternative „breiteste Aktionseinheit der Massen" besteht ja aktuell gar nicht, und die SSG/KBW brachte zu ihrer „Massen"demonstration zwei Tage nach der Demonstration anläßlich des drohenden KSV-Verbots (an der etwa 1.000 Menschen teilgenommen hatten), weniger als 200 Menschen auf die Beine. ■

Westberlin:

SPD und CDU fordern Verbot des KSV

Am 12. Dezember wurde im Westberliner Abgeordnetenhaus ein SPD-Antrag angenommen, in dem die westdeutsche Regierung aufgefordert wird, den „Kommunistischen Studentenverband" (KSV) der „KPD" zu verbieten.

Vorausgegangen war ein Antrag der CDU, den KSV in Westberlin zu verbieten. Die SPD brachte dagegen vor, daß ein Verbot des KSV a l l e i n in Westberlin nicht günstig sei wegen der besonderen Situation der Stadt sowie aus taktischen Gründen im Rahmen der g e s a m t e n Kommunisten - Verfolgung in der BRD und Westberlin. Die CDU ließ sich von den Argumenten der SPD überzeugen und stimmte deren weitergehendem Antrag auf Verbot des KSV in der BRD und Westberlin zu.

Die Studentenbewegung allgemein und speziell der KSV ist seit längerer Zeit Gegenstand einer kontinuierlichen Hetzkampagne der Bourgeoisie. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß „an den Universitäten der Terror regiert", daß eine „kleine radikale Minderheit" es den „guten, fleißigen" Studenten unmöglich macht, zu arbeiten.

Der tatsächliche Terror an den Universitäten geht von der Bourgeoisie aus:

Reaktionäre Professoren haben das „Recht" auf ihrer Seite, wenn sie einen marxistischen Wissenschaftler wegen seiner politischen Einstellung daran hindern, überhaupt an der Universität eingestellt zu werden – aber dieselben Leute kreischen laut „Terror", wenn sie in ihren Vorlesungen auch nur von einem Zwischenruf unterbrochen werden.

Kapitalistenknechte wie der Kölner Professor Scheuch haben das „Recht", z.B. im Auftrag von Pharma-Konzernen „wissenschaftliche Gutachten" auszustellen, in denen sie gegen gute Bezahlung „nachweisen", daß nicht das Gift Contergan, sondern die „schlechten Erbanlagen" der Eltern an körperlichen Schäden der Kinder schuld seien – aber dieselben Leute schreien „Terror", wenn sie von den Studenten wegen solcher Schweinereien zur Rede gestellt werden.

Die bürgerliche Justiz kommt den reaktionären Professoren inzwischen soweit entgegen, daß sie z.B. den geringsten Zwischenruf in einer Vorlesung schon zur „Nötigung" und damit für strafbar erklärt.

Nach Angaben der „Roten Fahne" der „KPD" vom 19.12.73 laufen im Zusammenhang mit derartigen „Vorlesungsstörungen" u.a. rund 600 Strafverfahren.

Die Bourgeoisie bestimmt, w e r an den Universitäten lehren darf, w a s gelehrt werden darf, w o - f ü r und für w e n „geforscht" wird, und sie bestimmt durch das Prüfungssystem auch sehr weitgehend, was von den Studenten g e l e r n t werden soll. Den Widerstand gegen diesen Zustand nennt die Bourgeoisie „Terror" und „undemokratisch", weil sie an der Erhaltung des bestehenden Zustands, natürlich nicht nur an den Universitäten, um jeden Preis interessiert ist. Daß das Vorgehen des KSV in einzelnen Fällen schlecht überlegt und sektiererisch war und so nicht dazu beitrug, die Kampffront zu verbreitern, muß vom Standpunkt der kommunistischen und demokratischen Bewegung aus kritisiert werden – sollte jedoch nicht das Zusammenstehen gegen diesen neuerlichen Vorstoß der Bourgeoisie beeinträchtigen.

Die Verbotsdrohung gegen den KSV gehört in den Zusammenhang der Maßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die Disziplinierung der Werktätigen und die Vorbereitung auf kommende Krisen und Klassenkämpfe vorantreibt: Polizei-Einsatz gegen Streikende, Entlassung kämpferischer Arbeiter aus den Betrieben, „Extremisten-Erlaß" im Öffentlichen Dienst und in den Gewerkschaften, Verbotsvorbereitungen gegen die kommunistischen Organisationen, rassistische Hetze und Propagierung der von den Nazis her bekannten „Volksgemeinschaft" u.s.m.

Deshalb ist es falsch, den Verbotsantrag gegen den KSV vorwiegend im universitären Rahmen einzuordnen und das Schwergewicht auf die Solidarität von Studentenorganisationen und liberalen Wissenschaftlern („fortschrittliche Professoren", „aufrechte Demokraten") zu legen, wie es die „KPD" und der KSV getan haben.

In mehreren Städten gab es Protestversammlungen und Demonstrationen gegen den Verbotsantrag des Westberliner Abgeordnetenhauses. So in Westberlin eine Demonstration am 12. Dezember, an der nach Angaben der „Roten Fahne" vom 19.12.73 etwa 2.500 Menschen teilnahmen. In Hamburg demonstrierten am 18. Dezember etwa 1.000 Menschen. Aufgerufen hatten dazu die „KPD", der KSV, die „Liga gegen den Imperialismus", der KOMMUNISTISCHE BUND, der SSB, die „KPD/ML" und der Ring Bündischer Jugend (RBJ). Die örtliche Gruppe des KBW (SSG) war nicht zu einer einheitlichen Demonstration zu bewegen, sondern führte ihre Anhänger lieber zwei Tage später separat auf die Straße.

Die DKP und ihr Studentenverein, der MSB, zeigten sich wie schon gewohnt auch diesmal von der schlechtesten Seite: sie geben sich nicht einmal mehr die Mühe, ihre Schadenfreude über die Schläge der Bourgeoisie gegen die „Chaoten" zu verbergen. Wo immer sie konnten, hetzten sie auf studentischen Versammlungen gegen den KSV, um Solidaritäts-Resolutionen anläßlich des Verbotsantrags zu Fall zu bringen. Den erbärmlichen kleinen Zeitgewinn, den sich die Revisionisten durch diese Dreckarbeit von der Bourgeoisie erkaufen möchten, bezahlen sie mit zunehmender Entlarvung und Diskreditierung unter den antikapitalistischen Kräften.

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES/ GRUPPE HAMBURG

(verlesen auf der Demonstration am 18. Dezember)

Der Kommunistische Bund protestiert aufs schärfste gegen die Vorbereitungen eines Verbots des „Kommunistischen Studentenverbandes" (KSV). Wir erklären, daß wir darin einen Angriff der Bourgeoisie sehen, der sich nicht nur gegen eine bestimmte Organisation richtet, sondern gegen die gesamte kommunistische und darüber hinaus gegen die gesamte linke Bewegung. Trotz der bestehenden und teilweise sehr grundsätzlichen politischen Differenzen innerhalb der westdeutschen Linken ist ein solidarisches Handeln der gesamten Linken gegen diese Angriffe unbedingt erforderlich. Diese Auffassung haben wir bislang immer vertreten und werden sie auch weiter vertreten, egal, welche Organisation der Linken davon jeweils konkret betroffen ist.

Wir meinen weiterhin, daß die Verbotsvorbereitungen gegen linke Organisationen ein Bestandteil der allseitigen Offensive der Bourgeoisie und ihres Staates gegen die Arbeiterklasse ist, ein Bestandteil der von der Bourgeoisie betriebenen Militarisierung und Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Aufgabe der Linken ist es in dieser Situation, in der Arbeiterklasse eine umfassende Klarheit über diese Entwicklung zu schaffen und sie auf den einzig möglichen Ausweg, den unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie zur Zerschlagung ihrer Klassenherrschaft zu orientieren. In diesem Rahmen ist die notwendige Solidarität gegen die Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Linken auch nicht nur eine exklusive Angelegenheit der Linken selber, mit der man die Arbeiter besser nicht belasten sollte, wie es offensichtlich von einigen Gruppen gemeint wird, die nicht bereit waren, sich an der heutigen Demonstration zu beteiligen. Wir halten das für schädlich und erklären nachdrücklich unsere Auffassung, daß die Verteidigung auch der Organisationsfreiheit der Linken (wie die Verteidigung aller demokratischen Rechte) davon abhängt, in welchem Maße die Arbeiterklasse selbst in diesem Kampf eindeutig und aktiv Partei ergreift gegen die Bourgeoisie und ihre diensteifrigen Erfüllungsgehilfen im Staatsapparat, in allen bürgerlichen Parteien und ebenso in der Gewerkschaftsführung.

WEG MIT DEM DROHENDEN VERBOT DES KSV! KAMPF DEN VERBOTSDROHUNGEN GEGEN DIE GESAMTE KOMMUNISTISCHE UND LINKE BEWEGUNG!

Betriebsnahe Tarifpolitik und innergewerkschaftliche Demokratie

oder: Wie das „Sozialistische Büro" die IG Chemie zur Kampforganisation der Werktätigen machen möchte

Dieser Artikel ist ein Diskussionsbeitrag unserer Texaco-Sympathisanten-Gruppe. Er setzt sich mit den Theorien der SB-Ideologen zum Thema „Betriebsnahe Tarifpolitik" auseinander. Dies ist zwar im AK schon des öfteren geschehen, aber die SB-Ideologen halten es offenbar nicht für nötig, sich mit den Beiträgen unserer Organisation ö f f e n t l i c h auseinanderzusetzen, obgleich sie selbst wissen, daß das Konzept „Betriebsnahe Tarifpolitik" für die Arbeiter und Angestellten unmittelbare und sehr weitreichende Folgen hat. Die Arbeiter und Angestellten von Texaco sowie ihre Vertrauensleute und Betriebsräte haben bereits jahrelange Erfahrungen mit diesem Konzept der IG-Chemie-Führer machen müssen, die allesamt sehr schlecht waren und in keiner Weise geeignet sind, die von SPD-Strategen, Gewerkschaftsführern und SB-Ideologen versprochenen Verbesserungen für die Arbeiter zu bringen. Im Gegenteil: die Tatsache einer schon langjährig bestehenden „Betriebsnahen Tarifpolitik" für Betriebe z.B. der Mineralölindustrie, war bisher nur geeignet, den Lohnkampf etc. in dieser Branche zu zersplittern und die Kollegen der verschiedenen Konzerne gegeneinander auszuspielen. Aus diesem Grund und aus der Tatsache, daß die SB-Ideologen als „Sozialisten" den Arbeitern und Angestellten dies üble Konzept wärmstens empfehlen und andererseits offenbar nicht bereit sind, sich mit unseren Argumenten dagegen auseinanderzusetzen, erklärt auch den z.T. sehr scharf polemischen Stil des Artikels, den wir unter diesen Umständen für angebracht halten.

Die Strategie der „betriebsnahen Tarifpolitik" als Voraussetzung einer angeblichen „Demokratisierung der Gewerkschaften" ist offenbar das Aushängeschild „progressiver" Gewerkschaftspolitik geworden. „Linke" Sozialdemokraten und die neunmalklugen Ideologen des Sozialistischen Büros in Offenbach (Zeitung „links") überbieten sich gegenseitig darin, Thesen zur „betriebsnahen Tarifpolitik im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß innerhalb der Gewerkschaften" herauszuarbeiten.

Einen solchen Versuch hat jüngst wieder Otto Jacobi in seinem Aufsatz „Die innerverbandliche Stellung der Vertrauensleute in der IG-Chemie-Papier-Keramik" unternommen. Der Beitrag erschien im September d. J. in „Kritisches Jahrbuch '73 – Gewerkschaften und Klassenkampf" bei Fischer in der Reihe „Informationen zur Zeit".

Welches sind die Analysen, welches die Schlußfolgerungen Jacobis, und wie sind letztere vom Standpunkt wirklicher, also nicht nur verbal kämpferischer Gewerkschaftspolitik zu beurteilen?

Obwohl wir uns im ARBEITERKAMPF mehrfach mit den „Argumenten" der die „betriebsnahe Tarifpolitik" propagierenden Tagträumer und Schöngeister auseinandergesetzt haben – u. a. auch in Nr. 26/März 1973 – werden wir an dieser Stelle noch einmal auf die Irreführungen und Fehleinschätzungen einer solchen Politik eingehen – diesmal allerdings unter besonderer Berücksichtigung der Auslassungen, die „linke" Gewerkschafter und SB-Ideologen bezüglich „betriebsnaher Tarifpolitik" und „innergewerkschaftlicher Demokratie" von sich zu geben pflegen.

Denn es hat sich gezeigt, daß die Ergüsse des „Sozialistischen Büros" im allgemeinen und zu diesem Themenkreis im besonderen die Arbeiter und Angestellten irreführen, ihnen die Illusion eines „evolutionär-demokratischen Weges" in den Gewerkschaften vorspiegeln, damit die uneingeschränkte Macht der Gewerkschaftsbürokratie zementieren, also im Ergebnis nichts anderes sind als Wasser auf die Mühlen der Kapitalisten und ihrer Agentur in der Arbeiterklasse, der Gewerkschaftsführung.

Im folgenden Artikel wird versucht, die ideologischen Wurzeln der von den „linken" SB-lern und Sozialdemokraten propagierten „betriebsnahen Tarifpolitik als Voraussetzung innergewerkschaftlicher Demokratie" bloßzulegen. Wir werden zeigen, daß diese „betriebsnahe Tarifpolitik" nichts anderes ist als ein „betriebsnaher" Betrug, der weder zu mehr Demokratie in den Gewerkschaften führt noch zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen schon gar nicht zur Möglichkeit, an die Stelle der Macht der Bourgeoisie einmal die Macht aller Werktätigen zu setzen. Wir werden beweisen, daß die Konzeption der „betriebsnahen Tarifpolitik" sich im Gegenteil mit dem Interesse der Kapitalisten deckt, sich nahtlos in das kapitalistische System einpaßt und sich als eines der Mittel erweist, ihre Macht und das „Recht auf Ausbeutung der Arbeitskraft" um j e d e n Preis zu erhalten.

Wir werden darüberhinaus die Konsequenzen der „betriebsnahen Tarifpolitik" aufzeigen, die die Gewerkschaftsführung immer dann zieht, wenn es darum geht, die Interessen der Arbeiter und Angestellten im Wege des Streiks durchzusetzen. Dies ist die Frage nach der Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsführung, die sich mehr und mehr ausdrückt in der Taktik der „Nadelstiche" und der „Schwerpunktstreiks", und die einen Voll- oder gar Flächenstreik mit dem Ziel, die Kapitalisten wirklich zu treffen, peinlichst vermeidet. Wir werden sehen, daß diese Frage in engstem Zusammenhang steht mit der Organisationsstruktur der Gewerkschaften, ihren finanziellen Vorbereitungen, die das Durchstehen eines wirklichen Arbeitskampfes, eines Flächenstreiks, ausschließen. Wir werden zeigen, daß die zunehmende Konzentration der Gewerkschaftsführung und ihres Apparates auf die Verwaltung der ungeheuren Masse des DGB-Besitzes auf eine mehr als fragwürdige „Bildungsarbeit" und auf den Ausbau ihrer Organisation zur „Kontrolle" der Mitgliederbasis die Konzeption der „betriebsnahen Tarifpolitik" geradezu zur Voraussetzung hat, um den Schein der Kampforganisation und der innergewerkschaftlichen Demokratie zu wahren und die Komplizenschaft der Gewerkschaftsführung mit dem Kapital zu kaschieren.

Die vier Thesen des „Sozialistischen Büros"

Im wesentlichen stützen die SB-Ideologen und „linken" Sozialdemokraten ihr Plädoyer für eine „betriebsnahe Tarifpolitik als Voraussetzung eines innergewerkschaftlichen Demokratisierungsprozesses" auf die folgenden vier Thesen:

1) Durch die betriebsnahe Tarifpolitik kann der „innerbetriebliche Lohnspielraum" in den einzelnen Betrieben und Unternehmen durch Separattarifverträge ausgeschöpft werden.

2) Diese Ausschöpfung des „innerbetrieblichen Spielraums" durch die tarifliche Absicherung der Effektivlöhne und -gehälter „je nach den Möglichkeiten der einzelnen Betriebe und Unternehmen" macht es umso wahrscheinlicher, "... daß das vorrangige Ziel in allen Gewerkschaftsprogrammen, eine Umverteilung der Einkommen in der BRD vorzunehmen, erreicht wird". Das bisher praktizierte Verfahren der „doppelten Lohnanpassung", der Lohn- und Gehaltserhöhung erstens durch die regionalen Tarifverträge und zweitens durch die übertariflichen Zulagen in den Großkonzernen, deren „Leistungsfähigkeit" durch die regionalen Tarifverträge nicht ausgeschöpft worden ist, hat – so die SB-Ideologen – „aufs ganze gesehen zur Umverteilung der Einkommen nicht geführt."

3) Mit dem Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" würde „die lohnpolitische Funktion der Betriebsräte zugunsten einer innerbetrieblichen gewerkschaftlichen Tarifautonomie abgebaut." Dadurch kommt die Lohnpolitik auch in den Großkonzernen aus der bisherigen „sozialpartnerschaftlichen Bindung" der Betriebsräte heraus. Somit ist es zu erwarten, daß die Vertrauensleute in den Betrieben der Großkonzerne zu einer mehr kämpferischen Tarifpolitik zurückkehren. Dieser würden sich dann auch die Betriebsräte anschließen, soweit die ihren „Funktionsverlust verschmerzt" haben und nicht schon heute im Sinne dieses neuen gewerkschaftlichen Konzeptes eine „ausgezeichnete Gewerkschaftsarbeit" leisten.

4) Voraussetzung, ein solches Konzept „kämpferischer" Tarifpolitik zu realisieren ist der Ausbau der „Einflußmöglichkeiten" der Vertrauensleute auf den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß, mit anderen Worten: der Ausbau der gewerkschaftlichen Demokratie. Denn eine „betriebsnahe Tarifpolitik" ist ja wohl schlechterdings unmöglich, wenn an ihr nicht Gewerkschafter beteiligt sind, die die besonderen Verhältnisse der Betriebe und Unternehmen kennen und aufgrund der Bilanzen und Geschäftsberichte sowie der sonstigen Information aus den Betrieben und Unternehmen beurteilen können, was in den einzelnen Lohn- und Gehaltsrunden die Kapitalisten „zu leisten vermögen".

Die Argumentation des Sozialistischen Büros gipfelt in der haarsträubenden Feststellung, die innergewerkschaftliche Situation sei dadurch gekennzeichnet, daß in der IG-Chemie und in der IG-Metall starke Tendenzen festzustellen sind, die Position der Vertrauensleute auszubauen.

Betriebsnahe Tarifpolitik – Ausschöpfung des Innerbetrieblichen 'Lohnspielraumes'?

Zunächst ist dem SB darin zuzustimmen, daß das Lohn- und Gehaltsgefälle in der chemischen Industrie von den Großbetrieben über die mittleren Unternehmen bis hin zu den Kleinbetrieben besonders groß ist. Die bisherige Praxis der Gewerkschaftsführung lief darauf hinaus, in den jährlichen Tarifrunden die Kleinen zu schonen und die Großen ungeschoren zu lassen. Dabei ging sie von der durchaus zutreffenden Tatsache aus, daß die Klein- und Mittelbetriebe eine den Profiten der Großkonzerne angepaßte Lohn- und Gehaltsbewegung nicht würden verkraften können.

Die hochkonzentrierte chemische Industrie mit ihren außerordentlich hohen Investitionen weist nämlich in den Großbetrieben etwa im Mineralölsektor einen Lohnkostenanteil von nur 4% am Gesamtkostenvolumen auf, während dieser Lohnkostenanteil desto größer wird, je kleiner der Betrieb ist. Es ist nun nicht zu verkennen, daß die Politik der Gewerkschaftsführung diese Entwicklung durch niedrige regionale und – wo immer möglich – „angepaßte" betriebliche Abschlüsse jahrelang begünstigt hat, getreu der sozialdemokratischen Grundsatzforderung, wonach "...das private Eigentum an Produktionsmitteln.. Anspruch hat auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung..." hinderlich ist "...und leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen stärkt, damit sie die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Großunternehmen bestehen können." (Grundsatzprogramm der SPD, Bad Godesberg, November 1959) Wichtig war und ist also für die SPD und in ihrem Gefolge für die Gewerkschaftsführung "... der Schutz des privaten Eigentums an Produktionsmitteln...", was gesamtgesellschaftlich gesehen nur möglich ist, wenn die vielen kleinen und mittleren Kapitalisten, die SPD nennt sie "... die kleinen und mittleren leistungsfähigen Unternehmen..." gestärkt werden.

Hier nun liegt ein Dreh- und Angelpunkt in unserer Auseinandersetzung mit den SB-Ideologen. Bevor sie die „betriebsnahe Tarifpolitik" so lauthals propagierten, hätten sie sich als „Marxisten" einmal daran erinnern sollen, wie die SPD 1959 die Liquidierung marxistischer Restgedankengänge begründete. Ihr damaliger „Wirtschaftsexperte", Dr. Heinrich Deist, sagte dazu auf dem Godesberger Programmparteitag etwa folgendes: Marx habe das allmähliche Verschwinden der kleinen und mittleren Betriebe vorausgesagt und ihr notwendiges Aufgehen in den Großkonzernen wie auch ein damit einhergehendes „Herabstürzen" der kleinen und mittleren Kapitalisten ins Proletariat. Beides sei aber nicht eingetreten. Vielmehr sei mit der Akkumulation der großen Kapitale auch eine breite „Mittelschicht kleiner und mittlerer Unternehmer" entstanden, deren Stellung immer stärker werde, wodurch die marxistische Analyse weitgehend widerlegt sei. Es sei daher geradezu unmarxistisch, aus dieser Entwicklung als „Volkspartei" nicht die Konsequenzen zu ziehen und auch noch an den „Dogmen" festzuhalten, die mit der Wirklichkeit kollidierten.

Natürlich verschwieg Deist seinerzeit die tatsächliche Entwicklung, in deren Verlauf zwar eine relativ breite „Mittelschicht" mittlerer, kleiner und kleinster Kapitalisten entstanden war, aber erstens durch eine Subventionspolitik der öffentlichen Hände auf Kosten der Werktätigen in Form unglaublicher Steuerbegünstigungen, von denen die großen wie die kleinen Kapitalisten gleichermaßen profitierten und zweitens in Form einer Abhängigkeit der kleinen von den mittleren und den mittleren von den großen, die jeder heute beobachten kann, wenn einer der mittleren und großen in Liquiditätsschwierigkeiten kommt.

Selbstverständlich waren Deist und seinen „Mitgenossen" Wehner und Ollenhauer seinerzeit diese Tatsachen bekannt. Ihnen kam es aber schon seit langem nicht mehr darauf an, sie im Proletariat bewußt zu machen, um etwas daran zu ändern, sondern allein darauf, durch die bewußte Förderung kapitalistischen Profitstrebens in Form der „Absicherung der Kleinen" nach durch und durch bürgerlicher Methode ihre christdemokratischen Nebenbuhler auszustechen.

Vor diesem ideologischen Hintergrund muß die gewerkschaftliche Praxis der überbetrieblich-zentralen Tarifpolitik gesehen werden, die – wie das Sozialistische Büro beklagt – nicht dazu geführt habe, "...den möglichen Lohnspielraum der Unternehmen voll auszuschöpfen." Natürlich ergab und ergibt sich bei ihrer Praktizierung für das betriebliche Management eine „innerbetriebliche Lohnmanipuliermasse", die es „im Interesse ihrer personalpolitischen Ziele verteilen kann", indem es mit „sozialpartnerschaftlich" gebundenen Betriebsräten entsprechende Betriebsvereinbarungen abschließt. Natürlich ergeben sich dadurch nicht nur erhebliche Lohnunterschiede zwischen den großen, mittleren und kleinen Unternehmen, sondern auch erhebliche Lohn- und Gehaltsgefälle innerhalb der Großkonzerne selbst, die selbstverständlich nicht zögern, das „Leistungsprinzip" bei der Verteilung der innerbetrieblichen Lohnmanipuliermasse anzuwenden.

Aber ist all dem durch die „betriebsnahe Tarifpolitik", also durch die „tarifpolitische Ausschöpfung des innerbetrieblichen Lohnspielraums" beizukommen?

Zunächst: Es trifft nicht zu, daß die gewerkschaftliche Praxis – wie das Sozialistische Büro unterstellt – durch die überbetrieblich-zentrale Tarifpolitik in den letzten Jahren bestimmt worden ist. Die Tatsache, daß die IG-Chemie lt. Geschäftsbericht 1969 - 1971 jährlich 1006 Lohn- und Gehaltstarifverträge, 521 Verträge für Ausbildungshilfe, 272 Urlaubsabkommen und Urlaubsgeldvereinbarungen, 185 Arbeitszeitabkommen und 431 sonstige Verträge abgeschlossen hat, zeigt, daß die Gewerkschaftsführung schon längst in einigen Bereichen zur vom Sozialistischen Büro so vehement geforderten „betriebsnahen Tarifpolitik" übergegangen ist.

Weiterhin: Dem Sozialistischen Büro scheint völlig entgangen zu sein, daß es aufgrund der Bilanzen und Geschäftsberichte der großen und multinationalen Konzerne eben heute nicht mehr feststellbar ist, wie hoch die im Inland erwirtschafteten Profite dieser Giganten tatsächlich sind. Will man also – um in der Terminologie des SB zu bleiben – feststellen, was die großen Konzerne „wirklich leisten können", so muß man nicht nur die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen auf bestimmte Kennziffern hin untersuchen, sondern man muß auch das gesamte statistische Material mit heranziehen. Selbst dann ist es noch unmöglich, die wirklichen Gewinne herauszurechnen, weil man die tatsächlichen Zukaufspreise der Einsatzprodukte – die bestgehütetsten Geheimnisse eines multinationalen Konzerns – nicht kennt. Durch diese Preismanipulation – und noch durch viele andere Kniffe mehr – etwa durch die Verlegung der steuerlichen Abschreibung auf die Jahre der fetten Profite – ist es den Großkonzernen möglich, die Gewinne entstehen zu lassen, wo und wann sie sie haben wollen. Allein schon aus diesem Grunde ist die „Ausschöpfung der Leistungsfähigkeit eines Großkonzerns" durch die „betriebsnahe Tarifpolitik" nichts als eine blutleere Fiktion.

Aber selbst wenn dem nicht so wäre, die Profite also in ihrer reinsten Tatsächlichkeit festgestellt und als „Argument" in der Tarifauseinandersetzung benutzt werden könnten, so dürfte doch kein Marxist für eine „betriebsnahe Tarifpolitik" sein. Diese paßt sich nämlich nahtlos in das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ein, indem sie jedem Kapitalisten nur „das zumutet, was er leisten kann." Wenn eine Tarifpolitik hundertprozentig systemkonform ist, so ist es die „betriebsnahe Tarifpolitik". Ein Beispiel soll dies verdeutlichen:

Als im November/Dezember 1971 bei Texaco die Raffinerien Heide und Grasbrook und einige Läger im Ruhrgebiet bestreikt wurden für „vier Prozent Vorweganhebung, um den Lohnstandard der übrigen internationalen Mineralölgesellschaften zu erreichen", da konterte der Texaco-Vorstand die Argumentation der Gewerkschaftsführung in einem Schreiben an die Privatanschriften der streikenden Kollegen mit dem Hinweis, getrennte Haustarife für einzelne Unternehmen würden gerade deshalb abgeschlossen, um die b e s o n d e r e n Verhältnisse dieser Unternehmen zu berücksichtigen."

Halten wir den Kernsatz fest: Die betriebsnahe Tarifpolitik dient den b e s o n d e r e n Verhältnissen der einzelnen Unternehmen. Ja, so ist es: Alles, auch der größte Betrug an den Werktätigen dient im Kapitalismus den besonderen Verhältnissen. Alles muß sich eben nahtlos in das System einpassen, damit seine Existenz, koste es, was es wolle, verewigt wird. Den kleinen Kapitalisten darf nicht zuviel zugemutet werden, sie sollen – dem SPD-Grundsatzprogramm zufolge – gestärkt werden. Den großen Kapitalisten dagegen soll „abverlangt" werden, „was sie zu leisten vermögen", was sie also ohnehin freiwillig gegeben hätten. Auf nichts anderes läuft die Konzeption des SB hinaus. Wenn Marx und Engels wüßten, daß sich diese Leute zu ihren Epigonen rechnen!

Aber treiben wir die Logik der „betriebsnahen Tarifpolitik" noch etwas weiter. Das Sozialistische Büro behauptet, diese „neue" Konzeption führe dazu, daß im Bewußtsein vieler „Lohnabhängiger" nicht mehr der Betriebsrat, sondern die Gewerkschaft als Garant für Lohnverbesserungen erscheinen werde. Für wie dumm hält das SB die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung eigentlich? Kann sich das SB wirklich nicht vorstellen, daß sich die Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten in „betriebsnahen" Tarifverträgen getreu dem „Leistungsprinzip" über eine bestimmte, von der „betriebsnahen" Lohn- und Gehaltsstaffel nicht erfaßte Lohn- und Gehaltssumme einigen könnte, die gemäß einem in einer zwischen Betriebsrat und Unternahmensleitung zu vereinbarenden Leistungsbewertung enthaltenen Punktsystem verteilt würde?

Das wäre die perfekte betriebsnahe Tarifpolitik – nach dem Geschmack des SB, diesem linken Flankenschutz einer zum Erfüllungsgehilfen des flexiblen Kapitalismus degenerierten Sozialdemokratie.

Ausschöpfung des innerbetrieblichen Lohnspielraums – „Umverteilung" der Einkommen?

„Aufs Ganze gesehen", so klagt das SB, hat „das System der doppelten Lohnanpassung", also durch die überbetrieblich-zentrale Tarifpolitik und, durch die ihr folgende zweite innerbetriebliche Lohnwelle, „*nicht zu einer Umverteilung der Einkommen geführt, was als vorrangiges Ziel in allen Gewerkschaftsprogrammen steht. Die von den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnerhöhungen hielten sich alle im Rahmen des Produktivitätsfortschritts.*"

Ja, glaubt denn das Sozialistische Büro, eine im Zuge der „betriebsnahen Tarifpolitik" zwischen Gewerkschaftsführung und Kapitalisten ausgehandelte Lohn- und Gehaltserhöhung würde sich nicht mehr „im Rahmen des Produktivitätsfortschritts"

»

Forts. Sozialistisches Büro

halten? Ganz abgesehen davon, daß wir in den folgenden Abschnitten noch zeigen werden, wie sehr und warum sich das SB gerade in diesem Punkt auf dem Holzweg befindet, so ist doch interessant, festzuhalten, wofür sich das „revolutionäre" SB so alles einsetzt: „...für die Umverteilung der Einkommen..."

Wir nehmen nicht an, daß es sich hier nur um einen Lapsus handelt. Wer das Wesen der „betriebsnahen Tarifpolitik" begriffen hat, wer ihren Zusammenhang mit dem „Leistungsprinzip" und den des „Leistungsprinzips" mit der bürgerlichen Ideologie vom Privateigentum sieht, der muß annehmen, daß hinter all dem System steckt. Der Kapitalismus soll nicht zerstört, sondern „akzeptabel" gemacht werden. Deshalb wird den Arbeitern und Angestellten eingeredet, die gegenwärtig zugegebenermaßen noch „ungerechte" Einkommens- und Vermögensverteilung werde durch neue Strategien der Gewerkschaften allmählich korrigiert. Wie schnell das gehe, hänge aber nicht nur von der Wirksamkeit jener Strategien ab, sondern auch vom Einsatz und Können der Arbeiter und Angestellten. Jeder könne es zu etwas bringen. Durch neue Entlohnungsmethoden werde das Lohnfindungssystem nicht nur „gerechter", er führe auch langsam, aber sicher zur Überwindung des kapitalistischen Systems.

Es dürfte unter Marxisten klar sein, daß die Kapitalisten alle ernsthaften Versuche einer „Umverteilung" ihres (!) Vermögens zugunsten der Arbeiter und Angestellten entschieden und mit allen Mitteln als „revolutionären Umsturz-Versuch" u.ä. bekämpfen würden. Bedeutet dies doch in der Konsequenz Beschneidung und Einschränkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht. Was aber sollte die Kapitalisten bewegen, mehr oder weniger freiwillig solch gefährlichen Plänen (Umverteilung) zuzustimmen! Gänzlich zynisch aber wird es, wenn die SB-Ideologen den Arbeitern empfehlen, solche Pläne auch noch mit Hilfe und im Gefolge von Gewerkschaftsführern zu „erkämpfen", die selbst zu den eifrigsten Gefolgsleuten, zu Agenten der Kapitalisten gehören.

Es ist doch durchaus naheliegend, daß all diese feinen „Umverteilungs"-Pläne nichts anderes sind als demagogische Fallen, in die die Gewerk-

Pläne nichts anderes sind als demagogische Fallen, in die die Gewerk-

schaftsführer (im Auftrag der Kapitalisten) die Arbeiter locken, um ihnen schließlich – vielleicht in fünf, 10 oder 20 Jahren – zu erzählen, daß es diesmal noch nicht so recht geklappt hat und daß jetzt dieser und jener Plan von den Arbeitern befolgt werden müsse, daß man mit diesen neuen Plänen den Kapitalisten mal ordentlich an den Kragen gehen will usw.

Seit Jahrzehnten treten die Gewerkschaftsführer mit solchen Plänchen an die Arbeiter heran, preisen sie als ganz großen Knüller, als die Masche, die Lage der Arbeiter grundsätzlich zu verändern bei gleichzeitiger Vermeidung einer Revolution, preisen ihre Pläne mit großem Aufwand und haben doch nur ein einziges Ziel dabei vor Augen, nämlich die Arbeiter davon abzuhalten, mit dem gesamten politischen und sozialen System des Kapitalismus zu brechen. Bezüglich der Vermögens-Umverteilungs-Pläne der Gewerkschaftsführer bedeutet dies, daß es den Werktätigen gar nicht um „Umverteilung" der Einkommen und Vermögen der Kapitalisten geht, sondern ausschließlich darum, das g e s a m t e Einkommen und das g e s a m t e Vermögen, namentlich das Produktivvermögen in die Hand zu bekommen, und zwar u n v e r t e i l t.

Einem Marxisten stellt sich daher das Problem der „Umverteilung" der Einkommen und Vermögen gar nicht. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise lautet für ihn die Frage ganz einfach: Führt die „betriebsnahe Tarifpolitik" dazu, daß die Arbeiter, die Produzenten, ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten so teuer wie möglich verkaufen können?

Diese Frage kann nur derjenige richtig beantworten, der bereit und in der Lage ist, sich klarzumachen, welche Ziele die Kapitalisten gegenüber der Arbeiterklasse in den nächsten Jahren verfolgen werden. Wer die Tatsachen in den Betrieben wie auf den von kontinentalen Monopolen immer heißer umkämpften Märkten zur Kenntnis nimmt und analysiert statt einem nebulösen Wunschdenken zu verfallen, der kommt zu dem Ergebnis, daß jede Maßnahme und jede Politik, die die Bourgeoisie hinnimmt oder – wie im Falle der „betriebsnahen Tarifpolitik" – sogar propagiert, nur einem Ziel dient: ihrer Vorbereitung auf die bereits stattfindenden und die kommenden ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen im Weltmaßstab. Der westdeutschen Kapitalistenklasse geht es zunächst um die Vorherrschaft in Europa innerhalb der EG. Sie trifft dabei auf die französische und englische Bourgeoisie. Die nationalen und internationalen Zusammenschlüsse großer Unternehmen, die die Konkurrenz auf dem „neuen Gemeinsamen Markt" aus dem Felde schlagen sollen, wachsen von Tag zu Tag. Von der „Operationsbasis" einer Vormachtstellung in Westeuropa aus, hofft die Bourgeoisie in der BRD, ihre Position in der Welt gegenüber der japanischen und der amerikanischen Kapitalistenklasse zu festigen und möglichst auszubauen.

Diese Ziele kann die westdeutsche Kapitalistenklasse nur erreichen, wenn sie gegenüber der Arbeiterklasse eine scharfe Politik verfolgt: Durchrationalisierung der Produktion unter Zuhilfenahme aller technologischen Mittel, Reduzierung der Belegschaften in den Betrieben auf ein Mindestmaß, Senkung des Lohnniveaus und Steigerung des Arbeitstempos.

Eines der Konzepte, das der Realisierung dieser Maßnahmen dient, ist die „betriebsnahe Tarifpolitik". Sie baut auf dem Gedanken der „individuellen Lohnfindung" auf. Löhne und Gehälter sollen nicht nur den „Leistungsvermögen" der großen und kleinen Kapitalisten angepaßt werden, sondern auch den Leistungen einzelner Arbeiter und Angestellter. Diese Anpassung ist wiederum nur aufgrund von Leistungsbeurteilungs- und bemessungssystemen möglich. Hinzu kommt noch eine Reihe von Lohnanreizverfahren.

Wer die Entlohnungssysteme aufgrund von Leistungsbeurteilungen kennt, kommt zu dem Ergebnis, daß der Arbeiter mithilfe der „betriebsnahen Tarifpolitik" seine Arbeitskraft nicht so teuer, sondern so billig wie möglich verkauft, wodurch er völlig unbewußt seinen Beitrag leistet zu den ökonomischen und bald auch tatsächlichen Kriegsvorbereitungen der jeweiligen nationalen oder kontinentalen Bourgeoisie.

nentalen Bourgeoisie.

Zwei einfache Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Bei den sogenannten Kleinstzeitverfahren (Systeme vorbestimmter Zeiten: MTM und Work Factor) werden im „betriebsnahen" Tarifvertrag (bisher in der Regel noch durch Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat) Planzeiten festgelegt. Der Arbeiter erhält bei dieser Lohnform über einen vereinbarten Zeitraum einen festgelegten Lohn, wenn er ein vorgegebenes Leistungspensum innerhalb der Planzeit ständig erfüllt. Bleibt er unter dem geforderten Pensum, wird sein Lohn entsprechend gekürzt. Ist er dagegen in der Lage, dauerhaft höhere Leistungen zu bringen, so kann er einen neuen Lohnvertrag abschließen. Dies ist aber immer nur erst nach Ablauf des im alten Lohnvertrag festgelegten Zeitabschnitts möglich. Im Unterschied zum traditionellen Akkord führen Mehrleistungen des Arbeiters also nicht unmittelbar, sondern immer erst Wochen, oft gar Monate später und auch dann nur nach Zustimmung des Kapitalisten zu Mehrverdiensten.

Noch einschneidender wirken sich die Punktsysteme aus, die zur Beurteilung und Bemessung der Leistungen im Angestelltensektor herangezogen werden. Gemäß dieser Punktsysteme wird die Leistung der Angestellten nach „Qualität" und „Quantität" der von ihnen ausgeführten Arbeit mit bestimmten Punktsummen bemessen. In Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen wird festgelegt, welche Punktsummen welchen Gehältern „entsprechen". Je höher also die Punktsumme, desto höher das Gehalt. Pro Gruppe und Abteilung wird nun in einer Kurve der Leistungsstand der Gruppe und der Abteilung graphisch dargestellt. Diese Kurve verläuft nach den ersten Beurteilungen und Bemessungen „normal", weswegen sie auch den Namen „Normalverteilungskurve" trägt. Eine geringe Anzahl von Kollegen kommt danach auf eine niedrige Punktzahl, die meisten erreichen eine mittlere und wieder eine geringe Anzahl wird mit hohen Punktzahlen bewertet. Der Kapitalist hat jetzt die Möglichkeit, die Gehälter systematisch zu drücken, bei gleichzeitiger Erhöhung der Anforderungen. Zunächst „eliminiert" er die Kollegen mit den niedrigen Punktsummen durch Versetzung oder Entlassung. An ihre Stelle treten jetzt Kollegen aus der bisher mit „mittleren" Punktsummen bewerteten Gruppe. Entsprechend wird der Beurteilungsmaßstab verschärft, damit die Kollegen aus der Gruppe mit den bisher „mittleren" Punktsummen durch die neue Beurteilung auch tatsächlich nur die niedrigen Punktzahlen und die niedrigen Gehälter erreichen. Entsprechend fallen die Kollegen aus der bisherigen „Spitzengruppe" in die Mittelgruppe herab. Dieser Vorgang wiederholt sich von Beurteilung zu Beurteilung. Dem „Schicksal" des permanenten Herabfallens können die Kollegen nur entgehen, wenn sie ihre Leistung ständig steigern.

Unterstützt die Gewerkschaftsführung diese Entwicklung zu einer immer schärfer werdenden Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei gleichzeitiger Lohnsenkung ganz bewußt – wie sich im Geschäftsbericht 1969-71 der IG Chemie auf den Seiten 337-347 nachlesen läßt (hier wird auf Personalbeurteilungssysteme als die Hilfsmittel „moderner Lohnfindungssysteme" ausführlich eingegangen) – so ist bei den SB-Ideologen auch in diesem Punkt eine Phrasendrescherei anzutreffen, die von keiner Sachkenntnis getrübt ist. Sie konstatieren lediglich die Lohnunterschiede zwischen den großen, mittleren und kleinen Betrieben, zetern über das bisherige System der „doppelten Lohnanpassung" durch überbetrieblich-zentrale Tarifpolitik und die zweite innerbetriebliche „Lohnwelle", beklagen die finstere Rolle, die rechte SPD-Betriebsratsfürsten in den Großkonzernen dabei bisher gespielt haben und mokieren sich über die Tatsache, „...daß das System der doppelten Lohnanpassung nicht zum vorrangigen Ziel der Gewerkschaften, einer Umverteilung der Einkommen, geführt" habe. Über den Zusammenhang zwischen der von ihnen zur Abhilfe dieses „Übels" empfohlenen „betriebsnahen Tarifpolitik" und den betrieblichen Leistungsbeurteilungssystemen, die ausschließlich der Erhöhung der Anforderungen bei gleichzeitiger Senkung der Löhne dienen, verlieren diese pseudosozialistischen Hohlköpfe kein Wort.

Anzeige

„Betriebsnahe Tarifpolitik" – Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse?

Von der Umverteilung der Einkommen und Vermögen zum Tarifkampf: Er soll nach Auffassung des Herrn Jacobi nun endlich das bringen, was bisher nicht erreicht worden ist: eine „gerechtere" Einkommens- und Vermögensverteilung! Das SB schreibt: „Gewerkschaften und Betriebsräte haben auf jegliche kämpferische Politik verzichtet, die allein die bestehende Verteilungsungerechtigkeit hätte verändern können." (S. 85)

Zunächst erscheint die Argumentation des Herrn Jacobi einleuchtend. Ausgehend von dem niedrigen Organisationsgrad besonders in den Großkonzernen (bei Bayer, Leverkusen nur ca. 34 %) stellt das SB zutreffend fest, daß sich während des Streiks der Chemiearbeiter 1971 die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation der IG Chemie deutlich gezeigt habe. Gleichzeitig verschweigt das SB, daß diese Schwäche auch Ergebnis einer systematischen Politik der IG-Chemie-Führer ist, daß sie selbst von diesen schlechten Zuständen vorzüglich profitieren.

Wie aber will das SB jetzt die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft und damit die Aussichten für ein annähernd erfolgreiches Durchstehen der Kämpfe erhöhen?

Das Zaubermittel heißt auch hier wieder „betriebsnahe Tarifpolitik". Der Kampf, so sagt das SB, müsse sich für die Kollegen in den Großbetrieben „lohnen". Bisher „lohnt" er sich offenbar nicht. Auch an dieser Stelle ist die „Argumentation" des SB wieder recht einleuchtend. Sie weist darauf hin, daß – was auch immer mithilfe der überbetrieblich-zentralen Tarifpolitik erkämpft werde – kein Tariflohn den Standard der Großkonzerne erreichen könne, eben weil deren innerbetrieblicher Lohnspielraum durch den regionalen und überregionalen Tarifkampf nicht ausgeschöpft werde. Das versetze die Chemiebosse in die Lage, „eine geschickte soziale Befriedungspolitik in den Großbetrieben zu verfolgen, indem sie ‚freiwillig' den Tariflöhnen einige Prozente..." draufpackten. „Partner" in dieser zweiten innerbetrieblichen Lohnrunde seien aber nicht die Gewerkschaften, sondern die Betriebsräte, die sich tarifpolitische Funktionen aneigneten, den zweifelhaften Versuch unternähmen und zum Teil auch Erfolg damit hätten, den „innerbetrieblichen Lohnspielraum" auszuschöpfen. Erst wenn dieser – so muß der Schluß des SB lauten (er wird nicht ausdrücklich gezogen) – durch eine gewerkschaftliche Forderung an seiner Obergrenze erreicht werde, bestehe die Chance, auch die Kollegen in den Großkonzernen wieder auf die Straße zu bringen.

Zweifellos ist dem SB zuzustimmen, wenn es die Tatsache beklagt, daß gegenwärtig in den Großkonzernen der chemischen Industrie nicht die Gewerkschaft, sondern die Betriebsräte das lohnpolitische Geschehen – was die Aktionen der Werktätigen betrifft – bestimmen, ein Vorgang, der umso schwerer wiegt, als ja bekannt ist, daß das Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsräte an die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten und an die Friedenspflicht bindet, ihnen also keinerlei „autonome" Kampfmittel zugesteht. Es ist weiterhin richtig, daß diese gegenwärtige Praxis in den Großkonzernen „die Betriebsräte den Gewerkschaften entfremdet, letztere zunehmend aus den betrieblichen Auseinandersetzungen verdrängt und dazu beiträgt, daß der Organisationsgrad zurückgeht und die Erfahrung solidarischer Kampfaktionen schwindet."

Kann das nun durch eine „betriebsnahe Tarifpolitik" und durch Führung lokaler, auf einen Betrieb oder Konzern beschränkter Kämpfe verhindert werden?

Von der Unmöglichkeit, den „innerbetrieblichen Lohnspielraum" zu ermitteln, den das SB durch solch einen lokalen Tarifkampf ausschöpfen möchte, war schon die Rede. Hinzu kommt jetzt, daß aufgrund der Erfahrungen des Chemiestreiks 1971 und des Streiks bei Texaco im November/Dezember 1971 ein „betriebsnaher Arbeitskampf" nicht die geringste Aussicht für einen wirklichen Erfolg bietet.

Der Grund hierfür liegt darin, daß die Kapitalisten bei einem lokalen Streik die Arbeiter von Betrieb zu Betrieb, von Abteilung zu Abteilung „fertig machen" können. Durch Lieferhilfsabkommen, die aus speziellen Streikfonds finanziell abgedeckt werden, ist es ihnen heute jederzeit möglich, die durch einen lokalen Tarifkampf verursachten Lücken der Versorgung des Marktes ohne den geringsten Schaden für das vom Streik betroffene Unternehmen auszufüllen. Hinzu kommt, daß die weltweiten Verbindungen der multinationalen Konzerne und deren Fähigkeit, wohlorganisierte Streikbrecherkolonnen (meistens bestehend aus Technikern) binnen kürzester Zeit in die bestreikten Betriebe einzufliegen, um die Produktion etwa einer Raffinerie selbst bei einem Vollstreik zu gut 80% aufrecht zu erhalten, die Chemiebosse nahezu unverwundbar macht, wenn die Arbeiter im Kampf nicht die betrieblichen u n d die nationalen Grenzen sprengen. Wer sich die Mühe macht, auch nur damit zu beginnen, die Streiks des Jahres 1971 zu analysieren (eine Aufgabe, vor der sich die Gewerkschaftsführung aus guten Gründen beharrlich drückt), dem deutet sich das Ergebnis an, daß Streiks z.B. in der Mineralölindustrie nur noch dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie weltweit geführt werden.

Wo aber ist die Gewerkschaft, die einen solchen Kampf zu organisieren in der Lage ist?

Nirgends! Wir wollen es uns hier schenken, auf den organisatorischen Zustand des Internationalen Chemiearbeiter-Verbandes (ICF) einzugehen. Betrachten wir nur einmal unsere IG Chemie: Wenn man den Geschäftsbericht 1969–1971 liest, so wird deutlich, daß diese Gewerkschaft sich schon seit langem nicht mehr darauf einrichtet, einen bundesweiten Streik länger als ein paar Tage durchzustehen. Wer nur ca. 13% für Streikunterstützung einschließlich „Treuegeld", Hinterbliebenen-Hilfe und Notlagenunterstützung ausgibt, 43% seiner Ausgaben oder rund 40% seines Beitragsaufkommens aber für Verwaltungskosten verausgabt – davon etwa 30% für Personalkosten – der steckt sich – wie wir in dem Bericht denn auch erfahren – alle möglichen Ziele, nur nicht mehr das der Erkämpfung wirklich besserer Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse. Für wen eine verstaubte sozialdemokratische Partnerschaftsideologien verbreitende Bildungsarbeit, Werbung und Publikationen in der Rangordnung der zu finanzierenden Objekte vor der Notwendigkeit rangieren, ausreichende Rücklagen in den Streikfonds einzustellen, für den ist die „betriebsnahe Tarifpolitik" mit ihrer zweifelhaften Perspektive lokaler Scheingefechte tatsächlich der einzige Ausweg, von dem er sich die Wahrung des jämmerlichen Scheins einer Arbeiter-Kampforganisation erhoffen kann.

Mit der „betriebsnahen Tarifpolitik" zieht für die SB-Ideologen zu guter Letzt auch noch die Morgenröte echter „Demokratisierung" der Gewerkschaften herauf. Durch die geschilderten Verhältnisse in der chemischen Industrie ist die Gewerkschaftsführung ja mit solch „handfesten Problemen konfrontiert", daß sie nach Auffassung des Herrn Jacobi gar nicht anders kann, als eine Entwicklung einzuleiten, die die Stellung der Vertrauensleute „stärkt". Man könnte das Wolkenkuckucksheim des SB mit einem Satz beschreiben: Von der „Ausschöpfung des innerbetrieblichen Lohnspielraums" zur „Umverteilung der Einkommen und Vermögen" durch „betriebsnahe und kämpferische Tarifpolitik" und „innergewerkschaftliche Demokratie".

Und wieder ist bei Herrn Jacobi alles so einleuchtend: Die Streiks 1971 haben gezeigt, daß die IG Chemie ihr Organisationsverhältnis verbessern muß. Das hat auch die Gewerkschaftsführung erkannt. Sie weiß, daß sie dieses Ziel nur über funktionierende Vertrauensleutekörper in den Betrieben erreichen kann. Sie hat daher den Aufbau der Vertrauensleutekörper weiter vorangetrieben als es die anderen DGB-Gewerkschaften getan haben. Die Vertrauensleute aber „... können ihre Aufgabe, nämlich die Stärkung der gewerkschaftlichen Vertretung in der betrieblichen Basis, nur erfüllen, wenn sie entsprechend ihrer Bestimmung als Repräsentanten der Gewerkschaften im Betrieb mit Rechten ausgestattet sind, die ihnen wirksame Eingriffe in die innergewerkschaftliche Willensbildung gestatten. Verbesserte Mitwirkungsrechte der gewerk-

»

Forts. Sozialistisches Büro

schaftlichen Basis heißt aber zugleich Demokratisierung der Gewerkschaftspolitik, insbesondere in Fragen der Tarifpolitik".

Da haben wir's also. Es führt kein anderer Weg zum gelobten Land der Umverteilung als der der Demokratisierung. Natürlich ist da noch viel zu tun – was, das erklärt Herr Jacobi wortgewaltig auf Seite 87 – aber immerhin: Ein bedeutender Anfang ist doch schon gemacht! „Als entscheidende Verbesserung der Rechte der Vertrauensleute", jubelt unser betriebsnaher, umverteilender und demokratisierender Tarifkämpfer, „wurde auf dem Gewerkschaftstag 1972 der IG Chemie in § 13 der Satzung aufgenommen, daß die Tarifkommissionsmitglieder in Vertrauensleuteversammlungen zu wählen sind. Bislang wurden die Mitglieder von Tarifkommissionen von den jeweiligen Vorständen benannt. Damit haben die Vertrauensleute einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Tarifkommissionen gewonnen."

Man kann nur annehmen, daß Herr Jacobi dem Gewerkschaftstag der IG Chemie vom 17.-23. September 1972 in Dortmund nicht beigewohnt, die Verhandlungsprotokolle nicht gelesen hat und offenbar auch die „Richtlinien für die Tarifarbeit", die er im übrigen recht ausführlich zitiert, nicht so genau kennt, sonst würde er einen solchen Unsinn wohl nicht zu Papier bringen. Es ist doch wirklich nicht mehr als ein Zufallstreffer, daß der Gewerkschaftstag einen Antrag annahm, den die Delegiertenhauptversammlung Frankfurt gestellt hatte. Dieser verlangte wie schon ein anderer Antrag der Vertrauensleute von Merck, Darmstadt, die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute, allerdings mit dem Zusatz: „ ... sie bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsstellenvorstand." (Dieser Passus steht denn auch in den „Richtlinien für die Tarifarbeit" unter Ziffer VII, Abs. 6, was SB-Jacobi geflissentlich übersieht.)

Wie wir im ARBEITERKAMPF Nr. 24/Dezember 72 berichteten, sollte auch dieser Antrag den „Empfehlungen" der Satzungskommission an den Gewerkschaftstag zufolge abgelehnt werden. Der Frankfurter Delegierte bestand jedoch auf seinem Antrag:

„Ich möchte eindringlich davor warnen, unsere künftige Gewerkschaftsarbeit und alle sich daraus ergebenden Aktionen und Aktivitäten mehr und mehr mit der juristischen Brille zu betrachten ... Wenn wir das tun, sind wir nämlich schon bald keine Kampforganisation mehr, sondern Paragraphenreiter, die zögernd und unsicher nach einem Strohhalm Ausschau halten und vor lauter Abwägen der rechtlichen Möglichkeiten womöglich die Aktion vergessen."

Diese Warnung blieb nicht ohne Wirkung auf die Delegierten. Das spürte der Hauptvorstand sehr wohl. Deshalb wollte er mit der Begründung, der Kollege Vitt, der den Antrag „bearbeitet" hatte, sei nicht im Raum, die Abstimmung „zurückstellen" – um Zeit zu gewinnen. Doch die Abstimmung wurde erzwungen und ergab eine Mehrheit für den Antrag.

Als Werner Vitt zurückgekehrt war, „freute" er sich: „In diesem Antrag wird nichts über die Lösung des Problems ausgesagt, das entsteht, wenn der Verwaltungsstellenvorstand die Bestätigung des gewählten Tarifkommissionsmitgliedes versagt."

Und so machte er sich denn auch gleich an die Arbeit, diese Abstimmung im Grunde wieder rückgängig zu machen. Er ließ die Delegierten für einen Antrag stimmen, in dem die sogenannte „Synchronisation" (Ausgleich) zwischen dem Frankfurter und dem Antrag des Hauptvorstandes zur Tarifpolitik gefordert wurde. In dem Antrag des Hauptvorstandes heißt es:

„Soweit bei der Aufschlüsselung nichts anderes festgelegt wurde, sind ... die Verwaltungsstellen verantwortlich und bei der personellen Auswahl der Kommissionsmitglieder an die Vorschläge der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der tarifunterworfenen Betriebe gebunden."

Die Verwaltungsstellen sind also nur an die Vorschläge gebunden ... „soweit bei der Aufschlüsselung nichts anderes festgelegt wurde ..." Nach Ziffer VII, Abs. 3 erfolgt „die Festlegung der Zahl der Kommissionsmitglieder und deren Aufschlüsselung durch die Tarifabteilung im Einvernehmen mit den beteiligten Organisationsstellen." Damit sind wir also wieder beim Hauptvorstand und den Verwaltungsstellen, denen Werner Vitt durch einen Trick die unumschränkte Herrschaft zurückgeholt hat. So wurde der einzige fortschrittliche Antrag, den der Gewerkschaftstag angenommen hatte, durch die Hintertür wieder rückgängig gemacht.

Herrn Jacobi ficht all das nicht an. Zwar nimmt er zur Kenntnis, daß „ ... alle Anträge, die den Vertrauensleuten Mitentscheidungen bei der Genehmigung von Urabstimmungen sichern sollte sowie Einwirkungsrechte während des Verlaufs einer Tarifrunde ...", auf „Empfehlung" der Satzungskommission vom Gewerkschaftstag rigoros abgeschmettert wurden. Gleichwohl sieht er den großen „Erneuerungsversuch" der Gewerkschaftsbewegung heraufziehen, in dessen Verlauf den Vertrauensleuten „ ... institutionell abgesicherte Mitwirkungsrechte an Höhe und Struktur der Forderungen sowie an der gewerkschaftlichen Tariftaktik ... " zugestanden werden. Die Gewerkschaftsführung muß ja diesen Weg gehen. Sonst wird sie ihrer spezifischen Probleme in den Großbetrieben nicht Herr. Phantastisch: „Eine betriebsnahe gewerkschaftliche Tarifpolitik hätte die Mitglieder an der Höhe und Struktur der Forderungen, insbesondere der speziell betrieblichen, zu beteiligen, mit dem Ergebnis, daß sich die Mitglieder mit der gewerkschaftlichen Politik identifizieren könnten und die gewerkschaftliche Verhandlungs- und Kampfposition gegenüber den Unternehmern gestärkt würde."

Ob sich die Mitglieder noch mit einer gewerkschaftlichen Politik identifizieren können, die unausweichlich dazu führt, daß die Abwehrkämpfe der Arbeiter in zunehmendem Maße durch Lieferhilfsabkommen und wohlorganisierte, weltweit operierende, im „Konfliktfall" von den Bossen als „Besucher" getarnte Streikbrecherkolonnen systematisch unterlaufen werden, ist doch wohl sehr zu bezweifeln.

Dennoch: das SB spricht von der „betriebsnahen Tariftaktik" als von einem „Erneuerungsversuch". Es kann sich hier aber doch wohl nur um den „konzentrierten" Versuch von Gewerkschaftsführung und Kapital handeln, die unumschränkte Herrschaft der Kapitalisten zu „erneuern", also zu stärken.

Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

Nennen wir noch einmal die vier „Argumente", mit denen das SB die „betriebsnahe Tarifpolitik" begründet:

Der „innerbetriebliche Lohnspielraum" ist auszuschöpfen, jeder Kapitalist ist nach seinem „Vermögen" zur Brust zu nehmen, die Großen müssen gemolken werden, während die Kleinen zu schonen sind. Nur diese Politik führe zur „Umverteilung der Einkommen und Vermögen", zu mehr kämpferischer Solidarität und mehr Demokratie in den Gewerkschaften. Unsere Antwort:

1) Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse und ist daher auch nicht Aufgabe der Gewerkschaft, die kleinen und mittleren Kapitalisten zu schonen. Die Forderungen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik haben sich an solchen Betrieben zu orientieren, die an der Spitze der Lohnskala in der BRD stehen. Es darf keine Unterschiede mehr geben zwischen den Löhnen in den großen Betrieben und denen in den kleinen.

Denjenigen, die das große Geschrei anfangen, daß das ja bedeuten würde, die kleinen und mittleren Betriebe in die Pleite zu treiben, wäre zu antworten, daß die Arbeiterklasse kein Interesse daran haben kann, eine Konzentration der Produktivkräfte zu verhindern. Umso leichter wird sie sie später in Besitz nehmen können.

2) Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, Vermögen und Einkommen „umzuverteilen" und „breit zu streuen". Es kann ihnen nicht darum gehen, sich dadurch an das kapitalistische System noch weiter zu binden, sondern ausschließlich darum, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, indem sie ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich an den Kapitalisten verkaufen.

3) „Betriebsnaher Tarifkampf" bedeutet nicht Stärkung, sondern Zerschlagung gewerkschaftlicher Solidarität. Es ist ein Alptraum der Kapitalisten, sich der zu einem einheitlichen entschlossenen Arbeiterklasse um höhere Löhne und soziale Verbesserungen eines Tages gegenüberzusehen. Sämtliche Lieferhilfsabkommen und Streikbrecherkolonnen wären wertlos. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute noch meilenweit von einem derartig geschlossenen Vorgehen entfernt ist, darf weder Sozialisten noch Kommunisten davon abhalten, ständig an der Herstellung dieser Einheit zu arbeiten. Das aber schließt die Propagierung „betriebsnaher Tarifkämpfe" aus.

4) Eine gewerkschaftliche Politik, die sich die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten zum Ziel setzt und die somit unvermeidlichen Kämpfe vorbereitet, kann dies nicht ohne Demokratie, d. h. den rückhaltlosen Einsatz der Mitglieder auf breitester Front, in die Tat umsetzen. Die Mitglieder hätten zu entscheiden, wann und wie die hauptamtlichen, von ihren Beiträgen bezahlten Sekretäre und der Hauptvorstand einen Streik zu organisieren und zu führen hätten. Dies und nichts anderes wäre die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. Gegenwärtig aber findet das genaue Gegenteil statt: Der Hauptvorstand entscheidet, wann und wofür die Mitglieder zu kämpfen haben. Im „betriebsnahen Tarifkampf" – der perfektionierten „Nadelstichtaktik" – wird das noch mehr der Fall sein.

Wenn man hört, was Bezirksleiter wie Eduard Kolitsch (Westberlin), ohne nennenswerten Widerspruch zu provozieren, auf dem Gewerkschaftstag 1972 zum Thema „innergewerkschaftliche Demokratie" sagen können („Es muß eine Sperre, eine Kontrollinstanz geben, die in der Lage ist, Fehlentscheidungen an der Basis ... zu korrigieren."), dann kann man doch nur den Schluß ziehen, daß die IG Chemieführung nicht dem Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zuneigt, sondern kräftig dabei ist, zu überlegen, wie sie die Basis jeder Selbsttätigkeit berauben kann.

Hier einen entschlossenen Abwehrkampf zu führen, wird die Aufgabe aller bewußten Gewerkschafter sein. ■

Texaco-Sympathisanten-Gruppe
KB/Gruppe Hamburg
(Chemiebereich)

Forts. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht

Überall in Deutschland wurden Büros eingerichtet, um den kriminellen Abschaum der deutschen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums „zur Verteidigung der Republik" gegen die revolutionäre Arbeiterschaft anzuheuern.

Als Noske in der ersten Januarwoche den Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) für abgesetzt erklärte, reagierte die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins mit einer Demonstration von 200.000 Menschen gegen diese Provokation.

Am Morgen des 10. Januar ließ Noske seine konterrevolutionären Banden zum Sturm auf das Berliner Arbeiterviertel Spandau, ein Zentrum der revolutionären Bewegung, antreten. Der Angriff wurde mit Flammenwerfern, Maschinengewehren und Artillerie vorgetragen; gefangene Arbeiter wurden auf der Stelle erschossen. Bis zum 13. Januar waren die wichtigsten Widerstandszentren des Berliner Proletariats „unter Kontrolle" gebracht.

Am 15. Januar gelang der SPD-Regierung ein „besonderer Fang": Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden gefaßt. Im Verein mit der gesamten Bourgeoisie hatten die SPD-Führer schon lange zum Mord an diesen beiden Führern der revolutionären deutschen Arbeiterschaft gehetzt; auf Plakaten wurde öffentlich zur Ermordung der beiden aufgerufen.

So war für die konterrevolutionären Truppen, in deren Hände Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gerieten, der Fall klar: Noch ehe die Verhafteten im Eden-Hotel, dem Stabquartier einer der konterrevolutionären Einheiten, eintrafen, war ihre Ermordung beschlossene Sache. Gegen 11 Uhr nachts wurde Karl durch einen Nebenausgang aus dem Hotel gebracht. Vor dem Tor wurde er mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen und in ein Auto geschleppt. Er wurde in eine Seitenstraße gebracht und dort erschossen.

Einige Zeit danach wurde auch Rosa aus dem Hotel gebracht. Sie wurde ebenfalls mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen, in ein Auto gezerrt, dort weiter mißhandelt und schließlich erschossen. Ihre Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen, wo sie erst im Mai 1919 entdeckt wurde. Auf Befehl Noskes wurde dann die Leiche Rosas heimlich beiseite geschafft, um eine Untersuchung unmöglich zu machen.

> **Arbeiter, Bürger!**
> Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
> Rettet es!
> Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
> Von der Spartakusgruppe.
> **Schlagt ihre Führer tot!**
> **Tötet Liebknecht!**
> Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!
> Die Frontsoldaten

Die Mordhetze beginnt
Großes rotes Plakat, angeschlagen im Dezember 1918 in Berlin.

Der sozialdemokratische „Vorwärts" berichtete als einzige Zeitung am Morgen des 16. Januar von der Verhaftung der beiden Arbeiterführer, jedoch noch nicht von ihrer Ermordung. In den Mittagsblättern des Tages hieß es dann einhellig: „Liebknecht auf der Flucht erschossen", „Luxemburg von der Menge getötet". So wollte die Bourgeoisie den Mord vertuschen, den sie selbst organisiert hatte.

Die Vertuschung des Mordes gelang jedoch nicht: die KPD und unabhängige fortschrittliche Intellektuelle entlarvten den Mord und enthüllten die Vorgänge. Einer der Mörder, ein gewisser Runge, legte schließlich ein Geständnis ab, das das ganze Lügengebäude der Bourgeoisie und ihrer SPD-Regierung zum Einsturz brachte.

Die Konterrevolution wütete indessen weiter: Im Februar besetzten konterrevolutionäre Truppen Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Wilhelmshaven und Mülheim an der Ruhr.

Im März 1919 bäumte sich das proletarische Berlin noch einmal auf, und noch wilder als im Januar wütete diesmal die Konterrevolution. Nachdem am 3. März die „Rote Fahne" der KPD zum Generalstreik aufgerufen hatte, ließ Noske alle öffentlichen Versammlungen und die Zeitungen der KPD verbieten.

Am 5. und 6. März stürmten konterrevolutionäre Truppen der „Brigade Reinhard" – die sich schon im Januar „ausgezeichnet" hatte – den Alexander-Platz und das Polizei-Präsidium, wo sich bewaffnete proletarische Kräfte verschanzt hatten.

Am 9. März erteilte Noske den Befehl, alle Arbeiter, die bewaffnet gefangen würden, auf der Stelle zu erschießen. Vor allem der Arbeiterbezirk Lichterberg wurde von der Konterrevolution terrorisiert. Die Zahl der Toten bei den März-Kämpfen in Berlin wird von bürgerlichen Historikern mit 1200 - 1500 angegeben!

Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in einer Reihe mit der Abschlachtung hunderter Proletarier, bleibt eine ständige Anklage gegen die SPD-Führer und eine ständige Erinnerung an das wahre Gesicht dieser „Verteidiger der Demokratie". Die Ereignisse sind eine Warnung, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft niemals freiwillig und widerstandslos abtreten wird, sondern nur unter dem Druck revolutionärer Gewalt.

> „Nicht der revolutionäre Instinkt, nicht das unvergleichliche Heldentum der einzelnen Führer des Spartakusbundes, der hingemordeten Gründer unserer Partei, konnte den Bestand einer eisernen, im Feuer der revolutionären Erfahrungen zu Stahl gehärteten Avantgarde ersetzen. Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der barbarischen sozialdemokratischen Konterrevolution, zu Opfern der Noske, Ebert und Scheidemann und ihrer gekauften Meuchelmörder, weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmieden können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei!"
>
> *Ernst Thälmann*
> *(November 1928)*

Frankfurt:

Demonstration gegen das Schahregime zusammengeknüppelt

Aus Anlaß des Kongresses der Konförderation Iranischer Studenten (CISNU) in Frankfurt wurde dort am Mittwoch, dem 9.1. und Sonnabend, dem 12.1.74, zu Demonstrationen gegen das Schahregime und die Verfolgungsmaßnahmen der Bundesregierung gegen iranische Studenten aufgerufen. Nach Verbot wurden beide Demonstrationen von der Polizei brutal zusammengeknüppelt, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

Ein ausführlicher Bericht wird dazu im nächsten ARBEITERKAMPF erscheinen. Nachstehend drucken wir eine Presseerklärung der iranischen CISNU ab, die noch vor den Demonstrationen veröffentlicht wurde:

Der Kongress der CISNU (Confoederation Iranischer Studenten Nationale Union), der jährlich von Vertretern persischer Studenten aus aller Welt in der BRD abgehalten wird, wird derzeit offenbar auf Anweisung der Bundesregierung von bundesrepublikanischen Grenzbehörden, vor allem dem Bundesgrenzschutz, behindert. Delegierte aus dem europäischen Ausland und Westberlin, aus Nordamerika und Japan wurden ebenso wie persische Touristen daran gehindert, bundesrepublikanisches Territorium zu betreten. Die Einreiseverbote begründete die Grenzbehörde mit der Beeinträchtigung der Belange der BRD durch den CISNU-Kongress.

Ungehindert einreisen und arbeiten dürfen dagegen ausländische Geheimdienste. Schon 1967 betraten zahlreiche Agenten des persischen Geheimdienstes SAVAK bundesrepublikanischen Boden und setzten iranische Oppositionelle unter Druck. Bald darauf verschleppten Angehörige des südkoreanischen Geheimdienstes zahlreiche in der BRD studierende Südkoreaner, und im Herbst 1972 beteiligte sich der israelische Geheimdienst an der Ausweisungsaktion und Verhören deutscher Sicherheitsbehörden gegen palästinensische Studenten.

Bei den angeblichen Belangen der BRD, die jetzt dafür herhalten, daß gewählte Vertreter persischer Studenten, die unter der despotischen Diktatur des Schah extremster Verfolgung ausgesetzt sind, bei der Einreise in die BRD behindert werden, handelt es sich wesentlich um ökonomische Interessen der westdeutschen Industrie in Persien: 12 % der bundesrepublikanischen Ölimporte stammen aus dem Iran. Das Engagement westdeutscher Firmen in Persien ist seit Jahren erheblich. Bereits 1971 hatte die BRD mehr als eine Milliarde DM privat im Iran investiert. Zahlreiche Großprojekte besonders der Stahl- und Chemieindustrie sind derzeit unter Federführung oder Mitwirkung deutscher Konzerne in Arbeit. In keinem Nicht-EWG-Land sind deutsche Banken so zahlreich vertreten.

Die BRD ist der wichtigste Handelspartner Persiens und kaum ein Land außerhalb Europas erhielt so märchenhafte Summen bundesdeutscher Entwicklungshilfe. Seit sich die Verknappung des Öls auf den internationalen Märkten abzeichnet, ist die extrem von Ölimporten abhängige BRD auch zu politischen Zugeständnissen bereit. Die Beziehungen zu ihren Banken in Teheran hat sich nach dem Besuch des Schah 1967, der Anlaß für eine breite Aufklärung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit über die Verfolgung der politischen Opposition im Iran und von Massendemonstrationen war (bei einer Demonstration wurde in Berlin der Student Benno Ohnesorg erschossen), rapide verschlechtert. Sie wurde aber seit der Persienreise von Bundeskanzler Willy Brandt im Frühjahr nach und nach "bereinigt". Mit dieser Reise waren die umfangreichen deutsch-persischen Ölverhandlungen eingeleitet worden, die nun im Ölvertrag zwischen Bonn und Teheran ihren Abschluß gefunden haben.

Der Preis für die ungestorte Abwicklung der bundesrepublikanischen Ölimporte war ein politischer: Schon vor der Persienreise des Bundeskanzlers hatte der iranische Ministerpräsident via "Stern" und "Welt am Sonntag" wissen lassen, "... daß die iranische Regierung nicht etwa das Ölgeschäft, sondern die Ausschaltung der persischen Opposition in der BRD als Hauptanliegen der Teheraner Gespräche betrachtet." Die deutsche Delegation stellte daraufhin eine Verschärfung der Ausländergesetze in Aussicht. Berichte über die politische Situation im Iran verschwanden seither aus den bundesrepublikanischen Publikationsorganen. Stattdessen wurde das Bild eines Regimes, unter dem die offiziell bekanntgegebenen Hinrichtungen in letzter Zeit nur von den Massenmorden der faschistischen Junta in Chile übertroffen wurden, in immer rosigeren Farben gezeichnet. Die derzeitigen Einreiseverbote sind eine Spielkarte mehr im internationalen Ölgeschäft.

Die CISNU wird ihren gegenwärtigen Kongress trotz der Verfolgung persischer Studenten in der BRD, trotz der Einreiseverbote, beenden und ihren Kampf gegen das faschistische Schahregime fortsetzen.

CISNU Vorstand
Frankfurt/M

Deutsch-israelischer Jugendaustausch: So werden Jugendliche für den Zionismus gewonnen

Die BRD unterstützt den räuberischen israelischen Imperialismus propagandistisch und materiell, wo immer es ihr möglich ist.
Seit vielen Jahren findet in aller Stille der deutsch-israelische Jugendaustausch statt. Mit wenig Aufwand wird sehr viel politischer Profit gemacht – bei der Gewinnung der Jugend für den Zionismus ist diese Institution sicher am wirksamsten.

Alljährlich fahren rund 5.000 Jugendliche aus der BRD im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches nach Israel. Sie kommen aus kirchlichen Jugendorganisationen, aus der Gewerkschaftsjugend, aus Jugendringen, es sind Volkshochschulgruppen, Schülergruppen u. a.

Initiator ist das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit; dieser Austausch wird vom Ministerium mit rund 2 Mio. DM gefördert.

In den allgemeinen Richtlinien zu den Jugendaustauschprogrammen steht über den Sinn und Zweck dieser Maßnahmen: „Der Bundesjugendplan gewährt Hilfen zum gegenseitigen Kennenlernen und besseren Verständnis der Jugend aus europäischen und aussereuropäischen Ländern ..." Ziel des deutsch-israelischen Jugendaustausches ist es aber offenbar, die Jugendlichen zum Kennenlernen und zum besseren Verständnis imperialistischer Politik am Beispiel Israels zu bringen.

Nur wer politisch „astrein" ist, darf fahren

Um zu gewährleisten, daß die Jugendlichen aus Israel mit einem besseren Verständnis für imperialistische Politik zurückkommen, findet unter den Reisewilligen eine politische Auslese statt. Die Bestimmungen dieses Austauschprogramms sind so angelegt, daß letztendlich nur politisch zuverlässige, also schon pro-israelisch eingestellte Jugendliche die Reise antreten.

In den Bestimmungen steht: „**Die Teilnehmer an internationalen Begegnungen in Israel sollen mindestens 21 Jahre alt sein ... Sie müssen durch Kurse und Seminare über die Geschichte des jüdischen Volkes, die Entstehung des Staates Israel und seine Probleme in der heutigen Welt vorbereitet und sorgfältig ausgewählt sein ... Für alle Begegnungen in Israel muß das Einverständnis der Botschaft des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland vorliegen**".

In den Vorbereitungsseminaren auf die Reise liegt der Schwerpunkt auf

In den Vorbereitungsseminaren auf die Reise liegt der Schwerpunkt auf

der Einimpfung des Schuldkomplexes gegenüber den Juden („die Verbrechen des deutschen Volkes an den Juden"), so daß bei Antritt der Reise schon jeder mit einem so schlechten Gewissen ausgerüstet ist, daß jede Kritik an der Politik Israels wie der Gipfel der Unmenschlichkeit erscheint.

In Israel: Schulung durch Zionisten

Die durchschnittliche Israelreise sieht so aus: Zwei bis sechs Wochen Aufenthalt, Besichtigung historischer Stätten, Besichtigung von Gedenkstätten für die Opfer des Nazi-Terrors gegen die Juden, längerer Arbeitsaufenthalt in einem Kibbuz. Während der ganzen Reise werden Vorträge und Seminare über Israel abgehalten, Schwerpunkte sind dabei die Verfolgung der Juden durch die Nazis und der „Konflikt" mit den arabischen Nachbarstaaten. Dieser letzte Punkt wird fast immer von einem Offizier der israelischen Armee abgehandelt; die wirtschaftlichen und arbeitspolitischen Probleme werden von einem Mann der Histraduth (der zionistischen Einheitsgewerkschaft) dargestellt.

Der Erfolg dieser Schulung durch zionistische Spezialisten spiegelt sich in den Reiseberichten wieder. Eine Berliner Reisegruppe schrieb nach einer „Erläuterung der arabsichen Kriegspropaganda" über das Problem der palästinensischen Flüchtlinge: „ ... *Obwohl Ägypten genug Raum und Möglichkeiten für eine Eingliederung in seinen Staat hat, lehnen sie jede Verantwortung ab. Sie halten sie* (die palästinensischen Flüchtlinge) *in einem ‚Musterkäfig', der der Welt zeigen soll, Israel sei daran Schuld, daß sie dort in solchem Elend sind. Eine widersinnige und unmenschliche Situation. Israel hat dagegen z. B. nach dem Krieg ein paar hunderttausend Juden, die mit nichts aus den arabischen Nachbarländern nach dem Krieg hereinströmten, in seinen kleinen neuen Staat aufgenommen ... Der israelische Staat strebt ein gutes Verhältnis zu den Arabern an und sorgt dafür, daß sich diese Minorität in ihr Gesellschaftsleben ohne Schwierigkeiten eingliedert*".

Selbst die völlige Militarisierung Israels wird als selbstverständlichste Sache der Welt hingestellt: „*Es gibt für Israel keine Sicherheitsgarantien, und da den 2,5 Mio. Israelis 40 Mio. Araber als Feinde gegenüberstehen,*

und da den 2,5 Mio. Israelis 40 Mio. Araber als Feinde gegenüberstehen,

ergibt sich die Notwendigkeit, alle jungen Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren zum Militärdienst zu rufen ... Wir haben uns sagen lassen, daß man keine Probleme mit verwahrloster Jugend hat. Die Jugend ist nationalbewußt und kann sich wegen der dauernden Konfliktsituation Ausschweifungen kaum erlauben."

Mit dem Bewußtsein vom kleinen gebeutelten jüdischen Volk, daß sich noch immer seiner Haut wehren muß, kommen fast alle Jugendlichen aus Israel zurück. Dieses Bild deckt sich völlig mit der Propaganda, mit der die BRD-Imperialisten den Zionismus hier verkaufen wollen.

Zum Ernteeinsatz nach Israel

Bonn/Kaiserslautern, 27. Nov. (ASD)

Zu freiwilligen Ernte-Einsätzen in Israel fliegen am 8. Dezember 40 deutsche Jugendliche für vier Wochen nach Tel Aviv. Wie der Geschäftsführer der deutsch-israelischen Gesellschaft, Reiner Bernstein, in Bonn mitteilte, feiern die Jugendlichen auch das Weihnachtsfest in Israel. Sie werden dort in landwirtschaftlichen Kibbuzim arbeiten. Außerdem lägen noch Hunderte von Meldungen für Ernteeinsätze vor.

Eine zweite Gruppe mit 30 deutschen Jugendlichen wird als Erntehelfer für drei Wochen über Weihnachten im Heiligen Land sein. Das Landesjugendpfarramt der protestantischen Landeskirche der Pfalz in Kaiserslautern gab bekannt, daß die 30 Arbeitsplätze für die Zitronenernte im Kibbuz Einat vermittel werden konnten.

Die Jugendlichen, die nach Israel fahren, sind so ausgewählt, daß sie ihre „Erfahrungen" im Schneeballsystem an andere Jugendliche weitergeben können – meistens sind es Funktionäre der oberen und mittleren Ebene in den bürgerlichen Jugendverbänden. Wenn die dann über ihre Israelreise erzählen, wirkt das auf die anderen Jugendlichen in der Organisation viel plastischer und glaubhafter, als es der bürgerlichen Presse je gelingen kann.

Nach dem Nahostkrieg: BRD-Jugendliche an der israelischen Heimatfront – Israel wirbt um Söldner in Jugendverbänden

Nach dem letzten Nahostkrieg bahnt sich in den Austauschbeziehungen eine neue Entwicklung an. So organisierte der Siegener Kreisjugendring vor kurzem Arbeitseinsätze Jugendlicher in Israel.

In dem Aufruf dazu heißt es: „**Der Kreisjugendring Siegen führt im Rahmen einer Aufbauhilfe für Israel einen dreiwöchigen Arbeitseinsatz für Israel in der Zeit vom 22.12.73 bis 12.1.74 im Kreis Emek-Hefer in Israel durch. Wir suchen Leute, die daran interessiert sind, in Familien in Israel bei der Ernte zu helfen, da fast alle Männer beim Militär sind ... Die Kosten für den Flug übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen (!).**"

Inzwischen bemühen sich auch zionistische Organisationen direkt um Jugendliche aus der BRD. In letzter Zeit bekamen verschiedene Jugendorganisationen von einem „Jewish Community Center" in Tel Aviv Aufrufe zugeschickt, die die Jugendlichen auffordern, als Söldner in der israelischen Armee zu dienen. „**Bist auch Du bereit, im Rahmen einer weltweiten Hilfsbewegung Deinen Beitrag für Israel und für die Freiheit zu leisten? Die israelischen Streitkräfte und rückwärtigen Dienste bieten auch Dir einen gebührenden Platz!**" heißt es in dem Aufruf.

Die Zionisten könnten getrost noch frecher werden, der Unterstützung durch die BRD-Imperialisten können sie sicher sein.

Um die zionistische Ideologie noch besser in der Jugend verankern zu können, hat man sich im Ministerium schon neue Sachen einfallen lassen: Geplant ist die Bereitstellung von Stipendien für Jugendleiter in Israel, um den Zionismus noch besser in der Jugend verankern zu können, und der Austausch von werktätigen Jugendlichen, um damit auch die bisher von den Austauschprogrammen fast ausgeschlossene Arbeiterjugend besser beeinflussen zu können. ■

```
An alle freiheitliebende junge Menschen!

Die arabischen Staaten, angeführt und unterstützt durch
das ganze kommunistische Lager, haben im Nahen Osten
einen neuen blutigen Krieg angezettelt um Israel aus-
zulöschen. Das ganze israelische Volk stellt sich mutig
der feindlichen Übermacht und führt einen entschlossenen
Kampf um Sein oder Nichtsein des israelischen Staates,
dieses Bollwerks der abendländischen Kultur inmitten
eines rückständigen und unterentwickelten Gebietes. Die
zustandgekommene Feuereinstellung kann nur als eine
Atempause vor der endgültigen Kampfentscheidung betrach-
tet werden.

Die zahlenmäßig unterlegene israelische Bevölkerung
braucht aber Hilfe!

Bist auch Du bereit im Rahmen einer weltweiten Hilfs-
bewegung Deinen Beitrag für Israel und für die Freiheit
zu leisten?

Die israelischen Streitkräfte und rückwärtigen Dienste
bieten auch Dir einen gebührenden Platz!

Meldungen unter Anführung von Angaben laut beigefügten
Fragebogen   s o f o r t   an

        Jewish Community Center
          Tel Aviv P.O.B. 487

Das Centrum schickt ungehend sämtliche Einzelheiten
und Unterlagen.

                              Der Sieg wird unser sein!
```


Inhalt

Psychologischer Effekt, Hamburgs Bürgermeister (SPD) fordert alle Senatoren zu psycho- 16

Inhalt